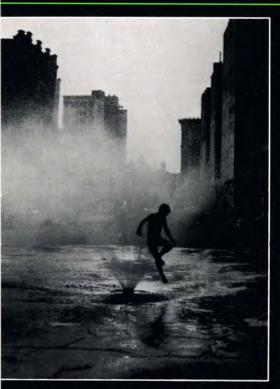
# Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

197



Dorothee Sölle: Rede in Mölln

# Elemente neuer ökologischer Politik

Willi Brüggen, Jürgen Hoffmann, Kurt Jacobs, Claus Thomasberger, Frieder Otto Wolf

Krieg und Vergewaltigung

Erich Wulff: Wahnsinn als Selbstdurchkreuzung

# **Das Argument**

## Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

1991/92 schrieben unter anderen

Günther Anders, Ursula Apitzsch, Georg Auernheimer, Etienne Balibar, Brita Baume, Hanna Behrend, Jacques Bidet, Volker Braun, Michael Brie, Klaus Briegleb, Joseph A. Buttigieg, Martin Damus, Alex Demirović, Jens-F. Dwars, Elke Erb, Kathy E. Ferguson, Helmut Fleischer, Eduardo Galeano, Clara Gallini, Jana Gohrisch, Pablo González Casanova, Stuart Hall, Nancy Hartsock, Wilhelm Heitmeyer, Fredric Jameson, Jürgen Jünger, Mary Kaldor, Eva Kaufmann, Helga Königsdorf, Volker Külow, Georges Labica, Gabi Lindner, Jürgen Link, Alaine Lipietz, Michael Löwy, Mary McIntosh, Norbert Mecklenburg, Jost Müller, Ludmila Nikititsch, Hans-Heinrich Nolte, Ute Osterkamp, Helmut Peitsch, Ursula Püschel, Ruth Rehmann, Philipa Rothfield, Salman Rushdie, Klaus R. Scherpe, Anna Schwarz, Ruth Seifert, Elaine Showalter, Anne Showstock-Sasson, Dorothee Sölle, Ernst Tugendhat, Renate Wahsner, Susan Willis, Erich Wulff

#### Redaktion

Wolfgang Bialas, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Alexander Honold, Peter Jehle, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jan Rehmann, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber

#### Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Ariane Brenssell, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Barbara Ketelhut, Ingeborg Musold, Antje Rapmund, Jutta Meyer-Siebert, Eva Stäbler, Ellen Woll

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Georg Auernheimer, Soja Fiedler, Claudia Gdaniec, Karl-Heinz Götze, Christina Klenner, Michael Krätke, Dieter Kramer, Eva Kreisky, Ulrich Schmitz, Frieder O. Wolf, Erich Wulff, Gerhard Zimmer

Redaktion: Reichenberger Str. 150, 1000 Berlin 36, Tel. (030) 611 41 82, Fax 611 42 70 Redaktionssekretariat: Antje Rapmund

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13 Telefon (040) 45 60 18 und 45 36 80, Fax (040) 44 51 89

Auslieferung

Interabo, Wendenstr. 25, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 23 09 92 Buchhandel: Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Telefon (030) 692 79 34 *Direktversand:* Reichenberger Str. 150, 1000 Berlin 36, Tel. (030) 611 39 83, Fax 611 42 70

#### ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1993 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. – Einzelheft 14 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose II DM. Jahresabo 72 DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57 DM zzgl. Versand. – Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. – Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2fache Ausfertigung). Autoren, die mit einem PC arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. – Umschlag: Johannes Nawrath. Foto: © Allan Grant. – Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Postgiroamt Berlin West 5745-108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. Satz: Comptext, Berlin. Druck: alfa Druck, Göttingen. – Januar/Februar 1993. – Es gilt Anzeigenpreisfiste

Editorial	1
Wolfgang Fritz Haug: An Günther Anders denkend	5
Dorothee Sölle: Rede in Mölln	8
Nachrichten aus dem Patriarchat	10
Elemente neuer ökologischer Politik	
Willi Brüggen	
Neue Wege zur gesellschaftlichen Alternative	
Ansatzpunkte für einen ökologischen Kompromiß	11
Kurt Jacobs	
Bruchstücke Sozialismus und Ökologie	31
Claus Thomasberger	
Öko-Steuern als Mittel des ökologischen Umbaus?	47
Jürgen Hoffmann	
Okologisch produzieren – ökonomisch verteilen? Gewerkschaften im Modernisierungsdilemma	63
Frieder O. Wolf	
Zu Al Gores »Marshallplan für die Erde«	75
* * *	
Ruth Seifert	
Krieg und Vergewaltigung	81
Erich Wulff	0.1
Wahnsinn als selbstdurchkreuzte Intentionalität	91
Heinz Gess Gesundheit als Symptomfreiheit	105
Securiaries and Symptomic and Arthurst and A	100
Kongreßberichte Marxism and New World Order; Vom Totalitarismus zur Demokratie	115
Aufruf angolanischer Intellektueller	121
Besprechungen	
Philosophiepolitik; Rechts- und Sozialphilosophie; Nietzsche; Internationale Sprachkontakte; amerikanische und mitteleuropäische	
Literatur; Bildung und Bildungssystem; Geschlechter und Geschichte;	100
500 Jahre Conquista; Ökologie; Demokratietheorie	123
Verfasser/innen, Zeitschriftenschau, Summaries	163

II Inhalt

## Besprechungen

Philosophie	
Derrida, Jacques: Du droit à la philosophie (A.Schobert)  Derrida, Jacques: Gesetzeskraft. Der »mystische Grund der Autorität« (C.Jäger)  Höffe, Otfried: Kategorische Rechtsprinzipien (F.O.Wolf)  Castoriadis, Cornelius, Agnes Heller u.a.: Die Institution des Imaginären  (M.Richter)	12 12 12
Hans, James F.: The Origin of the Gods (W.F.Haug)	13 13
Sprach- und Literaturwissenschaft	
Ammon, Ulrich: Die internationale Stellung der deutschen Sprache (D.Rösler) Bechert, Johannes, und Wolfgang Wildgen: Einführung in die Sprachkontakt- forschung (D.Rösler)	13 13
Buch, Hans Christoph: Die Nähe und die Ferne. Bausteine zu einer Poetik des kolonialen Blicks (N. Badenberg)	13
schen Moderneprojektes (T. Bremer)  Heller, Arno: Gewaltphantasien. Untersuchungen zu einem Phänomen des amerikanischen Gegenwartsromans (L. Bommer Eleutério)	13 13
Gauβ, Karl-Markus: Die Vernichtung Mitteleuropas (S. Kaltenecker) Ebeling, Susanne, Hans-Otto Hügel und Ralf Lubow (Hrsg.): Literarische Ausstellungen von 1949 – 1985. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demo-	13
kratische Republik (D.Schöttker)	14
Erziehungswissenschaft	
Miller-Kipp, Gisela: Wie ist Bildung möglich? Die Biologie des Geistes unter pädagogischem Aspekt (A.Schäfer)	14
Georg, Walter, und Ulrike Sattel (Hrsg.): Von Japan lernen. Aspekte von Bildung und Beschäftigung in Japan (M. Frackmann)	14
2000. Eine Analyse europäischer Bildungssysteme (F.Schulze-Nieswandt)  Tietgens, Hans (Hrsg.): Gesellschaftliche Voraussetzungen der Erwachsenen-	14
bildung (W.Filla)	14
(N. Franck)  Tietgens, Hans (Hrsg.): Kommunikation in Lehr-Lern-Prozessen mit Erwachse-	14 14
nen (G.Ruder)	14
Geschichte	
Honegger, Claudia: Die Ordnung der Geschlechter (S.Lettow)	14 15
Bitterli, Urs: Die Entdeckung Amerikas. Von Kolumbus bis Alexander von Humboldt (G. Mackenthun)	15
(Fortsetzung auf S	

#### Editorial

Untergangsvisionen sind Bestandteil des Zeitgeistes, fast der Mentalität geworden. In der Ökonomie des Sinns scheint die schwarze Perspektive der Zukunftslosigkeit den Verlust roter Zukunftsperspektiven zu kompensieren. Aber die Katastrophe ist »nicht das jeweils Bevorstehende, sondern das jeweils Gegebene«, wie Walter Benjamin 1938 gesagt hat, und »daß es 'so weiter' geht, *ist* die Katastrophe«. Alle *reden* heute von Ökologie, und die tägliche Katastrophe wird alltäglich, indem sie sich nur als Rede zu ereignen scheint. Obwohl reale Auswirkungen immer mehr Menschen in immer mehr Lebensbezügen treffen, ist es, als ob ein gewisser Katastrophendiskurs integraler Bestandteil des Weiter-so geworden wäre.

Auch auf der Linken wimmelt es von Untergangsszenarien, während der Vorrat an konkreter soziologischer Phantasie und Reformalternativen mit geeignetem theoretischem Rahmen gering ist. Zerbrochen scheint eine Gewißheit, die vor zwölf Jahren noch kategorisch erklären konnte: »Kein umfassend ökologisches Wirtschaften ohne Sozialismus; kein Sozialismus ohne Ökologie.«1 Heute kann der Satz gespenstisch, ja erschreckend wirken, weil das Wirklich-Unwirkliche der heutigen Situation sich an seinem Realitätsverlust ablesen läßt: Nachdem die Hoffnung auf Demokratisierung des obrigkeitsstaatlichen Sozialismus gegenstandslos geworden ist, bleibt vorerst die Reform des Kapitalismus. Als jener sich endlich reformwillig zeigte, war er schon nicht mehr reformierbar. Und dieser? Nüchtern läßt sich noch immer konstatieren, daß die Frage, ob der notwendige ökologische Umbau »überhaupt und mit welchen Instrumenten ... innerhalb einer profit- und marktgesteuerten Wirtschaft im entscheidenden nächsten Jahrzehnt erreicht werden kann, bisher zu wenig systematisch untersucht worden« ist.<sup>2</sup> Dieses Heft soll dazu beitragen, Fragen des ökologischen Umbaus des Kapitalismus in praktischer Absicht zu klären.

Um die Veränderung der Fragestellung zu reflektieren, ist ein Rückblick aufs Auftauchen und auf Entwicklungsphasen der ökologischen Problematik angebracht: Die NATO war es, die den Ökologiebegriff 1969 – während die USA gerade in Vietnam einen auch ökologischen Krieg führten – zuerst zum offiziellen Thema machte. Das Problem, das sie sich dabei stellte, war vor allem die Frage, wie die kapitalistische Wirtschaftsweise bei knapper werdenden Rohstoffressourcen gesichert werden könne. Die NATO entwickelte dafür neben der militärischen eine politische Strategie, die Merkmal auch der heute herrschenden Umweltpolitik ist: Einbau von rechtlichen und administrativen Schutzgarantien für die weitere Dominanz privatwirtschaftlicher Entscheidungen in der staatlichen Umweltplanung, bei Immunisierung gegenüber jenen ökologischen Forschungsstrategien, welche die Produktions-, Verteilungs- und Machtverhältnisse kritisch anvisieren.<sup>3</sup> Die Linke nahm sich des Themas auf breiter Linie erst nach der Veröffentlichung des Club of Rome von 1972 an. Im *Argument* analysierte

<sup>1</sup> Vgl. Wolfgang Fritz Haug, »Ökologie und Sozialismus«, in: Argument-Sonderband 56: Alternative Umwelt-politik, 1981, (Haug 1981, AS 56, 19; wiederveröffentlicht in ders., Pluraler Marxismus, Bd. 1, 1985, 228ff.

<sup>2</sup> Hennicke/Bach, Zusatzvotum zum Bericht der Enquête-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre, Frankfurter Rundschau. 13.10.1990.

<sup>3</sup> Vgl. Knut Krusewitz, »Militär und Ökologie«, in: Argument 128/1981, 565ff.

2 Editorial

Hans Immler die dort prognostizierten Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums als »Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise« und zeigte – zurecht, wie man heute weiß –, daß das »Umweltproblem« nicht in der Ressourcenknappheit, sondern in den »negativen Gebrauchswerteigenschaften der produzierten Waren« und den »Externalitäten« (Emissionen, Müll etc.) bei der Produktion und Konsumtion bestand.<sup>4</sup> Von da ab durchdrang die Ökologie-Frage unsere Veröffentlichungen gleichsam osmotisch.<sup>5</sup> Schwerpunkte bildeten zunächst Versuche der gesellschaftstheoretischen Durchdringung des Problems, punktuell auch ihre Integrierung mit naturwissenschaftlichen Dimensionen, schließlich Beiträge zur Kritik der staatlichen Umweltpolitik. Mit dem Politischwerden der Öko-Bewegung rückten Fragen einer alternativen Umweltpolitik und der damit zusammenhängenden Änderung der politischen Kultur in den Mittelpunkt: Artikulation von Arbeiterbewegung und ökologischen Zielsetzungen, verknüpft mit kritischer Wissenschaft, Feminismus und Ansätzen alternativer Lebensweisen, das war die Perspektive, die der parlamentarischen Perspektive rot-grüner Regierungsbündnisse zuarbeiten und sie kritisch begleiten sollte.

Nachdem die Grünen gleichsam im Überraschungsangriff die Fünf-Prozent-Hürde genommen hatten, weil sie die einzigen waren, die ökologische Anliegen in den Parteiendiskurs übersetzten und zugleich ein linkes und emanzipatorisches Flair besaßen, haben sich früher oder später alle Parteien ökologisch reartikuliert. Aber was wurde aus dem Ökologie-Problem? Ist es untergegangen in dieser Überkonkurrenz, in der Flut der Umweltberichte, der globale Verantwortung beschwörenden Sonntagsreden und in einem Buchmarkt, der vom »Ende der Natur« (McKribben) bis zur »Wiedergeburt der Natur« (Sheldrake) keine ideologische Ausbeutung und kein »Ökologie-und...«-Thema ausläßt?

Einiges konnte doch erreicht werden: Der Ausbau der Atomindustrie wurde, zumindest einstweilen und bei uns, gestoppt. Die FAZ höhnt nicht mehr, wie 1986, über Joschka Fischers »Zwangsbiotonne« – jede Kommune wetteifert um das beste Hausmüll-Getrennt-Sammlungssystem, auch wenn manchmal, wie in Bonn, dann doch alles wieder zusammengekippt und zum Verbrennen über die Grenze gekarrt wird. Schließlich fördert die neue Verpackungsverordnung zumindest Elemente einer Recycling-Ökonomie. Die nachsorgenden »End of the pipe«-Technologien lösen die Probleme allerdings nur um den Preis ihrer Verschiebung: Kläranlagen akkumulieren Schwermetalle im Klärschlamm, der mit giftigen Freisetzungen verbrannt wird. Bei der Entschwefelung müssen unter hohem Risiko gewaltige Mengen Ammoniak herbeigefahren werden und bleiben riesige Mengen Gips zurück. Müllbeseitigung, Verringerung der Luftverschmutzung, Abwässerreinigung und Trinkwasserversorgung, kurz: »Sauberkeit« plus Verkehrsberuhigung der Innenstädte sind in unserem reichen Land noch relativ leicht durchsetzbar. Anders verhält es sich bei den massiver umweltrelevanten Kernbereichen (Landwirtschaft, Energie, Chemie, Rüstung, Verkehr). Während der Umweltminister einen Vorstoß gegen die Blockierung internationaler Klima-

<sup>4</sup> Vgl. Hans Immler, »Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?«, in: Argument 82/1973, 804-22.

<sup>5</sup> Vgl. u.a. die Argument-Hefte 93, 118, 189; die »Umweltbibliographie« in den Heften 118 bis 128; die Sonderbände AS 56, AS 104 und AS 135.

Editorial 3

politik verspricht, kündigt der Verkehrsminister ein Autobahn-Ausbau-Programm an.

Mit der Katastrophe leben? Nicht ohne weiteres. Die Fernsehberichte aus Neuseeland oder Australien über die Auswirkungen des Ozonlochs mag man noch mit dem angenehmen Gruseln entgegennehmen, daß es hier nicht so schlimm ist. Aber unaufhaltsam rückt einem die Gefahr auf den Leib, bedrängt Haut, Atemwege, Geschmacksnerven usw. usf.

Der Ruf nach einer öko-marktwirtschaftlichen »Effizienzrevolution« (Ernst-Ulrich von Weizsäcker) bietet Eingriffsmöglichkeiten für eine Linke, die sich der Vielzahl ihrer Konzepte – von denen des »Roten Wiens« bis zum »Greater London Council« – kritisch erinnert, die nach dem Scheitern des großen Umbaus »von oben« wirksame antikapitalistische Reformpolitik nicht von den weltmarktorientierten industriellen Kernen her einzuleiten versuchten, sondern in Randsektoren wie dem Wohnungs- und Bodenmarkt, Verkehr und Dienstleistungen ansetzten. Vielleicht wird in absehbarer Zeit eine sozial-liberal-ökologische »Ampelkoalition« solche Handlungsmöglichkeiten aufgreifen.

#### Zum vorliegenden Heft

Gefragt sind Konzepte, welche die unüberbrückbar scheinende Kluft zwischen sachlich Notwendigem und dem politisch Möglichen schließen. Willi Brüggen schlägt vor, das rot-grüne Bündnisprojekt auf der Grundlage eines ökologischen »new deals« zu erneuern: ein ökosozialer Klassenkompromiß, basierend auf radikaler Arbeitszeitverkürzung, einer sozial gerechten, jedoch nicht monetären Umverteilung und einem ökologischen Umbau der Produktion. - Eine solche Strategie würde ohne Unterstützung der Gewerkschaften erfolglos bleiben, die hierzu ihre Politik in die Öko-Perspektive bringen müssen. Wie dies möglich ist und wie gewerkschaftliche Politik ökologische Produktionsverfahren und Produkte durchsetzen kann, dazu macht Jürgen Hoffmann praktische Vorschläge. -Ökosteuern gelten den Liberalen als umweltpolitische Allheilmittel. Claus Thomasberger überprüft die Tragfähigkeit der Vorstellung, »Umweltschutz durch Marktsteuerung« und »Internalisierung externer Kosten« zu erreichen. – Frieder Otto Wolf arbeitet in der Auseinandersetzung mit dem ökologischen Manifest des US-Vizepräsidenten Al Gore die vorherrschenden Topoi der internationalen Ökologie-Debatte heraus und setzt sie in Bezug zu einer radikal-ökologischen Strategiebildung. - Kurt Jacobs zeigt, daß die derzeitige staatliche »Umweltpolitik« sich die Probleme derart zurechtlegt, daß sie unlösbar sind; demgegenüber rekonstruiert er die theoretische »Problematik der Ökologie«, wie sie sich von Marx her stellt – freilich gegen nahezu die gesamte marxistische Tradition.

Die im postjugoslawisch-nationalistischen Vertreibungs- und Vernichtungskampf systematisch eingesetzten Vergewaltigungen haben breite Öffentlichkeit erlangt. *Ruth Seifert* analysiert den Zusammenhang von Frauenfolterung und Erniedrigung der gegnerischen Männer als traditionell verbreitete Kriegsmittel und fragt, warum sie in der Regel verschwiegen wurden.

Erich Wulff, dessen Emeritierung als Direktor der psychiatrischen Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover dieser Tage begangen wurde, interpretiert in seinem Essay Wahnsinn als Aushebelungsversuch des Individuums aus Gesellschaftlichkeit und Geschichte. – Heinz Gess setzt sich an Hand der Ansätze von Watzlawick und Wilber mit psychotherapeutischen Wiedereingliederungsanstrengungen auseinander, die den einzelnen zum »Subjekt« seiner »Gesundheit« machen. Gesellschaftlichkeit kommt hier nur als übergeordnete und unbewußte Macht vor, für die das Ich sich selbst in Dienst nimmt. Und alles beginnt nun wieder von vorn ...

#### Verlagsmitteilungen

Gleichzeitig mit diesem Heft erscheinen zwei Titel in unserer wissenschaftlichen Taschenbuchreihe: In *Heidegger im Kontext* (Argument-Sonderband, NF, Band 205) hat der US-amerikanische Wissenschaftler George Leaman in mehrjähriger Archivarbeit ein brisantes Who's Who aller 218 Hochschullehrer zusammengestellt, die in der NS-Zeit an den deutschen Universitäten Philosophie gelehrt haben. Die Diskursanalysen in *Deutsche Philosophen 1933* (AS 165) und der Gesamtüberblick *Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus* (AS 169) werden durch die umfassende Auswertung des biographisch relevanten Archivmaterials ergänzt und zugleich mit der Heidegger-Kontroverse in Beziehung gesetzt. Dabei liest Leaman Heidegger erstmals im Kontext der Fachgeschichte 1933-1945 und verknüpft so die bislang getrennt verlaufenden Debatten um die Philosophie im NS und um Heideggers NS-Engagement, dessen Spezifik sich erst so erschließt.

Theorien der Arbeiterkultur und ihre Wirkung behandelt der Band Neurath – Gramsci – Williams (AS 207). Die drei Namen signalisieren ein unausgeschöpftes Erbe. Eine Reihe von Beiträgen untersucht die Kulturdebatte des Austromarxismus und setzt sie in Beziehung zu Otto Neurath, der dem Wiener Kreis angehörte und sich u.a. für Entwicklung und Analyse kollektiven Denkens interessierte. Andere Beiträge nutzen Gramscis Forschungen und Reflexionen zur Zivilgesellschaft für eine Reformulierung von Arbeiterkultur. Der im Angelsächsischen enorm einflußreiche englische Marxist Raymond Williams, unter dessen Leitung das CCCS weltweite Beachtung erlangt, hat mit seinem erweiterten Kulturbegriff eine Wende im Umgang mit Massenkultur eingeleitet. Der von Ursula Apitzsch herausgegebene Band fußt auf einer Tagung an der Universität Bremen.

Privatisierungstendenzen im medizinischen Versorgungssystem und in der Krankenversicherung behandelt das neue Jahrbuch für Kritische Medizin: *Gesundheitsmärkte* (AS 199). Da das Jahrbuch abonniert werden kann, erscheint es ab der nächsten Nummer wie schon *Gulliver* und *Forum Kritische Psychologie* als eigenständige Publikation.

Gulliver 32 (von Ingrid Kerkhoff herausgegeben) ist dem Thema Exil USA gewidmet und fragt nach den kulturellen und sozialen Lebensbedingungen der ImmigrantInnen, die aus Ländern der Dritten Welt in die USA gelangten. Ferner enthält der Band einen Essay von Claudia Fickert über »Neokonservatismus im Spannungsfeld jüdisch-schwarzer Beziehungen in den USA«, der den ersten von Dieter Herms gestifteten Gulliver-Preis erhalten hat.

In der Ariadne-Frauenkrimireihe zeichnet die neuseeländische Autorin Rosie Scott ein böse-schillerndes Bild vom Leben am unteren Rand der Gesellschaft. Die Hauptfigur ihres preisgekrönten Buches Tage des Ruhms, eine Malerin, die sich als Barsängerin durchschlägt, wohnt mit ihrer Tochter in den Slums von Auckland. Eine junge Frau mit einer »ganz normalen« Überdosis Heroin und die Panikreaktion der Polizei bringen sie dazu, sich einzumischen. Sie gerät zwischen die Fronten ... Tradition heißt der vierte Ariadne-Krimi von Katherine V. Forrest. Diesmal versetzt sie ihre straßenerprobte Kommissarin Kate Delafield in den Zeugenstand eines Gerichtssaales. Es geht um einen besonders blutigen Fall von »Schwulenticken« und um Homophobie im Rechtssystem.

#### An Günther Anders denkend

An Günther Anders denkend bemerke ich, wie viel von dort zugewachsen ist, was Einfluß zu nennen eine Untertreibung wäre. Diese Zeitschrift, die in den ersten Jahren mehr ihren Herausgeber als dieser sie gemacht hat, bildete sich in einen politisch-intellektuellen Horizont hinein, den neben Bertrand Russell und für uns näher als dieser – niemand so bestimmte wie Günther Anders. Vom ersten, noch ganz schülerhaft gemachten Flugblatt an. »Die volle Tragweite der neuen Wirklichkeit aber, das Wesentlich Neue«, heißt es in der Gründungserklärung vom 4. Mai 1959, »ist einem großen Teil der Menschheit noch nicht bewußt geworden. « Das war das Echo eines Wochenendseminars vom 28. Februar 1959, auf dem Günther Anders seine etwas später im »Argument« veröffentlichten Thesen zur atomaren Situation vorgetragen hatte. Auschwitz und Hiroshima verbanden sich zur Signatur der Epoche im Zeichen des menschenmachbar gewordenen Untergangs der Menschheit. Erst allmählich erschloß sich dem »bis gestern unpolitischen Studenten«, der ich damals war, das theoretische Werk von Anders. Gleich das Hiroshima-Tagebuch von 1959, dann die »Antiquiertheit des Menschen«, eine Kritik der zweiten industriellen Revolution, die deren die menschliche Wirklichkeit bedrohende Tendenz vor allem am Fernsehen und an der Atombombe reflektierte. Zugleich bildete dieses Werk ein Paradigma einer Art des Philosophierens, die Anders »Okkasionalismus« oder »Gelegenheitsphilosophie« nannte. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte er das existenzphilosophische Pathos vom »furchtbaren Ernst der eigenen Existenz« angeprangert als »Flucht aus den ernsten Aufgaben der Zeit in den Ernst als Aufgabe«. Bei den Vorarbeiten zu meiner Dissertation stieß ich u.a. auf einen in den Recherches philosophiques 1934/35 noch unter dem Namen Günther Stern veröffentlichten Aufsatz »Une interprétation de l'a posteriori«, wo ein Gedanke ausgeführt ist, auf dem seine spätere Technikkritik aufbauen kann. Gegen Heideggers Rede vom »Je-schon-in-der-Welt-Sein« des Menschen bestand er darauf, daß der Mensch das Wesen ist, das zur Welt kommt, die ihm strukturell »voraus ist«. Neben Heidegger ist Gehlen der große Bezugspunkt für Günther Anders. Darum hat es eine gewisse Logik, wenn Peter Glotz (in einer Rezension eines Buches von Dieter Stolte) ihn wie selbstverständlich zwischen diese beiden einreiht. Doch macht diese Selbstverständlichkeit den Eindruck, als sei der antagonistische Charakter des Werkes von Günther Anders, das einen Anti-Heidegger und Anti-Gehlen darstellt, entschärft worden, ja, als habe die späte Offizialberühmtheit des Günther Anders auch die Funktion, vormalige Gesellschafts-Kritik der Produktionsverhältnisse in apokalyptische Kritik der Produktivkräfte umzulenken

In manchen Nachrufen scheint es, als sei der zu seinen aktiven Lebenszeiten fast immer offiziell totgeschwiegene und abgewehrte Günther Anders in seinen letzten Greisenjahren und vollends durch seinen Tod bequem diskursiv handhabbar geworden. Selbst Werner Fuld erinnert nur an den Nuklear-Apokalyptiker

Anders, der mit dem Einschlafen der Antiatombewegung in den sechziger Jahren in Vergessenheit geraten sei. Er vergißt den Kritiker des Vietnamkriegs. Man muß nur die Argument-Hefte aus der stürmischen Aufstiegszeit der Studentenbewegung 1966-67 ansehen, um sich dessen zu vergewissern. Günther Anders hat einen großen Teil seiner philosophischen Produktivkraft in tägliche Mikroanalyse einzelner Informationen und offizieller Versionen zum amerikanischen Krieg in Vietnam investiert, und das über einen langen Zeitraum. Die »Philosophischen Stenogramme« und das »Philosophische Wörterbuch heute« waren in ihrer Objektfindung, Produktionsweise und kritischen Perspektivik von größter Bedeutung - zumindest für diese Zeitschrift und ihr Umfeld. Er tat da etwas täglich, was seinen heutigen Lobrednern nie in den Sinn gekommen ist und was sie abwehren würden: die Namen und Vorkommnisse nennend, die Quellen angebend, beleidigte er die höchsten Machthaber der westlichen Welt, indem er sie der Lüge, der Dummheit, der Gewissenlosigkeit hinsichtlich der unmenschlichen Folgen bestimmter politischer oder militärischer Entscheidungen überführte. Voltaire deutsch. Aber auch das klingt harmloser als erlaubt, denn wer würde heute nicht einen Voltaire loben ...

Wenn es wohlfeil scheint, den Einfluß des Günther Anders allgemein zu behaupten, so ist das Mitwirken und Fortsetzen schon schwieriger. Was mich selber angeht, so danke ich Günther Anders vieles von dem, was ich selber als kritische Miniatur praktiziert habe: ausgehend oftmals von Zeitungsmeldungen, Einzelheiten als Material nutzend. Der *Zeitungsroman*, dessen Entstehung Anders ermutigt und dessen Mängel er kritisiert hat, ist irgendwo zwischen Brecht und Anders entstanden.

Gehörte Anders in den ersten zehn Jahrgängen dieser Zeitschrift zu den meistgedruckten Autoren, so verschwand er für ein weiteres Jahrzehnt fast vollständig. Warum, ist rückblickend nicht sehr klar. Möglicherweise war es der Eifer eines nachholenden Marxismus, der ihn entfernte. Vielleicht trug der Schock der Invasion der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Staaten dazu bei, in dessen Bewertung Spaltungslinien im *Argument*-Umkreis zutage traten, die immerhin nicht verdeckt wurden, sondern sich darin ausdrückten, daß das nächstfolgende Heft mit drei divergierenden Editorials erschien. Eines davon stammte von Anders.

Gewiß spielte auch die kaum diskutierte Problematik einer Technikkritik mit, die ins »bloß Kulturkritische« abzugleiten drohte. Denn Technikkritik erscheint doch auch fragwürdig, sobald sie das Dispositiv der Entwicklung und Anwendung von Technologien ausblendet. Die Analyse kapitalistischer Wirkungszusammenhänge ist unverzichtbar für ein Denken, das sich nicht um den kritischen Stachel bringen lassen will. Wenn nun auf die gleichermaßen unheilvollen Tendenzen »kommunistischer« Technikverwendung verwiesen wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß dieser »Kommunismus« eingelassen war in den Weltkapitalismus, schwächeres Subsystem eines Weltsystems. Vielleicht war sogar die Systemkonkurrenz, ja die Herausforderung des Westens durch den Osten, die Form, in welcher die Subsumtion des Ostens unter den Weltmarkt sich durchsetzte. Noch immer, selbst angesichts des Abgrunds, honoriert der Herr, der seinen Namen nicht genannt haben will, nichts so rückhaltlos wie diesbezügliche

Diskretion. Mag die Welt in Worten tausendmal dem Untergang geweiht werden, scheint es ihn nicht zu scheren, solange es nur die Technik ist und nicht ihre Verwertungsverhältnisse, was als Urschuld erscheint.

Diese zweifellos vorhandene Spannung kann aber nicht der Grund gewesen sein; obwohl sie weiterbestand, kam Günther Anders wieder, um bis kurz vor seinem Tode in jedem Heft zu schreiben. Und während der Zeit des Nichtschreibens hatte er uns Bruno Frei geschickt, als wäre der sein Stellvertreter ...

Im privaten Umgang, schreibt Werner Fuld, sei Günther Anders »auch von einer seltenen Herzlichkeit und Wärme« gewesen. Ja und nein. Was Sokrates von sich gesagt hat, läßt sich auch von Günther Anders sagen: er hatte seinen Dämon. Er war monoman wie einer, der die wichtigste Botschaft der Zeit zu überbringen hat, die ihm noch nicht ganz abgenommen worden ist. Wenn über das Wie des Morgen geredet wurde, beharrte er unnachsichtig auf der Frage des Ob. Mit ihm ließ sich nicht eigentlich diskutieren. In seinen Dialogen sind die Gegenredner oft nur dumme Schemen, über die er sich voller Spott erhebt.

Als er nicht nur ans Bett gefesselt war, sondern mit seinen arthritischen Fingern zu schreiben aufgehört hatte, war ich nicht sicher, ob es nicht wieder nur eine Unterbrechung wie schon einmal war. Er hatte so oft von Krankheit und Tod gesprochen, daß ich es schließlich nicht mehr ernst genommen und ihn unterderhand für unsterblich gehalten hatte. Am Telefon sprach er von seinem Leib wie von etwas Gestorbenem, das ihn mechanisch gefangen hielt und folterte, aber er sprach davon mit einer so helltönenden, fast jugendlichen Stimme, daß es nicht zu glauben war.

#### Rede zur Demonstration in Mölln am 28. November 1992

Wir sind hier nach Mölln gekommen, um zu trauern. Wir tragen Leid um drei türkische Frauen, die kleine Yeliz Arslan, ihre Tante Ayse Arslan und ihre Großmutter Bahide Arslan. Ihre verbrannten Köper sind jetzt in die alte Heimat am Schwarzen Meer zurückgekehrt, da können die Mörder sich freuen, sie haben mal wieder erreicht, was sie sich wünschen ... Wird es ihnen gelingen, auch die Toten aus unserem Bewußtsein zu vertreiben? Aus unserer Erinnerung? Aus unserer Scham? Aus unserer Angst? Vielleicht könntet ihr, Schülerinnen und Schüler, eure Schule nach der Schülerin Yeliz nennen, damit dieses Schulkind nicht vergessen wird und nicht das, was in Mölln geschehen ist. Unsere Trauer soll nicht stumm bleiben, ihr bitterster Teil ist Scham. So wie es ist, ist es nicht zum Aushalten.

Unser Land befindet sich in der schlimmsten politischen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Plötzlich spüren wir, daß wir auf ganz dünnem Eis gehen, Spalten tun sich auf, das Wasser gurgelt, was wir für festes Land hielten, die Verfassung, den Rechtsstaat, ein Einverständnis über die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert, zerfällt vor unseren Augen. Sechzehn Tote hat es in diesem Herbst durch Neonazis gegeben. Die Zahl der Juden, die aus Deutschland heraus wollen, ist sprunghaft angestiegen. In Hamburg hat ein Kind aus einer »Mischehe« einen Passanten gefragt, wieviel Uhr es sei. Als Antwort bekam sie eine Ohrfeige und ein paar obszöne Beleidigungen. Seitdem erlaubt die Mutter diesen Kindern nicht mehr, auf die Straße zu gehen, weil sie Angst hat vor dem rassistischen Alltag: Anpöbelung, Bedrohung, Einschüchterung von Zuschauern, Schlägereien. So fängt es an, und es eskaliert zu Mord und Terror derer, die in unseren Medien selten Terroristen genannt werden, als seien nur Mörder von höheren, namentlich bekannten Justiz- und Bankangestellten »terroristisch« gewesen, nicht aber die von einfachen Frauen und Kindern. Indessen breitet sich der Terror ungehindert aus und an Sympathisanten, die man in den siebziger Jahren erfinden mußte, ist kein Mangel.

Aber es genügt nicht, nach unten zu schauen, auf diese Jugendsubkultur mit ihrer Verklärung der Gewalt, ihrem Haß, der alles andere um sich und in sich auslöschen und niederbrennen will. Es besteht ja ein geheimes Zusammenspiel von »ganz unten« und »ganz oben«, von nationalistischer Selbstverklärung und »deutscher Weltverantwortung« in den Chefetagen, von der Verherrlichung der Gewalt der Mordbrenner und

derer, die die Jugoslawienkatastrophe dazu benutzen, den Pazifismus hierzulande lächerlich zu machen und sich einen schnellen Eingriff zu wünschen, weil auch sie der Gewalt am meisten trauen. Die einen brennen die jüdische Gedenkstätte in Sachsenhausen nieder, sie wollen die Vergangenheit auslöschen und die Erinnerung töten, und die anderen, in Schlips und Kragen, wollen den Artikel 16, auch ein Erbe der Vergangenheit, weghaben, als ob damit auch nur ein einziges reales Problem gelöst werden könnte. Ich schäme mich, eine Deutsche zu sein, wegen dem braunen Schlamm, der hochkocht, aber genauso wegen der Militärs, die unsere Rohstoffe und unsere Märkte in aller Welt verteidigen wollen. Und genauso wegen der Wirtschaftsführer, die kein Interesse mehr daran haben, die Armut der Dritten Welt zu bekämpfen, und eine gerechtere Verteilung herzustellen, weil es ihnen heute darum geht, die Armen abzuschaffen. Der Geist des Faschismus im technokratischen Zeitalter lebt auch dort, wo mit besorgter Miene von der Bevölkerungsexplosion die Rede ist, statt endlich von anderen Rohstoffpreisen.

Wehren wir uns gegen das Klima der Gewalt, das sich von unten eindeutig und von oben mehrdeutig und verwirrend, beschwichtigend und verdrängend ausbreitet. Warum kann sich die Stärke des größeren Deutschland nicht darin zeigen, daß wir endlich ökologisch Verantwortung übernehmen, statt zu bremsen und immer wieder die längst erkannten Verbrechen zu sanktionieren? Warum haben denn die Skinheads und Faschisten keine Vision von einem baum- und kinderfreundlichen Land, das aufzubauen ja mindestens soviel Kraft und Einsatz fordert wie der Haß? Wann kehren wir denn um von dem falschen Weg, der die Gerechtigkeit mit Füßen tritt, den Frieden den Rüstungsprofiten unterordnet und unsere Heimat zerstört? Ich denke, wir hier in der Mitte. in Trauer und Scham, sollten nicht nur nach unten starren auf die Söldner der Gewalt, sondern nach oben sehen, wo Arbeits- und Wohnungslosigkeit planend in Kauf genommen wird und ihre Konsequenzen, der politische Rechtsruck gar nicht unwillkommen sind. Schämen wir uns über unser Land, wehren wir uns, weder mit Molotowcocktails noch mit dem neuen Jäger, sondern mit der Kraft der Überzeugungsarbeit und der radikalen Kritik an der Gewalt, in welcher Form sie auch daherkommt. Üben wir die Achtung vor Fremden, die in alten Kulturen als Boten des Göttlichen galten, und versprechen wir Schutz allen denen, die Schutz brauchen.

Till Eulenspiegel, der lustige listige Mann aus Mölln, hatte bestimmt keinen Paß noch ein gültiges Visum, aber er zog den Reichen die Schuhe aus, die Armen hatten sowieso keine, und brachte sie durcheinander. Ich stelle mir vor, daß er am liebsten türkisch aß. Sehen wir zu, daß er nicht mitverbrannt wird in Mölln und anderswo.

#### Nachrichten aus dem Patriarchat

#### Schutz der Ehe

In Art. 6 Absatz 1 des Grundgesetzes ist festgehalten: »Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung«. Die sogenannten »eheähnlichen« oder »nicht-ehelichen« Verhältnisse, in denen in der BRD zur Zeit ca. 1,25 Millionen Paare leben, werden hin und wieder der Ehe gleichgestellt, nämlich immer dann, wenn es sich für den Gesetzgeber auszahlt. Eine Regelung, die vielleicht nicht zum Zweck der Steigerung der Attraktivität der Ehe erfunden wurde, die diesen aber de facto erfüllt. Wer bislang nicht wußte, wozu das Heiraten gut sein soll, lernt: es spricht einiges dagegen, nicht verheiratet zu sein. So wird bei der »verschärften Bedürftigkeitsprüfung« eines Antragstellers bzw. einer Antragstellerin auf Arbeitslosenhilfe auch das Einkommen »des Partners bei eheähnlicher Gemeinschaft« berücksichtigt, d.h. dieser Partner wird als voll unterhaltspflichtig angesehen, sofern er/sie nach Abzug von Freibeträgen mehr als 150 DM pro Woche verdient. Auf der Seite der Pflichten hat sich also die Gleichstellung von Ehe und Nichtehe durchgesetzt, für die Seite der Rechte gilt dies nicht. So werden den eheähnlichen Verhältnissen die Steuervorteile der Verheirateten vorenthalten, und auch die gesetzlichen Krankenkassen müssen eine/n eheähnliche/n Partner/in keinesfalls als Familienmitglied des/r Verdienenden, d.h. ohne Entrichtung eines eigenen Beitrages, aufnehmen. Originalton einer gesetzlichen Krankenversicherung auf Anfrage: »Nach § 10 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) V sind lediglich Ehegatten und Kinder bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen versichert. Der Gesetzgeber sieht eine Familienversicherung für 'eheähnliche Partner' nicht vor. Wir können Ihrem Antrag, Ihren Lebensgefährten in die Familienversicherung aufzunehmen, daher leider nicht entsprechen«. - Die Zeiten, da solche Ungerechtigkeiten widerspruchslos hingenommen wurden, scheinen vorbei zu sein, denn statt dann doch zu heiraten, sich also in die traditionelle Schutzform zu begeben, kamen Frauen jüngst auf die Idee, gegen diese willkürliche Gleich- bzw. Ungleichbehandlung zu klagen. Wer angenommen hat, daß es sich bei dem geschilderten Unrecht um einen typischen Konflikt zwischen vorangeschrittener Wirklichkeit und nachhinkender Gesetzgebung handele und dieses Problem über kurz oder lang aus der Welt sein würde, wird durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Werner Tegtmeier, eines Besseren belehrt. Versichert durch das geltende Recht vertritt er die Auffassung, daß eheähnliche Verhältnisse grundsätzlich nicht der Ehe gleichgestellt werden, weil dies ja zu einer Diskriminierung der Ehe führen würde, was wiederum verfassungswidrig ist. - Auch im jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts, verkündet »im Namen des Volkes« am 17. November 1992, wird die ehe-privilegierende Sichtweise beibehalten, aufgehoben wird lediglich die Berechnungsgrundlage zur Festlegung des Unterhaltsbetrages unter Eheleuten wie »eheähnlichen« Gefährten, weil die eingeräumten Freibeträge als zu niedrig angesehen wurden. Sünne Andresen

### Neue Wege zur gesellschaftlichen Alternative

#### Ansatzpunkte für einen ökologischen Kompromiß

Nach dem Zusammenbruch des »Real Existierenden« scheint für radikale Gesellschaftskritik kein Raum mehr zu bestehen. Zugleich nimmt die wachsende Enttäuschung über die starrsinnige Blindheit des herrschenden politischen Systems beängstigend fatalistische und verzweifelt irrationale Formen an. Parteien- und Politikverdrossenheit greifen um sich. Weil glaubwürdige Alternativentwürfe fehlen, scheinen immer mehr Menschen gesamtgesellschaftlich vernünftige Zukunftsperspektiven überhaupt abzuschreiben. Nach dem Prinzip: »Rette sich, wer kann«, werden kurzfristige Lösungen auf Kosten der anderen gesucht. Verdrängung, Projektion und Ausgrenzung beherrschen den politischen Diskurs. All dies ist das Resultat einer tiefgreifenden politischen Paralyse, an der auch die Linke nicht schuldlos ist. Ratlos steht sie vor den Trümmern ihrer zerstörten Weltbilder.

Sicherlich war die Art des Sozialismus, wie er in der Sowjetunion entstand, für die meisten Linken kein Vorbild. Trotzdem hatte er auch für sie eine wichtige Funktion. Durch ihn wurden dem kapitalistischen Gesellschaftssystem von außen Grenzen gesetzt. Er stand für die Möglichkeit des Jenseitigen überhaupt. Seine bloße Existenz schien immer neu zu beweisen, daß es sich beim Kapitalismus um eine historisch begrenzte Formation handelt. Angesichts der äußeren Alternative erschienen die kapitalistischen Gesellschaften als etwas in sich abgeschlossenes Ganzes. »Es gibt nichts Wahres im Falschen«, das war der fatale Gestus einer radikalen Kritik, die die vorgegebenen Schablonen des Innen und Außen auch dort übernahm, wo sie sie eigentlich zu sprengen trachtete. Genau diese Form der Gesellschaftskritik hat sich mit dem Zusammenbruch des »Real Existierenden« als Illusion erwiesen. Mit Revolutionsromantik und abstrakten Alternativentwürfen ist nichts mehr auszurichten. Wer weiterhin an der Perspektive eines grundlegenden Systemwandels festhalten will, muß über den Horizont radikaler Gesellschaftskritik völlig neu nachdenken. Entweder die »Alternative« kehrt in die Mitte der alten Gesellschaft zurück oder sie bleibt entschwunden!

Die Konfliktlinien werden sich verschieben. Alte Grenzlinien zwischen rechts und links verlieren ihre Gültigkeit. An die Stelle der formellen Alternative zwischen Plan und Markt tritt die Auseinandersetzung mit der spezifischen Vergesellschaftungs- und Rationalisierungslogik der Moderne. Der »Real Existierende« war in vielen Bereichen nichts anderes, als eine besonders etatistische Variante der ökonomistischen Modernisierung. Er brach zusammen, weil die planbürokratische Kopie ihrem Original unterlegen war. Zugleich ist sein Ende auch ein Menetekel: Es war nicht das ganz andere, was dort scheiterte, es war das schwächste Glied, die unglücklichere Ausführung der kapitalistischen Moderne. Die Zukunft liegt jenseits der alten Weltbilder. Wir brauchen beides, eine neue, viel weiter reichende und radikalere Kritik der kapitalistischen

Moderne, und eine sehr viel realistischere, reformistisch-gradualistische politische Strategie, der es gelingt, an die im Zentrum der alten Gesellschaft schon vorhandenen Fundamente des Neuen anzuknüpfen.

#### Der »Sinn« des Kapitalismus

Bevor jedoch über neue Ansätze antikapitalistischer Politik nachgedacht werden kann, scheint es ratsam, sich noch einmal zu vergewissern, was mit der Rede vom kapitalistischen Gesellschaftssystem heute noch sinnvoll bezeichnet werden kann. Deshalb möchte ich im folgenden zunächst auf die charakteristische Logik, die verborgene Triebfeder des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus zurückkommen. Anschließend werde ich einige Hypothesen entwickeln, die den Zusammenhang zwischen den gegenwärtigen ökologischen und soziokulturellen Krisentendenzen und den gesellschaftsgeschichtlich normativen Grundimplikationen kapitalistischer Vergesellschaftung verständlich machen sollen. Abschließend wird es um erste Ansätze einer radikalökologischen und antikapitalistischen Reformstrategie gehen.

Die Grundmaxime der kapitalistischen Moderne: Arbeiten, um Arbeit zu sparen

Marx hob hervor, daß die kapitalistische Vergesellschaftungsform sich von allen ihr historisch vorangehenden durch das Lohnarbeitsverhältnis unterscheidet (vgl. MEGA II/6, 645). In allen vorkapitalistischen Gesellschaften wurde die Frage, wer welche Qualifikation erhält, wo er arbeitet und in welchem Umfang er am gesellschaftlichen Reichtum teil hat, vor allem durch Kultur, Religion und politische Machtverteilung entschieden. In den kapitalistischen Gesellschaften tritt der Markt und insbesondere der Arbeitsmarkt an ihre Stelle. Deshalb kann sich in ihnen das ökonomistische Kalkül erstmals frei von tradierten Bindungen entwickeln, ohne Bevormundung durch Zunftverwaltungen, ländliche Feudalherren oder merkantilistische Monarchen.

Indem alle Güter, bevor sie gebraucht und verbraucht werden können, zunächst auf dem Markt getauscht werden müssen, unterliegen sie einem Bewertungsprozeß, der von der Frage ihrer unmittelbaren Nützlichkeit für den Käufer ganz verschieden ist. Was sind die Kriterien, die Maßstäbe, nach denen die Waren auf dem Warenmarkt bewertet werden? Marx gab eine eindeutige Antwort: Waren werden auf dem Warenmarkt danach bewertet, wieviel abstrakt menschliche Arbeit zu ihrer Herstellung gesellschaftlich durchschnittlich erforderlich ist. 1 Damit haben sich die modernen Gesellschaften einem sehr einseitigen und hochselektiven Bewertungsmaßstab unterworfen. Der für die kapitalistische Moderne charakteristische gesellschaftliche Rationalisierungprozeß erhält dadurch eine historisch ganz spezifische innere Zwecksetzung, die im ökonomistischen Kalkül ihren charakteristischen Ausdruck findet. Im ökonomistischen Kalkül werden alle Fragen nur nach einem Kriterium entschieden: wie können Kosten eingespart werden. Trifft die Marxsche These zu, daß alle Kosten letztendlich auf die Menge der notwendigen Arbeit zurückgeführt werden können, bedeutet dies, daß das ökonomistische Kalkül nur auf das eine Ziel ausgerichtet ist, Arbeit zu sparen.

Die Ausrichtung aller Anstrengungen auf dieses eine Ziel macht nur Sinn, wenn Arbeit als das Negative schlechthin, als Quelle von Selbstverlust, Entbehrung und Leid überhaupt gilt. Umgekehrt wird der in den Gütern aufgehäufte Wert zum Inbegriff des gesellschaftlichen Reichtums schechthin. Arbeit ist somit nicht nur Last und Plage, sie erscheint zugleich als die einzige Quelle von Reichtum. Sie gilt als Notwendigkeit, weil nur durch die Arbeit die Not gewendet werden kann, weil nur die Aneignung schon geleisteter Arbeit hilft, Arbeit zu vermeiden. Dahinter steckt ein paradoxes Prinzip: Nur durch Arbeit kann Arbeit eingespart werden. Möglichst viel arbeiten, um möglichst viel Arbeit zu sparen, das ist somit die widersprüchliche Grundmaxime kapitalistischen Wirtschaftens. Max Weber nannte dieses Prinzip »den Geist des Kapitalismus«, dessen paradox-selbstzweckhafte Züge in der protestantischen Ethik paradigmatisch zum Ausdruck kommen (Weber 1920).

#### Der Preis des »Fortschritts«

Der für dieses Prinzip zu zahlende Preis ist hoch. Da Natur und kulturelle Werte selbst keinen Preis haben, tauchen sie auch als Kosten nur auf, sofern für ihre Produktion und Bereitstellung Arbeit erforderlich ist. Deshalb ist es für jeden Unternehmer rational, Arbeitszeit auf Kosten exzessiver Naturvernutzung und auf Kosten tradierter kultureller Werte einzusparen. Sehen wir von regulativen Eingriffen des Staates und der gesellschaftlichen Institutionen ab, so werden dem Verbrauch von Luft, Wasser und Erde nur dort Grenzen gesetzt, wo ihre Bereitstellung oder ihr exzessiver Verbrauch selbst Arbeitskosten verursacht. Für soziokulturelle Werte wie Demokratie, Familie, Erziehung oder Religion gilt dasselbe. Ihnen wird kein Eigenwert zugestanden. Im ökonomistischen Kalkül spielen sie nur dann eine Rolle, wenn sie für die Steigerung der Produktivität instrumentalisierbar sind oder eine politisch erzwungene Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft bilden. Der Geltungsbereich ihres »Eigenwertes« endet vor den Toren des kapitalistischen Betriebs. Dies ist der Grund, warum kapitalistische Volkswirtschaften für die von ihnen verursachte Naturzerstörung sowie für den soziokulturellen Preis der erzielten Produktivitätsgewinne blind sind.

Diese Eindimensionalität der Zwecksetzung ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der quantitativ mathematischen und bilanzlogischen Rationalisierung aller ökonomischen Prozesse. Da keine konkurrierenden Zwecksetzungen zu berücksichtigen sind, reicht die bloße Input-Output-Relation zur Erfassung der ökonomischen Prozesse völlig aus. Alle Gegenstände und Prozesse werden nur unter einem Gesichtspunkt betrachtet und unterscheiden sich deshalb voneinander nur durch ihre Quantität. Die Tatsache, daß den Gesellschaften des »real existierenden Sozialismus« diese Reduktion aller ökonomischen Prozesse auf nur eine Zweckdimension nur unvollständig gelang, ist sicherlich ein wichtiger Grund, warum sich das Modell der zentralen Planung in Korruption und Vetternwirtschaft verfing, und der Versuch einer demokratischen Öffnung mißlang. Umgekehrt können die stalinistischen Methoden autoritärzentralistischer Gleichschaltung durchaus auch als Versuch verstanden werden,

genau diese Eindimensionalität mit den Mitteln staatlicher Macht gegen konkurrierende Orientierungen durchzusetzen.

Max Weber weist darauf hin, daß es sich bei diesen kapitalistisch-ökonomistischen Rationalisierungsprozessen nur um eine von vielen möglichen Formen gesellschaftlicher Rationalisierung handelt (vgl. ebd., 61f.). Ein Gedanke, der insbesondere innerhalb der kulturkritisch-marxistischen Diskussion zu wenig Beachtung fand. Weil die Eindimensionalität ökonomistischer Rationalisierungsprozesse nicht als Resultat intersubjektiver Vereinbarungen erlebt wird, sondern vielmehr der »Logik der Sache selbst« geschuldet zu sein scheint, entsteht der Eindruck als sei die mit der kapitalistischen Rationalisierung verbundene Form ökonomistischen Handelns und Denkens die einzige Form zweckrationalen Handelns und Denkens überhaupt. Diese falsche Gleichsetzung hat viele marxistische Theoretiker dazu verleitet, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Horkheimer und Adorno glaubten, daß jede Form zweckrationaler Reproduktionstätigkeit mit einem Entfremdungsprozeß verbunden sei, der die Menschen immer weiter von ihrer inneren und äußeren Natur entferne. Sie entzogen damit der marxistischen Kapitalismuskritik die rationale Basis. Versöhnung mit der inneren und äußeren Natur schienen nur von einem Standpunkt jenseits des aufklärerischen Rationalismus denkbar (vgl. T. Adorno, M. Horkheimer 1944, 53ff.). – Ein Fehlschluß mit fatalen Konsequenzen. Er hat dazu beigetragen, daß ökologische Gesellschaftskritik und »westlicher Marxismus« trotz vieler Affinitäten niemals wirklich zueinander fanden. Während Ökologen die offenbare Irrationalität der verselbständigten kapitalistischen Produktionsmaschinerie kritisierten, stellten die an Horkheimer und Adorno geschulten Marxisten und postmodernistischen Strukturalisten die Rationalität, an die dort appelliert wurde, in Frage. Marxismus und ökologische Gesellschaftskritik blieben sich fremd, weil der Teil marxistischer Theorietradition, der die Brücke hätte schlagen können, in pessimistischer Selbstblockade verharrte. Andere Prinzipien ökonomischer Rationalität, die für verschiedene konkurrierende Zwecke offen sind, wie z.B. die schon von Aristoteles thematisierten Prinzipien einer haushaltswirtschaftlichen Ökonomie kamen nicht zur Sprache (vgl. Aristoteles, Politik 1256a, 1ff.). Daß sich in diese Form ökonomischer Rationalität auch ökologische Gesichtspunkte sehr viel leichter integrieren lassen, blieb unbeachtet. Sie beruht vor allem auf dem kalkulatorisch rationalen Umgang mit begrenzten natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, die das Abwägen verschiedener Zwecksetzungen ökonomischen Handelns einschließt (vgl. Wolf in diesem Heft).<sup>2</sup>

Wie kann es geschehen, daß ein derartig einseitiges Steuerungsprinzip, wie es der kapitalistische Warenmarkt ist, in modernen Gesellschaften auf so weitgehende Akzeptanz stößt? Zwei Bedingungen sind dafür wesentlich: Erstens muß der Arbeitsprozeß so organisiert sein, daß er in der Tat vor allem als Selbstverlust und als Ort von Leid und Entbehrungen erfahren wird. Zweitens müssen diejenigen, die diese so organisierten Arbeiten zu verrichten haben, als formal gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder anerkannt sein, die bei der immer neuen Bestätigung und Befestigung dieser Grundorientierung ein gehöriges Wort mitzureden haben. Beide Bedingungen sind mit der Herausbildung des Lohnarbeitsverhältnisses in der Tat gegeben.

#### Die Krise der kapitalistischen Moderne

Trotzdem bleibt das kapitalistische Modell gesellschaftlicher Selbststeuerung ein hoch widersprüchliches. Das Prinzip: Arbeiten, um Arbeit zu sparen, hat die Tendenz sich selbst aufzuheben. Mit Hegel könnten wir sagen: Es ist die prozessierende Negation seiner selbst. Dies führt zu einer charakteristischen Krisendynamik, die die Geschichte aller kapitalistischen Gesellschaften kennzeichnet.

Sie tritt zunächst als eine Abfolge periodisch wiederkehrender tiefer Einbrüche des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in Erscheinung. Ihr gemeinsames Merkmal ist die Massenarbeitslosigkeit. Bei steigender Arbeitsproduktivität können die jeweils dominierenden industriellen Sektoren das Arbeitskräfteangebot nicht mehr aufnehmen. Die Krise zu Beginn der siebziger Jahre des vorherigen Jahrunderts, am Ende der zwanziger Jahre und die gegenwärtige Stagnationsperiode können in diesem Sinne verstanden werden.<sup>3</sup> Marx hat versucht, die sich dahinter verbergende Widerspruchsdynamik, immer mehr Arbeit durch immer mehr Arbeit einsparen zu wollen, mit der These von der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals ökonomisch zu fassen. Gleichgültig, welche weiteren krisentheoretischen Folgerungen aus dieser These gezogen werden können - soviel ist evident: Die Konzentration aller Kräfte auf den Produktivitätsfortschritt führt bei unverändertem gesellschaftlichem Konsumniveau entweder zu einem exponentiellen Wachstum der Produktionsmittel oder zu einer Abnahme der Beschäftigungsquote. Da das Wachstum der Arbeitsproduktivität bei gegebener Grundtechnologie nicht grenzenlos ausdehnbar ist und ab einem bestimmten Niveau zu einem unvertretbaren Wachstum der Aufwendungen für Maschinen und Technik führen muß, sind die periodisch auftretenden Unterbeschäftigungskrisen ein fester Bestandteil des kapitalistischen Akkumulationsprozesses.

Zugleich haben die modernen kapitalistischen Gesellschaften einen Mechanismus ausgebildet, durch politische Eingriffe in das ökonomistische Selbststeuerungssystem diesem Widerspruch eine »Bewegungsform« zu geben. Durch politische Eingriffe wie z.B. Verbot der Kinderarbeit, Arbeitszeitverkürzungen, Tarifvertrags- und Sozialversicherungssystem, Arbeitsschutzbestimmungen, steigende Rüstungsausgaben und Bildungsanstrengungen etc. werden neue Bedürfnisse in den ökonomistischen Selbststeuerungsmechanismus implementiert, die neue Arbeitsfelder erschließen und eine neue Wachstumsperiode begründen können (Land 1991).

Dieser Entwicklungsprozeß spielt sich vor dem Hintergrund einer sehr viel weiterreichenden, bisher unterschwelligen Krisentendenz ab, die durch die eben skizzierte Krisenlösungsstrategie verschärft wird. Sie stellt die spezifischen normativen Voraussetzungen der kapitalistischen Moderne überhaupt in Frage. In historischen Phasen, in denen nur durch diese Produktivkraftentwicklung eine ausreichende materielle Reproduktion der als Bürger anerkannten Gesellschaftsmitglieder gewährleistet werden kann, ist die Konzentration aller Kräfte auf die Einsparung von Arbeit, die offenkundig adäquateste Selbststeuerungsstrategie. Problematisch wird dieser Selbststeuerungsmechanismus u.a. dadurch, daß er sich gegen die Bedingungen seiner Herausbildung verselbständigt und auch dann

noch fortbesteht, wenn diese Bedingungen längst schon nicht mehr gegeben sind. Sobald ein gewisses Niveau der Produktivkraftentwicklung erreicht ist und sobald durch politisch-staatliche Eingriffe eine breite Partizipation an diesem Reichtum durchgesetzt werden konnte, erscheint die Ausrichtung aller Kräfte auf die Entwicklung der Produktivkräfte als immer einseitiger. Der dafür zu zahlende Preis, die zunehmende Umweltzerstörung und die asoziale und inhumane Zurichtung der Personen in der Arbeit, gerät immer deutlicher in den Blick. Auch hier gibt es ein Grenznutzenkalkül. Mit steigendem materiellem Wohlstandsniveau sinkt der Preis, den die Menschen für weiteren materiellen Wohlstandsgewinn zu zahlen bereit sind. Gleichzeitig steigen die Grenzkosten. Mit jedem weiteren Schritt der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung steigt der dafür zu entrichtende kulturelle und ökologische Preis. Die Einseitigkeit der marktvermittelten Zwecksetzung gräbt sich immer tiefer in die technische Beschaffenheit der Produktivkräfte ein. Die neu entwickelten Maschinen und Verfahrenstechniken brauchen immer weniger Arbeit und immer mehr Natur. Das gleiche gilt für die subtiler werdenden Techniken bedarfsgerechter Zurichtung der Beschäftigten. Lebens- und systemweltliche Handlungsmaximen fallen immer weiter auseinander.

Schließlich verschärft auch die zunehmende politische Überformung des marktvermittelten Selbststeuerungssystems seine Legitimationskrise. Mit jeder großen Krise werden neue politische Regulationsmechanismen in den kapitalistischen Selbststeuerungsprozeß implementiert. Nur dadurch kann er für neue lebensweltliche Bedürfnisse geöffnet werden. Eigentlich handelt es sich bei diesen Eingriffen in das System der ökonomischen Selbststeuerung darum, daß die ihm innewohnende, eindimensionale Zwecksetzung durch weitere konkurrierende Zwecke ergänzt wird. So werden z.B. mit der Einführung des Systems der sozialen Sicherung neue soziale und ethische Werte implementiert. Sie stehen in Konkurrenz zum eigentlichen Zweck, der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das konkrete Verhältnis dieser verschiedenen Zwecksetzungen kann durch rein quantitativ-bilanzlogische Kalküle nicht reguliert werden. Die bilanzlogischen Kalküle werden deshalb durch haushaltswirtschaftliche Kalküle ergänzt. Die Ausgaben für Gesundheitsfürsorge, Alterssicherung, Bildung und Erziehung müssen in ein sinnvolles Verhältnis zu den Ausgaben für Technologie- und Industrieentwicklung gebracht werden, wobei die insgesamt zu verteilenden Ressourcen als gegeben vorausgesetzt sind. Da das haushaltswirtschaftliche Kalkül das Abwägen verschiedener Zwecksetzungen einschließt, kommt es ohne politische Entscheidungsmechanismen und politische Legitimation nicht aus.

Politische Eingriffe in das System der ökonomischen Selbststeuerung werden aber auch deshalb immer notwendiger, weil nur so die außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit gesichert werden kann. Sie sind notwendig, um die charakteristische »Myopie« der Marktmechanismen, die für langfristige industrie- und technologiestrategische Entscheidungszwänge kein »Sensorium« haben, auszugleichen.

Die Krise des Fordismus, eine Krise der kapitalistischen Moderne überhaupt

Die gegenwärtige Krise des fordistischen Akkumulationsregimes sowie der entsprechenden Regulationsweise ist dadurch gekennzeichnet, daß beide oben beschriebenen Widerspruchs- oder Krisendynamiken zusammenfallen.

Für die fordistische Periode war charakteristisch, daß durch Gewerkschaftsmacht und keynesianistischen Sozialstaat die Wachstumsgewinne nach relativ festen Proportionen zwischen den sozialen Klassen verteilt und in kaufkräftige Massennachfrage verwandelt wurden. Mit der Politisierung der Verteilungsfrage, die jetzt nicht mehr nur nach einzelwirtschaftlich-bilanzlogischen, sondern gesamtgesellschaftlich-haushaltswirtschaftlichen Kriterien entschieden wurde, schien ein Perpetuum Mobile der kapitalistischen Wachstumsmaschine erfunden zu sein. Indem die Lohnentwicklung fest an die Produktivitätsentwicklung gekoppelt wurde, schien die Gefahr gebannt, erneut in eine Krisendynamik nach dem Modell der beiden großen vorhergehenden Krisen zu geraten. Daß Kaufkraft und Produktivitätsentwicklung noch einmal, wie in den siebziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts und in der großen Krise am Ende der zwanziger Jahre auseinander treten würden, schien undenkbar, Inzwischen wissen wir, daß das eine Illusion war. Der Wachtumsmotor der fordistischen Periode ist ins Stocken geraten, weil die raum- und zeitökonomische Rationalisierung der privaten Reproduktion und Freizeitgestaltung durch industrielle Massenkonsumgüter an technologische und ökologische Grenzen gestoßen ist. Die Produktivitätsgewinne können nicht mehr durch eine entsprechende Ausweitung des Konsums aufgefangen werden (vgl. Gorz 1991, 68ff.). Für die Erschließung neuer Bedarfsfelder, z.B. im Bereich des Umweltschutzes oder des öffentlichen Nahund Fernverkehrs fehlt dagegen der notwendige politische Anstoß. Jetzt wird erkennbar, daß der Versuch, Angebot und Nachfrage durch rein monetäre Verteilungsstrategien ins Gleichgewicht zu bringen, zu kurz greift. Heute wichtige neue Bedarfsfelder wie Ökologie oder Stadt- und Landschaftssanierung sind durch die bloße Steigerung des individuellen Einkommens und der individuellen Nachfrage nicht erschließbar.

Aber auch die gesamte Richtung des kapitalistischen Wachstumsprozesses ist fragwürdig geworden. Die ökologischen Folgen der fehlgeleiteten Produktiv-kraftentwicklung nehmen katastrophale Ausmaße an. Gleichzeitig zeichnet sich eine grundlegende Legitimationskrise der »Arbeitsgesellschaft« ab, die durch die gegenwärtigen konkurrenzverschärfenden Krisentendenzen nur notdürftig überdeckt wird. Wachsender Reichtum und wachsende Qualifikation haben dazu geführt, daß die Maxime »arbeiten, um zu leben« für immer weniger Menschen ein wirklich glaubwürdiges Leitmotiv bildet. Der in den kapitalistischen Metropolen angehäufte ungeheure Reichtum steht für immer mehr Menschen in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu den ökonomischen Zwangsstrukturen, zur persönlichen »Verkrüppelung« und zu den ökologischen Gefahren, mit denen die Teilhabe an diesem Reichtum erkauft werden muß.

Der im eigenen »arbeitssparenden Überfluß« erstickte fordistische Konsumismus scheint die »protestantische Arbeitsethik« derart untergraben zu haben, daß die Fähigkeit zur Motivation der eigenen Mitarbeiter für die meisten Unternehmen

zum entscheidenden Merkmal ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit geworden ist (Lipietz 1992). Gleichzeitig haben sich auch die technologie- und organisationsbedingten Anforderungen an die Arbeitskräfte verändert. Die wachsende Bedeutung hochqualifizierter Kontroll-, Reparatur- und Planungsarbeit hat dazu geführt, daß lebensweltliche Einstellungen und Handlungsorientierungen, wie spontane Kreativität, Kommunikations- oder Dialogfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft, auch im Produktionsprozeß wieder an Bedeutung gewinnen. Stärker partizipatorische Strukturen treten immer häufiger an die Stelle der traditionell tayloristischen Arbeitsorganisation (Boyer 1992). Die bisher an den Betriebstoren verlaufende Trennungslinie zwischen vorwiegend lebensweltlichen Bedürfnissen und Orientierungen und dem Geltungsbereich der systemweltlichen Rationalisierungslogik scheint durchlässiger zu werden.

Gleichzeitig beobachten wir einen neuen Schub bei der Politisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse. Inzwischen werden auch die meisten konzernstrategischen Schlüsselentscheidungen und die Technologieentwicklung durch marktfremde Eingriffe gesteuert. Vor allem die immens gestiegenen Entwicklungskosten zwingen die Großkonzerne in weltumspannende Oligopolstrukturen. Was in der Luftfahrt- und Halbleiterindustrie schon eingetreten ist, ist auch für andere Schlüsselsektoren wie Automobilbau, Telekommunikation und Biotechnologie zu erwarten. Parallel zu diesen multinationalen Planungsinstanzen enstehen auch auf politisch-staatlicher Ebene drei große ökonomische Blöcke: Europa, Ostasien und Nordamerika plus Mexiko. Die wichtigste Zukunftsaufgabe dieser transnationalen Einheiten wird darin bestehen, für den jeweiligen Wirtschaftsblock zukunftsbestimmende konzernstrategische und technologiepolitische Schlüsselentscheidungen zu koordinieren, zu lenken und materiell zu unterstützen. Schon in kürzester Zeit wird es zur Herausbildung von drei großen, teils öffentlichen, teils privaten Planungsverbünden kommen, deren Entscheidungen durch marktwirtschaftliche Prinzipien allein nicht mehr legitimiert werden können. Auch die ökologische Krise wird diesen schrittweisen Ersatz marktwirtschaftlicher durch politisch planerische Steuerungsmechanismen weiter vertiefen. Steuern, Auflagen sowie staatliche Gebote und Verbote dringen tief ins Innere des privatkapitalistischen Produktionsprozesses vor. Das in der Arbeit verwirklichte Naturverhältnis wird selbst zum Gegenstand gesellschaftlicher Regulation. Die gleichzeitige Tendenz, durch »private public partnership« staatliche Aufgaben zu privatisieren, und die Zerlegung vieler Großkonzerne in teilweise verselbständigte Untereinheiten, steht keineswegs im Widerspruch zu dieser Grundtendenz. Das japanische Regulationssystem weist die Richtung: An seiner Spitze steht das Ministerium für Handel und Industrie (MITI), das transnationale Markterschließungs- und Entwicklungsstrategien initiiert und koordiniert und das die industrie- und technologiestrategischen Schlüsselentscheidungen der Großkonzerne lenkt. Diese Großkonzerne sind selbst von einem Netz abhängiger Zulieferunternehmen umgeben, die untereinander wie selbständige Einheiten konkurrieren, dabei aber gleichwohl fest integrierte und abhängige Bestandteile der großen Planungsverbünde bleiben (Boyer 1992). Die Zukunft scheint dezentral marktwirtschaftlich konkurrierenden und in eine zentrale Rahmenplanung eingebundenen transnationalen Konzernnetzwerken zu gehören.

Zunächst verbleiben diese transnationalen Planungsinstanzen aber noch ganz im Bann des marktwirtschaftlichen Steuerungssystems, das vermittelt über den Weltmarkt und die Forderung nach weltweiter Konkurrenzfähigkeit die letztentscheidenden Maximen vorgibt. Gleichzeitig gibt es aber schon jetzt deutliche Hinweise, daß auch der Weltmarkt seine Funktion als letztentscheidende marktwirtschaftliche Selbststeuerungsinstanz verlieren könnte. Es ist nicht zu erwarten, daß das schon jetzt prekäre Gleichgewicht zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken auf Dauer gesichert werden kann. Vieles spricht dafür, daß neben den Staaten der sogenannten Zweiten und Dritten Welt auch einer der ökonomischen Führungsblöcke auf die Verliererstraße geraten könnte. Dies wird den politischen Druck innerhalb der betroffenen Staaten weiter erhöhen, die Weltmarktabhängigkeit durch bilaterale politische Marktregulierungsabkommen wie sie schon jetzt z.B. im Automobilbereich bestehen, zu minimieren. Der gescheiterte Versuch, bei den gegenwärtigen Gatt-Verhandlungen die Möglichkeit sogenannte nichttarifäre Handelshemmnisse in nennenswertem Umfang abzubauen, zeigt, welche Zukunftsoptionen in den kapitalistischen Zentren erwogen werden. Zugleich wird auch die ökologische Krise politische Regulierungen der Handelsströme erzwingen. Die Notwendigkeit, im weltweiten Maßstab eine sinnvolle Bewirtschaftung der begrenzten natürlichen Ressourcen durchzusetzen, fördert auch auf dieser Ebene den schrittweisen Übergang von einem rein bilanzlogischen Ökonomismus zu haushaltswirtschaftlichen Regulationsprinzipien.

Das Spannende all dieser Entwicklungen ist, daß sie die Tendenz haben, den systemspezifischen Schein, einer unveränderlichen und ewigmenschlichen Sachlogik unterworfen zu sein, von innen zu untergraben. All dies rechtfertigt die These, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise des fordistischen Akkumulationsregimes zugleich auch um eine Existenzkrise des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus überhaupt handelt.

Auf diese krisenhafte Zuspitzung reagierten die meisten kapitalistischen Länder mit einer neoliberalen Revitalisierung der alten, durch das fordistische Regulationssystem teilweise schon aufgeweichten ökonomischen »Folterinstrumente«. Durch Sozialabbau und verschärfte soziale Konkurrenz wurden die mit dem Lohnarbeitsverhältnis verbundenen Zwangsstrukturen wieder in den Vordergund gerückt. Im Grunde handelt es sich dabei um einen Rückgriff auf den schon beschriebenen alten Mechanismus, soziale Akzeptanz dadurch zu erzeugen, daß der Zwang zur entfremdeten Arbeit wieder in den Mittelpunkt tritt. Wer hart und schwer arbeiten muß, um seinen Lebensstandard zu halten, ist eher bereit, lebensweltliche Bedürfnisse für das Grundprinzip der kapitalistischen Selbststeuerung, die Einsparung von Arbeit, zu opfern. Inzwischen wissen wir, daß dieser Versuch gescheitert ist. Die USA und Großbritannien verloren vor allem deshalb an internationaler Konkurrenzfähigkeit, weil die von ihnen gewählte neoliberale Regressionsstrategie nicht in der Lage ist, eine neue Form der produktiven Einbindung der Beschäftigten ins Produktionssystem zu entwickeln, die an die Stelle des alten, in die Krise geratenen Taylorismus treten könnte (vgl. Lipietz 1991). Die Legitimationskrise der eindimensional kapitalistischen Zwecksetzung ist auf diesem Weg nicht zu bewältigen.

#### Die Alternative

Was ist die Alternative? Der zukunfts- und naturvergessene Ökonomismus des kapitalistischen Selbststeuerungssystems muß durch demokratisch legitimierte Regulations- und Steuerungsmechanismen ergänzt und ersetzt werden, die die bilanzlogischen Kalküle in haushaltswirtschaftliche Planungs- und Entscheidungsprozesse einbindet. Ohne eine derartige grundsätzliche Abkehr vom kapitalistischen Vergesellschaftungsmodell ist die gegenwärtige soziale und ökologische Krise langfristig nicht zu bewältigen (Altvater 1992).

Voraussetzungen für einen alternativen Entwicklungsweg – ein neuer gesellschaftlicher Kompromiß

Zwischen dem sachlich Notwendigen und dem politisch Möglichen tut sich eine unüberbrückbar scheinende Kluft auf. Die politischen und sozialen Kräfte, die ein derartig tiefgreifendes Umbauprojekt ins Werk setzten können, sind noch nicht in Sicht. Deshalb ist ein zweistufiges Vorgehen notwendig. Zunächst muß eine noch systemkonforme Lösung für die Krise des Fordismus durchgesetzt werden, die mit den oben beschriebenen temporären politischen Antworten auf die Krisen der zwanziger Jahre vergleichbar ist. Gleichzeitig sollte dieser »ökologische New Deal« so beschaffen sein, daß er zum Ausgangspunkt einer weitergehenden antikapitalistischen Reformstrategie werden kann.

Politisch geht es im Augenblick also um einen neuen sozialen Kompromiß, der folgende drei Momente in sich vereint: Er muß

- die wachstumsabhängige monetäre Umverteilungsstrategie der fordistischen Epoche durch eine nicht-monetäre Umverteilungsstrategie ersetzen, die in der Lage ist, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, der ohne Rückgriff auf beständig wachsenden Verbrauch industrieller Massenkonsumgüter auskommt;
- in der Lage sein, neue, bisher blockierte ökologische und sozialkulturelle Bedürfnisse in den ökonomischen Prozeß zu integrieren, die an die Stelle der industriellen Massenkonsumgüter treten können;
- neue Handlungs- und Artikulationsfelder für nicht-monetäre Bedürfnisse und Tätigkeiten erschließen, die zum Ausgangspunkt weiterreichender sozialer Bewegungen und Reformprozesse werden können.

Ausgangspunkt und Fundament eines solchen strategischen Projektes ist die systematische Ausweitung und Stärkung lebensweltlicher Handlungsfelder gegenüber der ökonomistisch integrierten Systemwelt. Schon jetzt werden die alten sozialen Gegensätze und Konfliktlinien durch den immer deutlicher hervortretenden Gegensatz von System- und Lebenswelt überlagert. Der Widerspruch geht mitten durch die Personen hindurch. Die durch das ökonomistische Kalkül hervorgerufene Externalisierung der soziokulturellen und ökologischen Folgewirkungen großindustrieller Massenproduktion geht vor allem auf Kosten lebensweltlicher Interessen und Bedürfnisse. Sie bilden deshalb den Ausgangspunkt der neuen sozialen Bewegungen. Gleichzeitig wird dieser Widerspruch zwischen System- und Lebenswelt durch die soziale Frage noch einmal gebrochen. Während sich die Reichen weiterhin Freiräume für lebensweltliche Orientierungen leisten können, werden die Ärmeren immer tiefer in die soziale

Konkurrenz hineingezogen, wird die systemweltliche Handlungsorientierung für sie zu einer sozialen und materiellen Überlebensfrage.

Eine radikale Arbeitszeitverkürzung wäre ein wichtiger Schritt, um beide Aspekte, den sozialen Ausgleich und die Erschließung neuer lebensweltlicher Handlungsfelder, miteinander zu verbinden. Wer statt acht oder neun nur noch sechs Stunden am Tag arbeitet, für den wird die natürliche Lebensumwelt, die Bewahrung und Wiederherstellung humaner und menschengerechter Stadtlandschaften, die Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen sowie das Engagement in Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen einfach wichtiger, der kann eher auf einen neuen Pkw als auf seinen angestammten Kiez mit seinen gewachsenen Sozialstrukturen verzichten. Dies gilt insbesondere dann, wenn es gelingt, die Arbeitszeitverkürzung für eine Rücknahme der funktionalen Verdichtung des Arbeitsprozesses selbst zu nutzen. Die beschriebene Krise der tayloristischen Arbeitsorganisation bietet wichtige Chancen, um auch im Produktionsprozeß zusätzliche Pausen-, Kommunikations- und Qualifizierungszeiten durchzusetzen, die die Grundlage für einen demokratischeren und sozialökologisch verantwortlicheren Umgang mit den qualitativen Inhalten der Produktion ermöglichen. Gleichzeitig kann Arbeitszeitverkürzung dazu beitragen, den kapitalistischen Wachstumsprozeß in ökologisch vertretbarere Bahnen zulenken. Wenn die Produktivitätsfortschritte nicht mehr in zusätzliche Geldeinkommen, sondern in mehr freie Zeit umgesetzt werden, besteht die Chance, daß auch die Nachfrage nach industriellen Massenkonsumgütern nicht mehr weiter wächst.

Solange sich die nationalen Ökonomien noch unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz bewegen, wird eine radikale Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Zugeständnisse an die Ratio des ökonomistischen Kalküls zu haben sein. Angesichts der enorm gestiegenen Kosten für Forschung und Technologie ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung nur durchsetzbar, wenn man bereit ist, auch über flexiblere Arbeitszeiten und die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten zu sprechen. Besserverdienende müssen darüber hinaus »in den sauren Apfel beißen« und auf einen vollen Lohnausgleich verzichten (Gorz 1991).

Ein weiterer Schritt zur Stärkung lebensweltlicher Orientierungen ist die Minimierung der sozialen Konkurrenz. Deshalb sollte die Arbeitszeitverkürzung zunächst vor allem denjenigen zukommen, die besonders schwere und besonders abstumpfend geistlose Arbeit zu verrichten haben. Sie gewännen dadurch Zeit, um aus dem fatalen Kreislauf von Arbeiten und Kompensationskonsum herauszukommen. Schließlich wird es eine Minimierung der sozialen Konkurrenz nur dann geben, wenn eine ausreichende soziale Mindestsicherung garantiert wird. Das kann ohne einen radikalen Umbau des fordistischen Sozialstaates nicht gelingen. Er geht von der Fiktion der Vollbeschäftigung aus. Jetzt, wo über 30 Prozent der Arbeitsfähigen ohne Beschäftigung oder auf prekäre Teilzeitarbeit angewiesen sind, geht die dem ganzen System zugrundeliegende Rationalität, wo jeder durch eigene Beiträge zur eigenen Risikovorsorge beitragen soll, verloren. Ausgrenzungsdiskurse gegenüber Dauerarbeitslosen und Unterbeschäftigten sind die notwendige Folge. Das System der sozialen Vorsorge nimmt die Gestalt einer chronisch überforderten und mißmutig bürokratischen

Zwangssolidarität an, die die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten gegen die Arbeitsplatzbesitzer ausspielt. Das System der rein monetären Alimentierung sollte deshalb durch regionale Beschäftigungsprojekte ergänzt und abgelöst werden, die mit Hilfe öffentlicher Mittel neue ökologische, soziale und kulturelle Beschäftigungs- und Bedarfsfelder erschließen. Würden die zum Aufbau eines solchen »intermediären Sektors« notwendigen zentralen Fördermittel an die Regionen und die regionalen Planungsverbände zur autonomen Verfügung vergeben, könnte der Interessengegensatz zwischen den noch Vollzeitbeschäftigten und den teilweise oder ganz Herausgefallenen zu einem fruchtbaren Instrument werden, um die sinnvolle Verwendung der Mittel regional zu planen und zu kontrollieren. Soziale Solidarität würde dadurch wieder zu einem konkret faßbaren und entbürokratisierten Bestandteil alltäglicher Lebenserfahrung (Lipietz 1991).

Eine derartige Arbeitszeitverkürzungs- und Umverteilungsstrategie kann von den Gewerkschaften allein nicht durchgesetzt werden. Das geht nur im Rahmen eines größeren Sozialpaktes, der verschiedene gesellschaftliche Gruppen umfaßt und dessen soziale Träger auf den Staat und seine politischen Institutionen als Kompromiß- und Durchsetzungsinstanz angewiesen sind. Ein möglicher Weg, um über staatliche Interventionen eine radikale Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, wäre die schon mehrfach ins Gespräch gebrachte Überstundensteuer (Brüggen 1991).

Die Stärkung lebensweltlicher Orientierungen kann aber nicht gelingen, wenn nicht zugleich auch die volkswirtschaftliche Logik durchbrochen wird, die die Menschen immer wieder zwingt, sich für die Verteidigung ihres konsumistischen Lebensstils zu engagieren. Wer die Abkehr vom Auto propagiert, muß angeben können, wo die Automobilarbeiter in Zukunft arbeiten sollen. Deshalb ist eine Strategie der schrittweisen ökonomischen Schwerpunktverlagerung von der Herstellung industrieller Massenkonsumgüter zu neuen ökologischen Produkten und neuen sozialen Diensten unverzichtbar. Bisher wurde diese Lösungsperspektive dadurch blockiert, daß neue Bedürfnisse nach ökologischen Produktionstechnologien und Produkten sowie nach einer soziokulturell ansprechenderen Lebensumwelt nicht in kaufkräftige Nachfrage verwandelt werden konnten. Die Schwierigkeit besteht darin, daß sie auf dem Warenmarkt nur als einzelne auftreten, die sich in ihren Entscheidungspräferenzen an der vorgegebenen Angebotsstruktur orientieren müssen. Bei den neuen Produkten und Dienstleistungen handelt es sich im allgemeinen um »kollektive Güter«, die nur sehr begrenzt auch individuell nachgefragt werden können. Ein neues Auto kann man kaufen, gesunde Wälder nicht. Also kauft »man« Autos um dorthin zu fahren, wo die Wälder noch grün sind.

Viele Ökologen, die angesichts der drohenden Katastrophe vor allem die individuelle Umkehr predigen, und von den Verbrauchern eine Veränderung ihres Verhaltens verlangen, unterschätzen, wie sehr Konsum und Lebensgewohnheiten durch die fordistische Produktionsstruktur präformiert sind. Der technologische Fortschritt und die Externalisierung der ökologischen Folgekosten haben dazu geführt, daß industrielle Massengüter immer billiger wurden, während ihre Reparatur und Wartung nicht mehr lohnend ist. Gleichzeitig geraten soziale und kulturelle Dienstleistungen in eine immer schwierigere Konkurrenzsituation.

Appelle an die Verantwortung der Verbraucher müssen deshalb durch eine gezielte Verteuerung industrieller Massenkonsumgüter ergänzt werden. Das könnte z.B. durch Öko- oder Luxussteuern geschehen. So wäre denkbar, daß neben typischen Umweltabgaben erhöhte Mehrwertsteuersätze auf industrielle Massenprodukte erhoben werden, die für ein befriedigendes und ökologisch verantwortbares Lebensniveau nicht unbedingt erforderlich sind. Zugleich hätte eine solche »Luxussteuer« eine wichtige Umverteilungsfunktion. Sie würde vor allem die Besserverdienenden belasten. Schließlich könnte durch Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung einer derartigen ökologischen Luxussteuer eine neue gesellschaftliche Debatte initiiert werden, die die Frage des angestrebten Lebenstils zum Thema bewußter gesellschaftlicher Selbstbestimmung werden läßt.

Wichtig ist vor allem eins: Die durch Öko- und Luxussteuern gewonnenen zusätzlichen finanziellen Mittel müssen gezielt für eine öffentliche Nachfragepolitik im Bereich der ökologischen Landschafts- und Stadtreparatur, der Sanierung von Altlasten, dem Aufbau einer leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsstruktur oder eines ökologisch verträglichen Energieversorgungssystems verwandt werden. Das geht natürlich nicht nur auf dem Weg zentralstaatlichen Investitionsprogramms. Vielmehr kommt es darauf an, mit Hilfe dieser Mittel die Enstehung dezentraler Netzwerke sowie lokaler Produktions- und Dienstleistungsstrukturen zu induzieren, die sich langfristig selbst tragen können (Brüggen 1992, Wolf 1992). Überhaupt bildet die konsequente Regionalisierung ökonomischer und politischer Entscheidungsprozesse eine weitere wichtige Voraussetzung, damit sich lebensweltliche Bedürfnisse und Interessen mehr Gehör verschaffen können. Die Zentralisierung der Entscheidungsprozesse und der Zwang zur regionalen Flexibilität der Arbeitskräfte erzwingt eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den gewachsenen sozialen Strukturen, gegenüber dem unmittelbaren Lebensumfeld und den eigenen soziokulturellen Prägungen. Alles scheint käuflich – gleichgültig, wo man ist und mit wem man es zu tun hat. Das Geldeinkommen wird zum alles entscheidenden Instrument, um befriedigende Lebensumstände zu sichern.

Das Interessante derartiger Konzepte ist, daß sie ohne nennenswerte Einbußen für die internationale Konkurrenzfähigkeit auf der Ebene der Nationalstaaten oder auch der multinationalen Wirtschaftsblöcke, wie z.B. der EG, begonnen werden könnten.

# Die Krise der Grünen und der Sozialdemokratie – Chancen eines radikalen Neuanfangs

Wie kann ein langfristig gesellschaftlich hegemoniefähiger Block entstehen, der derartige Konzepte politisch durchsetzt? Die soziale Basis für eine solche grundsätzliche Wende scheint durchaus vorhanden zu sein. Das Bewußtsein über die Unmöglichkeit, den gegenwärtigen Entwicklungsweg einfach fortzusetzen, ist weit verbreitet. Die Blockaden liegen vor allem auf politisch-institutioneller Ebene. Ihre Ausgestaltung beruht noch immer auf den klientelistischen Durchsetzungs- und Konkurrenzstrukturen der fordistischen Periode (Land 1990).

Damit tritt die Wechselwirkung zwischen den politisch zu schaffenden Voraussetzungen einer anderen Lebensorientierung und der politischen Artikulationsfähigkeit der neuen, bisher noch untergründigen sozialökologischen Interessenkoalitionen in den Vordergrund. Was vor allem fehlt, ist ein öffentlich wirksamer gesellschaftlicher Focus, um den sich all die Kräfte sammeln könnten, die eine prinzipielle Wende wollen.

In Deutschland könnten sich die Grünen zum Focus eines derartigen ökosozialen Kompromisses machen. Das geht aber nur, wenn sie sich aus ihrer bisherigen Befangenheit in einem Politikkonzept befreien, das im wesentlichen darauf beruht, die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre auf die Bühne offiziöser Politik zu heben, um sie dann für eine gradualistische Erweiterung des gegenwärtig hegemonialen Konsenses zu nutzen. Ungewollt werden sie dadurch zu einer Transformationsinstanz, die die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen in die klassische rechts-links Dualität der fordistischen Parteiendemokratie integrieren (Jäger 1984). Mit der Wiedervereinigung ist auch in Deutschland der gesellschaftliche Nachkriegskompromiß endgültig auseinandergefallen. Damit sind auch die politischen Voraussetzungen für diese Art grüner Reformstrategie verschwunden. Die politische Hegemonie des herrschenden Blocks ist unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen nur noch durch eine zunehmend rabiatere Ausgrenzungs- und Ausblendungsstrategie gegenüber den unaufschiebbaren Zukunftsfragen sowie gegenüber den rassischen und sozialen Minderheiten aufrechtzuerhalten. Die gegenwärtige Diskussion über einen, mit nationalistischen Tönen legitimierten »Sozialpakt« auf Kosten der Arbeitslosen und Armen sowie die große Koalition für eine faktische Abschaffung des Asylrechtes zeigen dies deutlich. Für die u.a. von den Grünen vertretenen Anliegen der neuen sozialen Bewegungen ist in diesem trotzig suizidalen Selbstverteidigungsprojekt kein Platz mehr. Die beiden Standbeine bisheriger grüner Politik, das Aufgreifen der radikalen Anliegen der neuen sozialen Bewegungen und die gradualistische Erweiterung des hegemonialen Machtblocks, lassen sich unter diesen Bedingungen nicht mehr miteinander vermitteln. Die innerparteiliche Auseinandersetzung erstickt unter dem Deckmantel wahltaktisch motivierter Parteiräson. Die grüne Partei droht zum wenig glaubwürdigen Ort innerlich längst resignierter Politapparatschicks zu werden. Was sind die Alternativen? Soviel ist klar: Sie liegen nicht auf der Ebene eines reformistischen Pragmatismus, der die gegebenen ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen politischen Handelns fraglos akzeptiert. Er droht selbst in den Strudel der institutionellen Krise zu geraten, weil er sich in diesen Institutionen unkritisch bewegt. Die Träger dieser Politik verschleißen sich selbst, machen sich unglaubwürdig und verspielen ihren Vertrauensvorschuß, ohne daß sie Nennenswertes bewegen.

Diese Krise eines nur kurzfristig-pragmatisch angelegten Reformismus betrifft in noch viel stärkerem Maße die Sozialdemokratie. Das Konzept, sich durch einige kritische Anmerkungen zum herrschenden Kurs zum wahlpolitischen Sammelbecken all derjenigen zu machen, die mit der gegenwärtigen Regierungskoalition nicht einverstanden sind, droht am wachsenden Rassismus der eigenen traditionellen Anhänger, an der reformpolitischen Ausdifferenzierung

von CDU/CSU sowie an der steigenden Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung zu scheitern. Der von dieser Strategie ausgehende Zwang, die repressive Verengung des herrschenden Konsenses nachzuvollziehen, untergräbt die Glaubwürdigkeit und Einsatzbereitschaft der eigenen Mitgliederbasis. Die innerparteiliche Debatte um den Asylkompromiß wird kein Einzelfall bleiben. In der von Engholm, Klose und Lafontaine jetzt durchgesetzten faktischen großen Koalition ist für die Mehrheit der eigenen Mitgliederbasis kein Platz mehr. Der noch verbliebene Spielraum wird sich weiter verengen, und die SPD in eine tiefe und langandauernde, existentielle Krise stürzen. Die Alternativen zeichnen sich schon jetzt klar ab: Entweder wird die SPD zu einem wahl- und medienpolitischen Dienstleistungsapparat mutieren, oder sie muß aus der Logik des gegenwärtig herrschenden Blocks ausbrechen.

Die Krise der Sozialdemokratie bietet den Grünen die Chance, der SPD ein rotgrünes Bündnisprojekt auf völlig neuer Grundlage vorzuschlagen, das das alte, auf die fordistischen Verteilungskämpfe bezogene rechts-links Schema bewußt hinter sich läßt (Jäger 1984). Für die Grünen geht es nicht mehr darum, sich als der radikalere Aufpasser eines längst schon viel zu klein gewordenen »kleineren Übels« zu verkaufen. An die Stelle der nicht mehr zeitgemäßen Mischung aus radikal oppositionellem Gestus und prinzipienlosem »Mitverantworten« muß ein konkreter, sachlich-regierungsfähiger Gegenvorschlag treten, der insbesondere auf enttäuschte Anhänger der Sozialdemokratie zielt, ihre inneren Widersprüche bewußt aufgreift und einen rot-grünen Regierungswechsel in fünf bis sechs Jahren vorbereitet. Er sollte im wesentlichen auf drei Punkten beruhen: 1. Verlagerung des ökonomischen Schwergewichtes von der industriellen Massenproduktion zum ökologischen Umbau der alten Produktionstechnologie sowie zu neuen sozialökologischen Produkten und Dienstleistungen. 2. Wachstumsbeschränkung durch radikale Arbeitszeitverkürzung und eine schrittweise Ausweitung derjenigen Tätigkeiten und Reproduktionsleistungen, die nicht über Geld und Markt vermittelt werden. 3. Ersetzung des fordistischklientelistischen und rein monetären Verteilungsmodus sowie des zentralistischen Sozialstaates durch neue Formen der nicht-monetären Umverteilung, die den angestrebten Zugewinn an konkreter Lebensqualität und persönlichen Entwicklungschancen vor allem den Ärmeren zugute kommen läßt, um auch ihnen eine Chance zu geben, sich aus ihrer Gefangenschaft im »stählernen Gehäuse« kapitalistischer Rationalisierung zu befreien.

Glaubwürdig wird ein solcher Vorschlag aber nur dann, wenn er durch eine mutige und strategisch geschickte Konfliktstrategie auf Kommunal- und Landesebene untermauert wird. Bisher haben sich die grünen MinsterInnen in Bremen, Niedersachsen und Hessen auf die kritische Begleitung der sich abzeichnenden großen Koalition beschränkt. Ihre konfliktscheuen Reaktionen auf den asylpolitischen Durchmarsch der von ihnen mitgetragenen Landesregierungen, der nur notdürftig durch einige Medieninszenierungen kaschierte umweltpolitische Stillstand, die frauenpolitische Funkstille oder jüngst der Verzicht auf ein grünes Gegenmodell zum sogenannten Atomausstiegsplan von RWE und VEBA sind Hinweise, daß die grünen Regierungsbeteiligungen selbst dort, wo die Grünen direkte personelle Verantwortung tragen, nicht über den öffentlich nur schwer

faßbaren fachpolitischen Beitrag zum allgemein üblichen bürokratischen Konsensgerangel hinausragen. Die Grünen müssen zu verstehen geben, daß es rotgrüne Regierungskoalitionen sowohl im Bund wie auf Länderebene nicht geben wird, ohne daß sich in allen drei eben genannten Punkten wesentliches bewegt.

Vom neuen gesellschaftlichen Kompromiß zur postkapitalistischen Alternative

Die spezifische Aufgabe der Grünen könnte darin bestehen, die weiterreichenden Perspektiven dieses neuen gesellschaftlichen Kompromisses zu benennen. Er bewegt sich noch im Rahmen des kapitalistischen Systems. Die oben skizzierten grundsätzlichen Widerspruchs- und Krisentendenzen können dadurch nicht gelöst werden. Ein ökologisch und weltwirtschaftlich verantwortbares Entwicklungsmodell ist damit noch nicht erreicht. Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung und die schrittweise Verlagerung der wirtschaftlichen Schwerpunkte sollen deshalb zugleich die Voraussetzungen schaffen, um die oben beschriebenen industriestrategischen und technologiepolitischen Planungs- und Entscheidungszentren öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen und die spezifische Sachzwanglogik marktwirtschaftlicher Steuerungsprozesse zu durchbrechen.

Dabei kommt es vor allem darauf an, die neu zu schaffenden Bewegungsspielräume für die Artikulation lebensweltlicher Interessen und Bedürfnisse zu nutzen. Die Frauen- und Anti-AKW-Bewegung sowie die verschiedenen betrieblichen und regionalen Kämpfe in den typischen Verliererregionen der postfordistischen Modernisierung weisen die Richtung.

Die Kämpfe um das Kruppstahlwerk in Rheinhausen oder um die Werftstandorte in Bremen und Hamburg und die von kritischen Gewerkschaftern erarbeiteten regionalen Umbaustrategien sind typische Beispiele, wie aus dem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen schrittweise ein Kampf um die Inhalte der Produktion und um das gesamte lebensweltliche Milieu einer Region werden kann. Ein Kampf, der kulturelle und ökologische Fragen einschließt und erste Entwürfe eines neuen regionalen und demokratischen Entwicklungsmodells hervorbringt, das den bilanzlogischen Ökonomismus durch haushaltswirtschaftliche Steuerungsformen ergänzt und ersetzt, die von regionalen Bedürfnissen und Ressourcen ausgehen und sie im Sinne der neuen Zwecksetzungen zu einem regionalen Konversionsprogramm reintegrieren. Vergleichbare Auseinandersetzungen werden sich in den fünf neuen Ländern entwickeln. Der Aufbau des oben beschriebenen »intermediären Sektors« und die Entwicklung einer neuen, regional integrierten, trägerautonomen Förderstrategie spielen dabei eine Schlüsselrolle. Gelänge es, durch den oben beschriebenen neuen sozialen Kompromiß die Zwänge der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft zu relativieren, sind vergleichbare regionale Initiativen nicht nur in den Verliererregionen der postfordistischen Modernisierung denkbar.

Die Anti-AKW-Bewegung zeigt, wie eine aus lebensweltlichen Motiven gespeiste Bewegung völlig neue Bündniskonstellationen hervorbringt, die weit über die in klientelistischen Interessenkämpfen erstarrten gesellschaftlichen Lagerbildungen hinausreicht. Sie wurde gleichzeitig zum Focus einer viel weiterreichenden und nicht nur auf die Atomindustrie zielenden Kritik der irrational

gewordenen konsumistisch-produktivistischen Grundorientierungen. Zugleich bildet die Anti-AKW-Bewegung ein gutes Beispiel für die politisierende Wirkung, die von der staatlichen »Vermachtung« technologischer Entscheidungsprozesse ausgehen kann. Sollte es gelingen, industriestrategische und technologie-politische Entscheidungsprozesse durch internationale Marktregulierungsstrategien schrittweise aus ihrer Abhängigkeit von den »anonymen Mächten« der Weltmarktkonkurrenz zu lösen, bestehen gute Chancen, daß vergleichbare Bewegungen auch in anderen Themenfeldern wie z.B. Verkehrswesen, Biotechnologie und Chemieindustrie entstehen.

Natürlich lassen sich derartige Bewegungen und Initiativen nicht nach dem Modell der alten Kampagnenpolitik auf Parteitagen beschließen. Gleichwohl sind auch parteipolitische Initiativen unverzichtbar. Sie bedürfen einer institutionellen und strategischen Vernetzung, für die parteipolitische Synthetisierungsprozesse und Bündniskonstellationen einen noch immer unverzichtbaren Bezugspunkt bilden – ohne dabei die fruchtbare Differenz zwischen Partei und Bewegung einzuebnen. Parteipolitische Initiativen können helfen, die sachlichen Anliegen der Bewegungen mit dem Kampf um politisch-institutionelle und ökonomische Reformen zu verbinden, die die Durchsetzungschancen der Bewegungen verbessern. Weltmarktbezogene Regulierungsprojekte, die Auseinandersetzung um erweiterte Mitgestaltungsmöglichkeiten auf politisch-institutioneller und ökonomischer Ebene, die Durchsetzung neuer demokratischer Strukturen regionalwirtschaftlicher Selbststeuerung sowie die demokratische Rückbindung weltmarktbezogener Industrie- und Forschungspolitik sind deshalb wichtige ergänzende parteipolitische Initiativen.

Die unter dem Zwang der Weltmachtkonkurrenz sich herausbildende Verknüpfung von zentraler industriestrategischer- und technologiepolitischer Planung und dezentraler, marktförmiger »Feinsteuerung« bildet einen wichtigen Ansatzpunkt für eine Vergesellschaftung ökonomischer Entscheidungsprozesse. Wer die gegenwärtige ökologische Krise und die emanzipatorischen Anliegen der neuen sozialen Bewegungen wirklich ernst nimmt, wird nicht umhinkommen, die alte Debatte um die Vergesellschaftung der Schaltstellen einer in vielen Bereichen längst schon oligopolistisch vermachteten Ökonomie erneut aufzunehmen. Die in den wichtigsten Bereichen der industriellen Massenproduktion wie z.B. der Chemieindustrie oder im Automobilbereich notwendige ökologische Produktions- und Produktkonversion ist ohne wirksamen öffentlichen Einfluß auf Kerne der ökonomischen Macht nicht zu bewältigen. Versuche, derartige Umbauschritte nur durch staatliche Auflagen, Steuern und Verbote durchzusetzen, laufen Gefahr, im »Grabenkrieg« zwischen den Trägern der ökonomischen und der politischen Macht zu ersticken. Ohne aktive und kreative Unterstützung durch neue, politisch eingebundene Managementstrukturen und ohne demokratische Einbeziehung der Beschäftigten sowie ihrer Organisationen geht das nicht. Dabei muß ein solches Vergesellschaftungsprojekt nicht mit einem krisenhaften Einbruch der kapitalistischen Akkumulation einhergehen. Das Beispiel Frankreichs zeigt dies deutlich. Die industriepolitischen Interventionen der französischen Regierung profitieren noch heute von den Vergesellschaftungsmaßnahmen der Volksfrontregierung der achtziger Jahre. Gleichzeitig ist an

diesem Beispiel aber auch zu erkennen, wie wenig die bloße Verstaatlichung zur Beförderung ökologischer und emanzipatorischer Anliegen beiträgt, wenn sie nur für eine zentralistisch geplante Revitalisierung des alten fordistischen Akkumulationsregimes genutzt wird. Ohne innere Demokratisierung und Dezentralisierung und ohne eine breite gesellschaftliche Bewegung für neue ökologische und sozialemanzipative Umbauschritte wird ein solches Projekt schnell im bürokratisch-klientelistischen Interessengerangel ersticken.

Immer wieder stoßen wir auf das fatal zirkulär wirkende wechselseitige Voraussetzungsverhältnis zwischen politischen Basisbewegungen und nur parteipolitisch-staatlich zu sichernden sozialen und institutionellen Durchsetzungsbedingungen dieser Bewegungen. In den politischen Debatten der Grünen blieb dieser Zusammenhang bisher unbeachtet. Das im Konzept der »grünen Umbauprogramme« zum Ausdruck kommende abstrakte Modelldenken hat die Frage der machtpolitischen und bündnisstrategischen Durchsetzung bewußt ausgeklammert. Jetzt, wo sich die institutionellen und ökonomischen Handlungsspielräume verengen, werden die Grünen ihr nicht mehr ausweichen können. Die Gegenmodelle müssen zu einem strategischen Projekt gebündelt werden, das vor allem auf die Bedingungen ihrer Durchsetzbarkeit zielt. Dabei dürfen auch die ordnungspolitischen Fundamente des kapitalistischen Selbststeuerungsmechanismus nicht ausgeklammert bleiben.

#### Anmerkungen

- 1 Die im Kapital gegebene Begründung hat sich teilweise als unhaltbar erwiesen. Für eine Rekonstruktion als monetäre Arbeitswerttheorie vgl. Heinrich 1991, bes. 187 u. 225.
- Aristoteles unterscheidet zwischen der »Haus- und Staatsverwaltungskunst« und der Kunst des Gelderwerbes. Erstere sei begrenzt, insofern sie vom Naturgegebenen ausgehe und sich im erreichten Zweck erschöpfe (vgl. Aristoteles, Pol. 1257b, 20-30, zit. nach der Übersetzung von O. Gigon), wohingegen bei der Zweiten »keine Grenze des Reichtums und des Erwerbs zu bestehen« scheint (ebd., 1257a, 1-2) weil sie sich in ihrer Selbstzweckhaftigkeit aus diesen Bindungen löse. »Das Geborene ist gleicher Art wie das Gebärende, und durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur« (ebd., 1258b, 6-9). -Eine Differenzierung, die trotz des völlig veränderten sozialhistorischen Kontextes, noch immer interessante Anknüpfungspunkte bietet. Die Selbstzweckhaftigkeit der modernen kapitalistischen »Erwerbskunst« (arbeiten, um Arbeit zu sparen) findet im bilanzlogischen Kalkül der Betriebswirtschaftslehre seinen paradigmatischen Ausdruck. Das Geborene scheint auch hier von gleicher Art wie das Gebärende zu sein. Input und Output gelten nur als quantitativ unterschiedene, gleichgültig welche natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen dabei verbraucht werden (Jäger 1992a u.b). - Wenn im Folgenden vom Unterschied zwischen haushälterischem und bilanzlogischem Kalkül die Rede ist, geht es um die Differenz zweier verschiedener Sichtweisen ökonomischer Prozesse. Während es bei der haushälterischen Sichtweise darum geht, einen begrenzten Vorrat an Mitteln unter der Maßgabe verschieder Zwecksetzungen sinnvoll aufzuteilen, betrachtet das bilanzlogische Kalkül nur die Vermehrung der Mittel durch die angewandten Mittel. Es geht somit von der Fiktion der Unbegrenztheit dieser Mittel aus und hat die Gleichgültigkeit gegenüber äußerlich begrenzenden Faktoren zur Voraussetzung.
- Jenseits der Debatte um mögliche Krisenursachen (z.B. Überakkumulations- versus Unterkonsumtionstheorie) geht es hier lediglich um das empirisch zu konstatierende Phänomen, daß die großen krisenhaften Einbrüche des kapitalistischen Akkumulationsprozesses mit einer sich zuspitzenden Disproportionalität zwischen der Nachfrage und dem Arbeitskräfteangebot oder zwischen der Produktivitäts- und der Marktentwicklung einhergingen. Das bedeutet, daß die erfolgreiche Realisierung des immanenten Zweckes kapitalistischer Ökonomie (arbeiten, um Arbeit zu sparen) immer die Tendenz in sich birgt, sich in großen krisenhaften Einbrüchen der Akkumulation zu erschöpfen.

- 4 Trotz der vielen Hypothesen über die Ursache der Krise des Fordismus wird im allgemeinen nicht bestritten, daß die Erschöpfung des fordistischen Akkunulationsregimes mit einer relativen Sättigung der Märkte für typisch »fordistische Massengüter« einhergeht, so daß bei steigender Produktivität ein immer geringerer Anteil der Arbeitskräfte in diesen Sektoren Beschäftigung findet. Das bedeutet, daß eine erneute Prosperitätsphase auf die Erschließung qualitativ neuer Nachfragesektoren angewiesen ist (zu den im Rahmen der Regulationsschule entwickelten Hypothesen über die Krise des Fordismus vgl. Kurt Hübner 1989).
- Mit dem Begriffspaar Lebens- und Systemwelt beschreibe ich das komplexe Verhältnis zwischen einer eindimensional ökonomistischen Vergesellschaftungslogik und den ihnen entgegenwirkenden Vergesellschaftungsmodi. Hier werden diese Begriffe in dem von Habermas geprägten Sinne verwandt. Dabei steht der Begriff der Systemwelt für all die Bereiche, in denen die gesellschaftliche Beziehung der Handelnden durch Medien, Macht und Geld reguliert wird, während der Begriff der Lebenswelt all denjenigen Bereichen vorbehalten bleibt, in denen »verständigungsorientiertes Handeln« oder »symbolische Interaktion« den Modus der Koordination bilden (Habermas 1981). Das bedeutet keineswegs, daß damit die Gesellschaft in säuberlich getrennte Bereiche unterteilt werden kann, die entweder der System- oder Lebenswelt zugeordnet werden müssen. Vielmehr durchdringen sich beide wechselseitig und haben die Tendenz, sich wechselseitig zu subordinieren. Kein moderner Produktionsprozeß kommt ohne Koordination durch symbolische Interaktion aus, keine Familie ohne Geld. Ein anderes Mißverständnis besteht darin, den Begriff der Lebenswelt mit vormodernen und traditionalen Orientierungen zu identifizieren, während die funktionell rationalisierte Systemwelt für Modernisierung und Moderne schechthin steht (vgl. Gorz 1989, 243ff.). Gerade die von der Frauenbewegung ausgehenden Impulse zeigen, wie lebensweltliche Orientierungen zum Gegenstand emanzipativer Modernisierungsprozesse werden.

#### Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W., und Marx Horkheimer, 1944: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M. 1969 Altvater, Elmar, 1992: Der Preis des Wohlstands. Münster

Aristoteles: Politik. Übersetzt von Olaf Gigon, München 1973

Boyer, Robert, 1992: Neue Richtung von Managementpraktiken und Arbeitsorganisation. In: Demirović, A., u.a. (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Münster, 55-l03

Brüggen, Willi, 1992: Den Osten entwickeln, den Westen umbauen. In: Schulz, Werner; Volmer, Ludger (Hrsg.): Entwickeln statt abwickeln. Berlin

Ganßmann, Heiner, 1992: Der nationale Sozialstaat und die deutsch-deutsche Solidarität. In: Prokla

Gorz, André, 1989: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin

ders., 1991: Jetzt wohin? Berlin

Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Band I, II, Frankfurt/M.

Heinrich, Michael, 1991: Die Wissenschaft vom Wert. Hamburg

Hirsch, Joachim, und Roland Roth, 1986: Das neue Gesieht des Kapitalismus. Hamburg

Hübner, Kurt, 1989: Theorie der Regulation. Berlin

Jäger, Michael, 1984: Die Grünen im Parlament und das Problem der falschen Fronten. In: Komniune 12

ders., 1992a: Marx-Lektüre V, Biosphäre I = Biospähre II. In: Kommune 2

ders., 1992b: Marx-Lektüre VI, Das Kapital definieren. In: Kommune 4

Jessop, Bob, 1986: Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. In: Prokla 65

Land, Rainer, 1991: Ist wirtschaftliche Entwicklung gestaltbar? In: Brie, M., u. D. Klein, (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Hamburg

Lipietz, Alain, 1991: Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189, 677-694

Weber, Max, 1920: Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen

Wolf, Frieder Otto, 1991: Warum ist die Durchsetzung eines alternativen Entwicklungsweges so wichtig und so schwierig? In: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 58, 40-46

ders., 1992: Umbau von unten. In: Schulz, W., und L. Volmer (Hrsg.): Entwickeln statt Abwickeln. Berlin

#### Heft 1993/1 Modellfunktionen der Philosophie

Editorial. - Der Kommentar: Das Problem der Rationalität am Ausgang des 20. Jahrhunderts, *P.P. Gajdenko*. - Aufsätze: Kontinuum und Kontinutätsprinzip. Eine enzyklopädische Perspektive in der Moderne, *M. Otte*. Leibniz und Descartes: Beweis und ewige Wahrheiten, *I. Hacking*. Leibniz' Konzept des 'phaenomenum bene fundamentum', *D. Pätzold*. Der Substanzbegriff in Kants 'Metaphysischen Anfangsgründen' und die Semantik von Newtons Massenbegriff, *B. Falkenburg*. Neuraths Enzyklopädismus: Eine naturalistische Version des logischen Empirismus, *T. Mormann*. Reine Anschauung und Reihenbegriff. Zu Cassirers Rezeption von Kants Theorie der Geometrie, *K.-N. Ihmig*. - Diskussion und Kritik - Die Rezension.

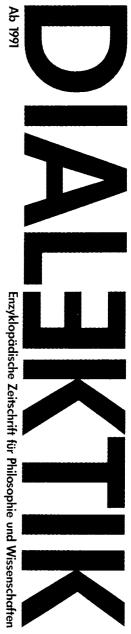
#### Heft 1993/2 Neue Welt und Europa

Editorial. - Der Kommentar: Probleme und Voraussetzungen einer Weltgesellschaft, I. Monal. - Aufsätze: Interkulturalität. Ein philosophisches Programm für eine menschliche Welt, R.A. Mall. Zum Selbstverständnis Europas mit Blick auf die Zukunft, S. Avineri. Europa im Horizont werdender Weltgesellschaft, F. Tomberg. Der Wandel des deutschen Europa-Bildes von der klassischen Philosophie über die Junghegelianer bis zur Postmoderne, L. Lambrecht. Die Herrschaftsspur Europas in Lateinamerika, N. Rehrmann, Vom Wandel der Rolle der Frauen und der Natur in der europäischen Kolonialisierung tributarischer Produktionsweisen, M. Tjaden-Steinhauer, K.H. Tjaden. Afrikanische Identität, L.J. Bonny Duala-M'bedy. Die Bedeutung der Marxschen Theorie für die Theorie der Beherrschung und Abhängigkeit unterentwickelter Gesellschaften, E. Dussel. Das Scheitern des "Realen Sozialismus" in Europa au der Sicht mexikanischer Sozialisten, C. Alvarez Casas, E. Maldonado. Gesellschaftliche Entwicklung, Unterentwicklung und historisch-materialistische Geographie, R. Czeskleba-Dupont. - Diskussion und Kritik. - Forschungsbericht. - Die Rezension.

#### Heft 1993/3 Natur, Naturwissenschaften, Kulturbegriffe

Editorial. - Der Kommentar: Grenzen der Naturerkenntnis, *P. Janich*. - Aufsätze: Naturbegriffe. Alltagssprache, Wissenschaft, Philosophie. Eine enzyklopädische Perspektive, *M. Stöckler*. Finding out. The culture of science, *I. Hacking.* Zweite Schöpfung der Natur. Weltbilder und 'Sachverhalte im logischen Raum', *H. J. Sandkühler.* Der Einzelne und die Wissenschaft, *M. Otte.* Technik und Natur. Eine Geschichte beziehungsreicher Gegensätze, *W. Krohn.* Einmaligkeit und Gesetzmäßigkeit. Das Beispiel der Evolutionstheorie, *U. Röseberg.* Werte und Wissenschftskulturen, *J. Erpenbeck.* - Vita Activa: Linus Pauling, *P. Plath.* - Diskussion und Kritik. - Forschungsberichte. - Die Rezension.

# Meiner



#### Kurt Jacobs

## Bruchstücke Sozialismus und Ökologie

»man entdeckt soviel grünes, wenn man erst einmal zu gießen anfängt.« Brecht

#### Versuch über den »Gorbatschow der ökologischen Revolution«

Einem Kalauer zufolge sollen wir zu ökologischen Problemen zählen, was 1. nicht existent, 2. übertrieben und 3. unlösbar ist. Aber was, wenn das wirkliche Überzeugungen träfe? Wie, wenn an erfolgreiche Ökologie-Politik niemand ernsthaft glaubt? Wird die tatsächliche Hoffnungs- und Handlungsunfähigkeit nicht unweigerlich zur neuerlichen Trennung des Ökologischen vom Sozialen führen, allen Formelkompromissen zum Trotz? Das ist die Kernspaltung der Emanzipations-Projekte, setzt das Plutonium des politischen Denkens frei: daß um soziale Gerechtigkeit gekämpft werden könne bei Ausklammerung oder Hintenanstellung ökologischer Probleme; oder – in der für Osteuropa bürgerkriegstreibenden Version – daß es sie gegeben habe in ökologischen Katastrophengebieten.

Wer die Problemstellung für übertrieben hält (zumal im Rahmen eines Heftschwerpunkts »Ökologie«), mag sich auf die Denkprobe einlassen, ein Bild zusammenzusetzen aus Meldungen, die der allgemeinen Informationssperre entgangen sind! Nehmen wir also an, wir seien LeserInnen von Spiegel, Frankfurter Rundschau und taz und würden die Nachrichten nicht überschlagen...

Im Auftrag der Atom-Manager studieren Wissenschaftler in den USA babylonische Hieroglyphen und altägyptische Grabinschriften: auf der Suche nach einer Zeichenschrift, die Menschen jenseits der uns bekannten Zivilisation vor Nuklearabfällen warnen könnte. Die »nukleare Priesterschaft«, die Alvin Weinberg am Beginn des US-amerikanischen Atomprogramms sich vorstellte, wird doch nicht »für immer« die Sicherheit jener »national sacrifice zones« garantieren können: der Land-Stücke, die die Nation ihren Sicherheitsbedürfnissen opferte. Die ideologischen Vorstellungen von der Ewigkeit der jeweils herrschenden Verhältnisse kapitulieren angesichts der tatsächlich produzierten Ewigkeit. Plutonium strahlt noch nach einer viertel Million Jahre tödlich. Auf weite, sehr weite Sicht muß man sich Sorgen machen.

Derweil findet sich Plutonium in deutschen Bahnhofs-Schließfächern, zwischengelagert auf dem Weg von der sozialistischen zur islamischen Bombe. Zur Entschärfung wenigstens einiger solcher Gefahrenpotentiale, die der Zusammenbruch der Weltsupermacht Sowjetunion freisetzt, denken westliche Krisenmanager daran, die vormals sozialistischen Kernphysiker in Gemeinschaftsunternehmen zur Kernfusion zu binden. Über Nacht verwandeln sich Mahnmale der ökologischen Sozialismus-Kritik in Garanten nationaler Sicherheit – mit dem Unterschied, daß den litauischen Betreibern von Ignalina etwa ein ungleckliches Bewußtsein und mangelndes Betriebspersonal drückt. Der sozialistische Gedanke von der sozialen Abbaubarkeit der repressiven Staatsapparate zertällt unter dem Druck ökologisch abenteuerlicher Produktionsmittel und Produkte.

Derweil blühen in ausgewiesenen »Todeszonen« lebhaft Geschäfte mit Mutationsforschung und Abenteuer-Lust. Boden, Teilgebiete der Todeszone und Verstrahltes aller Art wird zu Forschungszwecken an westliche Interessenten vermietet und verkauft – weil an allen Ecken und

32 Kurt Jacobs

Enden »Geld fehlt«, die Folgen der Katastrophe annähernd zu bewältigen. Die Meldung, das Unternehmen »Kiev-Turist« organisiere bereits Abenteuer-Sightseeing-Touren, die am Untergang interessierte Individual-Reisende für 25 Rubel pro Person durch die Todeszone kutschiere, wird vom zuständigen Verwaltungs-Leiter energisch dementiert: zu dem Preis sei das nicht zu machen. – In den Alptraumgebieten ehemals fruchtbaren Landes wächst Drogenexperten aus Osteuropa zufolge jetzt der Stoff, aus dem Träume sind.

So und ähnlich sehen Meldungen aus. Zwischen den Zeilen steht, was sich um »Ökologie« zusammenzieht: Dringlichkeit und Hilflosigkeit, die besten Absichten und der lähmende Schrecken, die ungeheure stille Gewalt der Verwüstungen und die vollkommene Unangemessenheit der Gegenwehr...

Auf die Frage, ob die Probleme überhaupt noch lösbar sind, ist die Antwort immer: nein.

Und das ist nicht nur die programmatische Antwort der Reagonomics, die alle Ansätze der Carter-Administration geschliffen haben; nicht nur die Antwort sozialistischer Staaten vor und neben Gorbatschow, denen Informationen über die Lebensbedingungen ihrer Bürgerinnen zur Frage der Staatssicherheit und zur Angelegenheit der Stasi wurde. (Man hat im Westen vielleicht von ihr gehört und hat sie wieder vergessen, weil nichts Praktisches daraus zu folgern schien: die »Anordnung zur Sicherung des Geheimschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten« vom November 1982.) Die EuphorikerInnen der High-Tech-Revolution geben dieselbe Antwort, wenn sie auf die Anstiegs-Abflachungen der Wachstumskurven im Material- und Energieverbrauch verweisen. Die offizielle Umweltpolitik sagt »nein«, wenn sie die Milliardensummen vorrechnet, die nötig wären, um den  $\mathrm{CO}_2$ -Ausstoß zu verringern, diesen oder jenen Aspekt der ökologischen Problematik in den Griff zu bekommen. Es ist zu teuer, unbezahlbar, einfach nicht zu machen. Die politische Ökonomie des Umweltschutzes: Sparen ist zu teuer. Was sonst?¹

Aber die interessanteste, produktivste Form, die Frage der Lösbarkeit ökologischer Probleme mit nein zu beantworten, stammt vom Washingtoner Worldwatch-Institute, dessen Mitarbeiterinnen Meister in der Kunst sind, gute Ansätze zu loben. Was bedeutet es, festzustellen, daß 20 Jahre nach den Thesen des Club of Rome sich alle Trends verschlechtern, um die Beobachtung der »Problemverleugnung im entscheidenden Jahrzehnt« mit dem Hinweis auf Gorbatschow zu verbinden: auf das Mögliche, das »vor fünf Jahren kaum jemand vermutete« (Postel 1992, 17)? Was bedeutet die Frage: »Wer wird der Gorbatschow der ökologischen Revolution?« (Ebd.) Es bedeutet, sich »Perestrojka« zu übersetzen, den ausstehenden Umbau des »Westens« zu denken.

Es heißt: So, wie die Aufgaben gestellt sind, sind sie unlösbar.

Sparen ist teuer, sagt die offizielle Umweltpolitik. Aber die Southern California Edison Company hat 800 000 Energiespar-Lampen »an einkommensschwache Kunden und Läden ... verschenkt, weil das billiger ist, als die vorhandenen Kraftwerke zu betreiben« (Lovins 1991, 286). Während die »supply-side-economy« auf die Ölpreisschocks mit Angebotssteigerungen reagiert, wird gegen die Widerstände und Hindernisse der staatlichen Energiepolitik der US-Markt mit Energiespartechniken überschwemmt, die sich an der Nachfrage nicht nach Energie schlechthin (Strom, Kohle oder Öl), sondern nach Energiedienstleistungen

(Antriebskraft, Licht oder Wärme) orientieren. 200 Milliarden Dollar pro Jahr, sagte der Vorsitzende von Bushs Wirtschaftsweisen voraus, werde die Einlösung der Kohlendioxid-Zielsetzungen der Toronto-Konferenz in den USA kosten. 200 Milliarden Dollar, sagte Lovins (1991, 295), würde der notwendige Zuwachs an rationeller Energienutzung den Vereinigten Staaten jährlich sparen. Das Ergebnis der Politik, die Energiesparen für zu teuer befindet, ist, daß die Energiebedarfsprognosen immer weiter nach unten korrigiert werden müssen und die zentralen Energieversorger auf Überkapazitäten sitzenbleiben.

Sparen ist teuer, sagt die offizielle Umweltpolitik in Deutschland. Zugleich wird eine Kahlschlagssanierung der neuen Bundesländer ins Werk gesetzt, die nebst Staatsverschuldung und größter Arbeitsplatzvernichtung der deutschen Geschichte ausgerechnet die zum Untergang verdammte zentrale Elektrizitätsversorgungs-, die westliche Automobil- und Straßenbau-Industrie zu Arbeitsplatz-Sicherern macht. Zu den gigantischen Kosten des ruinösen alt-bundesdeutschen Nuklearprogramms sind trotz Wackersdorf und Kalkar nur erste Teilrechnungen eingetroffen.

Sparen soll teuer sein. Aber die Ökologiebewegung hat nicht nur im Energiesektor, sondern auch im Verkehrs-, im Chemie- und Agrarbereich alternative Lösungsansätze vorgelegt, die wesentlich darauf beruhen, die Fragen neu zu stellen.<sup>2</sup> Wer auf unbefriedigten und wachsenden Bedarf schlicht mit wachsender Produktion antwortet, wird wachsenden Problemdruck ernten – und obendrein noch unbefriedigten und wachsenden Bedarf. Wie wenig solche alternativen Ansätze Parteisache, etwa der GRÜNEN, sind oder sein müssen, zeigt die außergewöhnliche Arbeit der Bundestags-Enquete-Kommission »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre«. Aber diese Ansätze bleiben dennoch blockiert.

Das Stichwort der ökologischen Revolution meint nichts anderes, als die Potentiale eines ökologisch rationellen Wirtschaftens aus den Fesseln der alten Verhältnisse zu befreien. Neben der Entfesselung der Energiesparpotentiale, rationeller Energieerzeugungs- und nutzungsformen gehört die Befreiung der Verkehrspolitik aus der Umklammerung von Automobil- und Straßenbauindustrie und der Landwirtschaft vom Druck der Agrarchemie dazu. Wiewenig die Aspekte voneinander zu trennen sind, zeigt die Befreiung der Chemieindustrie von der Mineralölsteuer, die wiederum Baustein für den Siegeszug der chemisierten Landwirtschaft ist. Warum dagegen nicht Bauern als lokale Stromproduzenten, die Überschüssse ins öffentliche Netz einspeisen?<sup>3</sup>

In der Dimension des Nord-Süd-Konflikts stellen sich die Fragen schärfer. Weniger global als mancheR denkt, da die globalen Probleme wesentlich vom Norden erzeugt sind. Der Norden verursacht gegenwärtig etwa drei Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen (mehr als 90 % sind es, nimmt man den Zeitraum der letzten 40 Jahre), verbraucht mehr als 90 Prozent der FCKW-Produktion, die ihr (Gewinn-)Zentrum selbstverständlich im Norden hat. Umgekehrt werden die Folgen der Klima-Erwärmung gerade in jenen Ländern der Dritten Welt die verheerendsten Folgen haben, wo die wenigsten Mittel verfügbar sind, sich gegen die Folgen zu schützen. Und »Süden« ist noch zweierlei: »Dürre- und Überschwemmungskatastrophen suchen ihre Opfer je nach Klassenlage« (Grießhammer u.a 1989, 147). Das Stichwort der ökologischen Revolution heißt hier darum

34 Kurt Jacobs

nicht bloß Schuldenerlaß im Sinne der Schuldenstreichung-für-Naturschutz-Abkommen, sondern in erster Linie tiefgreifende Landreformen zu Lasten des Latifundismus und der exportorientierten Landwirtschaft, die die Masse der Kleinbauern von erosionsgefährdeten auf fruchtbare Böden zurückführen kann. Es ist die Umwälzung neokolonialistischer Produktionsverhältnisse als einer Dimension des Verteilungsproblems, die im Nord-Süd-Kontext heißt, daß der Norden einen Teil seiner Schulden an den Süden zurückzahlen muß. »Wir können die zukünftige Bewohnbarkeit des Planeten nicht mehr von der heutigen Verteilung des Reichtums trennen.« (Brown 1992, 239)

Das anzugehen ist sehr viel schwerer geworden nach dem Scheitern Gorbatschows. Es wird im Gedächtnis bleiben (dem deutschen allemal), daß den Alternativen der Wind ins Gesicht blies, als das Volk auf dem Sargdeckel der gescheiterten Alternative tanzte, die doch keine war. Der Triumphalismus der Sieger überschrie alles andere und im Deregulierungsfieber, im fanatischen Nagen aller politischer Kontrolle des Wirtschaftens hat die Ökologiebewegung mitverloren, auch wenn sie es sich nicht eingestehen wollte. Die Aufgabenstellungen ökologischer Politik finden sich zerstreut in Fragen der »Professionalität der Politikdarstellung« (Kleinert), der Utopiekritik (J. Fischer) und allgemeiner linker Katerstimmung, die aufs Überwintern setzt, angesichts eines Gegners, der scheint's immer auf der Gewinnseite sitzt. Die Status-Quo-Soziologie, die sich in Trendfortschreibungen übt und die Zukunft aus der Vergangenheit hochrechnet, verführt dann allzu leicht dazu, die Frage nach der Zukunft der Arbeit, wenn überhaupt, dann an Hand neuer Produktionskonzepte in der Automobilindustrie zu stellen. Verknüpft mit der Frage der Wachstumsstrategie der Zukunft entsteht so das Stichwort von der »zweiten industriellen Revolution«, was zuerst doch nur die zweite Revolution in der Automobilindustrie war. In dem Stichwort aber lauern schon die anderen von Stellenabbau und Produktionsverlagerung: in dem Maße jedenfalls, als ein zweiter Schub des Automobilismus, des Straßenbaus und der Autoproduktion, als Basis einer zukunftsfähigen Wachstumsstrategie in den hochindustrialisierten Reichtumszentren undenkbar ist. Tatsächlich steht die IG Metall, als Hauptadressat solcher Themenvorschläge, vor gewaltigen Zukunftsproblemen, steckt schon mittendrin. Werden Verteidigungskämpfe, vor dem Hintergrund von drei Millionen Dauerarbeitslosen, ohne Produktkonversion und Neubau öffentlicher Verkehrssyteme, ohne den Einstieg in die ökologische Revolution Perspektiven dauerhafter Arbeitsplatzsicherung öffnen? Theo Steegmanns Wort von der Politik »solidarischen Schrumpfens« (taz, 12.12.92) ist von Hoffnungslosigkeit geprägt.

Die Frage nach dem »Gorbatschow der ökologischen Revolution«, samt dem Hinweis auf das Wirkliche, »das vor fünf Jahren kaum jemand vermutete«, mahnt dagegen: nachzufragen, wie die Fragen gestellt wurden, die hoffnungslose Antworten erzeugen. Die Menschen müssen in allen Gesellschaftsformen essen, trinken, sich kleiden; und sie werden für alle Zeiten Polizeikräfte brauchen, um sich vor unseren Nuklearabfällen zu schützen – in einer Welt, deren Klimaregulation schon durch die bisherige Ozonschädigung und Vernichtung der Regenwälder höchst unsicher ist. Alles andere aber kann verändert werden. Wieviel gelingt, wird sich in diesem Jahrzehnt entscheiden.

#### »Ministerium des Unmöglichen«: Zur Analyse von Umwelt als Politikfeld

Im Unterschied zu anderen Politikbereichen ist für Umweltpolitik der Blick auf ihre Grenzen keine Frage der Sicherung und Vergrößerung von Einflußnahme. Er ist das Verlangen nach ihrem Gegenstand. Entbehrung treibt, die Grenz-Frage immer wieder zu stellen. Umweltpolitik »soll die ökologischen Belastungen und Gefährdungen ungeschehen machen oder zumindest mildern, ohne die Ursachen selbst beheben zu können und beheben zu dürfen.« (Fischer 1989, 30) »Diese Aufgabe ist unlösbar« (ebd.). Und Fischers Antwort: »ökologische Wirtschaftspolitik«. Das verlange »eine Wiedereinsetzung der Politik und damit der Wirtschaftspolitik in den ihr gebührenden verfassungsmäßigen Rang« (ebd., 75). Wer aber setzt ein? Was bestimmt das Sollen und Dürfen? Wer stellt die Aufgaben, die unlösbar sind? 1974 hatte ähnlich ein französischer Minister für Natur und Umweltschutz beim Ausscheiden aus dem Amt sein Ressort kurz und bündig das »Ministerium des Unmöglichen« genannt (zit. in Baumgarten 1978, 42). Die Unmöglichkeits-Erklärung, die Aufgaben des eigenen Bereichs angehen zu können, hielt gegen Beschränkungen die Errungenschaft fest: die Neu- oder Wieder-Entdeckung der ökologischen Problematik. Das »Ministerium des Unmöglichen« war das Resultat staatlicher Einräumung von Ökologiepolitik bei Abtrennung der Zuständigkeiten zur Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik, der Wirtschaftspolitik überhaupt. Auch hier bleibt die Frage nach dem Wer und Warum. Sie weist zurück auf die andere Frage nach der Konstitution von »Umwelt« als Politikfeld selbst.

Die Geschichte dieser Konstitution schreiben, heißt eine Umwälzung der politischen Semantik nachvollziehen, eine Revolution von Bedeutungs-Produktionen, die auf weit mehr verweist als den bloßen Beginn einer untergeordneten Bereichs-Politik. »Der Terminus 'Umwelt-Risiken' (ko gai) wurde aus der Umgangssprache in die Verwaltungssprache übernommen und ist dabei, in den internationalen Wortschatz einzugehen«, notierte Ui Jun 1972 für Japan. Gemeint war nicht das japanische Wort, sondern ein Vorgang in nahezu allen (westlichen) Weltsprachen: es galt für environment im Englischen und Französischen, für ambiente im Spanischen und Italienischen wie für Umwelt im Deutschen. Vertraute Worte dienten plötzlich der Benennung eines Neuen. Der Wechsel ging schnell und gründlich vonstatten. Was Mitte der neunziger Jahre schon selbstverständliche Bedeutung schien, war zehn Jahre zuvor in den Archiven des Wissens nicht aufzufinden. Auf der Ebene der Politik entsprach dem, daß innerhalb kürzester Zeit, zwischen 1968 und 1972, »Umwelt« international gleichzeitig in ganz unterschiedliche politische Konstellationen bei sehr verschiedenen ökologischen Problemlagen als eigenständiges Politikfeld »eingeführt« wurde. Dem erstaunlichen Vorgang zum Hohn aber schien dies Neue zugleich ein alter Hut: »Die Umweltverschmutzung hat in Japan eine beinah 100jährige Geschichte hinter sich und darf nicht als ein erst in jüngster Zeit entstandenes Problem aufgefaßt werden« (Jun 1973, 167). Es hatte als Gegenstand staatlicher Politik »gute, lange Tradition«, wie das Umweltprogramm der Bundesrepublik von 1971 formulierte. Das galt für Fragen der Wasser- und Luftverschmutzung, für Lärmschutz- wie für umfassend gemeinte Naturschutzgesetzgebung. Die erste Chemiegesetzgebung

36 Kurt Jacobs

entstand in England vor dem Erscheinen des Marxschen *Kapital*. Selbst der Schock von den »Grenzen des Wachstums« war schon ein paar mal da, samt internationaler Konferenzen zur Bestandsaufnahme und Zukunftspolitik (nachzulesen in Cahn/Cahn 1980) Die militärisch-logistische Betonung der Ressourcenknappheit verrät einen Grund.

Was also war das Neue? Eines der Stichworte war die »umfassende« Bestandsaufnahme der Belastungen des Naturhaushalts. Aber was wäre »umfassender« als ein Naturschutzgesetz? In Deutschland war eine solche Gesetzgebung nach langem Ringen erstmals 1935 zu einem Abschluß gebracht worden. Eine Neufassung stand 1970 nicht oben auf der Prioritätenliste. Überhaupt war es mit dem Versuch einer umfassenden Bilanzierung der stofflichen und energetischen Aspekte des Wirtschaftens nicht weit her. Von einer Verpflichtung der Betriebe zur ökologischen Buchführung war keine Rede. Erst 20 Jahre später wird das Statistische Bundesamt mit Ansätzen einer volkswirtschaftlichen Bilanzierung beginnen. Selbst dann wird vom Bundesumweltminister nicht verlangt, über Stoff- und Energiebilanzen »umfassend« Auskunft zu geben. Umgekehrt kann der Bundesumweltminister angesichts der Ozonschädigung von der Chemieindustrie Auskunft verlangen über ihre FCKW-Produktionsmengen. Das heißt nicht, daß er Auskunft bekommt. Gerade das Was und Wie der Produktion, der Gegenstand der ökologischen Problematik schlechthin, fällt nicht in die Kompetenz der Umweltpolitik. Die Entwicklung von »Produkten und Verfahren«, so das Umweltprogramm der Bundesregierung, »bleibt auch weiterhin grundsätzlich Sache der Unternehmen« (11). Das ist die Ausschreibung fürs »Ministerium des Unmöglichen«: eine Politik, die sich ihren einzig möglichen Gegenstand versagt.

Der Verlust des Gegenstands gab sich als Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Aber ganz so weit war es auch damit nicht her. Hieß es doch, gerade den marktbeherschenden und marktverhindernden nationalen und transnationalen Konzernen Unternehmensfreiheit gewähren. Es hieß die Tatsache vergessen, daß der Staat selbst, wo nicht Unternehmer, so doch Unternehmensbeteiligter und Unternehmensförderer in ökologisch entscheidenden Industriezweigen wie dem Energie- und Verkehrsbereich war. Und was heißt, das Was und Wie der Produktion »Sache der Unternehmen« sein lassen, wenn die Chemieindustrie »auch weiterhin« von der Mineralölsteuer befreit bleibt, ihre Produkte damit staatliche Wettbewerbsvorteile eingeräumt bekommen?

Was also war das Neue? Wenn der Anspruch einer umfassenden Bestandsaufnahme nicht hält, was er verspricht und in der Programmformulierung bereits zurückgenommen ist – so war das Neue doch der Anspruch selbst. Abgetrennt von Fragen des Wirtschaftens hieß Umweltpolitik, Gesetzgebungs- und Überwachungs-Kompetenzen zu Entsorgungsproblemen aus den Bereichen der Wasser-, Boden- und Luftreinhaltung weitgehend in einem Ressort zusammenzufassen und zum Teil aus Länderzuständigkeiten herauszunehmen. Das war nicht wenig, zumal gegen den Widerstand der Industrie, den die Beteiligten als Hauptproblem wahrnahmen.<sup>4</sup> 1974 konnte so erstmals eine bundesweite Immissionsschutz-Gesetzgebung verabschiedet werden. Aber es blieb bei »end-of-pipe«-Ansätzen, bei Filter- und Abfalltechnik. Das Neue war das Band, das gezogen wurde; der

verallgemeinernde Diskurs in der Begründung der erweiterten Staatstätigkeit, der nicht umhin kam, so etwas wie »Naturhaushalt« zu denken, dessen Beachtung eine Frage der »Lebensgrundlagen« sei. Konkret mochte nur an verbesserte Luft- und Wasser-Reinhaltung gedacht gewesen sein, zusammengefaßt in einem Ressort, um auf der Stockholmer UNO-Umweltkonferenz 1972 etwas vorweisen zu können. Aber die Begründung rief einen Geist, der nicht mehr loszuwerden war. Auf dem so abgesteckten Bereich formierte sich eine Ökologiebewegung, die gegen die Beschränkungen der Umweltpolitik »Natur« auf ihre Fahnen schrieb.

Freilich stellt sich im Rahmen der alten Bundesrepublik leicht als naiv-harmlos dar, was im Kontext der internationalen Politik ein ganz anderes Gepräge zeigt. Das rührt zum Teil daher, daß in der Bundesrepublik niemand war, der dies Neue gefordert hätte. Es gab (trotz Willy Brandts 1961er Wahlkampfslogan vom »blauen Himmel über der Ruhr«) keinen programmatischen Vorlauf auf der Ebenen von Parteien und Verbänden. Es gab keine besondere Katastrophe mit nachfolgenden Volkskämpfen, wie sie 1986 nach Tschernobyl zur Verselbständigung der Umweltpolitik in ein eigenes Ministerium führen sollten. Und es gab keine öffentliche Meinungswelle zur Politisierung des »Umwelt«-Themas vor der Programmankündigung der Bundesregierung. Dem Historiker der »guten, langen Tradition« der Umweltpolitik in Deutschland war darum auch »nicht ganz klar, was die SPD/FDP-Regierung 1970 bewog, mit den Vorarbeiten für ein Umweltprogramm größeren Zuschnitts zu beginnen« (Wey 1982, 201). Tatsächlich kam der Anstoß aus der internationalen Politik. Die Aktivitäten galten der Vorbereitung der Stockholmer UNO-Umweltkonferenz 1972.

Diese Konferenz war 1968 von Schweden beantragt worden, das neben entwicklungspolitischem Engagement mit dem Problem des »sauren Regens« schon Fragen der internationalen Schadstoff-Kontrolle im Blick hatte. Mit politischer Brisanz aufgeladen und zum Großereignis aber wurde die Konferenz, als im Jahr darauf die Nixon-Administration das »Umwelt«-Thema besetzte. Und zwar, wie Krusewitz 1985 mit Recht als Beobachtung einklagt: zuerst innerhalb der NATO! Noch bevor das Wort in den internationalen Wortschatz eindrang, hatte Nixon 1969 zum zwanzigsten Jahrestag der NATO-Gründung die Außenminister der Allianz mit »den harten Wirklichkeiten der weltumspannenden ökologischen Krise« konfrontiert (zit. nach Krusewitz 1985, 31). Dramatisch zugespitzt und unfreiwillig komisch war, »für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen, ... in der Menschheitsgeschichte ... kein Vorbild« zu finden (zit ebd., 20). Nixon regte an, mit der Gründung eines NATO-Umweltausschusses dem Bündnis neben der militärischen und finanziellen noch eine »dritte Dimension«, die soziale, hinzuzufügen und die Anstrengungen zur Bewältigung des Umweltproblems zu koordinieren. Zur gleichen Zeit hatten die USA in Vietnam einen Umweltkrieg gegen ein ganzes Land und seine Zivilbevölkerung geführt, wie er in der Menschheitsgeschichte tatsächlich noch nicht dagewesen war.

Das, und der Hinweis auf die in den NATO-Ländern wachsende Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, wurde zum Grund, die Behauptung einer weltumspannenden ökologischen Krise eine bloße Verdrehung zu nennen und Umwelt-

38 Kurt Jacobs

politik ein Ablenkungsmanöver des US-Imperialismus. Aber in die Themenbesetzung der Nixon-Administration spielt noch mehr hinein: eine tiefgreifende Krise des american way of life im Herkunftsland des Exportschlagers selbst und die Frage der Neubestimmung internationaler Politik nach dem Zusammenbruch des Kolonialismus im Weltmaßstab. Ende der 1960er Jahre gab es in den USA nicht bloß eine voll entwickelte ökologische Literatur, die zu allen Themen, die jetzt einen internationalen Aufschwung erleben sollten, ihre »Klassiker« verweisen konnte: zur Chemisierung der Landwirtschaft (Rachel Carsons), zu Stadtund Technikentwicklung (Lewis Mumford), zur Bevölkerungs-»Explosion« (Paul Ehrlich), zum Fallout-Problem und den im engeren Sinne ökologischen Themen der Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung (Barry Commoner). »Ökologie« hatte vor allem eine wirkliche Massenwirkung (dazu Traube 1978, Küppers u.a. 1978, Fleming 1988). Rachel Carsons Silent Spring von 1962 war schon eine Sensation - Paul Ehrlichs The Population Bomb von 1968 hatte geradezu alptraumhafter Wirkung: auf die weißen Mittelstands-Bürger und mehr noch auf die Frauen. Nicht weil es vom theoretischen Ansatz ein grauenhaftes Buch war (das war es), sondern weil es bewirkte, auf die eigene Lebensweise mit Entsetzen zu sehen. Und es enthielt ein Echo auf anderes, tatsächlich »weltumspannendes« Problem der 1960er Jahre: auf die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen, auf den Übergang der Kolonial- in »Entwicklungs«-Länder. Die Krise des american way of life (verbunden mit der Aussicht, daß große Teile der weißen Mittelschicht in die Arme systemkritischer Bewegungen treiben könnten); die Krise des Militärbündnisses (dessen Hegemonialmacht in Vietnam eine bestialische Kriegsführung betreibt) und die Krise des kapitalistischen Weltsystems: das sind die Hauptzutaten, die »Umwelt« zum internationalen Politikgegenstand machten. Es war nicht übertrieben, das für eine Systemfrage »der etablierten Ordnung in den entwickelten Ländern« zu erklären.

Die Antworten darauf waren: eine abgestimmte Reformpolitik der »entwickelten Länder«, die auf Innovationspotentiale setzte und mit Einführung ökologischer Minimalstandards protektionistisch gegen die Konkurrenz aus Drittländern wirkte; ein großaufgelegtes Nuklearprogramm, das auf »saubere« Weise den Energiehunger der Welt stillen sollte; eine neue Exportoffensive der »grünen Revolution«, d.h.: der kapital- und technikintensiven Landwirtschaft, die mittels Wundersaatgut und Pestizidwirtschaft den wirklichen Hunger bekämpfen sollte<sup>5</sup>; und eine ganze Palette von Strategiekonzepten aus den brain-trusts der transnationalen Konzerne, die sich zunächst um das Stichwort der »nachindustriellen Gesellschaft« rankten. Das konnte, in der sanfteren Version des Daniel Bell, Wachstum des Dienstleistungssektors bei Auslagerung schmutziger Industrien und Kontrolle der neuen Schlüsseltechnologien meinen; oder auch den universellen Durchbruch neuer Technik in den Visionen des Hermann Kahn, der das »Kuchen-Modell« des (Ressourcen-)Reichtums für friedensgefährdend hielt und dagegen sein Muskel-Modell empfahl: »Je mehr man einsetzt, desto mehr wird vorhanden sein.« (Zit.n. Oltmans 1974, 55)

Im Kontext der internationalen Politik war Umweltpolitik gewiß »Ablenkung«, wie Krusewitz sagt. Sie war das smiling face des »aggressiven US-Imperialismus«, wie der chinesische Delegierte auf der Stockholmer Konferenz einschärfen

sollte. Sie war mehr als jene protektionistische Marktabschottung, die Regierungsvertreter der Dritte-Welt-Länder in ihr sahen: Sie war eingegliedert in die Strategien des Neokolonialismus. Aber sie war auch schon ein Ausgang aus der »Eisenzeit des Kapitalismus«; Beginn einer Transformation des kapitalistischen Weltsystems auf Basis neuer (Produktions-)Technologien. Gerade in dieser Dimension eines unsicheren Übergangs blieb »Umweltpolitik« ohne Antwort der Warschauer-Pakt-Staaten, die eben erst in Prag den »Richta-Report« mit Panzern begraben hatten: das war die Perspektive eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, der Fragen der Umwelt und der Lebenqualität (wie problematisch auch immer) mit dem durch die »wissenschaftlich-technische Revolution« möglich werdenden Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum verband. Die Einladung der alten Bundesrepublik, obwohl sie formell noch nicht UNO-Mitglied war, und die Nicht-Zulassung der DDR bot den formellen Anlaß zu einem Boykott der Stockholmer Konferenz durch die Warschauer-Pakt-Staaten. Als Gegenstand internationaler Politik wurde »Umwelt« so in Auseinandersetzung zwischen Erster und Dritter Welt verhandelt. China ausgenommen, blieb der Sozialismus außen vor.

Zwischen den großen Mühlsteinen zerrieben, institutionell von ihrem Gegenstand getrennt und als Legitimationsgrundlage ausgebeutet für sozial und ökologisch verheerende Produktionsstrukturen: das ist Umweltpolitik. Aber das Umschlagen von Bedeutungen und die Widersprüche, die sich darin melden, sind der Ökologie-Frage nicht bloß äußerlich. Es sind die Widersprüche, in denen Ökologie-Politik sich bewegen muß. Umweltpolitik ist eingeschrieben in den unsicheren Übergang der Weltgesellschaft. Wir hätten ihre Geschichtsschreibung auch mit einem Fernseh-Ereignis der ungeheuerlichen Art beginnen können: mit der TV-Übertragung von der Mondlandung der Apollo 11 1969. Der weltweit übertragene tele-sinnliche Beweis zur Physik der Himmelskörper. Die Erde ist tatsächlich rund. Die Bilder auf der Mattscheibe zeigen es. Und sie zeigen zwei Menschen in höchstempfindlichen künstlichen Ökosystemen über eine unbelebte Kraterlandschaft schweben. Im Hintergrund leuchtet groß ein blauer Planet. Dieser da ist bewohnbar, auch ohne Raumanzüge. Das Verletzliche, dem die Sorge gilt, ist in einen Sinnzusammenhang mit dem Bild der Erde gebracht; die technologische Spitzenleistung mit der Frage der Lebensbedingungen; alte science-fiction-Konnotationen »der Menschheit« mit neuen Motiven des Heimatromans. Der Blick in den Sternenhimmel biegt zurück ins Bild der Erde. Der Zwischenschnitt noch Houston, Texas zeigt schon die Steuerwarte der automatisch-elektronischen Produktion. Man kann sagen: Umweltpolitik steht auf der Schwelle zum Übergang in den High-Tech-Kapitalismus. Oder aber: Umweltpolitik steht auf der Schwelle zur ökologischen Revolution.

#### Vorsicht mit Marx. Zum Begriff der ökologischen Problematik

Der Schub neuer Produktionstechnologien nach 1945, der Schub von Produktund Verfahrens-Ersetzungen im Rahmen des fordistischen Akkumulationsregimes markiert eine bedeutende stoff- und energiewirtschaftliche Zäsur (vgl. Commoner 1973, Altvater 1987). Dennoch muß der Beginn der modernen ökologischen 40 Kurt Jacobs

Problematik auf die industrielle Revolution datiert werden. Als Historiker sagt Hobsbawm: »Die industrielle Revolution ist die gründlichste Umwälzung der menschlichen Existenz in der Weltgeschichte, die jemals in schriftlichen Dokumenten festgehalten wurde.« (Hobsbawm 1969, 11) Das gilt auch für ihre stoffund energiewirtschaftlichen Aspekte. Wo Marx die ökologische Dimension sieht, faßt er sie als Formwechsel der Stoffkreislaufprozesse, der die Beachtung ihrer Gesetze als gesellschaftliche Aufgabenstellung erzwingt. Mit der Enteignung und Vertreibung der ländlichen Produzenten vom Grund und Boden, der Trennung von Agrikultur und Industrie und der städtischen Zentralisation der Produktion stört die kapitalistische Produktionsweise den »Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde«. Sie zerstört die vorgefundenen »naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels« in einer Form, die die Bodenfruchtbarkeit und zugleich »die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter« ruiniert. Damit stellt sie das Problem, den Stoffwechsel »systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen« (KI, MEW 23, 528).

Die kapitalistische Produktionsweise stellt das Problem, sagt Marx. Aber die Marxsche Problemstellung sollte in einer Geschichte ständigen Wahrnehmens nicht für wahr genommen werden. Sie bleib verborgen, wo jedeR sie sehen konnte. Noch das Wiedersehen sollte zum Verbergen werden. Diese Geschichte des Sehens beginnt mit Kautskys Popularisierung des Kapital, der Form, in der das Kapital in der Arbeiterbewegung gelesen werden sollte. (Die Schrift ist auf Grund ihres Titels »Karl Marx' ökonomische Lehre« nicht nur in Arbeiterbibliotheken unter dem Autorennamen von Karl Marx geführt worden.) Marx hatte die Problemstellung ans Ende des Kapitels über »Maschinerie und große Industrie« gestellt und mit dem Motiv einer Bilanzierung des »Fortschritts« der kapitalistischen Produktion verbunden. Der Schlußsatz hieß hier: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. « (MEW 23, 529f.) In der Paraphrasierung des Kapitels (von der im einzelnen nicht zu sagen ist, was von Kautsky und was von Bernstein stammt) sind einige der Problemgegenstände erhalten, auf die Marx sich bezog, und auf den Begriff des »Raubbaus« gebracht: »So entwickelt die kapitalistische Anwendung der Maschinerie gleichzeitig mit dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft den am Grund und Boden. Sie verwüstet die Erde und läßt den Arbeiter körperlich und geistig verkommen.« (Kautsky 1980, 180) Der Begriff der »Störung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Erde« aber taucht ebensowenig auf wie die historische Dimension eines Umwälzungsprozesses, der eine neue Problemlage zur Aufgabe stellt. Und Kautsky/Bernstein finden es richtig, die Paraphrasierung des Kapitels eben nicht mit der ökologischen Problematik zu beenden, sondern mit »Ausblicken in die Zukunft«. Nach solchen Ausblicken dürfen sie »versöhnt dem System der Maschinerie und Großindustrie gegenüberstehen« (ebd., 184). Der Schluß ist jetzt: »Wir wissen, daß auf dem Felde der Arbeit, das mit Millionen von Proletarierleichen gedüngt worden, eine neue Saat aufsprießen wird, eine höhere

Gesellschaftsform. Die Maschinenproduktion bildet die Grundlage, auf der ein neues Geschlecht erstehen wird ...; ein Geschlecht, harmonisch entwickelt, lebensfreudig und genußfähig, Herr der Erde und der Naturkäfte, alle Mitglieder des Gemeinwesens in brüderlicher Gleichheit umfassend.« (Ebd.)<sup>6</sup> Dieselbe Stelle, der Abschluß des Kapitels über die große Industrie, auch hier zu einem rhetorischen Finale ausgebaut.

Ins Zentrum rückt die Frage der »Anwendung«. Sie wird die Wahrnehmung ökologischer Probleme strukturieren. So bei Bebel, der eine ganze Bandbreite ökologischer Probleme diskutiert – neben der Bodenerschöpfung noch sehr viel mehr als später mit den Mutmaßungen einer »Naturvergessenheit« der Arbeiterbewegung gewußt wird. Sie sind lösbar durch Anwendung der Technik. Bebel zufolge kann die »Frage nach der Beseitigung von Staub, Rauch, Ruß, schlechten Gerüchen ... auch heute schon vollständig durch Chemie und Technik gelöst werden, es geschieht nicht oder nur teilweise, weil dazu die Privatunternehmer die nötigen Mittel nicht opfern wollen.« (Bebel 1883, 426) Das technisch Mögliche kehrt Bebel gegen die Schranke der Privatform. Was Marx der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit innerhalb der von der Privatform bestimmten bürgerlichen Produktion war, wird bei Bebel verschoben in den Widerspruch der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zum beschränkten Zweck der Privatunternehmer. Technik wird selber, unabhängig von allen Vergesellschaftungsprozessen, zu einem Wegbereiter des Sozialismus.

»Umfassende Anwendung der motorischen Kräfte und der vollkommensten Maschinen und Werkzeuge, weitgehende Arbeitsteilung und geschickte Kombination der Arbeitskräfte werden also die Produktion auf eine Höhe bringen, daß zur Erzeugung des nötigen Quantums von Lebensbedürfnissen die Arbeitszeit sehr erheblich reduziert werden kann. (...) Unter den in Anwendung kommenden motorischen Kräften dürfte die Elektrizität die entscheidende Stelle einnehmen. Schon ist die bürgerliche Gesellschaft bemüht, sie sich überall dienstbar zu machen. In je umfangreicherem und vollkommenerem Maße dies geschieht, um so besser für den allgemeinen Fortschritt. Die revolutionäre Wirkung dieser gewaltigsten aller Naturkräfte wird die Bande der bürgerlichen Welt nur um so rascher sprengen und dem Sozialismus die Tür öffnen. « (Bebel, 427f.)

Halten wir fest, was die Begründer des Marxismus mit der Wahrnehmung ökologischer Fragen und dem Text, der Problemartikulation des Marxschen Hauptwerks machen: sie verändern sie. Und diese Veränderung betrifft nicht nur den Status des Begriffs »der Produktivkäfte« oder die Frage ihrer Anwendbarkeit. Es betrifft den Begriff »der Produktivkräfte« selbst. Marx hat diesen Begriff im Kapital nicht nur nicht gebraucht, sondern im Vollzug der theoretischen Arbeit verworfen! Man wird hier einen Begriff »der Produktivkräfte« nicht finden. Dafür einen Begriff der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit und der Erde, die, vom Kapital in Dienst genommen, als Produktivkräfte des Kapitals erscheinen. Nur in dieser Projektion der »Produktivkräfte des Kapitals« kann das Wort verstanden werden als Hinweis auf Arbeitsmittel im weitesten Sinne. Nur in dieser Wendung kann das Wort von »den Produktivkräften« ersetzt werden durch Produktionsmittel, Produktionsverfahren, »Technik und Wissenschaft«. Aber es hieße eben, der Projektion selbst aufzusitzen. Dem Marxschen Gebrauch des Wortes im Kapital zufolge kann von einer »Übernahme«,

42 Kurt Jacobs

von »Unschuld« oder »Neutralität« »der Produktivkräfte« keine Rede sein – sie sind ein Gespenst, Ausdruck fetischistischen Denkens der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Alternative kann nur eine neue Aggregation, ein neues Zusammenfügen der produktiven Vermögen der Arbeit und der Erde sein – auf Basis vorhandener und neuer wie im Rückgriff auf alte Produktionsmethoden. Das schließt nicht aus, Entwicklung der Technik zu würdigen oder im Blick auf »neue Technik« nach Möglichkeiten eines anderen Wirtschaftens zu fragen. Aber Technik als Türöffner des Sozialismus – das erschließt einen anderen Kontinent. Der Technikenthusiasmus und der Triumphalismus der Naturbeherrschung hatte einen Typus von Fragestellungen durchgesetzt, der noch als Antwort auf ökologische Probleme die Wahrnehmung der ökologischen Problematik begraben sollte.

Eine Veränderung der Problemartikulation: dabei handelt es sich nicht um Fragen von Original und Fälschung, um den Marxschen Begriff und seine späteren Verflachungen, sondern um ein Sich-Einbauen und Sich-Einschreiben in den Text, ins Lesen selbst. So hat Neusüß 1985 die Wahrnehmung der ökologischen Problematik bei Marx zitiert, um zu kommentieren: »Aber ich frage mich: Wie verträgt sich das denn nun beides miteinander? Einerseits wird alles verwüstet, und gleichzeitig soll ja eine ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte stattfinden, so daß die Leute am Ende nur noch ganz wenig zu arbeiten brauchen« (Neusüß 1985, 61). Das Ungeheure an solchen Texten ist, etwas gelesen und zitiert zu haben, ohne es gelesen und zitiert zu haben. Wo war es, das Wort von der »ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte«? Christel Neusüß hat wohl wirklich geglaubt, es zitiert zu haben.

Mit der Wiederentdeckung der ökologischen Problematik in den siebziger Jahren sollte auch der Marxsche Begriff wiedergefunden werden - speziell noch jener Satz, wonach »jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur nicht nur ein Fortschritt in der Kunst (ist), den Arbeiter zu berauben, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit« (MEW 23, 529). Der Satz ist ebenso berühmt wie unkenntlich geworden. Er ist permanent ausgestellt, aber kaum einmal gelesen worden. Lesen hieße doch: nachfragen, ob er »stimmt« und worauf er sich stützt. Führte wirklich jeder Fortschritt zum Ruin? Welche Fortschritte waren konkret gemeint? Aber der Satz wurde nicht als Aussage über Sachverhalte gehandelt. Er galt als Vorwegnahme, als Voraussicht, als Prophezeiung. Dem Satz vom Ruin der Bodenfruchtbarkeit wurde der Boden der Tatsachen entzogen. Es handelte sich um ideologische Lektüre – um Herausstellen im Doppelsinn von Hervorheben und aus dem Zusammenhang nehmen. Wäre diese isolierende Lektüre nur Sache von MarxistInnen, könnte man sagen, es handelt sich um die Produktion eines ökologischen Gesundheitsausweises des marxistischen Projekts. Aber auch Skeptiker und Kriterkerinnen haben der Marxschen Theorie hier eine Einsicht zugestanden, der die Basis fehlt. Es steht dabei mehr auf dem Spiel: die Entnennung der grundsätzlichen ökologischen Bedeutung der industriellen Revolution, eben des Formwechsels der Stoffkreislaufprozesse.

Schon die Ausführungen selbst hätten zeigen können, daß es sich hier um alles

andere als eine »Vorwegnahme« handelte; um etwas, das gewaltig stank. Es war, in der einfachsten Form: die Beobachtung der Bodenerschöpfung, die die englische Landwirtschaft zum Import von Dünger zwang (ab 1840 des Guano und später des Salpeter - aus einem Gebiet, dessen Beanspruchung Peru und Chile dann in den Krieg treiben sollte), während die natürlichen Nährstoffe mit der Ernte in die Städte wanderten, um dort in der Form der Exkremente Senkgruben, Kanalsysteme und Flüsse zu verseuchen und - verbunden mit Cholera-Epidemien (dazu Glick 1988) – zu staatlichen Hygienemaßnahmen und zur Wasserschutzgesetzgebung zu treiben. Marx' Zuspitzung dieser Probleme zur Frage eines Wirtschaftens »mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen« (MEW 25, 630) hieß, schon für die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts den Gedanken »an gemeinsame, übergreifende und vorsehende Kontrolle der Produktion der Rohstoffe« (MEW 25, 130) mit der Frage der Stoffkreislaufprozesse und dem Problem der Städte in Verbindung zu bringen. Und dies als »Vorwegnahme« zu fassen hieß, von den Industriestrukturen absehen, die zunächst mit der kapitalistischen industriellen Revolution und später analog mit der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« begündet wurden. Dies als »Vorwegnahme« fassen hieß, die Sache sollte Marx, seinem Text zum Trotz, so ernst nicht gemeint gewesen sein.

Es kam dem entgegen, daß Marx die Stelle eingeleitet hatte mit einem Hinweis auf »die materiellen Voraussetzungen einer neuen, höheren Synthese von Agrikultur und Industrie« (MEW 23, 528). Der Hinweis war alles andere als klar. Aber mit diesem Hinweis wurde der Begriff der ökologischen Problematik bei Marx kassiert. Und es sprach noch für die einschränkende Leseweise, daß der Begriff bei Marx auch an anderen Stellen nicht durchgehalten war. Es fehlt Marx vor allem ein klares Verständnis dessen, was Henseling 1992 den »Eingriff in geologische Stoffkreislaufprozesse« nennt. Die Ausführungen zur Revolutionierung der Antriebskraft in der großen Industrie und ihrer energetischen Basis (MEW 23, 396-99) entwickeln klar das Bedürfnis des Kapitals zur beliebig anwendbaren, d.h. von ihr kontrollierbar und universell anwendbaren Triebkraft - ohne aber anzumerken, daß die Naturbasis der gefundenen technischen Lösung eben fossile Energieträger sind, deren jährliche Neubildung in gar keinem Verhältnis zu ihrem Verbrauch mehr steht. Aber solche Mängel<sup>9</sup> betreffen nicht den Begriff der ökologischen Problematik selbst. Sie sind Fragen der Durchbuchstabierung des Begriffs. Er bleibt bei Marx weitgehend auf das Terrain von Phänomenen beschränkt, wie Liebig es in seiner Raubbau-Kritik der Landwirtschaft abgesteckt hatte. 10

Der Gedanke war da. Und er hieß, die ökologische Problematik begreifen als Verknüpfung von Fragen der sozialen Emanzipation der Individuen mit Fragen eines Wirtschaftens nach Maßgabe der Naturbedingungen des Lebens. In der Betonung der Formveränderung der Stoffwechselprozesse liegt er naturwissenschaftlich-technischen Ansätzen der Problemwahrnehmung nahe. Das kann insofern dazu verführen, die Frage der Entwicklungsperspektiven der Individuen als der Sache doch äußerlich, als willkürlich Hineingetragenes aufzufassen. Aber gerade das ist ja das Kreuz mit der Ökologie: daß keine Äußerung zur Ökologie-Frage denkbar ist, die nicht auf beide Dimensionen antworten würde. Ökologie

44 Kurt Jacobs

pur, radikal gedacht, schlägt unvermittelt um in Technokratie und Phantasien der Öko-Diktatur. Das zwingt, die These von der Entstehung der ökologischen Problematik mit der industriellen Revolution durch eine andere zu ergänzen; von der Entstehung der ökologischen Problematik mit der Erklärung der Menschenrechte. Wem das ungewöhnlich erscheint, der wird auf bedeutende ökologische Katastrophen der Geschichte verweisen: im Bereich der Kriegshandlungen (die Versalzung der Äcker Karthagos durch Rom), des Schiffbaus (haben die dazu notwendigen Rodungen zuerst in Attika, später Venedigs an der Dolomitenküste und Spaniens nicht das gesamte Klima des Mittelmeerraums verändert?) und des Bergbaus. Aber diese Probleme und die wunderbaren Quellenfunde bei Platon, Plinius, Franz von Assisi oder Agricola beweisen nur, daß die Frage der Naturbedingungen des Wirtschaftens jede Gesellschaftsform interessieren muß. Solange sie »die Ungleichheit der Menschen und ihrer Arbeitskraft zur Naturbasis hatten« (MEW 23, 74), drangen sie aber zur ökologischen Problematik nicht vor. Aller Vergiftungserscheinungen und den tödlichen Arbeitsbedingungen zum Trotz, gab es umgekehrt für die Sklaven in den Silberminen von Potosi eine »ökologische Frage« nicht. Die moderne ökologische Problematik beruht auf der Gleichheit und Freiheit der Person. 11

#### Anmerkungen

- 1 Was sonst, wenn selbst Joschka Fischer in seinem »Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge« assistiert: »instinktiv spüren und ahnen alle Beteiligten, daß eine ... gewaltige Summe innerhalb der nächsten dreißig Jahre ... aufgebracht ... werden müßte, der liebgewordene Besitzstände allenthalben in Frage stellen würde« (Fischer 1989, 77)? Tatsächlich »spüren und ahnen alle«, daß daraus nichts wird. Tatsächlich ist aber mehr als seltsam, daß der Vorkämpfer wider die Kernkraft und für die Effienzstrategie der Energiepolitik auf der einen Seite die »gewaltigen Summen« vergißt, die das bundesdeutsche Nuklearprogramm kostet und noch kosten wird, um andererseits Effienzgewinne mit Mehrkosten zu verbinden.
- 2 Siehe dazu Hennicke u.a. 1985, Grießhammer u.a. 1989, Henseling 1992 jeweils mit weiteren Literaturangaben.
- 3 Was geschieht, wenn Ansatzpunkte eines ökologisch rationellen Wirtschaftens in den alten Verhältnissen gebunden bleiben, zeigt die Barock-Technologie des Automobilismus. Energiesparpotentiale werden zu bloßen »Mitnahmeeffekten«; die Innovationsmöglichkeiten der Mikroelektronik werden als Schnickschnack in die alten Blech- oder neuen High-Kunststoff-Kisten eingebaut, führen vielleicht noch zu Verkehrsleitssystemen, mittels derer die Straßen den Fahrern »Vorsicht Stau!« zurufen. (Der Begriff der »Barock-Technologie« ist hier Kaldor [1981] entlehnt, die am Beispiel der Rüstungsproduktion zeigt, wie technische Weiterentwicklungen zu immer komplexeren und komplizierteren Systemen führen und technologischen Fortschritt zugleich verhindern kann.
- 4 Vgl. hier und für das Folgende die bemerkenswerte Studie von Küppers u.a. 1978. Ähnliche Beobachtungen zur Politisierung des Umwelt-Themas machen Nullmeier u.a. 1983 für Frankreich. Daß Leggewie/de Miler 1978 zu einer anderen Darstellung kamen, lag am Ansatz der Quellensuche, der keinen Sinn für die Frage nach der Konstitution eines Politikfeldes hatte.
- 5 Collins/Lappé 1978 haben nachgezeichnet, wie das Maßnahmenbündel, das später den Namen der »Grünen Revolution« erhalten sollte, im Mexiko Anfang der vierziger Jahre als Gegenrevolution begann. Auf den Fährten der roten Gefahr wird die Grüne Revolution später nach Indien und Südostasien exportiert. 1970, zu Beginn ihres neuerlichen Aufschwungs, bekommt ihr wissenschaftlicher Ahnvater Norman Borlaugh einen Nobelpreis zugesprochen. Aber nicht den Nobelpreis für Chemie den Friedensnobelpreis! Für die Bekämpfung des Hungers in der Welt, die, wohin sie kommt, Hunger produziert.

- 6 Die Artikulation sozialistischen Herrentums über die Erde als Projekt »brüderlicher Gleichheit« läd den schon für sich genommen problematischen Singular »des Arbeiters« bei Marx noch mit geschlechtsspezifischen Konnotationen auf. Auf Grundlage solcher Aufladungen hat Neusüß 1985 im Singular »des Menschen« und »des Arbeiters« bei Marx den Mann entdeckt um die Diagnose, Marx' Beschreibung des Arbeitsprozesses sei eine Beschreibung der Handwerksoder der Fabrikarbeit gleichzusetzen mit der anderen, es sei die Beschreibung männlicher Arbeit.
- 7 Das Gesagte gilt für den von Marx selbst herausgegebenen 1.Band des Kapital. Siehe z.B.: »Wie die geschichtlich entwickelten, gesellschaftlichen, so erscheinen die naturbedingten Produktiv-kräfte der Arbeit als Produktiv-kräfte des Kapitals, dem sie einverleibt wird.« (MEW 23, 538) »Alle Kräfte der Arbeit projektieren sich als Kräfte des Kapitals« (MEW 23, 634). In den früher entstandenen Manuskripten zum 2. und 3. Band sind dagegen auch ältere Verwendungen des Wort erhalten geblieben.
- 8 Jean-Pierre Lefebvre sieht in seinem »Produktivkraft«-Artikel für das Kritische Wörterbuch des Marxismus, daß der Begriff »später in der Arbeit und im Werk von Marx zurück(tritt), ohne allerdings ganz zu verschwinden. Denn von den fünfziger Jahren an, insbesondere nach 1857, verbindet sich der Ausdruck 'Produktivkraft' hauptsächlich mit der Bedeutung 'Produktivität' ... wird 'Produktivkraft' oft näher bestimmt durch die Kategorien Produktivkraft der Arbeit und Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit.« (KWM, 1068f.) Aber Lefebvre sieht darin keinen Anlaß, jenen »Begriff« aufzugeben, der sich bezieht »zugleich auf die (produzierenden) Menschen, auf die Gegenstände ... und die Beziehungen der Menschen zu diesen Gegenständen, diesich im technischen Wissen und im Wissen überhaupt, d.h. in Technik und Wissenschaft niederschlagen« (ebd., 1065). Ein Grund mag sein, daß Lefebvre Marx' kritische Wendung gegen die fetischistische Projektion der »Produktivkräfte des Kapitals« nicht sieht.
- 9 Es gibt eine ganze Reihe davon: z.B. die absurde Ausblendung des Problems der Störung, der Störungswahrnehmung und -behebung, wenn Marx zum Arbeitsprozeβ erklärt, es käme hier »am Ende ... ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters ... vorhanden war« (MEW 23, 193). Z.B. die Abbildung des Arbeitsprozesses als eines Prozeß der Herstellung von Gebrauchswerten, die nichts von Abfällen weiß.
- 10 Das war und ist auch eine Frage der Informationsbasis und der theoretischen Vorabeiten. Es läuft zuletzt darauf hinaus, daß kritische Naturwissenschaft von Philosophie und Sozialwissenschaften nicht ersetzt werden kann.
- 11 Das wurde schon während der Französischen Revolution als neues Problemfeld gesehen, zumal die Freigabe der adligen Privatwälder Waldverwüstungen nach sich zogen, die dem Pflanzen der Freiheitsbäumchen auch ökologische Bedeutung verlieh (Harten/Harten 1989). Aber die erste klassische Artikulation der modernen ökologischen Problematik kommt, als Reaktion auf die Revolution, von rechts: In seinem Essay on the Principle of Population begründet Malthus 1798, daß die Ideen der Freiheit und Gleichheit angesichts der »Übervölkerung« zum Ruin der Naturgrundlagen führen ...

#### Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar, 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg

Bebel, August, 1883: Die Frau und der Sozialismus. Zit.n. der 60. Aufl., Berlin/DDR 1946

Brown, Lester R., 1992: Start der ökologischen Revolution. In: ders. u.a.: Zur Lage der Welt 1992. Worldwatch Institute Report. Frankfurt/M.

Bungarten, Harald H., 1978: Umweltpolitik in Westeuropa. Bonn

Cahn, Robert, und Patricia L. Cahn, 1980: Lehren aus der Vergangenheit. In: Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt/M.

Collins, Joseph, und Frances Moore Lappé, 1978: Vom Mythos des Hungers. Frankfurt/M.

Commoner, Barry, 1973: The Closing Circle. Confronting the environmental crisis. London (zuerst 1971)

46 Kurt Jacobs

Fischer, Joschka, 1989: Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge. Frankfurt/M.

- Flemming, Donald, 1988: Wurzeln der New-Conservation-Bewegung. In: Sieferle, Rolf Peter (Hrsg): Fortschritte der Naturzerstörung. Frankfurt/M.
- Glick, Thomas F., 1988: Naturwissenschaft, Technik und städtische Umwelt: der »große Gestank« von 1858. In: Sieferle, Rolf Peter (Hrsg): Fortschritte der Naturzerstörung. Frankfurt/M.
- Grießhammer, Rainer, Christian Hey, Peter Hennicke und Fritz Kalberlah, 1989: Ozonloch und Treibhauseffekt. Ein Report des Öko-Instituts. Reinbek
- Harten, Hans-Christian, und Elke Harten 1989: Die Versöhnung mit der Natur. Gärten, Freiheitsbäume, republikanische Wälder, heilige Berge und Tugendparks in der Französischen Revolution. Reinbek
- Hennicke, Peter, J.P. Johansen, S. Kohler und D. Seifried, 1985: Die Energiewende ist möglich. Frankfurt/M.
- Henseling, Karl Otto, 1992: Ein Planet wird vergiftet. Der Siegeszug der Chemie: Geschichte einer Fehlentwicklung. Reinbek
- Jun, Ui, 1973: Der japanische Kapitalismus als Vorhut der ökologischen Katastrophe. In: Kursbuch
   33. Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung. West-Berlin
- Kaldor, Mary, 1981: Rüstungsbarock. Das Arsenal der Zerstörung und das Ende der militärischen Techno-Logik. West-Berlin
- Kautsky, Karl, 1980: Karl Marx' ökonomische Lehren. Hrsg. und eingeleitet von Hans-Josef Steinberg. Bonn
- Küppers, Günter, P. Lundgreen und P. Weingart, 1978: Umweltforschung die gesteuerte Wissenschaft? Frankfurt/M.
- Krusewitz, Knut, 1985: Umweltkrieg. Militär, Ökologie und Gesellschaft. Königstein/Ts.
- Leggewie, Claus, und Roland de Miler, 1978: Der Wahlfisch. Ökologie-Bewegungen in Frankreich. West-Berlin
- Lovins, Amory, 1991: Die Bedeutung rationeller Energienutzung. In: Legget, Jeremy (Hrsg.): Global Warming. Die Wärmekatastrophe und wie wir sie verhindern können. Der Greenpeace-Report. München
- Neusüß, Christel, 1985: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander. Hamburg
- Nullmeier, Frank, Frauke Rubart und Harald Schulz, 1983: Umweltbewegungen und Parteiensystem. Frankreich-Schweden. West-Berlin
- Oltmans, Willem L., 1974: »Die Grenzen des Wachstums«. Pro und Contra. Reinbek
- Postel, Sandra, 1992: Die Verleugnung im entscheidenden Jahrzehnt. In: Brown, Lester u.a.: Zur Lage der Welt 1992. Worldwatch Institute Report
- Traube, Klaus, 1978: Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik. Reinbek Wey, Klaus-Georg, 1982: Umweltpolitik in Deutschland: Kurze Geschichte des Umweltschutzes seit 1900. Opladen

# Öko-Steuern als Mittel des ökologischen Umbaus?

# Über die Fragwürdigkeit ihrer theoretischen Fundierung

#### 1. Einleitung

In der umweltpolitischen Diskussion spielten Steuern und Abgaben bis in die achtziger Jahre hinein eine eher untergeordnete Rolle. Erst danach begann die Öffentlichkeit sich für Öko-Steuern bzw. -Abgaben zu interessieren. Dabei war die Idee alles andere als neu. Die Grundüberlegung findet sich schon in frühen Beiträgen zur Wohlfahrtsdiskussion. Durch die Korrektur der »falschen« Preissignale sollte eine optimale Allokation der Ressourcen ermöglicht werden. Die Vorschläge erhielten in den achtziger Jahren dadurch zusätzliche Attraktivität, daß sie mit dem Anspruch weiterentwickelt wurden, in ein ganzheitliches Systems von Umweltabgaben zu münden, das das bestehende Steuersystem in nicht unwesentlicher Weise modifizieren sollte. Nicht nur sollte umweltbelastende Produktion teurer, umweltfreundliches Handeln billiger werden, entsprechend der Einführung von Öko-Steuern wurde vorgeschlagen, die Abgabenbelastung von Kapital und Arbeit zu verringern und gleichzeitig den ökologischen Umbau einzuleiten. Die Perspektive einer »Aussöhnung« von Ökonomie und Ökologie und eines Umweltschutzes mit einem marktkonformem Instrumentarium schien nicht nur ein erstrebenswertes, sondern auch ein erfolgversprechendes Unterfangen. »Internalisierung der externen Kosten« hieß das Schlagwort. Der Vorschlag des Umwelt- und Prognose-Instituts Heidelberg (UPI) mit dem Titel »Ökosteuern als marktwirtschaftliches Instrument im Umweltschutz« (UPI 1988), die Forderung, »die Preise müssen die ökonomische und ökologische Wahrheit sagen« (Weizsäcker 1989), und die aus den Reihen der Grünen kommende Forderung eines Gesamtkonzepts, dessen Kern in der Forderung »Umweltschutz durch Marktsteuerung« (Jüttner 1990) bestand, wie die vielen anderen Vorschläge zur Einführung »ökologischer Steuern« bezogen ihre Attraktivität daraus, daß sie die ökologischen Forderungen mit einem Instrumentarium durchsetzen wollten, das einer ökonomischen Logik folgt.

Nun ist die ursprüngliche Euphorie über die Möglichkeiten der umweltpolitischen Steuerung durch Öko-Steuern in der Zwischenzeit längst verschwunden. Der faktische Einsatz ökonomischer Instrumente – sei es auf bundesdeutscher oder europäischer Ebene – ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. In der Praxis erwies sich die Idee der Internalisierung der externen Kosten als wenig brauchbar. Sie unterstellt, daß externe Kosten quantitativ mit genügender Präzision gemessen und dem jeweiligen Verursacher zugeordnet werden können. Diese Voraussetzung ist aber kaum gegeben. De facto orientiert auch die umweltökonomische Diskussion zu Beginn der neunziger Jahre in Richtung »pragmatischer Lösungen« (Hansmeyer/Schneider 1990, 21). Aber scheitert der Einsatz ökonomischer Instrumente nur an Problemen der Umsetzung oder steht die Idee der Internalisierung externer Effekte mit Hilfe von Steuern bzw. Abgaben

auch theoretisch auf unsicherem Grund? Im folgenden soll schwerpunktmäßig dieser letzten Frage nachgegangen werden. Ich werde zu zeigen versuchen, daß sowohl von seiten der neueren neoklassischen Forschung als auch aus der Perspektive klassisch-keynesianischer Ansätze die Formel »mit Steuern steuren« nicht ohne Widerspruch bleiben kann. In der Tat hat die ökonomische Theorie nicht nur eine, sondern zwei ganz unterschiedliche Sichtweisen entwickelt, um das Verhältnis von Wirtschaft und Umwelt theoretisch zu reflektieren.

Die neoklassische Theorie unterscheidet zwischen wachsenden Umweltbelastungen und fehlerhafter, d.h. ineffizienter Umweltnutzung. Erstere spiegele die gewachsenen Ansprüche und den industriellen Fortschritt insgesamt wider. Nur letzteres sei als ein Problem zu fassen, das als Gegenstand der Allokationstheorie betrachtet werden könne. Die wachsende Nutzung der Umwelt verwandele jene zwar zunehmend von einem »freien« in ein »knappes« Gut. Nicht nur die erschöpflichen Ressourcen, sondern auch saubere Luft und unbelastetes Wasser seien zunehmend als knappe Güter zu erkennen. Von Umweltproblemen kann folglich immer dann gesprochen werden, wenn die Preise die Knappheiten nicht angemessen ausdrücken. Die neoklassische Theorie hat dafür ein Konzept entwickelt: externe Effekte. Steuern bzw. Abgaben werden von einigen Strömungen als ein Weg betrachtet, die externen Effekte zu internalisieren.

Ganz anders erscheint die Funktionslogik des Marktsystems aus der klassischkeynesianischen Perspektive: Der Markt ist in dieser Sichtweise weder in der
Lage, den natürlichen erschöpflichen Ressourcen noch den Umweltmedien Luft,
Wasser etc. einen Preis zuzuweisen. Natürliche Begrenztheiten werden nicht
geleugnet. Aber das marktwirtschaftliche System konstituiere sich gerade dadurch, daß ökonomische Knappheiten an die Stelle der natürlichen Begrenztheiten treten. Auswirkungen auf Dritte (von der Klassik vor allem im Sinne von
negativen Auswirkungen der industriellen Produktion auf die Gesundheit nicht
nur der Arbeiter und ihrer Familien, sondern auch der Anwohner und der Nachbarschaft insgesamt thematisiert) werden zur Kenntnis genommen, aber sie werden nicht als Thema der Werttheorie behandelt. Die Idee der Internalisierung
externer Effekte ist dem klassisch-keynesianischen Denken daher fremd.

In Teil 2 werden zunächst die neoklassischen Sichtweisen und die Rolle, die Öko-Steuern dabei zukommt, etwas genauer dargestellt werden. Ausgehend von Pigous Ansatz einerseits, der von Coase, der Neuen Institutionellen Ökonomie und der property-right-Schule entwickelten Gegenpositionen andererseits werden einige neuere kritische Beiträge vorgestellt.

Den Gegenstand des Teils 3 stellt die Diskussion der klassisch-keynesianischen Sichtweise dar. Dabei wird nicht nur die Stellung der Umwelt sowohl in der klassischen als auch in der keynesianischen Theorie einer Analyse unterzogen, sondern die Frage nach den umwelt- bzw. wirtschaftspolitischen Konsequenzen der verschiedenen wert- bzw. preistheoretischen Zugänge thematisiert. Ein Blick auf den Stellenwert von Öko-Steuern in der Umweltpolitik nicht nur in Deutschland – und der Versuch einer Beantwortung der Frage, warum de facto so wenig auf dieses Instrument zurückgegriffen wurde – bildet den Gegenstand des abschließenden 4. Teils.

#### 2. Neoklassische Konzeptionen

#### 2.1 Pigou: Internalisierung durch Steuern

Pigou stellt nach wie vor die »breiten Schultern« zur Verfügung, auf die sich die verschiedenen Öko-Steuer-Vorschläge stützen. Die Ursprünge des Externalitätenkonzepts gehen weiter zurück und finden sich schon bei Marshall. Dort noch entwicklungstheoretisch angelegt – im Rahmen seines industriellen Ertragsgesetzes – dominiert später die allokationstheoretische Perspektive. Seine erste umfassende Formulierung fand das Konzept erst durch Pigou, dessen Grundüberlegung (Pigou 1920) in etwas moderneren Worten so beschrieben werden kann: Als Ausgangspunkt dient das Modell des Marktes, betrachtet als Allokationsmechanismus, der die knappen Ressourcen den rivalisierenden Verwendungen zuordnet. Dem Preissystem kommt eine doppelte Funktion zu: Es erfüllt mit der Informations- zugleich die Sanktionsfunktion. Die Preise werden für diejenigen, die knappe Ressourcen in Anspruch nehmen, zu Kosten. Wird eine Ressource knapper, so wachsen die gesamtwirtschaftlichen Opportunitätskosten ihrer Nutzung, was sich in Preis- bzw. Kostenerhöhungen ausdrückt und die Wirtschaftssubjekte zu Anpassungsreaktionen (Mengenanpassungen und/oder Substitutionen) veranlaßt. Das reine Modell, in dem die individuellen Nachfragewünsche mit den Möglichkeiten des Angebots über Märkte koordiniert werden, kann nur dann zu einem pareto-optimalen Resultat führen, wenn rein private Güter gehandelt werden. Die Person A schließt dadurch, daß sie ein Gut kauft, alle anderen vom Kauf bzw. der Nutzung desselben aus. Durch den Kaufpreis trägt A die gesellschaftlichen Opportunitätskosten. Das Preissystem führt solange zu einer »richtigen« Zuordnung von Kosten und Nutzen, solange private Kosten und gesellschaftliche Opportunitätskosten zusammenfallen. Das Grundproblem der Umweltökonomik kann daher folgendermaßen formuliert werden: Es kann gesellschaftliche Kosten geben, die sich in den individuellen Kosten, d.h. im Preissystem nicht ausdrücken und die als externe Effekte Dritten aufgebürdet werden, ohne daß diese sich dagegen wehren können. Als Konsequenz kommt es zu einer Verzerrung der Allokation, weil Externalitäten eine Diskrepanz von einzelwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten verursachen.

Extern erhält damit eine spezifische Bedeutung: Externe Effekte sind solche, die zwar ökonomisch relevant sind (weil sie die Allokation der Ressourcen beeinflussen), die aber vom Markt nicht erfaßt werden. In späteren Arbeiten (vgl. Pigou 1928) unterscheidet Pigou zwischen »technischen« und »monetären oder pekuniären« Externalitäten. Die einen betreffen Preissteigerungen infolge erhöhter Nachfrage, die gesellschaftlich keine echten Kosten darstellen, sondern Renten. Die anderen können als die eigentlichen externen Effekte bezeichnet werden. Dies führt zu folgender Definition: Externe Effekte liegen vor, wenn private und soziale Grenzkosten voneinander abweichen.

Externe Effekte können positiven oder negativen Charakters sein. Als Beispiele für positive führt Pigou an: Leuchtturm, Lampen in privaten Hauseingängen, die öffentliche Straßen beleuchten u.a.m. Umweltprobleme werden demgegenüber mit Hilfe des Konzepts der negativen externen Effekte zu fassen versucht. Mit diesem Begriff sind Schädigungen angesprochen, die durch eine

Begrenzung des Entscheidungsfeldes eines Akteurs bei Dritten anfallen, ohne marktmäßig abgegolten zu werden. Mit anderen Worten: Pigous Sichtweise behandelt ineffiziente Umweltnutzung als Ausnahme, konstatiert dort ein Marktversagen und schlußfolgert daraus die Notwendigkeit des korrigierenden Eingriffs durch staatliche Interventionen.

Pigous Politikvorschläge lauten daher: Einführung von Steuern (und Prämien) zur Beseitigung der Preisverzerrungen, d.h. eine staatliche Korrektur der Preise. Das bedeutet aber, daß der Staat auf der Grundlage von Umweltabgaben die Opportunitätskosten von Umweltnutzungen unmittelbar in die einzelwirtschaftlichen Entscheidungskalküle einfließen läßt. Belastet wird derjenige, von dessen Aktivitäten die externen Effekte ausgehen. Pigou wird daher auch als der Pate für das ökonomische Verursacherprinzip betrachtet.

Dabei drängt sich (und z.T. wird das Problem schon von Pigou selbst formuliert) die Frage auf, wie der Staat gerade dort, wo einzel- und volkswirtschaftliche Kosten auseinanderfallen, d.h. wo der Markt selbst zu Preisverzerrungen führt, die richtigen Preise »wissen« soll. Die Kritik zielt vor allem darauf, daß der Staat als omnipotenter allwissender Akteur unterstellt wird. Es handele sich um eine im Kern autoritäre Lösung. Oder anders formuliert: Internalisieren lassen sich externe Kosten nur dann, wenn die Externalitäten bekannt sind. Wenn aber Informations- und Zurechnungsprobleme dezentrale Marktentscheidungen verhindern, lassen sie sich auch nicht durch einen zentralen interventionistischen Ansatz lösen.

#### 2.2 Coase: Verhandlungen anstelle Steuern

Coases Ansatz der Formulierung einer Gegenposition gegenüber der Pigouschen Tradition (Coase 1960 und 1988), ist in der Literatur breit diskutiert worden. Im Kern besagt das sogenannte Coase-Theorem folgendes: Wenn die Eigentumsrechte spezifiziert sind, keine Transaktionskosten vorliegen und Einkommensbzw. Verteilungseffekte vernachlässigt werden können, dann ist die aus einem Verhandlungsprozeß resultierende Allokation immer effizient, unabhängig von der primären Ausstattung mit Rechten bzw. Entschädigungsvorschriften.

Steuern erscheinen nicht länger als geeignetes Instrument der Internalisierung. Als umweltpolitische Konsequenz ergibt sich die Verhandlungslösung: Existiert ein System vollständig definierter Eigentumsrechte, so werden externe Effekte im Zuge freiwilliger Verhandlungen der beteiligten Akteure effizient internalisiert werden, wenn solche Verhandlungen ohne Transaktionskosten möglich sind. Damit treten Verhandlungen an die Stelle staatlicher Steuer- bzw. Abgabenpolitik. Falls sich Internalisierung durch Verhandlungen nicht durchsetzt, so kann dies zwei Ursachen haben: 1. mangelnde Spezifizierung von Eigentumsrechten und 2. Existenz von Transaktionskosten – genauer: der Nutzengewinn einer Internalisierung ist geringer als die Transaktionskosten. Damit sind Fragestellungen angesprochen, entlang derer sich die weitere Diskussion entwickelte und die insbesondere von der Neuen Institutionellen Ökonomie (vgl. den Überblick bei Williamson 1985) und von der property-rights-Schule (vgl. u.a. Demsetz 1967 u. 1969, Buchanan 1973) aufgegriffen wurden.

Im ersten Fall bestehe die vordringlichste Aufgabe der Umweltpolitik in der Spezifizierung von Eigentumsrechten. Gemeineigentum führe zu Übernutzung, ähnlich wie bei den *common-pool*-Problemen im Bereich der nicht erneuerbaren Ressourcen. Notwendig sei eine Verwandlung der Umwelt in ein privates Gut durch institutionelle Transformationen. Ebenso seien eigentumsrechtliche Maßnahmen und ordnungsrechtliche Entscheidungen über Schadens- und Haftungsregeln relevant unter dem Aspekt der Senkung prohibitiver Transaktionskosten. Mit anderen Worten: Umweltpolitik wird wesentlich als Ordnungspolitik gefaßt, die Rahmenbedingungen für die Entfaltung des Marktmechanismus zu setzen hat. Steuern erscheinen dabei nicht als Lösung, sondern als ein die Allokation verzerrendes Instrument.

Mit Bezug auf Transaktionskosten ließ sich einerseits argumentieren, daß die Unterstellung von Null-Transaktionskosten als Approximation an die Realität akzeptiert werden könne, insofern davon auszugehen sei, daß sich die Senkung oder Erosion der Transaktionskosten als allgemeine Tendenz durchsetze. Insbesondere die Neue Institutionelle Ökonomie analysiert die Effizienz als Hauptzweck bzw. Hauptwirkung der Entwicklung ökonomischer Institutionen. Andererseits wurde argumentiert, daß Transaktionskosten nicht notwendigerweise Nicht-Optimalität bedingen. Angesprochen ist damit der Vorwurf des Nirwana Approach. Demsetz bezeichnete es als »the fallacy of the free lunch« (Demsetz 1969, 4): Wenn die Transaktionskosten berücksichtigt werden, können Unvollständigkeit und Nicht-Optimalität des Marktergebnisses nicht - wie in der Pigouschen Tradition - gleichgesetzt werden. Es komme nicht darauf an, die Realität mit einem nie zu erreichenden theoretischen Ideal zu vergleichen, sondern verschiedene mögliche institutionelle Arrangements nebeneinanderzustellen und deren Vor- und Nachteile abzuwägen. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt damit die vergleichende Institutionenanalyse.

Nicht Marktversagen, sondern Marktunzulänglichkeiten sind aus dieser Perspektive das Problem. Von Marktversagen könne erst dann gesprochen werden, wenn de facto ein besserer Allokationsmechanismus als der Markt existiere. D.h. externe Effekte werden nicht länger per se als ein Zeichen für die Ineffizienz der Allokation betrachtet, sondern als Ausdruck der Tatsache, daß unter dem gegebenen Eigentumsrechtssystem eine Internalisierung keine Verbesserung des Allokationsergebnisses bedeuten würde. Für Öko-Steuern bleibt kein Raum. Ergebnis dieses Ansatzes ist, daß Umweltpolitik sich auf die Herstellung der angemessenen institutionellen Arrangements zu konzentrieren habe. Umweltpolitik ist wesentlich Ordnungspolitik, verstanden aber – im Unterschied zur klassischen Auffassung – nicht als eine Politik, die Normen bzw. Minimal-Standards setzt, sondern als eine Politik der Spezifizierung der Rechte bzw. der Institutionalisierung geeigneter Arrangements.

Ein anderes Ergebnis ist die Legitimation des Ist-Zustandes. Es läßt »sich praktisch jedes Ergebnis durch Verweis auf Transaktionskostenüberlegungen rechtfertigen« (Williamson 1985, 4). Es gab also genug Anlaß, die Resultate der von Coase eingeschlagenen Denkrichtung einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Damit kommen wir zu denjenigen Ansätzen, die die Grenzen der Markterweiterung in den Vordergrund rücken.

#### 2.3 Neoklassischer Pragmatismus

Einerseits wird die Tendenz in Richtung der Senkung der Transaktionskosten in Zweifel gezogen: Widerstreitende Interessen bezüglich Internalisierung seien zu berücksichtigen. Vor allem Minsch hat diesen Aspekt betont. »Dem Interesse an Internalisierungslösungen und damit an einer Reduktion der Transaktionskosten auf seiten der Geschädigten steht das Interesse der Verursacher an Nicht-Internalisierung bzw. an Beibehaltung oder gar Erhöhung der Transaktionskosten gegenüber. (...) Es ist zu vermuten, daß Externalitäten die Tendenz haben, sich hinter den Transaktionskosten zu verbergen, unsichtbar zu werden« (Minsch 1991, 122). Er zieht daraus die Konsequenz, das vorherrschende Kausalitätsideal in Frage zu stellen. Die Erhöhung der sachlichen Komplexität (z.B. hohe Schornsteine, Instrumentalisierung der wissenschaftlichen Forschung im Sinne von Entlastungsstudien usw.) müsse als allgemeine Tendenz Berücksichtigung finden.

Ziel der Überlegungen ist es zweitens, die Unterstellungen deutlich zu machen, die selbst bei vollständiger Spezifizierung der Eigentumstitel und Abwesenheit von Transaktionskosten gegeben sein müssen, damit Verhandlungslösungen effizient sein könnten. Insbesondere das spieltheoretische Instrumentarium ist eingesetzt worden, um dieser Frage nachzugehen. Wir greifen nur den wichtigsten Aspekt heraus, nämlich das, was Weimann (1990, 38) das »starke Informationserfordernis« nennt: Es ist unterstellt, daß jeder Spieler (Verhandlungspartner) nicht nur die eigene Gewinnfunktion, sondern auch jene des Verhandlungspartners kennt. Als Konsequenz ergibt sich (unter Berücksichtigung der Theory of Incentives): Es ist kaum mit effizienten Resultaten zu rechnen, weil die Individuen exklusive Informationen strategisch ausnutzen können (Weimann 1990, 43-46). Symmetrische Information ist die Ausnahme, in der Regel kennt die Schadstoffquelle den Umfang der Verschmutzung oder den Empfänger der Schadstofffracht nicht. Die Transaktionskosten werden erhöht, wenn umfangreiche Meßprogramme etc. notwendig werden. Zusammengefaßt ergibt sich das der herrschenden Anschauung diametral entgegengesetzte Resultat, daß die Existenz privater Information effiziente Lösungen begrenzt. Eine Reihe von Arbeiten gehen darüber hinaus der Frage nach, inwieweit aus der Spieltheorie bekannte Dilemma-Situationen für die Diskussion umweltpolitisch relevanter Problemlagen fruchtbar gemacht werden können, wie z.B. das sogenannte Gefangenen-Dilemma, die von Hardin u.a. als »The Tragedy of the Commons« bezeichnete Fragestellung.

Schließlich lassen sich die Schranken der Markterweiterung auch mit dem Charakter der Umwelt als eines öffentlichen Gutes begründen.<sup>2</sup> Die Nichtanwendbarkeit des Ausschlußprinzips bringe es mit sich, daß das *free-rider-*Verhalten als rational anzusehen sei. Es werde so unmöglich, das *willingness-to-pay-*Prinzip zur Anwendung kommen zu lassen. Wenn die Wirtschaftssubjekte an den Kosten beteiligt werden, so werden sie ihre Präferenzen untertreiben, bei einer Finanzierung aus dem Steuertopf werden sie umgekehrt – ganz in der Logik des Trittbrettfahrers – ihre Präferenzen überbetonen. Eine Marktlösung scheidet auf Grund des Charakters des öffentlichen Gutes Umwelt aus.

Konsequenz all dieser Überlegungen ist, daß private Verhandlungen das Effizienzziel verfehlen mögen. Aber wer sagt uns, daß der Staat es besser machen kann? Warum sollte der Staat gerade dort, wo der Markt die Kosten nicht offenbart, in der Lage sein, die externen Kosten zu ermitteln und mit Hilfe von Steuern zu internalisieren? Öko-Steuern werden daher zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, aber sie erscheinen nicht länger als ein im Bereich der Umweltpolitik allgemein anwendbares Instrument.

Es ist daher mehr als ein Zurückweichen gegenüber der Komplexität der Realität, wenn die Mehrzahl der bundesdeutschen Umweltökonomen gegenüber der Verabsolutierung einzelner Instrumente – auch den Öko-Steuern – skeptisch ist und demgegenüber für pragmatische Lösungen plädiert. Informations- und Zurechnungsprobleme verhinderten nicht nur die Erreichung einer Lösung im Sinne des Nirwana-Optimums durch den Markt bzw. die Internalisierung mittels Verhandlungen, sie ließen sich auch nicht durch Öko-Steuern bzw. -Abgaben lösen.

#### 3. Die klassisch-keynesianische Sichtweise

Es ist den bisher diskutierten neoklassischen Ansätzen gemeinsam, daß sie die für die Diskussion der Umweltbelastung relevanten Märkte als Bestandsmärkte betrachten. Die Erstausstattung mit Ressourcen und eine gegebene Nutzenhierarchie werden als Rahmendaten gesetzt. Die Ressourcenausstattung erscheint daher unmittelbar als Budgetbegrenzung. Bei gegebenen Beständen kann ein Gleichgewicht sich allein über den Preis herstellen. Die neoklassische Anschauung unterstellt damit, daß dieser Markttyp – normalerweise charakteristisch für Vermögensmärkte, wie z.B. Wertpapiere – auch für die Umweltgüter gültig sei.

Dagegen geht die klassisch-keynesianische Position von einem elastischen Angebot an Umweltressourcen aus, d.h. sie nimmt an, daß die Umwelt nicht in jedem Moment vollständig in den ökonomischen Prozeß einbezogen ist. Gütermärkte haben normalerweise eine solche Struktur, in der Divergenzen der Ströme von Angebot und Nachfrage sowohl durch Preis- als auch durch Mengenvariationen ausgeglichen werden können. In jedem Fall ist die Herstellung des Gleichgewichts über Mengenanpassungen ein Charakteristikum der Gütermärkte: kurzfristig über eine Variation der Kapazitätsauslastung, langfristig durch die Anpassung der Kapazitäten selbst.

Einen analogen Gegensatz von neoklassischer und klassisch-keynesianischer Anschauungen gibt es mit Bezug auf den Arbeitsmarkt. Während für erstere die Vollbeschäftigung (wie die volle Ausnutzung der Ressourcen) den Referenzpunkt bilden, erscheinen für letztere die Unterbeschäftigung (bei Marx: die industrielle Reservearmee, bei Keynes: unfreiwillige Arbeitslosigkeit) als die Regel. Erstere erreichen dies, indem sie das Arbeitspotential als exogen gegebene Bestandsgröße betrachter, wobei sich eine ansteigende Angebotsfunktion für Arbeitsleistungen ergibt, weil ein wachsender Reallohn notwendig ist, um die Individuen zu einem Verzicht auf Freizeit zu bewegen. Für letztere begrenzt das Angebot von Kapital bzw. Geld den Einsatz von Arbeit und stellt erst dadurch die Stabilität des marktwirtschaftlichen Akkumulationsprozesses sicher.

Wenn Gowdy, auf Pasinetti bezugnehmend, die neoklassische Vorgehensweise kritisiert, weil sie sich ausschließlich mit der Allokation bestehender *stocks* an Ressourcen auseinandersetze und die Produktion als Prozeß der Allokation und Organisation von Ressourcenströmen vernachlässige, so rückt er genau diesen Punkt ins Zentrum. »Pasinetti argumentiert, daß es die neoklassische Theorie nie geschafft hat, mit der marginalistischen Theorie zu brechen, die darauf basiert, die Ressourcen*stocks* der Allokation vorauszusetzen. Produktion ist ein Prozeß der Allokation und Organisation von Ressourcen*flows* « (Gowdy 1991, 80). Was er mittels der Unterscheidung von Austausch und Produktion (bestehende stocks einerseits, Güterströme andererseits) zu thematisieren versucht, ist lediglich eine andere Formulierung für die angesprochenen unterschiedlichen Markttypen und das Verhältnis von Preis- und Mengenanpassung bei Marktungleichgewichten.

Es ist diese Marktperspektive, die Mengenanpassungen gegenüber der Anpassung der Preise in den Vordergrund treten läßt, aus der sich begründet, warum unter dem Aspekt des Einbezugs der Umwelt in den ökonomischen Kreislaufs beide, klassische wie keynesianische Theorie, der neoklassischen Auffassung gegenübergestellt werden können.

#### 3.1 Die Klassik

Um die in diesem Zusammenhang relevanten Aspekte des klassischen Ansatzes in knappheitstheoretischen (und nicht in reproduktionstheoretischen) Termini zu formulieren: Ricardo beginnt in seinen Principles mit der Unterscheidung der zwei Quellen des Wertes (Ricardo 1817): Knappheit und Arbeit. Dem entspricht die Unterscheidung von sogenannten Seltenheitsgütern (Kunstwerke, Wein von besonderer Qualität) und all den Gütern, die durch den Einsatz von Arbeit produziert werden können. Erstere betrachtet er als die Ausnahme, nur letztere bilden den Gegenstand der ökonomischen Analyse. Und für diese Güter gilt: Arbeit (exakter: nicht Arbeit als solche, sondern als [mehr-]wertschöpfende Potenz [variables Kapital]) fungiert als allgemeine Budgetrestriktion. Ökonomische Güter haben nur deswegen einen Wert (bzw. erzielen einen Preis), weil zu ihrer Herstellung der Einsatz des knappen Faktors wertbildende Arbeit notwendig ist. Alle »natürlichen Begrenztheiten« können durch eine Reallokation der Ressourcen überwunden werden. Nicht die Ressourcenausstattung, sondern Verfügung über Arbeit bzw. Kapital repräsentieren die wahre Knappheit. Alle anderen (re-) produzierbaren Güter können durch den Einsatz dieser Faktoren vermehrt werden. Oder: alle anderen (re-)produzierbaren Güter sind nur deswegen knapp (und haben einen Wert, erzielen einen Preis), weil zu ihrer Herstellung der Einsatz des knappen Faktors wertbildender Arbeit (variables Kapital) notwendig ist.

Der Umwelt kann aus dieser Perspektive schon deswegen kein Marktwert zukommen, weil sie durch den knappen Faktor Arbeit nicht produziert werden kann. Die Umwelt liegt außerhalb des ökonomischen Kreislaufs, tritt in diesen erst ein, wenn und soweit sie durch Arbeit verändert, d.h. in ein Gut verwandelt wird. Oder anders formuliert: die Umwelt hat keinen Marktwert, weil sie durch den Marktprozeß selbst überschüssig gehalten wird. Die Betrachtung der Umwelt unter dem Topos free gift/free disposal bei den Klassikern ist daher

keine vereinfachende Annahme, sondern unmittelbarer Ausfluß der Wert- bzw. Preistheorie. Nicht die Ressourcenausstattung, sondern Verfügung über wertschaffende Arbeit (bei Marx: variables Kapital, bei Keynes: Geld) repräsentieren die wahre Knappheit. Damit sei darauf angespielt, was Charles Perrings mit Bezug auf die Umweltgüter als weak environmental assumptions bezeichnet hat: »Die Umwelt braucht im System nicht repräsentiert zu werden, da sie es nur gelegentlich oder zufällig einschränkt.« (Perrings 1987, 5) Das steht selbstverständlich nicht im Widerspruch zur Erkenntnis, daß natürliche Schranken – z.B. erschöpfliche natürliche Ressourcen – immer wieder zu ökonomischen Knappheiten führen können. Wie Abweichungen des Marktpreises gegenüber dem natürlichen Preis auf Grund von Angebot-Nachfrage-Ungleichgewichten zu beobachten sind, so auch im Bereich der Umweltgüter. Aber Umweltknappheiten bleiben damit ein Partialphänomen, denn das Auftreten von Quasirenten (bzw. Extraprofiten) begründet eine Wanderung von Kapital in diese Sektoren und führt entweder zu einer vermehrten Bereitstellung der knappen Umweltgüter oder zu einer Verringerung der Nachfrage durch Substitution. Natürliche Schranken der Produktion werden so immer wieder zum Verschwinden gebracht. Momentane Knappheiten stehen daher nicht im Widerspruch zur Auffassung, daß der Marktwert der unbearbeiteten Umwelt null ist, sobald Angebot und Nachfrage übereinstimmen.

Dabei werden Auswirkungen auf Dritte nicht geleugnet. Die Tatsache, daß die klassischen Ansätze die Kategorie der »externen Effekte« nicht kennen, hat ihren Grund nicht in impliziten Unterstellungen mit Bezug auf die unbegrenzte Verfügbarkeit oder die Nichtanwendbarkeit des Ausschlußprinzips. Der Grund liegt in der Wert- bzw. Preistheorie selbst. Um nur das bekannteste und in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion des letzten Jahrhunderts am meisten herangezogene Beispiel herauszugreifen: die englische Fabrikgesetzgebung (im Zentrum standen insbesondere der Gesundheitsschutz: der Staat hatte die Aufgabe, durch die Festlegung von Grenzen der Beeinträchtigung die Gefährdungen unter Kontrolle zu halten). Die Begrenzung negativer Effekte auf Dritte wurde als ordnungspolitische Aufgabe betrachtet. Die staatliche Ordnungspolitik hatte die Grenzen der Beeinträchtigung zu fixieren. Auswirkungen auf Dritte erscheinen in der klassischen Theorie daher nicht als Resultat von Marktversagen (oder von Marktunzulänglichkeiten), sondern sie erscheinen als Ausdruck des normalen Funktionierens der Marktwirtschaft. Umweltprobleme gibt es gerade deswegen, weil das Marktsystem ihre Nutzung nicht begrenzt.

Es bleibt als Ausnahme, die die klassischen Theoretiker immer wieder beschäftigte, die Grund- bzw. Bergwerksrente. Natürliche Qualitäts-, d.h. Fruchtbarkeitsunterschiede – und auf das Fortbestehen der qualitativen Unterschiede kommt es hier an – begründen Differentialrenten. Aber die Klassiker blieben auch hier konsequent: die Grund- und Bergwerksrenten (sogar dort, wo versucht wird, sie als absolute Grundrente zu fassen) werden schon dadurch zu einem – wenn auch zeitlich andauernden – Partialphänomen degradiert, daß Rückwirkungen auf die werttheoretische Basis ausgeschlossen werden. Allerdings zeigt sich hier eine Eigentümlichkeit der klassischen Anschauung: die Grenzen, die der ökonomischen Entwicklung durch die Schranken der Umwelt-

nutzung gesetzt werden, machen sich in der Werttheorie zwar nicht geltend, aber sie erscheinen dennoch (oder vielleicht gerade deshalb) langfristig als die absoluten Grenzen des wirtschaftlichen Fortschritts. Die Existenz der Grundrente – und der Übergang zu immer schlechteren Böden im Zusammenhang mit dem Wachstum der Bevölkerung – werden zur Ursache des Falls der Profitrate<sup>3</sup>, weil (durch den Einfluß der Grundrente auf die Preise der Lebensmittel) der Wert der Arbeit wächst. Der stationäre Zustand (insbesondere von J.S. Mill [1848] als quasi positiver Endzustand beschrieben) erscheint als unvermeidbares Resultat, als Ende des Fortschritts, das (durch technische Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft) hinausgeschoben, aber nicht aufgehoben werden kann. Letztendlich findet in der klassischen Anschauung die ökonomische Entwicklung an den natürlichen Grenzen der Umwelt ihre absolute Schranke.

Die These vom Gesetz des Falls der Profitrate drückt aber nur einen grundlegenderen wunden Punkt der klassischen Anschauung aus. Ich habe hier nicht den Platz, um auf Einzelheiten der klassischen Werttheorie einzugehen. Ein Aspekt muß genügen: Die theoretische Inkonsequenz - und letztendlich die Unhaltbarkeit – der klassischen Argumentation wird daran deutlich, daß ihr die knappheitstheoretische Fundierung des Wertes ihrer zentralen Kategorie, der Arbeit, mißlingt: anstelle der Erklärung aus Mengen-Preis-Beziehungen tritt in der klassischen Theorie die Hilfskonstruktion einer subsistenzwirtschaftlichen Erklärung des Lohns. Wird diese Hilfskonstruktion fallen gelassen, bricht mit der Erklärung des Lohns aber auch die Erklärung des Profits als Überschuß, als Konsequenz der Differenz von Wert der Arbeit(skraft) und der wertbildenden Potenz der Arbeit in sich zusammen. Die Interpretation des Kapitals als »aufgeschatzter« oder »vergegenständlichter« Arbeit hält genausowenig einer knappheitstheoretischen Überprüfung stand. Aber es wäre zu einfach, mit der Kritik der subsistenzwirtschaftlichen Erklärung des Lohns die klassische Sichtweise des Verhältnisses von ökonomischem Kreislauf und Umwelt einfach zur Seite zu schieben. Der keynesianischen Analyse gelingt eine knappheitstheoretische Fundierung und damit eine in sich konsistente Begründung, warum die Umwelt innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems im Gleichgewicht nicht als knappes, sondern als überschüssiges Gut zu betrachten ist.

#### 3.2 Die keynesianische Sichtweise

Die keynesianische Theorie unterscheidet sich unter dem hier relevanten Aspekt von der Klassik vor allen Dingen in zwei Aspekten: 1. Das Knapphalten von Geld (contrived scarcity) tritt an die Stelle der Knappheit der wertbildenden Arbeit (Kapital). 2. Wird die subsistenzwirtschaftliche Erklärung des Lohns (bzw. des Profits als Überschuß) fallen gelassen, verschwindet die Perspektive des stationären Zustandes. An ihre Stelle tritt die Notwendigkeit der Umstrukturierung der Produktions- und Lebensweise als Konsequenz der Erschöpfung natürlicher Spielräume.

Aus der Perspektive der keynesianischen Theorie sind es die Vermögensmärkte, die Güter- und Ressourcenmärkte (einschließlich Arbeit und Umwelt) steuern. Die Liquiditätsprämie – interpretiert als preistheoretischer Ausdruck

des Knapphaltens des Geldes – begrenzt das Angebot an Geld und hält gerade dadurch das Angebot an Ressourcen überschüssig (Keynes 1936). Die Kohärenz des Marktsystems wird erst dadurch hergestellt, daß das Knapphalten von Geld, das den Zinsanspruch auf Vermögen wahrt, die Funktionsfähigkeit des Marktsystems sichert. Das impliziert eine monetäre Bestimmung des Zinssatzes, über den die Disposition über Geld die Lenkungsfunktion der Gütersphäre erhält.

Die Unterauslastung der Ressourcen (der Arbeit wie der natürlichen Ressourcen) ist nichts anderes als die Kehrseite der Lenkungsfunktion des Geldes gegenüber der Gütersphäre. Die geldwirtschaftliche Steuerung der Produktion impliziert, daß Ressourcen überschüssig gehalten werden, nicht nur weil ihr Angebot keinem beschränkenden Kalkül ihrer Eigentümer unterliegt, sondern weil die Unterauslastung der Ressourcen allein eine Beschränkung des Ressourceneinkommens auf ein Maß gewährleistet, das eine Realisierung des Zinsanspruchs erlaubt. Während der klassischen Theorie lediglich die Formulierung der formallogischen Bedingungen (erweiterter) Reproduktion gelingt, erlaubt die monetäre Zinsbestimmung die marktlogische Ableitung des Knapphaltens von Geld und allgemeiner von Produktionsprozessen. Anders formuliert: im modernen Wirtschaftssystem ist nicht saubere Luft knapp; was knapp gehalten wird, ist das Geld, das notwendig wäre, um die Emissionen in die Luft zu vermeiden. Ordnungspolitische Restriktionen sind unverzichtbar, um die Nutzung der Umwelt zu begrenzen. Standards schaffen erst die Knappheiten, die notwendig sind, um eine Reallokation im Sinne der Senkung der Umweltbelastung zu bewirken.

Wenn der relative Überschuß der Umweltressourcen nur die Kehrseite des Knapphaltens des Geldes ist, dann erweist sich die Idee des »optimalen Grades der Umweltverschmutzung« – oder wie Maier-Rigaud (1991) polemisch formulierte: »der ökonomisch optimalen ökologischen Katastrophe« – als gefährliche Illusion. Die Privatisierung der Umweltmedien Luft und Wasser, ihre Transformation in ein privates Gut, würde nicht automatisch zu einer Verknappung führen. Die Umsetzung der Ideen des Coase-Ansatzes bzw. der *property-right*-Schule scheitert nicht nur an Akzeptanzproblemen, wie Hansmeyer/Schneider (1990, 18-19) behaupten, sondern der Ansatz zielt in die falsche Richtung. Selbst wenn eine Privatisierung möglich wäre, hätte dies keinen ihre Verschmutzung begrenzenden Effekt. Die Begrenzung ihrer Nutzung (bzw. Verschmutzung) kann daher nur und muß von außerhalb des Marktsystems kommen, d.h. die Öffentlichkeit, der Staat, die Gesellschaft – in welcher Form auch immer – müssen Grenzen setzen.

Bis zu diesem Punkt unterscheiden sich keynesianische und klassische Sichtweise hinsichtlich der umweltpolitischen Implikationen nicht fundamental. Auf einen Unterschied allerdings sei an dieser Stelle hingewiesen. Wie oben schon angedeutet, basiert die Vorstellung eines *steady state* innerhalb der klassischen Anschauung auf einer Reihe von Unterstellungen bezüglich der Bestimmung des Wertes bzw. des Preises der Arbeit, des Verhältnisses von Lohn und Profit und der Wirkung des Wachstums der Bevölkerung auf die Grundrente, die aus knappheitstheoretischer Perspektive wenig überzeugend sind. Werden diese Unterstellungen fallen gelassen, so erscheint das Verhältnis von ökonomischen

Knappheiten und natürlichen Begrenztheiten in einem anderen Licht. Die natürlichen Grenzen stellen keine absoluten Grenzen des ökonomischen Fortschritts dar, sondern erfordern eine Neuorientierung hinsichtlich der Entwicklungsrichtung. Natürliche Begrenztheiten und gesellschaftlich gesetzte Schranken sind zwar durch zusätzliche Investitionen zu überwinden. Aber die Kosten mögen hoch sein und unverhältnismäßig schnell anwachsen. Die Diskussion über die »sozialen und ökologischen Folgekosten des Wirtschaftens« (Kapp 1950, Leipert 1989) versucht diesen Aspekt aufzunehmen. Es wird auf Grund der Höhe der Kosten unvermeidlich sein, gewohnte Produktions- und Lebensformen selbst in Frage zu stellen.<sup>4</sup> Auch hier gibt es keinen automatischen Marktmechanismus, der eine solche Umorientierung in die Wege leiten würde. Wenn (wie z.B. mit Bezug auf die Luftreinhaltung und den Treibhauseffekt) nachgeschaltete Rückhaltetechnologien nicht ausreichen - oder wie in bezug auf CO, - überhaupt nicht greifen, werden gewohnte Produktions- und Lebensformen insgesamt herausgefordert. Dies heißt nicht Stagnation, aber es bedeutet, die Frage der Lebensqualität, die Frage des »guten Lebens« in neuen Termini zu stellen. Staatliche Umweltpolitik ist mit einer solchen Aufgabenstellung genauso überfordert wie der Marktmechanismus. Den »neuen sozialen Bewegungen« kommt gerade deswegen eine zentrale Bedeutung und unverzichtbare Funktion in diesem Prozeß zu, weil sie sich dieser Fragestellungen annehmen.

Aus klassisch-keynesianischer Perspektive kann daher mit Bezug auf die Umweltmedien Luft und Wasser konsequenterweise nur von einem Verschmutzungs-, Nutzungs- bzw. Verfügungsverbot ausgegangen werden. Ausnahmen sind erlaubt, soweit sie die Qualität des jeweiligen Mediums in einer so geringfügigen Weise beeinträchtigen, daß diese Beeinträchtigungen gesellschaftlich akzeptiert werden. Dies schließt – betrachten wir die umweltpolitischen Implikationen – eine veränderte Bedeutung der Rolle des Staates ein: Umweltpolitik hat in erster Linie Ordnungspolitik zu sein, aber nicht im Sinne von Privatisierung, der Spezifizierung einzelwirtschaftlicher Rechte, sondern im Sinne einer Definition von Maximalstandards der Umweltnutzung bzw. Minimalstandards der Umweltqualität. Nicht Öko-Steuern, sondern ordnungsrechtliche Maßnahmen, Grenzwerte und Standards erscheinen als marktkonform. Die Logik der Marktentwicklung tendiert nicht nur dazu, natürliche Begrenztheiten, sondern auch gesellschaftlich gesetzte Schranken als Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung hinzunehmen. Standards mögen partielle Knappheiten hervorrufen, die aber, genauso wie natürliche Schranken, durch den Einsatz von Kapital und Arbeit überwunden werden. Die dazu notwendigen Investitionen beeinflussen den Akkumulationsprozeß und haben Modifikationen der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt zur Folge, die nicht auf eine Veränderung der Preisstrukturen reduziert werden können. Auch wenn die Wirkung von Steuern auf den Kapitaleinsatz nicht geleugnet wird, bleiben sie in erster Linie ein Instrument, das die Last der Finanzierung des Staatshaushaltes auf die verschiedenen Schultern verteilt.

## 4. Öko-Steuern in der umweltpolitischen Praxis

Wie einleitend erwähnt, spielen Öko-Steuern bzw. -Abgaben in der bisherigen Umweltpolitik eine nur untergeordnete Rolle. Trotz der Vorschläge, die von seiten der ökonomischen Theorie entwickelt wurden, dominieren im Umweltschutz ordnungsrechtliche Instrumente, d.h. Grenzwerte, Auflagen und Verbote. Die OECD gibt in ihrer Studie *Economic Instruments for Environmental Protection* (Opschoor/Vos 1989) einen Überblick über die Rolle, die Öko-Steuern bzw. -Abgaben in der Umweltpolitk von 14 europäischen und außereuropäischen Mitgliedsländern zukommt. Die nachstehende Tabelle<sup>5</sup> faßt die Ergebnisse zusammen.

Schon ein kurzer Blick auf die Tabelle zeigt, daß die überwiegende Mehrzahl der Öko-Abgaben lediglich Finanzierungsfunktionen erfüllt. Ob intendiert oder nicht, die Anzahl der Initiativen, bei denen tatsächlich die ökologische Lenkungswirkung im Vordergrund steht – und nur in bezug auf diese ist es gerechtfertigt, von Öko-Steuern zu sprechen – läßt sich an einer Hand abzählen. Es überwiegt eindeutig der Einsatz von Öko-Abgaben, die der Finanzierung dienen. Die Entwicklung der Umweltpolitik zeigt, daß die Möglichkeiten von Öko-Steuern bzw. -Abgaben überschätzt werden, wenn sie als zentrales Instrument eines ökologischen Umbaus interpretiert werden. E.U. v. Weizsäckers Hoffnung, durch eine »ökologische Steuerreform« einen gezielten langfristigen ökologischen Strukturwandel einleiten zu wollen, geht an den realen Entwicklungsbedingungen genauso vorbei wie alle anderen auf ökonomischen Instrumenten aufbauenden Vorschläge eines grundlegenden ökologischen Umbaus.

Selbst dort, wo Öko-Abgaben bzw. -Steuern eingeführt wurden, kann sich ihre Ausgestaltung in der Regel nicht auf die Pigousche Logik berufen. Die Steuerbzw. Abgabesätze stehen in keinem direkten Zusammenhang zu irgendwelchen - wie auch immer berechneten - externen Kosten. Und nicht nur in der Umweltpolitik, auch in der nach pragmatischen Lösungen suchenden umweltökonomischen Forschung wird die Idee der optimalen Umweltnutzung, die Pigous Ansatz (wie dem Coase-Theorem) zugrundeliegt, zurückgestellt. Nicht der »optimale Verschmutzungsgrad«, d.h. die Grenzkosten der Immissionsfolgen im wohlfahrtstheoretisch bestimmten Optimum bilden den Bezugspunkt. Finanzierungskalküle sind auch hier ein bei weitem dominierenderer Aspekt. Es mag paradox klingen, aber unterzieht man den Einsatz ökonomischer Instrumente in der herrschenden Umweltpolitik einer kritischen Analyse, so wird sichtbar, daß ihre Entwicklung – obwohl sie ihr eigenes Selbstverständnis wesentlich aus Prinzipien der neoklassischen Theorie ableitet – eine Erklärung erst auf Basis des klassischkeynesianischen Ansatzes findet. Damit verliert aber auch die Vorstellung ihre Basis, Öko-Steuern seien unter marktwirtschaftlichem Aspekt ein systemkonformeres Instrument als Verbote, Grenzwerte und Standards.

#### Öko-Steuern bzw. -Abgaben in der OECD

Zielsetzung: Praxis:	Lenkung Lenkung	Lenkung Finanzierung	Finanzierung Finanzierung	Finanzierung Lenkung
Emissionsabgaben			<del>-</del> -	
Luft		Frankreich		
Wasser	BRD	talien	Frankreich	Niederlande
Abfall	Dänemark	Belgien	USA	
Flugzeuglärm	Frankreich BRD Japan Niederlande Schweiz Großbritannien Niederlande			
Industrielärm				
Produktabgaben				
Schmiermittel		Finnland Frankreich BRD Italien Niederlande		
Mineralöl und -produkte		Norwegen	Finnland Niederlande Schweden	
Getränkeverpackungen Lebensmittelverpackungen	Finnland Norwegen	Schweden		
Batterien Düngemittel Pestizide	C	Schweden Schweden		
Grundstoffe		Schweden	USA	
Verwaltungsgebühren bzw.	-abeaben			
Abfall Pestizide	Schweden		Belgien Dänemark	
Chemikalien	Schweden		Finnland	
Steuerdifferenzierung	alle Länder			

#### Anmerkungen

- Coases Ansatz hat drei entscheidende Konsequenzen: 1. Das Problem der Umweltnutzung ist reziproker Natur. Das Verursacherprinzip als solches wird überflüssig. Anstelle dessen ergibt sich: zwei Parteien haben im Prinzip gleichberechtigte Ansprüche auf Nutzung der Umwelt.
   Die Anfangsausstattung mit Rechten hat erhebliche Verteilungswirkung. Daher erhalten Prozesse wie »Lobbying« zentrale Bedeutung. Vor allen Dingen die public choice-Theorie hat diese Fragestellung aufgegriffen. 3. Externe Effekte verlieren jede Bedeutung. Sie können unter den gemachten Voraussetzungen gar nicht mehr existieren. Durch Verhandlungen werden sie automatisch internalisiert.
- 2 Eine Aspekt, der vor allen Dingen von seiten der Finanzwissenschaften betont wird. Vgl. Cansier 1988.
- 3 Ricardo versucht den Fall der Profitrate direkt von der Existenz der Grundrente abzuleiten. Marx' Analyse weicht hier ab. An die Stelle des Übergangs zu weniger fruchtbaren Böden tritt die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Daher bleibt ihm die Vorstellung eines stationären Zustandes fremd.

- 4 Zur Transformation der Produktions- und Lebensweise und der Bedeutung der natürlichen Grenzen in der Bundesrepublik vergleiche Voy u.a. 1991, dabei insb. der Beitrag Ossing/Polster/Thomasberger/Voy 1991).
- 5 Opschoor/Vos 1989, 73. Besonders interessant ist, daß die Studie die mit der Einführung der Öko-Steuern bzw. -Abgaben verfolgte Zielsetzung (Lenkungs- bzw. Finanzierungsfunktion) mit den faktischen Resultaten vergleicht.

#### Literaturverzeichnis

Beckenbach, F. (Hrsg.) 1991: Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie. Marburg Blankart, C.B., D. Cansier und D. Dickertmann, 1988: Öffentliche Finanzen und Umweltpolitik I. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 176/I, Berlin

Bongaerts, J.C., J. Meyerhoff, C. Thomasberger und A. Wittke, 1989: Lösungsansätze für ein ganzheitliches System von Umweltsteuern und Umweltsonderabgaben in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Nr. 31, Berlin

Buchanan, J.M., 1973: The Institutionell Structure of Externality. In: Public Choice XIV, 69-82

Cansier, D., 1988: Öffentliche Finanzen im Dienst der Umweltpolitik. Neuere theoretische Ansätze. In: Blankart, Cansier, Dickertmann (Hrsg.)

Coase, R.H., 1960: The Problem of Social Costs. In: The Journal of Law and Economics 3, Oktober, 1-44 ders., 1988: The Firm, the Market and the Law. Chicago and London

Demsetz, H., 1967: Towards a Theory of Property Rights. In: The American Economic Review, Vol. LVII, Nr.2, 347-359

ders., 1969: Information and Efficiency: Another Viewpoint. In: Journal of Low and Economics, Vol. XII, April, 1-22

Gowdy, J.M., 1991: Bioeconomics and post Keynesian economics: a search for common ground. In: Ecological Economics 3, 77-87

Hansmeyer, K-H., und H.K. Schneider, 1990: Umweltpolitik. Göttingen

Jüttner, H., 1990: (DIE GRÜNEN/Bündnis 90, Arbeitskreis »Haushalt, Wirtschaft, Finanzen«). Bonn

Kapp, K.W., 1950: Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Frankfurt/M. (dt. 1988)

Keynes, J.M., 1936: The General Theory of Employment, Interst and Money. In: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Volume VII, London and Basingstoke

Leipert, C., 1989: Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Frankfurt/M.

Maier-Rigaud, G., 1988: Umweltpolitik in der offenen Gesellschaft. Opladen

ders., 1991: Die Herausbildung der Umweltökonomie: Zwischen axiomatischem Modell und normativer Theorie. In: Beckenbach

Marx, K., 1867: Das Kapital I, MEW 23, Berlin

ders., 1894: Das Kapital III, MEW 25, Berlin

Michan, E.J., 1971: The Postwar Literature on Externalities: An Interpretative Essay. In: Journal of Economic Literature, Vol.1X, Nr.1, 1-28

Mill, J.S., 1848: Principles of Political Economy. London (zit. n. 71871)

Minsch, J., 1991: Kausalität und externe Effekt. In: Beckenbach

Opschoor, J.B., und H.B. Vos. 1989: Economic Instruments for Environmental Protection. Paris

Ossing, F., W. Polster, C. Thomasberger und K. Voy, 1991: Innere Widersprüche und äußere Grenzen der Lebensweise – Aspekte der ökologischen Entwicklung. In: Voy/Polster/Thomasberger

Perrings, C., 1987: Economy and Environment. A Theoretical Essay on the Interdependence of Economic and Environmental Systems. Cambridge u.a.

Pigou, A.C., 1920: The Economics of Welfare. London (zit. n. 41950)

ders., 1928: A Study in Public Finance. London

Ricardo, D., 1817 (Reprint 1984): The Principles of Political Economy and Taxation. London

Schefold, B., 1991: Ökologische Probleme als eine Herausforderung für die klassische und keynesianische Ökonomie. In: Beckenbach

Ströbele, W., 1991: Externe Effekte als Begründung von Umweltökonomik und -politik. In: Beckenbach UPI, 1988: Ökosteuern als marktwirtschaftliches Instrument im Umweltschutz – Vorschläge für eine ökologische Steuerreform. Heidelberg

Voy, K., W. Polster und C. Thomasberger (Hrsg.) 1991: Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise. Marburg

Weimann, J., 1990: Umweltökonomik. Berlin, u.a.

ders., 1991: Umweltökonomik und Spieltheorie. In: Beckenbach

Weizsäcker, E.U. von, 1989a: Erdpolitik. Darmstadt

ders., 1989b: Mit Steuern steuern. In: Wirtschaftswoche 7

Williamson, O.E., 1985: Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Tübingen (dt. 1990)

# PHILOSOPHIE

Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung

Gegründet: 1953

6 Hefte jährlich mit je ca. 160 Seiten Einzelheftpreis Inland 28,– DM; Ausland 35,– DM Jahresbezugspreis Inland 150,– DM; Ausland 192,– DM ISSN 0012-1045

## Heft 1/1993

Aus dem Inhalt:

- Hans Jonas (New York)
   Der ethischen Perspektive muß eine neue Dimension hinzugefügt werden
- Wolfgang Welsch(Bamberg/Berlin)Ästhetisierungsprozesse
- Martin Seel (Hamburg)
   Zur ästhetischen Praxis der Kunst
- Gottfried Boehm (Basel)
   Kunstwerk Ästhetik –
   Philosophie
- Reinhard Brandt (Marburg)
   Saturn und Melancholie
- Christoph Menke (Berlin)
   Distanz und Experiment. Zu
   zwei Aspekten ästhetischer
   Freiheit bei Nietzsche

- Waltraud Naumann-Beyer
   (Berlin)
   Ästhetisches und
   Kompetenz der Begriffe bei
   Adorno und Foucault
- Rüdiger Bubner (Tübingen)
   Über das Symbolische in der Politik
- Wilhelm Schmid/ Hartwig Schmidt (Berlin)
   Philosophieren über
   Lebenskunst
- João Maria de Freitas
   Branco (Cacias)
   Die portugiesischen
   Entdeckungen zwischen
   Scholastik und Erneuerung der Wissenschaften



# Akademie Verlag

Ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe Leipziger Straße 3-4 · Postfach 12 33 · O-1086 Berlin

# Ökologisch produzieren - ökonomisch verteilen?

#### Gewerkschaften im Modernisierungsdilemma

# Warum auch Gewerkschaften mit dem Ökologieproblem konfrontiert sind

Ökologie wird gemeinhin mit »Um welt« übersetzt – so als ob lediglich die Natur außerhalb von Mensch und Gesellschaft mit dem ökologischen Problem konfrontiert wäre. Diese Sichtweise trennt daher von vornherein in unzulässiger Weise den »Naturschutz« von der Aufgabe des Schutzes des Menschen (als ob der Mensch kein Naturwesen wäre) und mithin die Aufgaben des außerbetrieblichen Umweltschutzes von denen des innerbetrieblichen Arbeitsschutzes. Allein die folgenden Tatsachen verweisen auf den Zusammenhang von Arbeitsschutz im Betrieb und Umweltschutz außerhalb des Betriebes als einer Existenzfrage für die Arbeitnehmerschaft: a) die innerbetrieblichen Grenzwerte bei Gefahrstoffen liegen oft um ein Vielfaches höher als deren außerbetriebliche Grenzwerte; b) die Arbeitsunfallzahlen gehen heute zwar zurück, aber Berufserkrankungen - und hier besonders die Dunkelziffern - nehmen zu und (so der Titel einer DGB-Broschüre) »die meisten Schadstoffe verlassen die Fabrik durch das Fabriktor«, nämlich im Körper der ArbeitnehmerInnen; c) 33 % der ArbeitnehmerInnen sterben vor der Verrentung, 37 % werden frühverrentet und lediglich 30 % können »normal« in Rente gehen; d) ArbeitnehmerInnen sind in ihren typischen Wohngebieten nachweislich besonders stark von Umweltbelastungen betroffen und können auch weniger z.B. durch Umzug, Urlaub, Fernreisen, aufwendige Kuren etc. diesen Belastungen entfliehen. Ökologisch Produzieren heißt als Forderung daher auch und gerade, existenziellen Erfordernissen des Arbeitnehmerlebens gerecht zu werden.

Gewerkschaftliche Politik, die sich wesentlich als Lohn- und Tarifpolitik versteht, wird damit konfrontiert, daß sie in den Rahmen von ökonomischen Strukturen eingespannt ist, die ökologisch katastrophale Entwicklungen zeitigen können. Ökonomische Erfolg (Wachsen des in Preisen bewerteten Sozialprodukts und entsprechend gewachsener Verteilungsspielraum), an dem die Tarifpolitik partizipiert, kann gleichwohl ruinös für die Gesellschaft sein, wenn er durch die Vernutzung der natürlichen Lebensbedingungen die realen Lebensmöglichkeiten für alle Gesellschaftsmitglieder einschränkt. Die gesellschaftliche Thematisierung der ökologischen Krise kann daher gegen die gewerkschaftliche Politik gewendet werden: die Gewerkschaften verlieren an gesellschaftlicher Überzeugungskraft, an Hegemonie. Die Frage nach ökologischem Produzieren ist so auch eine Frage nach dem Erhalt der gesellschaftlichen Bedeutung von Gewerkschaften.

# Das allgemeine Dilemma: Ökologie versus Arbeitsplätze/Einkommen

ArbeitnehmerInnen sind durch den Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft auf Arbeitsmärkten, die in die durch Kapitalentscheidungen entstandenen Produktions-

64 Jürgen Hoffmann

strukturen in den Betrieben eingebunden sind, in das Konfliktfeld von Ökonomie und Okologie eingebunden. Die Forderung nach ökologischer Produktion kann daher in Konflikt treten zum Interesse der Lohnabhängigen an Existenzsicherung durch Arbeitsplatz und Einkommen, wenn die betrieblichen Kostenstrukturen dadurch zum Nachteil der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes verändert werden oder gar - im Falle eines Produktverbots bzw. einer Betriebsschließung - die Produktion eingestellt wird und so die Einkommensquelle entfällt. Insofern steht das Interesse an der Einkommensquelle in einem solchen Konfliktfall gegen das gleichermaßen vorhandene Interesse an einer gesunden Umwelt. Auch auf einer scheinbar minder existenziellen Ebene stellt sich ein ähnliches Problem, wenn nämlich ArbeitnehmerInnen selbst auf Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz verzichten, um schneller arbeiten und dadurch mehr verdienen zu können, und/ oder sich die höheren Belastungen durch Zuschläge auf den Lohn ausgleichen lassen. Auch diese Kompensationsmöglichkeit wird oft nicht freiwillig aufgegriffen, sondern als Mittel gesehen, einen ansonsten relativ knappen Verdienst aufzubessern und kurzfristig erträglicher leben zu können - auf Kosten langfristiger Gesundheitsperspektiven.

Dem hier skizzierten Existenzproblem als Basis von Arbeitnehmerhandeln im ökologischen Konflikt muß die Tatsache, daß inzwischen viele ArbeitnehmerInnen ökologisch denken und handeln und dies auch – in soziologischen Interviews (vgl. Heine/Mautz 1989) – bekunden, nicht entgegen stehen. Denn solange diese Existenzfrage lohnabhängig Beschäftigter sich nicht stellt, braucht eine solche Einstellung auch nicht mit ihr zu konfligieren. Insofern definiert der Konfliktfall Ökononomie - Ökologie äußere Grenzen von Orientierungsmustern und Handlungsstrukturen. Ein ökologisches Produzieren stellt daher hohe Anforderungen an das Problembewußtsein der ArbeitnehmerInnen hinsichtlich möglicher negativer Konsequenzen für den Arbeitsplatz, aber auch hinsichtlich eines pfleglichen Umgangs mit dem eigenen Körper im Produktionsprozeß. Das beschriebene Dilemma wird nicht einfach durch schnelle Kompromisse vom Tisch gebracht werden können, wie dies bei quantitativen Tarifforderungen in der Gewerkschaftspolitik allgemein möglich ist. Ebenso ist das Informationsproblem bei ökologischen Diskursen schwieriger zu bewältigen. Ökologisch produzieren heißt daher auch, nach neuen Formen der Willens- und Konsensbildung in den Gewerkschaften und in den Betrieben zu suchen. Aber den Schwierigkeiten bei der Interessenformulierung und des Handelns muß der »Ertrag« einer gewerkschaftspolitischen Option zugunsten einer ökologischen Produktion entgegengehalten werden: Die Umsetzung der Forderung nach einem ökologischen Produzieren kann langfristig angelegt und präventiv ausgestaltet eine wesentliche Voraussetzung dafür werden, daß ArbeitnehmerInnen erst gar nicht in die hier aufgezeigte Konfliktsituation kommen oder dann zumindest soziale Absicherungen (Arbeitsplätze, Einkommen) eher durchsetzen können.

# Das Ökologieproblem als Systemproblem

Worin aber besteht eigentlich das Okologieproblem? Das unternehmerische Handeln verfolgt den Zweck, »aus Geld« (Kapitalvorschuß) »mehr Geld (Profit)

zu machen«, Alle Kosten, die nicht unmittelbar diesem Zweck dienen (also nicht produktivitätssteigernd oder kostenminimierend sind), werden nach Möglichkeit nicht übernommen. Solche einzelwirtschaftlich vermeidbaren Kosten sind z.B. jene, die entstehen, wenn sorgsam und umweltschonend mit »Gratisprodukten« der Natur z.B. beim Abbau von Bodenschätzen umgegangen wird, wenn die Arbeitskräfte mehr als zur Aufrechterhaltung ihrer kurzfristigen Arbeitsleistung notwendig vor Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit durch entsprechende Vorrichtungen und Regeln geschützt werden sollen und wenn die »Umwelt« vor den Folgen der Produktion in Form der Abluft, der Abwässer, der Produkte selbst und des Abfalls bewahrt werden soll. Die Möglichkeit, solche nicht unmittelbar durch den Produktionsprozeß erzwungenen Kosten nicht zu übernehmen, ist den Unternehmen in unserem Wirtschaftssystem durch das Rechtsinstitut des Privateigentums gegeben. Diese Kosten werden aus dem Unternehmen externalisiert durch Schornstein, Abflußrohr, Körper der ArbeitnehmerIn. Damit sind sie natürlich nicht vom Tisch: Sie fallen nur nicht mehr unternehmensintern an, wo sie – ohne produktiv zu wirken – die Rentabilität u.U. durch die Erhöhung des Kapitalvorschusses z.B. für Filteranlagen, Arbeitsschutzvorrichtungen, präventive Technologien etc. senken würden. Sie sind jetzt gesellschaftlich zu tragen in Form der Kosten von Klärwerken, Mülldeponien, »Entsorgungsparks«, Korrosionskosten, Gesundheits- und Versicherungssystemen etc. und durch Abgaben und Steuern zu finanzieren. Oder aber Gesellschaft, Mensch und Natur ertragen die Folgen dieser Externalisierung schlicht als Leiden und Sterben.

Dieser Externalisierungsprozeß ist also als Systemzusammenhang zu begreifen (vgl. Giegel 1992). Er erschöpft sich nicht in monetär berechenbaren Größen, sondern umfaßt die Wissenschaft, die bestimmte Technik- und Produktlinien auf Grund eigener Interessen bzw. ökonomischer Vorgaben erst gar nicht entwickelt oder aber einmal eingeschlagene Forschungsrichtungen interessiert weiter verfolgt und damit andere ausblendet; er umfaßt weiter den Produktionsprozeß, in dem einmal fixierte Kapitalmassen sich verwerten müssen und so alternative Entwicklungspfade ökonomisch ausgeschlossen werden; er umfaßt weiter die mit Externalisierungsprozessen verbundene Anwendung der Produkte in anderen Betrieben bzw. im Konsum und endet schließlich als Problem der »Entsorgung« und der Altlasten. Und dennoch wird dieser ruinöse Abwälzungsprozeß auf die Gesellschaft in Form »sozialer Kosten« von den Gesellschaftsmitgliedern akzeptiert. Denn diese ziehen wiederum aus der dadurch möglichen Verbilligung von Waren unmittelbar Vorteile, indem ihnen preiswerte Waren zur Anwendung in der Produktion und im Konsum zur Verfügung stehen. Das Ökologieproblem ist so nicht nur ein Problem einzelwirtschaftlich-rationalen Produzierens, sondern viel umfassender ein Problem, das in unseren Lebensstilen verankert ist. Der ökologisch bedenkliche Prozeß der Externalisierung ist also Ausdruck eines einzelwirtschaftlich und individuell kurzfristig »rationalen«, weil kapitalund arbeitssparenden Handelns, das sich gesellschaftlich besonders in einer langfristigen Perspektive als irrational herausstellt und globale Bedrohungspotentiale entwickelt. Ökologisch Produzieren heißt deshalb vor allem, diesen Externalisierungsprozeß durch Veränderung der unternehmensinternen Handlungsvorgaben, aber auch durch Veränderung der individuellen Handlungsmaximen 66 Jürgen Hoffmann

z.B. im Konsumverhalten in eine Richtung zu lenken, in der die ökologischen Folgen als Voraussetzungen des Handelns mitgedacht werden - also muß ein Zwang politisch oder ökonomisch vorgegeben werden, der dazu führt, daß diese sozialen Kosten entweder unternehmensintern übernommen werden, oder aber daß anders, eben ökologischer produziert und konsumiert wird. Ökologisches Produzieren kann daher nicht nur dazu führen, daß auf Grund steigender Aufwendungen für eine ökologische Produktion die Produktivitätsentwicklung und Verteilungsspielräume eingeschränkt werden und daher ein ökonomisches Verteilen in alten Wachstumsparadigmata nicht mehr möglich ist; es kann auch die Verwendungsseite der Verteilung berühren: Durch veränderte Produkte und einen veränderten way of life. Trotzdem bedeutet ökologisches Handeln nicht das Ende der kapitalistischen »Industriegesellschaft«, sondern würde wesentliche Handlungsprämissen zum Zwecke ihres ökologischen Überlebens verändern. Allerdings wird langfristig ein ökologischer Reproduktionsprozeß der Gesellschaft Verzicht abverlangen müssen: ein Sparen im Verbrauch der natürlichen Ressourcen, was der Dynamik unserer ökonomischen Rationalität des »aus Geld mehr Geld Machens«, also des »sich selbst verwertenden Werts« und der damit vermittelten Verteilung diametral entgegengesetzt wäre.

#### Allgemeine Ansatzpunkte: Information, Reparatur, Prävention

Die ökologische Problematik ist zunächst eine Informationskatastrophe (Giegel 1992): Wir wissen nicht, wie welche Stoffe und Produktionsverfahren in welcher Kombination zu welchen ökologischen/gesundheitlichen Gefahren führen. Ein Beispiel: Angesichts von jährlich ca. 1000 neu entwickelten Stoffen in der Chemie ist die Umweltverträglichkeitsprüfung von ca. fünf bis zehn Stoffen pro Jahr lächerlich gering. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß oft erst über »Skandale« (Fischsterben, Allergien, Krebshäufigkeiten etc.) die Öffentlichkeit aufgeschreckt wird und Information verlangt. Dies verweist auf die Unzulänglichkeiten einer nur politischen Lösung des Ökologieproblems: Die Politik hat nicht den Zugang zu Informationen – einmal abgesehen davon, ob sie imstande wäre, daraus praktische Schlüsse zu ziehen. Diese Informationen können durch Erfahrungen vor Ort (z.B. am Arbeitsplatz) in Verbindung mit wissenschaftlichen Experten daher eher beschafft werden; vor allem kann dort auch die Vernetzung der einzelnen Problemebenen (z.B. Kombinationswirkungen von Stoffen, sog. synergetische Effekte) erkannt werden. Das inner- wie außerbetriebliche Ökologieproblem orientiert daher auf unmittelbare Erfahrung und auf Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praktikern, ist insofern basisbezogen.

Wie kann den erkannten Problemen begegnet werden? Die herkömmlichen und prominenten Formen sind: a) Bemühungen, durch »end-of-pipe«-Technologien (in Form von Filtern, Klärwerken etc.) zu verhindern, daß überhaupt Schadstoffe in die Umwelt gelangen; b) Versuche, nachträglich Umwelt und Gesundheit zu reparieren (z.B. durch Reinigungsarbeiten, Kalkdüngung von Wäldern, Altlastensanierung, Gesundheitssysteme). Beide Formen sind kostenaufwendig, weil nachgelagerte Reinigungsprozesse entwickelt und installiert werden müssen, und weil die nachträgliche Sanierung bzw. Gesundung mit

hohem personellem und technischem Aufwand verbunden ist. Und sie sind relativ ineffektiv, weil der Sanierungsprozeß oft nur bis zu 80 % gelingt und Rückstände (z.B. aus Klärwerken) ihrerseits wiederum zu großen Umweltproblemen führen und weil oft auch die Reaparatur der Gesundheit – wenn sie gelingt – mit Nachwirkungen verbunden ist. Der Vorteil dieser Formen der Ökologiepolitik ist wesentlich ökonomisch begründet: die gegebenen Produktionsprozesse bleiben erhalten und müssen nicht kostenaufwendig erneuert werden – mit all den Risiken, die darin liegen –, und außerdem können diese Maßnahmen sogar in nachfrageorientierte Konjunkturprogramme eingebaut werden. Gesellschaftlich bleibt aber unter dem Strich ein hoher Kostenaufwand, der eine effektive Bewältigung der Ökologieprobleme keineswegs garantiert.

Alternativ dazu steht die Prävention. Nur diese verdient genau genommen den Namen ökologisches Produzieren. Prävention meint, daß ökologisch bedenkliche Produktionsprozesse und Produkte erst gar nicht entwickelt bzw. produziert werden und so Schädigungen von Gesundheit und Umwelt und mithin soziale Kosten nicht eintreten können. Dazu müßten die ökonomisch wichtigen gesellschaftlichen Systeme von Wissenschaft, Entwicklung und Produktion gleichermaßen den Präventionsgedanken in ihr Handeln einbauen, wie auch der Konsument seinerseits von vornherein ökologisch bewußt handeln müßte (z.B. Müll vermeiden, statt nur seine aufwendige Trennung zu beachten). Diese Formen der Präventionspolitik sollen aber mit höheren Kosten verbunden sein, so die gängige These von Unternehmerseite. Diese These trifft nur dann zu, wenn bereits große Kapitalmassen in herkömmlichen Produktionsprozessen und Produktlinien investiert, fixiert sind. Besonders bei Produktions- und Produktlinien, die erst entwickelt werden, könnten im Gegenteil neben den sozialen oft auch die betrieblichen Kosten relativ gesenkt werden. Ökologisch Produzieren heißt aber nicht nur, den Arbeitsprozeß nach Präventionsgesichtspunkten umzugestalten; die Arbeitsprozesse können sogar in einem hohen Maße innerbetrieblich ökologischen bzw. Arbeitsschutz-Anforderungen entsprechen (dies ist nicht zuletzt auf Grund der Intervention der IG-Chemie - oft in Chemiebetrieben der Fall). Damit ist das Problem jedoch dann noch nicht gelöst, wenn das Produkt (z.B. ein Produkt auf Chlorbasis) selbst zum ökologischen Problem bei der Anwendung in anderen Betrieben oder im Konsum wird. Diese Dimension verweist auf die Notwendigkeit, ökologisches Produzieren als gesellschaftlichen Zusammenhang zu denken und das heißt auch, daß die Interessenvertretung in einem Betrieb bzw. eine Einzelgewerkschaft allein mit diesem Problemen überfordert sind. Gefordert ist daher in einer langfristigen Perspektive die gesellschaftliche Kooperation zwischen Betriebsvertretungen, Einzelgewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Betriebe, um der Vernetzung des Problems gerecht werden zu können.

# Ansatzpunkte für die gewerkschaftliche Politik

Welche Ansatzpunkte bieten sich für Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen an, um ihrerseits ein ökologisches Produzieren im Betrieb durchzusetzen, welche neuen Ansatzpunkte sind zu fordern? Es ist hier zwischen

68 Jürgen Hoffmann

innerbetrieblichen Möglichkeiten in bezug auf Mitbestimmungs- und Interessenvertretungsebenen, außerbetrieblichen Einwirkungsmöglichkeiten über Tarifpolitik und gewerkschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten in den sozialpolitischen Vertretungsorganen und den Anforderungen an die staatliche Politik zu unterscheiden. Innerbetrieblich müßten die gegebenen Formen der Interessenvertretung um die ökologische Dimension erweitert werden (vgl. zum folgenden Schmidt 1989, Scherer 1990); dazu gehören z.B. bessere Informationsrechte des Betriebsrats (durch betriebliche Umweltkataster und Ökobilanzen) und das Recht, außerbetriebliche Experten hinzuziehen zu können. Ökologische Qualifizierungsaufgaben könnten durch Betriebsrat und Gewerkschaften organisiert werden. Betriebliche Umweltbeauftragte müßten aus der Abhängigkeit vom Unternehmen herausgenommen und mit einem besseren Kündigungsschutz versehen werden. Für die einzelnen ArbeitnehmerInnen müßte ein Informationsweitergaberecht und ein Kündigungsschutz im Falle der Reklamation betrieblicher Umweltverstöße bestehen: nicht zuletzt sollte nach neuen Formen der Zusammenarbeit von Belegschaftsgruppen z.B. mit Ingenieuren und Technikern gesucht und diese dann institutionell abgesichert werden. Die Einsetzung paritätischer Umweltausschüsse wäre eine weitere Aufgabe. All diese Möglichkeiten zu entwickeln heißt nicht, allein auf eine entsprechende Initiative der Politik im Sinne der Veränderung des Betriebsverfassungsgesetztes (BetrVG) zu warten: Erst über die Entwicklung neuer Formen der betrieblichen Arbeit, die über Betriebsvereinbarungen abgesichert werden könnten, ergeben sich Ansatzpunkte und Druckpotentiale für eine politische Reform des BetrVGs und anderer gesetzlicher Regulierungen. Teilweise existieren in einzelnen Unternehmen und Branchen bereits solche Ansätze oder werden sogar in Tarifverträgen institutionell abgesichert. Denn außerbetrieblich ergeben sich für Gewerkschaften mit dem Instrument des Tarifvertrags ein Fülle von Regulierungsmöglichkeiten. Besonders in Manteltarifverträgen gibt es bereits viele Beispiele, die von unmittelbaren Schutz- und Informationsrechten von Belegschaften und Interessenvertretungen bis hin zu ersten Formen der Produktions- und Produktmitbestimmung reichen. So wird die Verwendung bestimmter gesundheitsgefährdender Stoffe tarifvertraglich in manchen Branchen bereits ausgeschlossen (Metallindustrie, Druckindustrie, Forstwirtschaft), Beschwerderechte bei Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz werden festgeschrieben (z.B. Druckindustrie), in Betriebsvereinbarungen der IG-Chemie werden Beteiligungsrechte der ArbeitnehmerInnen bei Investitionen, Öko-Fortbildung, Produktneueinführung, Lagerung und Transport gefährlicher Güter etc. geregelt. Dies sind allerdings nur erste Ansätze. Denn trotz vielfältiger Verbesserungen von Produktionen und Produkten wächst die Umweltbelastung weiter; vor allem wird in den vorgebenen gewerkschaftlichen Bemühungen das ökologische Produzieren noch nicht als ganzheitlicher Ansatz entwickelt, der der Vernetzung des Problems in der Produktion und im Verhältnis von Produktion und Konsum gerecht wird. Insofern Gewerkschaften einen wesentlichen Faktor der sozialen Öffentlichkeit darstellen, könnten sie gerade diese Ganzheitlichkeit in den Grenzen ihrer Aufgaben entfalten und so übergreifende Perspektiven diskutieren, was jenseits einzelner Hochglanzbroschüren als Praxis noch nicht der Fall ist.

### Anforderungen an die staatliche Politik

Vorrangig setzen die Gewerkschaften bei Ökologieproblemen auf den Staat. Dahinter steht realistischerweise, daß es der Staat ist, der Auflagen, Grenzwerte, Arbeitsschutzbestimmungen erlassen kann, die allgemein und scheinbar konkurrenzneutral Voraussetzungen der Produktion und des Konsums definieren. Dahinter steht auch, daß es der Staat ist, der die klassische Aufgabe, die gesellschaftlichen Folgen privaten Handelns zu beseitigen, wahrnimmt, also die Infrastruktur zur Reparatur von Umwelt und Gesundheit bereitstellt oder den privaten Sektor zu ähnlichen Maßnahmen zwingen kann. Diese Aufgabenkonzentration beim Staat hat aber auch die Illusion befördert, daß die staatliche Politik es schon richten wird, wenn nur die richtige Partei am Ruder ist oder überhaupt die richtige Politik gemacht wird. Diese Vorstellungen sind in vielerlei Hinsicht eine Illusion: Erstens ist die Politik in einem hohen Maße mit den angeführten Informationsdefiziten konfrontiert. Allein die Beschaffung der notwendigen Information würde unter den gegebenen Politikbedingungen eine enorme Ausweitung des bürokratischen Apparats bedeuten. Die Politik ist deshalb auf die Informationen, die ihr (neben der Wissenschaft) durch die Unternehmen in Form von wissenschaftlich-technischem Sachverstand zur Verfügung gestellt werden, verwiesen (z.B. in Sachverständigenräten und -ausschüssen). Diese Informationen sind aber oft genug Informationen von ökonomisch interessierter Seite. Zweitens wird Politik deshalb immer erst dann aktiv, wenn »das Kind schon in den Brunnen gefallen ist«, Einzelfälle und Skandale die Information drastisch präsentieren und deshalb Loyalitätsverluste bei den Wählern drohen. Überhaupt wird der Widerspruch von Arbeitsplatzsicherung und ökologischen Erfordernissen auf der politischen Ebene als Gegensatz von ökonomischen Interessen (Bundesrepublik als Industriestandort in der Weltmarktkonkurrenz) und ökologischen Interessen reproduziert und zugunsten loyalitätsstabilisierender Sicherung der ökonomischen Strukturen entschieden. Zudem wird in der staatlichen Bürokratie das Ökologieproblem durch Aufteilung auf Ressorts kleingearbeitet und damit bis zur Unkenntlichkeit als Problem reduziert (das Chemikaliengesetz ist als Querschnittsgesetz über die Ressorts hinweg eine löbliche Ausnahme, auch wenn seine Umsetzung wiederum sehr ressortborniert erfolgt). Drittens ist die Ökologiepolitik das klassische Beispiel für »Vollzugsdefizite« der Politik, weil Politik immer nur allgemeine rechtliche Vorgaben oder finanzielle Anreize, Auflagen, Subventionen geben, aber keineswegs die Einhaltung und das Einlösen der politischen Vorgaben angesichts der Komplexität des ökologischen Problems überprüfen kann. Ein Abbau dieser Vollzugsdefizite hätte zudem notwendigerweise den Ausbau des staatlichen Überwachungs- und Kontrollsystem mit erheblichen negativen gesellschaftlichen Resultaten zur Folge – und dies wäre noch nicht einmal eine Garantie für einen besseren Vollzug der politischen Auflagen.

Damit ist nicht gesagt, daß staatliche Politik nicht in folgenden gesellschaftlichen Aufgabenbereichen tätig werden kann und muß, nämlich in den Bereichen a) der Wirtschaftsstrukturpolitik (Förderung ökologischer Produktionen durch eine vorausschauende Wirtschaftsförderung und ökologische Vernetzung von Produktionsbereichen); b) der Infrastrukturpolitik im Bereich der Versorgung

70 Jürgen Hoffmann

und Entsorgung (also im klassischen Reparaturbereich); c) der Regulierungsvorgaben (Ordnungspolitik) für Produktion und Konsum durch Grenzwertsetzung, Abgabenverordnungen, Gefahrstoffverordnungen, Chemikaliengesetz, TA-Luft etc., Veränderung der inner- wie außerbetrieblichen Regulierungsvorgaben im Bereich der Interessenformulierung und -durchsetzung (z.B. BetrVG, Mitbestimmungsgesetz, Verbandsklagemöglichkeit ...) zugunsten der Durchsetzung einer ökologischen Produktionspolitik.

Ohne eine für das ökologische Problem sensibilisierte Öffentlichkeit und ohne druckvolle Kritik und Kontrolle von unten innerhalb wie außerhalb der Betriebe wird Umweltpolitik allerdings schnell zur rein symbolischen Politik (Beispiel: Umweltminister Töpfer schwimmt durch den Rhein) oder bleibt »Nachtrabpolitik«.

# Konsequenzen für die Organisation und Politik der Gewerkschaften

Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungsorgane wären nicht nur aus Zeitgründen total überfordert, wollten sie die hier skizzierten Aufgaben im Rahmen ihrer herkömmlichen Aufgaben und Arbeit lösen. Das Ökologieproblem ist viel zu komplex, um damit nur die Interessenvertreter und ehren- und hauptamtlichen Funktionäre zu betrauen: allein die angesprochenen Informationsprobleme, darüber hinaus die Fragen der konkreten Umsetzung vor Ort bezogen auf einzelne Arbeitsplätze und Produktionsprozesse und nicht zuletzt die Verbindung von innerbetrieblichen und außerbetrieblichen Erfahrungen und Initiativen im Ort, in der Region bzw. im Bereich des Bezirks verbieten die Lösung dieser Probleme durch bloße Stellvertreterpolitik innerhalb von relativ hierarchisch-zentralistischen Informations- und Politiksystemen im Betrieb und in der Gewerkschaft. Solche Organisationen sind zwar in der Lage, relativ einfache Informationen von unten nach oben in relativ einfache Lösungen von oben nach unten umzusetzen, was in der Lohnpolitik lange Zeit notwendig und effektiv war. Sie scheitern aber an der Komplexität der ökologischen Probleme. Gefordert ist hier eine problembezogene Projektarbeit, die im Betrieb Gewerkschaftsmitglieder wie Nichtmitglieder gleichermaßen umfassen kann, in deren Rahmen sich die Beteiligten - bezogen auf das konkrete Problem und in Verbindung mit Betriebsrat, Einzelgewerkschaft und DGB-Kreis - mit den regional Betroffenen in Verbindung setzen und u.U. wissenschaftliche Kompetenzen anfordern können. Eine Projektarbeit solcher Art muß überhaupt nicht in Konkurrenz zur Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit treten, wenn die Interessenvertreter für die Themen offen sind, diese Arbeit unterstützen oder selbst initiieren, zumal solche Projekte auch besonders von Vertrauensleutekörpern getragen werden können. Gefordert ist aber auch und zuallererst vom Betriebsrat und den Gewerkschaften, daß sie für Öffentlichkeit inner- wie außerhalb der Betriebe eintreten und diese Öffentlichkeit auch gegen die Unternehmensinteressen durchsetzen, denn allein durch eine öffentliche Diskussion können Erfahrungen verallgemeinert und Motivationen entwickelt werde. Insofern ist die »offene« Gewerkschaft eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung eines »ökologischen Produzierens«, und diese Offenheit ist nicht Schwäche, sondern

Stärke, wenn eine einheitliche Stellung zu den Problemen am Ende eines Diskussionsprozesses aller Beteiligter - und nicht am Anfang als verordnete Beschlußlage - steht. Denn die immer wieder aufkommenen Fragen nach dem »Ist das denn alles machbar?« und dem »Was sollen wir denn noch alles machen?« sind Fragen, die sich aus der herkömmlichen Politikstruktur in den Gewerkschaften ergeben: Gewerkschaften und Betriebsräte sollen gar nicht für alles zuständig sein. Sie sollen aber für diese Themen offen sein, Hilfestellung geben können und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Ergebnisse der ökologischen Initiativen absichern. Es soll dabei in diesem Zusammenhang keineswegs verschwiegen werden, daß ökologische Problemstellungen in der Regel über die Branchen und den Nationalstaat – den klassischen Terrains gewerkschaftlicher Organisation – hinausreichen und insofern oft die Räume gewerkschaftlicher Politik sprengen. Und selbstverständlich wäre eine (einzel-)gewerkschaftliche Organisation überfordert, wollte sie die übergreifenden Themen ökologischer Politik allein angehen. Aber sie kann Teil eines ökologiebewußten gesellschaftlichen Diskurses werden, wenn sie sich selbst für diese Fragen öffnet und im übrigen der eigenen »Dachorganisation«, dem DGB, auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene mehr inhaltliche und organisatorische Kompetenzen zubilligt.

# Gesellschaftliche Voraussetzungen und Chancen einer ökologischen Produktionspolitik

Auch wenn zur Zeit die gesellschaftliche Entwicklung wenig Anlaß zu einer optimistischen Sicht in bezug auf das Ökologieproblem bietet, so haben sich doch viele der hier genannten Voraussetzungen für eine ökologische Produktion positiv verändert und bieten gesellschaftliche Ansatzpunkte für eine ökologisch gewendete gewerkschaftliche Politik. An fünf Eckdaten möchte ich dies kurz skizzieren:

- 1) Die Ökonomie selbst befindet sich immer noch in einem Umbauprozeß, in dem alte technisch-ökonomische Strukturen aufgegeben und neue Produktionsprozesse und Produktlinien auf Basis neuer Technologien und Produktionskonzepte entwickelt werden. Chancen für eine Präventionsstrategie existieren dann, wenn von vornherein diese anstehenden Nettoinvestitionen mit ihren Arbeitsplatzeffekten ökologischen Prämissen genügten. Wenn dieser ökonomische Umbauprozeß erst abgeschlossen ist, dann wird allgemein das »Sachzwangargument« wieder stärker wirken, daß ein ökologischer Umbau der Ökonomie den Verzicht auf bereits getätigte Investitionen und Arbeitsplätze bedeuten würde.
- 2) Daß für eine Politik des ökologischen Produzierens eine gesellschaftliche Basis in der Arbeitnehmerschaft existiert, dies zeigen nicht nur die vielfältigen Aktivitäten z.B. im Bereich von Konversionsprojekten in Betrieben. Auch wissenschaftliche Untersuchungen belegen, daß »der ökologische Diskurs« bei Industriearbeitern längst »angekommen« ist (Heine/Mautz 1989). Gerade die ökologische Sensibilisierung (z.B. bei Chemiefacharbeitern) und die damit oft einhergehende technisch-ökologische Kompetenz bieten Chancen einer Umsetzung von Konzepten ökologischen Produzierens, wenn die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Gruppen von ArbeitnehmerInnen (Angelernte,

72 Jürgen Hoffmann

FacharbeiterInnen, TechnikerInnen, Ingenieure ...) nicht durch Kulturschranken oder organisatorische Blockierungen verhindert wird.

- 3) Dem entspricht auf seiten des Managements ein Wandel in der »Unternehmenskultur«, der nicht zuletzt durch die Einsicht charakterisiert ist, daß man Produkte immer weniger verkaufen kann, wenn das Unternehmen- bzw. das Produkt in bezug auf Umweltverträglichkeit eine schlechtes »Image« besitzt. Nicht daß hier der Saulus zum Paulus wurde (es dominiert zur Zeit immer noch eher die »Akzeptanzförderung« für problematische Produktionen und Produkte, nicht das ökologische Produzieren), aber der ökonomische Druck, wohl auch die Einsicht, daß die sozialen Kosten des Externalisierungsprozesses auf die Unternehmen zurückschlagen (in Form von verschlechterten Produktionsvoraussetzungen, höheren Steuern und Abgaben etc.), haben hier in modernen Unternehmenskonzepten die Möglichkeiten ökologisches Produzieren durchzusetzen, erheblich verbessert.
- 4) Im Bereich der Wissenschaft existiert ein nicht zuletzt durch die Umweltschutzbewegung gewachsene Kompetenz, die eine Politik des ökologischen Produzierens unterstützen könnte. In den offiziellen Fachbereichen beginnen sich zwar erst zaghaft neue Fächer bzw. fachliche Schwerpunkte zu diesen Themen zu entwickeln, aber außerhalb der Universitäten haben sich Institute etabliert, die sich nicht nur durch naturwissenschaftliche Forschungen bereits einen Namen gemacht haben (z.B. das Freiburger ÖKO-Institut), sondern die auch das ökologische Wirtschaften selbst zum Thema gemacht haben (so in Berlin das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung oder das Institut für Zukunftsfragen; Kreibich u.a. 1991).
- 5) Und nicht zuletzt zeigt auch ein wachsender Teil der Konsumenten deutlich veränderte Prämissen beim Kauf und beim Konsum, und zwar dergestalt, daß ökologische Voraussetzungen (Naturvernutzung) und Folgen (Schädigungen) eines Produkts als Handlungsprämissen in das Kaufverhalten eingehen. Allein ein Blick in den wachsenden Anteil der umweltbezogenen Themen und der Informationen über umweltgerechtes Kaufen, Konsumieren, Haushalten etc. in den großen Illustrierten gibt hier einen ersten Eindruck, zumal diese Illustrierten ja gemeinhin gute »Antennen« zu den Themenwünschen ihrer LeserInnen haben. Der »ökologische Diskurs« ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken.

Es sind also durchaus Möglichkeiten der Umsetzung von Konzepten des ökologischen Produzierens gegeben und diese Chancen werden sich aller Voraussicht nach in der Zukunft eher noch ausweiten (womit nicht prinzipiell ausgeschlossen werden soll, daß eine sich verschlechternde Konjunkturentwicklung wieder restriktivere Bedingungen ökonomisch bewirkt). Inwieweit diese Möglichkeiten aber gegen einzelwirtschaftliche Produktions-, Kontroll- und Herrschaftsinteressen auch realisiert werden, ist nicht zuletzt von den Aktivitäten im Betrieb, aber auch in der Stadt, in der Region, im Tarifbezirk abhängig. Insofern wird es nicht zuletzt vom »Umdenken für die Zukunft« in den Gewerkschaften abhängen, ob ökologisches Produzieren in der Zukunft ein »normales« Ziel kapitalistischer Unternehmen sein wird.

### Gewerkschaften im Modernisierungsdilemma

Die vorstehende Skizze ist natürlich die optimistische Sicht der Ökologiefrage und der immanenten Interessen, die zur Bewältigung dieses zentralen Menschheitsproblems tendieren. Gewerkschaften sind in der politischen Arena des Ökologiekonflikts immer mit dem Problem konfrontiert, daß sie an Mitgliederinteressen gebunden sind, die sich wiederum auf kapitalistisch strukturierte Arbeitsmärkte beziehen. Und der »Besitzstand« dieser Mitglieder ist nicht nur durch diese Arbeitsmärkte definiert. Der Erhalt der konkreten Qualifikation der Arbeitskraft ist gleichermaßen im Interesse des Gewerkschaftsmitglieds wie der Erhalt des ortsgebundenen Arbeitsplatzes oder des way of life. Gegen einen ökologischen Umbau sprechen also nicht nur die Arbeitsplatzinteressen, sondern zugleich auch die Interessen an der Bewahrung des status quo der Lebens- und Arbeitsumstände. Der »arbeitspolitische Konservatismus« in der Arbeiterschaft ist insofern ein Interesse an der Bewahrung des »status quo« des Lebens überhaupt. Damit ist aber eine Gewerkschaftspolitik, die zukunftsorientiert ein ökologisches Wirtschaften favorisiert, vor grundlegende organisatorische Probleme gestellt. Denn jede ökologische Modernisierungspolitik würde elementare Mitgliederinteressen zumindest potentiell verletzen – auch wenn dieselben Mitglieder allgemein ökologisches Bewußtsein kundtun. Die von Heine und Mautz hervorgehobene Akzeptanz des ökologischen Diskurses in der Arbeitnehmerschaft könnte auch in dem Sinne zu interpretieren sein, daß die ArbeitnehmerInnen zwar allgemein den ökologischen Diskurs bejahen – aber nicht im Falle des absehbaren Verlustes des eigenen Arbeitsplatzes. Gewerkschaften können die tatsächlichen Reaktionen der Betroffenen im konkreten Fall nicht voraussehen und werden daher zunächst eine defensive Position gegenüber einem ökologischen Umbau einnehmen. Sie befinden sich in einem Modernisierungsdilemma. Sie sind immer wieder mit dem Gegensatz von kapitalistischer Rationalität, die Externalisierungsprozesse erzeugt, und gesamtgesellschaftlicher Rationalität, die solche Formen der Externalisierung zu vermeiden sucht, konfrontiert. Während bislang das Problem von besonderen und allgemeinen Interessen in den Gewerkschaften dadurch gelöst werden konnte, daß – oft mit problematischem Rückgriff auf Marx – die besonderen (Verteilungs-)Interessen des Proletariats zu allgemeinen Interessen der Menschheit hochstilisiert werden konnten, greift diese Denkfigur bei der Ökologieproblematik zu kurz. Die Lösung dürfte kaum noch im Interessenansatz, sondern eher im Diskurs liegen. Denn Lösungen des Ökologieproblems sind mit der Artikulation von Interessen im Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital nicht vorzuentscheiden: Abgesehen davon, daß ökologische Lösungen oft quer zum Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital liegen und die Interessen beider Akteure verletzen können, sind in der Regel ökologische Probleme erst in langen Wirkungsketten und zeitlich verzögert erkennbar - wenn zur Problemerkenntnis nicht überhaupt erst wissenschaftliche Arbeit notwendig ist - und insofern nicht unmittelbar erfahrbar. Und selbst wenn das ökologische Problem erfahrbar ist, z.B. durch Beeinträchtigung der Gesundheit, die eindeutig für den Betroffenen auf den Arbeitsprozeß rückführbar ist, muß dies nicht heißen, daß die existenzsicherende Einkommensquelle zugunsten

74 Jürgen Hoffmann

eines pfleglicheren Umgangs mit dem eigenen Körper aufgegeben wird (vgl. Giegel u.a. 1988). Eine ökologische Gewerkschaftspolitik steht daher weder auf dem scheinbar sicheren Boden der Erfahrungen der LohnarbeiterInnen noch kann sie sich auf vermeintlich objektiv aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ableitbare Interessen berufen. Sie ist darauf angewiesen, wissenschaftliche Erkenntnisse und erkannte ökologische Problemstellungen mit den ökonomischen und sozialen Interessen der Beschäftigten zu vermitteln, ohne vorweg zu wissen, welche Lösungen inner- und außerbetrieblich möglich und sinnvoll sind. Aber der Weg zu einer solcherart diskursiven Gewerkschaft ist mit vielen Steinen gepflastert.

#### Literaturverzeichnis

Giegel, Hans-Joachim, Gerhard Frank und Ulrich Billerbeck, 1988: Industriearbeit und Selbstbehauptung. Opladen

Giegel, Hans-Joachim, 1992: Die Ökologiekrise in der Arbeitsgesellschaft. In: Hoffmann u.a. (Hrsg.), 23-43

Heine, Hartwig, und Rüdiger Mautz, 1989: Industriearbeiter contra Umweltschutz? Frankfurt/M., New York

Hoffmann, Jürgen, Reiner Hoffmann, Dietrich Lange und Ulrich Mückenberger (Hrsg.), 1990: Jenseits der Beschlußlage – Gewerkschaften als Zukunftswerkstatt. Köln

Hoffmann, Jürgen, Hildegard Matthies und Ulrich Mückenberger (Hrsg.), 1992: Der Betrieb als Ort ökologischer Politik. Münster

Kreibich, Rolf, u.a., 1991: Ökologisch Produzieren. Weinheim und Basel

Scherer, Klaus-Jürgen, 1990: Ökologisch erweiterte Arbeitspolitik: Umweltschutz in Tarifverträgen, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. Msk., Berlin

Schmidt, Eberhard (Hrsg.), 1989: Ökologische Produktionskonzepte - Kriterien, Instrumente, Akteure. Berlin



Harald Mesch (Hg.) 306 S., br., DM 18,50 Dieser Band der Deutsch-Englischen Jahrbücher zeichnet die vielgestaltige Entwicklung der nordamerikanischen Ökobewegung nach. In den USA haben sich schon früh ökologische Antikörper herausgebildet, weil hier die Entwicklung der Industriegesellschaft am weitesten fortgeschritten ist. Als Reaktion auf die globale Zuspitzung der ökologischen Krise radikalisiert sich derzeit die Ökobewegung. Ein bedrängend aktuelles, wichtiges Buch.



# Ökologie - wie fassen wir sie?

# Anfragen an die internationale Debatte anläßlich von Al Gores »Manifest«\*

»Auch wenn einige Ökologen ihre Disziplin auf die Systemanalyse reduzieren...: Es ist notwendig, die Zukunft der Welt zu steuern – aber nicht in der Art eines Schachspiels, sondern so wie wir ein Schiff steuern.« (Murray Bookchin)

Die bloße Bezugnahme auf die Ökologie hat schon längst aufgehört, politisch orientierend zu wirken. Auch die bloß spezialistische Aneignung von tatsächlichem ökologischen Sachverstand ist schon seit einigen Jahren keine hinreichende Grundlage für eine identifizierbare ökologische Politik mehr. Rasche »philosophische« Synthesen, die die Erträge ökologischer Forschungen mehr ausbeuten als aufgreifen, haben inzwischen ihre Konjunktur gehabt. Al Gores Manifest für ein neues Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur (1992) zeigt, daß auch der politische *main-stream* sich heute ernsthaft mit der Herausforderung der ökologischen Krise auseinandersetzt.

Die Wissenschaft der Ökologie hat Maßstäbe gesetzt: Durch ihre Untersuchungsergebnisse hat sie die ökologischen Überlebensbedingungen der menschlichen Spezies konkret greifbar zu machen begonnen – nachdem die industrielle Praxis der Menschen damit angefangen hatte, alle natürlichen Elemente und Bedingungen des Spezieslebens als substituierbar, künstlich reproduzierbar, zu begreifen und real zu zerstören. Wenn wir uns die in der ökologischen Forschung benutzten theoretischen Instrumente ansehen, finden wir, daß hier genau diejenigen Instrumente aus der Physik importiert werden, die es möglich machen, diese Substituierbarkeit und damit die potentielle Zerstörung konkret zu denken: Energie- und Stoffbilanzen sehen von den konkreten Austauschketten und -Netzen gerade ab. Systembetrachtungen konzentrieren sich auf inputs, throughputs und outputs. Sie denken die »Ökosysteme« nicht in ihrer internen Komplexität und Diversität, sondern als quantifizierbar-modellhafte Systeme, bei denen »unter dem Strich das Gleiche herauskommt«, d.h. als ersetzbare black-boxes. Die Abstraktionen von »Stoff« und »Energie«¹ repräsentieren in dieser Perspektive die antizipierte allseitige technologische Ersetzbarkeit der »Erde als allgemeinem Arbeitsgegenstand« (Marx).<sup>2</sup> Die zerstörerische Rationalität (vgl. Jäger/ Kohn-Waechter 1993) des modernen weißen Mannes (Cosby 1991), der auch die kapitalistische Ausbeutung erfunden hat, scheint bis heute geradezu konstitutiv für die theoretischen und methodischen Modelle der wissenschaftlichen Ökologie.<sup>3</sup>

Als an den jüngsten und spektakulärsten Versuch einer synthetischen Betrachtung der ökologischen Krise in politischer Absicht läßt sich an das ökologische Manifest des neugewählten Vizepräsidenten der USA anknüpfen. Wie weit ist es

<sup>\*</sup> Gore, Al, 1992: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt/M. (Nachweise durch einfache Seitenangabe).

76 Frieder Otto Wolf

darin gelungen, die historische Aufgabe einer Überwindung der ökologischen Krise in einer Art und Weise zu erfassen, die ihre Lösung real denkbar und damit auch politisch umsetzbar macht? Al Gore hat sein Buch auf eine Weise gegliedert, die auch für unseren Zweck einen sinnvollen Ausgangspunkt bietet:

(1) Seine zusammenfassende Diagnose der ökologischen Krise<sup>4</sup> (12f.) als »globales Muster« (44) – als Ergebnis eines veränderten Mensch-Umwelt-Verhältnisses, durch das es möglich wird, daß »der Mensch das globale Ökosystem ... dauerhaft« schädigt (45, vgl. 86) – läßt sich auf die Frage nach der Erfassung ihres inneren Zusammenhanges (59f.) zuspitzen. Denn erst dadurch wird die Auffassung begründet, es handele sich bei diesen vielfältigen Zerstörungsprozessen nicht um Einzelerscheinungen (vgl. 42), für die lokale oder regionale, v.a. technische Lösungen hinreichend wären, ohne daß eine umfassende Gegenstrategie erforderlich würde (vgl. 43f), noch um eine bereits blockhaft geschlossene »Katastrophe« (65), sondern wirklich um eine Krise (vgl. O'Connor 1987): Die Entscheidung über einen – zumindest für die Menschheit<sup>5</sup> – endgültigen Zusammenbruch oder eine rettende Restrukturierung steht erst noch bevor und sie liegt grundsätzlich in der Reichweite menschlichen Handelns.

Gore legt sich in dieser Frage nicht wirklich fest, indem er erst einmal auf Metaphern rekurriert, etwa auf die Metapher des Organismus Biosphäre, dessen Krankheit es zu heilen gelte (51, kritisch 216ff., mit Bezug auf Lovelocks Gaia-Hypothese, 26lf.), auf die Metapher des pars pro toto, d.h. des Treibhauseffektes als »Exempel« für die Gesamtheit der globalen Bedrohungen (56ff.), oder die Metapher des »Sandhaufens in kritischem Zustand« (367f.), der Sucht (221ff.), der »dysfunktionalen Familie« (227ff.) bzw. der *Midlife-Crisis* (369ff.).

Müssen wir ein Begreifen dieses Zusammenhanges wirklich in einer kritischen Rezeption der Gaia-Hypothese in der ökologischen Forschung suchen (vgl. Deléage 1991, 223ff., bes. 240ff.)? Oder müssen wir diesen Zusammenhang gar auf dem Abstraktionsniveau eines »Systems von Systemen« (Luhmann 1986) erklären, als eines »geordneten Systems von Interdependenzen«, um dessen »globales ökologisches Gleichgewicht« (65f.) es gehe? Insgesamt sucht auch Gore diesen Zusammenhang eher auf der »menschlichen Seite« (13), in der »Logik der Weltzivilisation« (267), in den »ungeschriebenen Regeln«, die »ihr Leben« beherrschen (237f.). Aber wie erfassen wir diese »Logik«, die selbst eine Metapher ist? Gore sieht ihre Grundlage in unserem Denken (71). Mir scheint es aussichtsreicher, den Zusammenhang in den spezifischen, ebenso stofflichen wie formellen Gestalten der menschlichen Geschichte (vgl. Deléage/Hémery 1989), konkret in der vom »fordistischen Kapitalismus« zum ersten Mal realisierten Globalisierung der menschlichen Produktion (vgl. Altvater 1992, 121ff.) zu suchen<sup>6</sup> – und zwar nicht in erster Linie in Richtung einer thermodynamischen Gesamtbilanzierung der Stoff- und Energieströme, die doch nur wieder die Gesamtsubstitution der Erde konzipiert (vgl. Jäger/Kohn-Waechter 1993), sondern in Richtung einer haushälterischen (Aristoteles, Politik, 1256a-1258b vgl. Brüggen, in diesem Heft) »Naturalrechnung« inkompatibler Größen (Neurath 1925, vgl. Martinez-Alier 1991), die die Methoden unseres Denkens und Handelns, unsere »Technologien«, wie Gore immer wieder sagt (172, 203, 239 u.ö.), durchaus einschließt (vgl. zur wachsenden ökonomischen Bedeutung des

»geistigen Eigentums«, 324). Dabei kommt es in der Tat darauf an, die konkrete Einheit qualitativ und quantitativ zu denken, die zwischen dem »Weltsystem« oder auch der »neuen Welt(un-)ordnung« (Altvater 1992, 203ff.) und den vielfältigen Interaktionen und Interdependenzen bestehen, die die alte Metapher vom »menschlichen Stoffwechsel mit der Natur« ausdrückt.

- (2) Es ist weiterhin kaum zu bestreiten, daß wir zur Bewältigung dieser Aufgabe ein »neues Denken« brauchen werden, wie es Gore erneut postuliert (51, 175f.). Nur sollten wir darüber nicht die Probleme vergessen, die eine Programmatik des »neuen Denkens« mit sich bringen kann, wenn sie zur Ersatzformel für ihre konkrete Einlösung wird.<sup>7</sup> Für Gore geht es in unserer »dysfunktionalen Zivilisation« (216ff.) um die Überwindung von Platons Verjenseitigung des Göttlichen (250ff.) und Descartes Verselbständigung des (individuellen) Subjektes (218ff.) als ein »häretisches Mißverständnis« (261). Allerdings ist die Alternative eines Festhaltens an alten Vorstellungen von laizistischer Vernunft oder eines Kopfsprungs in einen neuen Spiritualismus falsch, vor die uns Gore stellt (254f.), der den Ausweg in einer »Heilung« der »langen Spaltung von Wissenschaft und Religion« sucht (255). Hier liegen dringende Aufgaben für eine materiell rückgebundene philosophische Kritik und Orientierung – die jenseits der ebenso falschen Alternativen von heideggerianischer Grund-Suche (vgl. etwa Jonas, 1984, und Spaemann, 1987), »holistischer« Wissenschaftsmetaphysik (Meyer-Abich 1988) und transzendentalphilosophischer Subjekt-Selbstvergewisserung (Hösle 1991) kritisch den Antizipationen und Konstruktionen nachgeht, die unser gesellschaftliches Wissen strukturieren und korrigierbare Orientierungen für eine Praxis entwerfen, die es möglich macht, an die Seite des »globalen Denkens« das heute immer notwendiger werdende globale Handeln über Maßnahmenbündel mittlerer Reichweite hinaus zu entwickeln.
- (3) So sympathisch es schließlich ist, daß immerhin ein Vizepräsident der USA ein politisch-programmatisches »Paket« entwirft, das der gegenwärtigen »zynisch-resignativen Zukunftsvergessenheit« (Brüggen, in diesem Heft) ein konsistentes Gesamtprojekt von Reformen entgegenhält, bleibt es doch dringend erforderlich, derartige Entwürfe eines alternativen Weges aus der weltweiten Krise des Fordismus (vgl. Lipietz 1991) genauer daraufhin zu befragen, wie sie die unterschiedlichen Aufgaben einer reformerischen Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit - bei der es in der Tat zunächst nur um die »Stellen hinter dem Komma« geht (Fischer 1992) - mit der eines tatsächlichen Einstiegs in weiterreichende, strukturüberwindende Transformationen verbinden und vermitteln können, ohne im Kleinkrieg der allerersten Reformschritte bereits orientierungslos steckenzubleiben. In diesem Sinne ist die Goresche Formel vom »globalen Marshallplan« für die Erde (296ff.), ebenso wie sein Phasenmodell von Einstieg und Wende (vgl. 307ff.) in seiner strategischen Dimension konkretisierungsbedürftig. Insbesondere bedarf der Klärung, ob wir weiterhin zwischen »unserer« Ökologie, hier unten und »deren Ökologie«, dort oben, unterscheiden können und müssen (Gorz 1991, vgl. Sintomer 1991), bzw. ob und inwiefern es berechtigt ist, Gores Konzeption als die einer »passiven Revolution« von oben zu kritisieren, der es darum geht, die Hegemonie der USA als kapitalistischer Vormacht unter ökologisch-vorsorglichen Vorzeichen wiederzugewinnen (vgl. insb. 171ff.,

340ff. – »als weltweit führender Vertreter der freien Marktwirtschaft« [355]) – und damit eine neue Phase des Imperialismus einzuleiten. Muß es nicht vielmehr darum gehen, diesen auf Konsistenz zielenden Reformimpuls selbst mit voranzutreiben, um in ihm die Elemente der demokratischen Selbsttätigkeit<sup>8</sup> zu stärken, die zum Ausgangspunkt weiterreichender Transformationen, konsequenterer und stabiler Lösungen der Widersprüche »unserer Zvilisation«, werden können. Insbesondere die Rolle eines wiederherzustellenden Gleichgewichts »zwischen uns selbst als Individuen und der Zivilisation« (24f., 27ff.) bzw. des »neuen Bewußtseins der Öffentlichkeit« (366) als Kitt, der den Zusammenhang zwischen heterogenen und nicht auf ihre Verträglichkeit mit bestehenden Gesellschaftsstrukturen überprüften Maßnahmen (357ff.) und Zielen bündelt (vgl. dagegen O'Connor 1991) ist auch in Gores Konzeption kritisch zu hinterfragen. Um tatsächlich auf planetarer Ebene »Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen« (375), bedarf es weit mehr als der individuellen Entschlossenheit vieler einzelner. Hier wären politische Strategien gefragt, die auf einer differenzierten Einsicht in diejenigen Strukturen der historischen Lage der Menschheit beruhen, welche zu der gegenwärtigen selbstzerstörerischen Konfiguration von Praktiken geführt haben. Dazu hat der kluge und informierte Berufspolitiker, als der Gore sich darstellt (vgl. 20ff., 27f., 167ff., 176ff. u.ö.), leider zu wenig anzubieten, auch wenn er sich aus dem Arsenal der politischen Instrumente, die innerhalb der Debatten über eine ökologische Politik ersonnen wurden, durchaus sachkundig bedient.

Immerhin zeigt er damit ein Defizit dieser Debatten an, die den Übergang zu Konzepten strategischen politischen Handelns, die durch politische Erfahrungen ausgewiesen sind, überwiegend erst noch zu leisten haben (zu dieser Notwendigkeit im spezifisch deutschen Handlungsrahmen: vgl. Glotz 1992; Brüggen/Dräger 1991; Volmer 1992; Brüggen in diesem Heft).

# Anmerkungen

- 1 Zu deren zentraler Rolle in Ansätzen einer »Ökologisierung der Ökonomie«, die den Überlegungen Podolinskys zum Verhältnis von Thermodynamik und Ökonomie folgen (insb. Martinez Alier 1987), vgl. Altvater (1992, 33f.)
- 2 Diese Sichtweise hat sich in Diskussionen v.a. mit Michael J\u00e4ger (vgl. inzwischen J\u00e4ger/Kohn-Waechter 1993) und Willi Br\u00fcgen (in diesem Heft) entwickelt.
- 3 Ich stütze mich hier vor allem auf Deléage (1991), dessen Geschichte der Ökologie gegenüber anderen Darstellungen den Vorteil hat, streng problemimmanent den Gang der ökologischen Forschung und Theoriebildung zu entfalten und dadurch jenseits herangetragener Reflexionen und Ausbeutungsversuche die Spezifik ihrer Voraussetzungen deutlich hervortreten läßt.
- 4 Vgl. die deskriptiven Synthese-Versuche bei Gorbatschow (1987), Land u.a. (1990), Commoner (1990), Nisbet (1991) und Antunes u.a. (1990).
- 5 Zur extra-human intendierten und daher in der Konsequenz inhumanen Perspektive der radikal gedachten deep ecology, die die Menschheit als eine Krankheit der Erde begreift, die es auszurotten gilt (vgl. Gore, 216ff., und sowohl ausführlicher als auch in z.T. schwer erträglicher polemischer Ausweitung Ditfurth 1992,149ff.).
- 6 Vgl. für die gesellschaftshistorische Dimension der Energieproblematik Debeir u.a. 1989.
- 7 Speziell zu Gorbatschow (vgl. die Anspielung Gores, 363) s. die eindringliche Aufarbeitung bei Haug 1990 und die dahinter zurückbleibende Debatte in der Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 1991 und 1992.

8 Besonders in Anknüpfung an die von Gore beschriebenen »Widerstandsbewegungen« (280ff.), vgl. die Betonung der »freien Zustimmung« (299) und die Ablehnung einer »Weltregierung« (303f.) – aber auch die ungebrochene Beschwörung der Hegemonie des »westlichen Bündnisses« (305ff.).

#### Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar, 1987: Sachzwang Weltmarkt. Münster

ders., 1991: Die Zukunft des Marktes. Münster

ders., 1992: Der Preis des Wohlstandes. Münster

Antunes, Carlos, u.a., 1990: Für eine grüne Alternative in Europa. Hamburg

Bahro, Rudolf, 1987: Logik der Rettung. Stuttgart

Breuer, Stefan, 1992: Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation. Hamburg

Brüggen, Willi, und Klaus Dräger, 1991: Die Zukunft der Grünen. Für einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag. In: Utopie-kreativ 12, 48ff.

Cosby, Alfred W., 1991: Die Früchte des Weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900. Frankfurt/M.

Commoner, Barry, 1990: Making peace with the planet. New York

Debeir, Jean-Claude, Jean-Paul Deléage, und Daniel Hémery, 1989: Prometheus auf der Titanic. Geschichte der Energiesysteme. Frankfurt/M., Paris

Deléage, Jean-Paul, 1991: Histoire de l'Écologie. Une science de l'homme et de la nature. Paris ders., 1991a: Écologie: Les nouvelles exigences théoriques. In: Écologie Politique 1, Paris, 1ff.

Deléage, Jean-Paul, und Daniel Hémery, 1989: De l'éco-histoire à l'écologie-monde. In: Critiques socialistes 5, Québec, 13ff.

dies., 1989a: L'écologie, critique de l'économie, ebd., 49ff.

Demirović, Alex, 1991: Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie. In: PROKLA 84, 443ff.

Ditfurth, Jutta, 1992: Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition. Hamburg Fischer, Joschka (Hrsg.), 1992: Ökologie im Endspiel. München

Glotz, Peter, 1992: »Ich glaube, daß das Jahr 1969 erst 1998 wiederkommt«. Die SPD und die Aussichten für eine politische Wende. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10, 1173ff.

Goldberg, Jörg, 1992: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 168, 25ff.

Gorbatschow, Michail, 1987: Perestroika. Die zweite russische Revolution. München

ders., 1990: For an Ecological Ethics, Los Angeles Times 1990 (zit.n.: Écologie Politique 2/1992, Paris, 77ff.)

Gorz, André, 1991: Capitalisme, Socialisme, Écologie. Paris

Guattari, Félix, 1989: Les trois écologies. Paris

Haug, W.F., 1990: Versuch beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestrojka-Journal. Hamburg

Hösle, Vittorio, 1991: Philosophie der ökologischen Krise. Moskauer Vorträge. München

Immler, Hans, 1985: Natur in der ökonomischen Theorie. Opladen

Jäger, Michael, und Gudrun Kohn-Waechter, 1993: Das Verlassen der Erde. Materialien zur ökologischen Katastrophe (I). Kommune 1, 33ff.

Jonas, Hans, 1984: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt/M.

King, Alexander, und Bertrand Schneider, 1991: Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome. Spiegel-Spezial 2. Hamburg

Land, Rainer, u.a., 1990: Das Umbaupapier. Berlin

Leff, Enrique, 1986: Ecologia y Capital. Mexico

Leisewitz, André, 1991 u. 1992: Ökologischer Imperialismus (I) und (II). Zeitschrift Marxistische Erneuerung 8, 73ff., und 10, 25ff.

Lipietz, Alain, 1991: Choisir l'audace. Une alternative pour le XXIe siècle. Paris

ders., 1992: Sur la route de Rio – la conférence des ONGs à Paris. In: Écologie Politique 2, Paris, 13ff.

Lovelock, James, 1990: The greening of science. In: Resurgence 138, Bideford, Devon

ders., 1992: GAIA. Die Erde ist ein Lebewesen. München

Luhmann, Niklas, 1986: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen

Martinez-Alier, Juan, und Klaus Schluepmann, 1991: Ecological Economics. Oxford

Meyer-Abich, Klaus, 1988: Wissenschaft für die Zukunft. München

Neurath, Otto, 1925: Wirtschaftsplan und Naturalrechung. Berlin

Nisbet, Evan George, 1991: Leaving Eden. To protect and manage Earth. Cambridge

O'Connor, James, 1987: The meaning of crisis. A theoretical introduction. Oxford

ders., 1988: Capitalism, Nature, Socialism. A theoretical introduction. In: Journal of Socialist Ecology 1, Fall, Santa Cruz, Calif.

ders., 1991: Un capitalisme soutenable est-il possible? In: Écologie politique 1, 62ff. (übers. aus: Capitalism, Nature, Socialism)

Rao, Brinda, 1992: Les représentations des femmes et de la nature en sciences sociales. In: Écologie Politique 3/4, Paris, 87ff.

Saint-Upéry, Marc, 1991: Écologie et autonomie: Le paradigme introuvable. In: Écologie Politique 1, Paris, 69ff.

Sintomer, Yves, 1991: Capitalisme, Socialisme, Écologie (zu Gorz 1991). In: Écologie Politique 1,

Spaemann, Robert, 1987: Das Natürliche und das Vernünftige. München

Tjaden, Karl-Hermann, 1990: Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Marburg

Van Parijs, Philippe, 1991: Impasses et promesses de l'écologie politique. In: Esprit 71, 54ff.

Volmer, Ludger, 1992: »Rot-Grün oder Rechtswende«. Weichenstellungen für die neue Bundesrepublik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11. 1314



Perspektiven der ökologischen und feministischen Linken 192 S., br., DM 18,50

Angesichts der ökologischen Krise und der Umbrüche in Europa entwerfen die AutorInnen die Perspektiven einer radikalen und zeitgenössischen Politik. Die politischen Formen der traditionellen Linken sind verbraucht; neue Bewegungen haben sich aufgemacht, um den zerstörerischen Herrschaftsformen der Moderne entgegenzutreten: die Frauen, die AtomkraftgegnerInnen, die Solidaritätsbewegungen mit der »Zweidrittelwelt«. Hier sind Anknüpfungspunkte für eine linke grüne Politik, der es um nicht weniger geht als eine Perspektive, mit der die grünen Bewegungen in Europa zur tragenden Kraft einer gesellschaftlichen Alternative werden können.



# Krieg und Vergewaltigung

# Ansätze zu einer Analyse

Als der Film »BeFreier und Befreite« über die Massenvergewaltigungen am Ende des Zweiten Weltkrieges von Helke Sander und Barbara Johr gedreht wurde, sah es so aus, als würde dies ein Film über die Vergangenheit werden. Thema des Films waren die Massenvergewaltigungen im Umkreis von Berlin im Frühjahr 1945. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden im Raum Berlin 110000 Frauen vergewaltigt. Weniger konservative Schätzungen nennen eine Zahl von 900000 Frauen (Sander/Johr 1992, 46ff.).

Im Jahre 1992 wurden im ehemaligen Jugoslawien zum Zwecke der Vergewaltigung bzw. der sexuellen Folter Lager in der Mitte Europas eingerichtet. Die Gewalt gegen Frauen hat eine neue Stufe erreicht. Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, Licht auf die Bedeutung von Vergewaltigung und Kriegsbrutalitäten gegen Frauen zu werfen.

#### I. Zur Funktion von Vergewaltigungen

Fragt man nach den Gründen für Vergewaltigungen, so stößt man auf einen Wust von Mythen und Ideologien. Der wirkungsvollste Mythos ist wohl der, Vergewaltigung hätte etwas mit einem unbezwinglichen männlichen Trieb zu tun, der sich, sofern nicht kulturell kontrolliert, zwar bedauerlicher- aber andererseits unvermeidlicherweise austoben müsse. Dahinter steht eine »Dampfkesseltheorie« der männlichen Natur. Männer sind in dieser Vorstellung letztlich nicht Herr im eigenen Haus. Sie werden als willenlose Opfer ihrer gewalttätigen und triebhaften Natur gesehen. Tatsächlich gibt es gute Gründe dafür anzunehmen, daß Vergewaltigungen weder mit der Natur noch mit der Sexualität sehr viel zu tun haben. Sie sind vielmehr ein extremer Gewaltakt, der sich sexueller Mittel bedient. Das belegen Vergewaltigungsstudien, die vor allem in in den USA, mittlerweile aber auch im deutschsprachigen Raum vorliegen (z.B. Heinrichs 1986; Feldmann 1992). Sie zeigen, daß Vergewaltigung kein aggressiver Ausdruck von Sexualität, sondern ein sexueller Ausdruck von Aggression ist. Sie dient in der Psyche des Täters nicht sexuellen Zwecken, sondern der Artikulation von Wut, Gewalt und Herrschaft. Es geht darum, eine Frau zu erniedrigen, zu demütigen und zu unterwerfen (vgl. Groth/Hobson 1986, 88).

Das gewalttätige Eindringen in das Innere des Körpers ist der schwerste denkbare Angriff auf das Selbst und die Würde des Menschen und ist in aller Regel ein Kennzeichen schwerer Folter. Das gewaltsame Eindringen in den Innenraum der Frau hat Wirkungen, die der Folter vergleichbar sind. Es bewirkt körperlichen Schmerz, den Verlust der Würde, einen Angriff auf die Identität und den Verlust der Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Jeder Kampf um Würde und Selbstbestimmung, der von Menschen geführt wird, »hat seine Wurzeln im Kampf um die Kontrolle über den eigenen Körper, besonders um die Kontrolle

82 Ruth Seifert

über den physischen Zugang zum eigenen Körper« (Dworkin 1990, 243). Da die persönliche Identität eng mit der sexuellen Identität verwoben ist, wird durch die sexuelle Form der Gewalt zudem das personale Selbst in seinem Kern getroffen (vgl. Feldmann 1992, 6). Untersuchungen von Vergewaltigungen zeigen, daß das Ausmaß der Mißhandlungen oft weit über das Ausmaß der Gewalt hinausgeht, das zur Erreichung der Vergewaltigung nötig gewesen wäre. Vergewaltigungsopfer selbst empfinden die Tat generell nicht als sexuelle Handlung, sondern als extreme und demütigende Form der Gewaltausübung gegen ihre Person und ihren Körper. Aber auch Vergewaltiger berichten kaum jemals von einem sexuellen Erlebnis. Was die Täter artikulieren sind Gefühle der Feindseligkeit, der Aggression, der Macht und der Herrschaft (vgl. ebd., 7).

Untersuchungen von Gruppenvergewaltigungen zeigen, daß es hier in erster Linie um eine Bestätigung von Männlichkeit geht. Typisch ist ein ritualisiertes Vorgehen, bei dem sich die Reihenfolge nach dem Status in der Gruppe richtet. Es wurde auch festgestellt, daß Vergewaltiger dazu tendieren, ihr Opfer zu depersonalisieren. Sie nehmen es kaum als konkrete Person wahr und haben Mühe, die Frau hinterher zu beschreiben. Das Opfer steht stellvertretend für »Frau« schlechthin. Resümierend läßt sich sagen: Die Sexualität des Täters steht bei der Tat nicht im Mittelpunkt. Sie wird vielmehr instrumentell in den Dienst der Gewaltausübung gestellt (vgl. ebd.; Groth/Hobson 1986, 88).

Weitere Argumente gegen eine »naturalisierende« Interpretation liefert die ethnologische Forschung. So gibt es vergewaltigungsarme und vergewaltigungslastige Gesellschaften. Vergewaltigungsarm sind Gesellschaften, in denen a) die männliche Vormachtstellung weitestgehend gesichert ist. Ein Beispiel sind islamische Gesellschaften. Oder aber b) Gesellschaften, in denen Frauen Anerkennung genießen und in der jeweiligen Kultur einen respektablen Status besitzen. Vergewaltigungslastig sind demgegenüber Gesellschaften, in denen a) männliche Macht unstabil geworden ist, b) Frauen einen untergeordneten Status haben und c) Gesellschaften, in denen rigide Definitionen von »männlich« und »weiblich« vorherrschen, die mit starken Vormachtstellungen bzw. Werthierarchien verbunden sind. Zu den vergewaltigungslastigen Gesellschaften zählen nahezu alle modernen westlichen Gesellschaften. Ein treffendes Beispiel sind die USA mit ihrer historisch starken Frauenbewegung und einer entsprechenden Labilität männlicher Machtstellung. In den USA ist Vergewaltigung derzeit das häufigste Gewaltdelikt (vgl. Porter 1986; Reeves 1986).

Bei der Suche nach der gesellschaftlichen Funktion von Vergewaltigung deutet alles darauf hin, daß sie die ungleichen Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern regulieren: Sie dienen dazu, eine bestimmte Gender-Ordnung zu sichern oder – wenn sie brüchig zu werden droht – wieder herzustellen. In Vergewaltigungskulturen trägt die vorstellbare Gefahr der Vergewaltigung zur Identitätsbildung von Frauen (und Männern) bei. Das Wissen, auf Grund der Geschlechtszugehörigkeit der potentiellen Gefahr eines massiven Angriffs auf Körper und Psyche ausgesetzt zu sein, beeinflußt bekanntlich das Alltagsverhalten von Frauen. Der Terror, der von der Möglichkeit der Vergewaltigung ausgeht, zeigt, daß Vergewaltigung eine symbolische und gesellschaftsformende Kraft auch dort hat, wo sie nicht unmittelbar aktuell ist. Die Massenvergewaltigungen des

Zweiten Weltkrieges und die in Jugoslawien bestimmen und beeinflussen über die Zeiten und Grenzen hinweg die Position, die Identität und das Selbstgefühl von Frauen.

## II. Zur Frage der Bedeutung von Vergewaltigungen in und nach Kriegen

Wenn im folgenden Erklärungen zur Bedeutung von Vergewaltigung im Kontext von Kriegen entwickelt werden, soll folgendes vorausgeschickt werden: Erstens ist davon auszugehen, daß Vergewaltigungen keine Funktionen haben, die zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften gleich wären. Die Funktionen hängen vom jeweiligen historischen und kulturellen Kontext ab und müssen letztlich am konkreten Fall diskutiert werden. Zweitens sind die folgenden Erklärungen nicht primär psychologischer Natur. Es geht in erster Linie um kulturelle Muster, die sich hinter dem Rücken der Individuen durchsetzen und keinen Eingang ins wache Bewußtsein gefunden haben. Schließlich sind diese Erklärungsversuche keineswegs als erschöpfend zu betrachten. Sie sind ein Versuch, einige Aspekte von Vergewaltigungen im Krieg herauszugreifen und einer Analyse zugänglich zu machen.

### Vergewaltigungen gehören zu den »Spielregeln« des Krieges

Sander und Johr haben darauf hingewiesen, daß Vergewaltigungen in der uns bekannten Geschichte in Kriegen offensichtlich schon immer vorkamen – also auch in Gesellschaften, die nach der eingangs vorgestellten Definition vermutlich »vergewaltigungsarm« waren. Ein Beispiel ist die Periode vor Beginn der Frühen Neuzeit, von der man annimmt, daß sie vergewaltigungsärmer war als die unsrige, und von der einigermaßen gesichert ist, daß die Geschlechtertrennung – also die Festschreibungen von »männlich« und »weiblich« – durchlässiger und weniger rigide waren. Insbesondere in Krisenzeiten wurde »die Grenze zwischen den Geschlechtern zeitweise aufgehoben oder weniger streng gezogen« (Dekker/van de Pol 1990, 47; vgl. auch Porter 1986; Seifert 1992).

Wenn in Kriegen dennoch massenhaft vergewaltigt wurde, so hilft ein Blick auf das hochgradig ritualisierte Kriegsgeschehen zu einer Erklärung. Der Krieg ist ein ritualisiertes, auf detaillierte Art und Weise geregeltes Spiel – ich benutze das in diesem tödlichen Zusammenhang befremdliche Wort »Spiel« deswegen, weil dabei nach genauen »Spielregeln« verfahren wird (u.a. ein Grund, warum Militärs zögerlich sind, im Jugoslawien einzugreifen, ist der, daß es sich um einen Gegner handelt, der nicht bereit ist, diese Regeln anzuerkennen - also, daß strukturierte Armeen vorhanden sind, daß der Gegner klar identifizierbar ist, daß erkennbare Frontverläufe und eine klare Kommandostruktur existieren). 1 Es deutet einiges darauf hin, daß es eine Spielregel war bzw. ist, daß Gewalt gegen Frauen innerhalb dieses Rituals immer dem Sieger für die unmittelbare Nachkriegszeit und in Eroberungssituationen zugestanden wurde. Es gibt keinen Hinweis auf Verhandlungen, die jemals geführt worden wären, um diese Greuel gegen Frauen einzudämmen. Vergewaltigung in Kriegsgebieten hängt auch nicht davon ab, ob Prostituierte zur Verfügung stehen, erklärte ein Mitglied des Obersten Militärgerichtes in Washington (Brownmiller 1978, 80). Viele Männer

84 Ruth Seifert

ziehen im »Freiraum« des Krieges Vergewaltigung einfach vor: Worum es geht, ist nicht Sexualität, sondern die Ausübung sexueller, geschlechtsspezifischer Gewalt.

In kriegerischen Auseinandersetzungen ist die Mißhandlung von Frauen ein Teilstück männlicher Kommunikation

Vergewaltigungen können im Kontext von Kriegen als der letztliche symbolische Ausdruck der Demütigung des männlichen Gegners betrachtet werden. Wie die Geschichte lehrt, ist der Beschützermythos der Männer, der in den meisten Kriegen mobilisiert wird, nichts weiter als ein Mythos. Es ist keineswegs ein kulturelles Anliegen, Frauen vor Kriegen und deren Folgen zu beschützen. Das bedeutet nicht, daß dieser Mythos keine soziale und psychische Wirkung besitzen würde. Realiter aber sind Frauen den Folgen von Kriegen immer ausgesetzt. Die Vergewaltigung von Frauen trägt eine zusätzliche Botschaft mit sich: Von Mann zu Mann ergeht die Mitteilung, daß die befehdeten Männer nicht imstande sind, »ihre« Frauen zu beschützen. Damit werden sie in ihrer Männlichkeit getroffen und desavouiert. Diese Kommunikationsfunktion von Mann zu Mann zeigt sich deutlich, wenn im ehemaligen Jugoslawien Busse mit Frauen im sechsten, siebten oder höheren Schwangerschaftsmonaten über die feindlichen Linien zurückgeschickt werden – meistens mit zynischen Aufschriften über die zu gebärenden Kinder auf den Fahrzeugen. Dieser Effekt trat auch in den Recherchen von Sander/Johr zutage. Sie berichten, daß Opfer von Kriegsvergewaltigungen von ihren Ehemännern für die Tat verantwortlich gemacht und verlassen wurden. Viele Frauen verschwiegen die Vergewaltigung auch aus diesem Grunde (Sander/Johr 1992). D.h. Männer sehen sich durch die Mißhandlung »ihrer« Frauen in ihrer Männlichkeit beeinträchtigt. Im Mittelpunkt steht die Auswirkung auf die Männer, nicht das Leiden der Frauen (vgl. auch Brownmiller 1978).

Vergewaltigungen resultieren auch aus den Männlichkeitsangeboten, die Armeen den Soldaten machen, bzw. aus der Überhöhung von Männlichkeit, die eine Begleiterscheinung von Kriegen in westlichen Kulturen ist

Einer der Gründe, warum es für Männer attraktiv ist, Soldat zu werden, besteht darin, daß damit eine Bestätigung und Bestärkung von Männlichkeit verbunden ist. Lange Zeit galt der Militärdienst als rite de passage bzw. als »Reifeprüfung zur Mannwerdung« (Haltiner 1985, 37). Männlichkeitsvorstellungen sind für Armeen und auch für das Verhältnis von Armee und Gesellschaft bedeutsam. Im Soldatenberuf werden Subjektpositionen bereitgestellt, die in einer von Nation zu Nation variierenden Weise an Männlichkeitsvorstellungen gebunden sind und damit Konnotationen von Macht, Herrschaft sowie Erotik und Sexualität aufweisen. Attraktivität und Status des Berufes hängen auch von den Geschlechterkonstruktionen einer Gesellschaft ab. Einige Aspekte des Militärs sind ohne die mehr oder weniger subtilen Verflechtungen mit dem Geschlechterarrangement kaum erklärbar. Wenn man versucht, »die gesellschaftliche Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit und das daraus entstehende Beziehungsgeflecht

zu ignorieren, dann ist nicht mehr erklärbar, wie es dem Militär gelungen ist, einen so großen Anteil der materiellen gesellschaftlichen Ressourcen, aber auch der gesellschaftlichen Phantasien zu besetzen und zu kontrollieren« (Enloe 1983, 212). Ein weiteres Indiz für die Bedeutung des Konstruktes »Männlichkeit« in Armeen ist die Tatsache, daß die stärker werdende Position von Frauen in der US-Armee dazu geführt hat, daß das Bild des Soldaten bzw. das professionelle Selbstverständnis ins Wanken geraten ist und derzeit neu definiert werden muß (vgl. Enloe 1992; *Time Magazin* 30.11.1992).

Betrachtet man die Männlichkeitsvorstellungen westlicher Gesellschaften, so ist die Definition von Männlichkeit fast unentwirrbar mit Heterosexualität und Gewalt und in der Konsequenz dem staatlichen Gewaltmonopol zusammengebaut: Ein homosexueller Mann wird als weniger männlich empfunden als ein heterosexueller; ein sanfter, ängstlicher Mann als weniger männlich als ein aggressiver. Armeen machen Männlichkeitsangebote auf beiden Ebenen: Sie verbinden durch den Ausschluß von Frauen das staatliche Gewaltmonopol mit Männlichkeit; Homosexualität wird in allen modernen Armeen geächtet<sup>2</sup>; ein zotiger Umgang mit Heterosexualität gehört zum Alltag in vielen Einheiten. All dies wird mit männlichen Überlegenheitsgefühlen besetzt (vgl. Enloe 1989; Seifert 1991).

Darüber hinaus zeichnet sich die westliche Kultur durch eine Vermengung von Gewalt und Erotik bzw. Sexualität aus. Die Sprache ist dabei enthüllend: »Erobert« wird sowohl auf dem Schlachtfeld als auch im Schlafzimmer; der Einmarsch der Deutschen nach Belgien zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde in der englischen Presse als »Rape of Belgium« (Vergewaltigung Belgiens) tituliert, ebenso der irakische Überfall auf Kuweit als »Rape of Kuwait«; das Gewehr wird als »Braut des Soldaten« bezeichnet. Die Liste der Bilder, die (militärische) Gewalt und männliche Sexualität zusammenbauen, ließe sich endlos fortsetzen (vgl. auch Theweleit 1982; Pohl 1992).

Insofern ist durch die Konstruktion von Armeen bzw. das in ihnen gepflegte Männlichkeitsideal, das heterosexuelle Männlichkeit und Gewalt auf besondere Weise stilisiert und zusammenbaut, Vergewaltigung zumindest angelegt (wenn auch nicht determiniert). Dies bestätigen Beobachtungen des amerikanischen Militärpsychiaters Marlowe, der feststellte, daß es kaum eine Armee gibt, in der die sexuelle Symbolik keine Rolle spielen würde. »Male bonding« – das im Militär geförderte männliche Zusammengehörigkeitsgefühl - wird über die gemeinsame Sprache einer männlichen Sexualidentität hergestellt, wobei mit der Metapher der »soldatischen Männlichkeit« ein starkes und überlegenes Selbstbild produziert wird (vgl. Marlowe 1983, 192). Am Ende des Zweiten Weltkrieges stellte ein Militärsoziologe fest, daß im rein männlichen Umfeld einer Armee die Werte, »die mit dem Ideal von Virilität verbunden sind, eine entscheidende Rolle bei der Herausformung des soldatischen Selbstbildes, beim Aufbau innerer Spannungen sowie den Möglichkeiten, diese Spannungen abzubauen, spielen« (Elkin 1946, 410). Auch dies ist ein Hinweis darauf, daß in der Konstruktion des Soldaten (oder anders ausgedrückt: in den Subjektpositionen, die Armeen zur Verfügung stellen), Verhaltensweisen, die einen gewalttätig-männlich kodierten Abbau von Spannungen nahelegen, eher angelegt sind als andere.

86 Ruth Seifert

Die Bedeutung der Verquickung von Gewalt und Männlichkeit in den kulturellen Vorstellungen zeigt sich auch in den Berichten über Gruppenvergewaltigungen der Amerikaner in Vietnam. Zusätzliche Grausamkeiten am Opfer wurden als Wettbewerb um mehr Männlichkeit aufgefaßt. Einige Sexualverbrechen wurden von Soldaten angezeigt, die sich daran nicht beteiligt hatten. In den Verhandlungen vor dem Kriegsgericht stellten die Vergewaltiger typischerweise die Männlichkeit des Anzeigenden in Frage oder bezeichneten ihn als Schwulen oder Schwächling (Brownmiller 1978, 105f.).

Eine weitere Erklärung für sexuelle Gewaltausbrüche in Kriegen liegt im Wechselspiel zwischen männlicher Psychologie und der gesellschaftlichen Konstruktion von Männlichkeit. So führt die für Militärorganisationen charakteristische Negierung und Verdrängung weicher, einfühlsamer und ängstlicher Gefühle zu einer Situation, in der Männer ständig ihre maskuline Identität unter Beweis stellen müssen. Dies geschieht, indem weiblich kodierte Eigenschaften wie Weichheit, Gefühl und Empathie zumindest im Organisationskontext negiert und minder bewertet werden. Verschanzt hinter dieser Art der Verteidigung von Männlichkeit ist es, so Joan Smith, kaum möglich, mit Gefühlen wie Mitleid, Lust, Angst oder auch Wut reflektiert umzugehen, da sie eine Bedrohung der sorgsam konstruierten maskulinen Existenz darstellen.<sup>3</sup> Werden in Extremsituationen diese Gefühle dennoch ausgelöst, so rufen sie einen Affekt gegen Weiblichkeit hervor. Viele Soldaten greifen dann zum kulturell bereitgestellten »männlichen« Lösungsangebot, für das sie auch noch als Experten ausgebildet sind: der Gewalt, die dann zur spezifisch sexuellen Gewalt gegen Frauen wird (Smith 1992, 135f.).

## Vergewaltigungen in Kriegen zielen darauf ab, die Kultur des Gegners zu zerstören

Nach gängiger Ansicht – vor allem von Militärs – werden ZivilistInnen, und das sind in Kriegszeiten zum größten Teil Frauen – bedauerlicher-, aber manchmal eben unvermeidbarerweise von Kriegshandlungen betroffen. Als »eigentliche« Kriegshandlung gilt die Auseinandersetzung zwischen Soldaten. Forschungen über die Position von Frauen in den Bürgerkriegsgebieten in Mozambique und Sri Lanka kamen zu einem anderen Ergebnis (Nordstrom 1991). Sie zeigten, daß ZivilistInnen vom Kriegsgeschehen in extremen Ausmaß betroffen waren. Es waren nicht Soldaten, die im Zentrum dieser Kriege standen, sondern ZivilistInnnen. Dabei waren Frauen als taktische Ziele von besonderer Bedeutung: Auf Grund ihrer kulturellen Position bzw. ihrer Bedeutung in der Familienstruktur sind sie ein zentrales Angriffsziel, will man eine Kultur zerstören. Diese Dekonstruktion von Kultur, nicht unbedingt das Besiegen der fremden Armee, kann als ein zentrales Ziel von Kriegshandlungen angesehen werden, denn nur durch deren Zerstörung - und dies führt über die Zerstörung von Menschen kann eine Entscheidung erzwungen werden (vgl. hierzu Scarry 1992). Zahlen über den Einbezug der Zivilbevölkerung in Kriegen des 20. Jahrhunderts bestätigen diese These. Es ist bekannt, daß im Ersten Weltkrieg mehr ZivilistInnen als Soldaten getötet wurden. Für die damalige Sowjetunion wird für den Zweiten

Weltkrieg eine Zahl von 9 Millionen getöteter SoldatInnen gegenüber 16 Millionen ZivilistInnen angegeben, für den Korea-Krieg eine Relation von 1:5, für den Vietnam-Krieg von 1:13. Nach UNICEF-Daten aus dem Jahre 1989 sind in den nach dem Zweiten Weltkrieg geführten Kriegen 90 Prozent aller Opfer ZivilistInnen, mit einem großen Anteil von Frauen und Kindern. 1979 wurde für künftige Kriege eine Relation von 1:100 genannt.

Es gibt Hinweise darauf, daß im Rahmen dieses systematischen Einbezugs der Zivilbevölkerung der Angriff auf Frauen eine bewußte militärische Taktik ist. Diese These wurde bereits nach den Massenvergewaltigungen in Bangladesh 1971 geäußert. Die Zahl der in Bangladesh vergewaltigten Frauen wurde auf 200 000 geschätzt. Ein indischer Schriftsteller war überzeugt, "daß es sich um ein geplantes Verbrechen gehandelt hat. Es sei derart systematisch und allenthalben vergewaltigt worden, daß nur bewußte militärische Taktik habe dahinterstehen können«. Er äußerte den Verdacht, daß damit eine neue Rasse geschaffen und das bengalische Nationalgefühl ausgelöscht werden sollte (Brownmiller 1978, 89).

Frauen sind demnach in Kriegsgebieten (zusammen mit Kindern und alten Männern) das »Material«, mit dem der Krieg gemacht wird. Dem entsprechen die Schilderungen bosnischer Flüchtlinge: »Frauen, Kinder und alte Leute hißten weiße Fahnen und blieben zurück in der Hoffnung, als unbewaffnete Zivilbevölkerung einen Sonderstatus zu genießen. Vereinzelt ging die naive Rechnung auf. Im allgemeinen aber ist, wer keine Waffen trägt, ganz besonders angreifbar« (Benard/Schlaffer 1992, 186).

Vergewaltigungsorgien haben eine kulturell verankerte Mißachtung von Frauen als Hintergrund, die in Extremzeiten ausgelebt wird

Neben allen anderen Motiven bleibt Vergewaltigung ein extremer und feindseliger Gewaltakt von Männern gegen Frauen. Ines Sabalic betont in ihrem »Bericht aus Zagreb« die Dimension von Wut und Haß gegen Frauen, ohne die die spezifischen sexuellen Gewalttätigkeiten nicht erklärbar sind. Sie verwies insbesondere auf die Greuel mit quasi-ritualisiertem Charakter, bei denen die Weiblichkeit des Körpers im Mittelpunkt stand. So wurden Frauen nach der Vergewaltigung die Brüste abgeschnitten und die Bäuche aufgeschlitzt (Sabalic 1992).

Die These, es ginge dabei primär um Rache am Feind, akzeptiert zum einen den Umstand, daß Frauen »Kriegsmaterial« sind. Zum anderen wird sie durch die Realität konterkariert. Vergewaltigt wurden im Frühjahr 1945 nicht nur deutsche Frauen, sondern ebenso Jüdinnen, die das Nazi-Regime überlebt hatten sowie Zwangsarbeiterinnen. Vergewaltigt wurden auch in Kuweit nicht ausschließlich einheimische Frauen, sondern im gleichen Maße Gastarbeiterinnen aus den Philippinen, Ägypten und anderen Ländern. Frauen werden nach der Einschätzung von Brownmiller im Krieg nicht nur deswegen vergewaltigt, »weil sie zum Feindeslager gehören, sondern weil sie Frauen und deshalb Feinde sind« (Brownmiller 1978, 69).

Allerdings bereitet der Begriff »Feind« in diesem Zusammenhang Probleme. Feinde wissen, daß sie verfeindet sind und sie verfügen über eine Theorie

88 Ruth Seifert

darüber, warum dies der Fall ist. Wer von einem Feind angegriffen wird, kämpft in aller Regel zurück. Frauen erwarten demgegenüber in der Regel nicht, daß sie massenhaft attackiert werden, noch wissen sie, warum. Sie haben sich – wie auch Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien berichten – sicher gefühlt, bis der Wahnsinn über sie hereinbrach (Benard/Schlaffer 1992, 190). Legt man diese Definition zugrunde, so werden Frauen nicht vergewaltigt, weil sie *Feinde*, sondern weil sie Objekte eines fundamentalen Hasses sind, der das kulturelle Unbewußte charakterisiert und in Krisenzeiten aktualisiert wird. »Kriegs- und Krisenzeiten als äußere Bedingungen lassen die eh schon brüchigen und durchlässigen Hemmschwellen gegenüber direkter sexueller Gewalt eindeutig absinken« (Pohl 1992, 161).<sup>4</sup>

Wir kommen nicht an der Erkenntnis vorbei, daß in unseren Gesellschaften in variierendem Maße unter einer brüchigen Schicht ein virulenter Frauenhaß existiert. Diese Gefühle von Haß und Verachtung zeigen sich aber bereits in Friedenszeiten. Gepflegt wird dieser Haß z.B. in der gesellschaftlich akzeptierten Pornographie, die im Frieden die körperliche Gewalt von Männern über Frauen zelebriert und, wie Dworkin formuliert, ein in sich stimmiges System haßerfüllter Werte bietet. Diese Werte werden mit Hilfe einer bestimmten Konstruktion von aggressiver Sexualität (die als »normal« unterstellt wird) »naturalisiert« und damit legitimiert (vgl. Dworkin 1990, 35). Ein Blick auf die (männlichen) kulturellen Produktionen der westlichen Welt enthüllt eine Kultivierung bzw. Ästhetisierung der Vergewaltigung die vom Raub der Sabinerinnen bis zu »Clockwork Orange« reicht. Der Krieg wird auf diesem Hintergrund »auch ein Abenteuer zur Bestätigung und Ausagierung unbewußt gegen Frauen gerichteter Zerstörungsphantasien« (Pohl 1992, 161).

Auch Soldaten des nationalsozialistischen Deutschlands vergewaltigten massenhaft. Auch von der Wehrmacht weiß man, daß sie Bordelle betrieb, in die Frauen zwangsweise eingeliefert wurden (Zeugenaussage vom 31.1.1946, Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß, Band 6, 404ff.; Band 7, 456f.; vgl. auch Hilberg 1961, 126ff.; Brownmiller 1978, 55ff.). Daß in der Wehrmacht – neben einer ostentativ gepflegten hehren Helden- und Beschützerideologie – vergewaltigt wurde, ist allerdings schon kaum mehr erstaunlich, wenn man sich die Frauenverachtung der nationalsozialistischen Ideologie vor Augen hält. So verkündete Goebbels öffentlich: »Der Mann soll zum Krieger erzogen werden, und das Weib zur Erholung des Kriegers; alles andere ist Torheit« und lieferte damit die ideologische Legitimation für die Definition des weiblichen Körpers als Gebrauchsgegenstand für Männer.

### III. Die Logik des Schweigens

Über die Greuel gegen Frauen breitete sich bisher historisches Schweigen. Dieses Schweigen wurde auch von Sander/Johr angesprochen. Trotz des Ausmaßes, der Folgen und der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Massenvergewaltigung 1945 waren diese in den letzten 40 Jahren weder zum Forschungsgegenstand noch zum Politikum geworden (Sander/Johr, 21). In der Geschichtsschreibung wird Vergewaltigung, obwohl sie in Kriegen und Pogromen ein Massen-

phänomen ist, als Einzelphänomen und damit als Marginalie behandelt. Dieses Schweigen hat eine tiefergehende kulturelle Bedeutung: Weibliche Erfahrung wird auf diese Weise marginalisiert und trivialisiert. Es wird dadurch auch unkenntlich, daß Vergewaltigungen eine historische bzw. eine strukturelle Bedeutung im Geschlechterverhältnis haben (vgl. Porter 1986).

Übrig bleibt der weibliche Körper, auf dem Männer Erfahrungen machen und diese nach Kriterien interpretieren, die ihre gesellschaftliche Machtposition nicht in Frage stellen (z.B. indem die Greuel als »natürliche« Begleiterscheinung eines »natürlichen« Geschlechterverhältnisses dargestellt, oder trotz der Massenhaftigkeit des Vorkommens als nicht weiter analysierbare Ausrutscher wildgewordener Horden bezeichnet werden). Denn diejenigen, die die hegemonialen Position einer Kultur besetzen, verfügen über die Macht zu benennen. »Diese Macht zu benennen ermöglicht es ihnen, Erfahrungen zu definieren, Grenzen und Werte festzulegen, jedem Ding seinen Bereich und seine Eigenschaften zuzuordnen; zu bestimmen, was ausgedrückt werden kann und was nicht; ja, die Wahrnehmung selbst zu kontrollieren« (Dworkin 1990, 26).

Erst in jüngster Zeit wurden Versuche gemacht, Vergewaltigungen und andere Kriegsverbrechen gegen Frauen als systematisches historisches und politisches Ereignis ins kulturelle Gedächtnis zurückzuholen und damit überhaupt zu problematisieren. Erst wenn sexuelle Gewalt als politisches Ereignis wahrgenommen und analysiert wird, können Ursachen und Zusammenhänge eruiert und Überwindungsstrategien ins Auge gefaßt werden.

Das Mobilisieren einer empathischen Öffentlichkeit hat möglicherweise einen weiteren Effekt: Es kann dazu dienen, den Opfern sexueller Gewalt eine Diskurs- bzw. Artikulationsmöglichkeit zur Verfügung zu stellen. Was die Vergewaltigungen am Ende des Zweiten Weltkrieges charakterisiert, ist auch, daß die Opfer nicht reden (Sander/Johr 1992, 9). Das kann auch dem Umstand geschuldet sein, daß kein Diskurs zur Verfügung stand, innerhalb dessen die Frauen ihre Erlebnisse in einer ihre Würde bewahrenden Form hätten artikulieren können. Nicht einmal im internationalen Recht – einer normsetzenden und damit auch wahrnehmungssteuernden Institution – wurden ihre Leiden als Kriegsverbrechen anerkannt. Bisher wurde diese zentrale kulturelle Erfahrung von Frauen biologisiert und trivialisiert und damit an die unvermeidlichen – letztlich aber »natürlichen« und historisch wenig bedeutungsvollen – Ränder verwiesen. Von dort muß sie ins Zentrum der historischen und politischen Diskurse zurückgeholt werden.

### Anmerkungen

- 1 Das Kriegsvölkerrecht verlangt ebenfalls eine klare Kommandostruktur mit der Zurechenbarkeit von Befehlen sowie das offene Tragen der Waffen und Abzeichen, die die Kämpfenden als Mitglieder einer bestimmten Kombattantengruppe ausweisen.
- Vorstöße dies zu verändern werden derzeit in den USA gemacht. Allerdings wird dies vorerst den Alltag der Armee nicht verändern (vgl. Time Magazin 30.11.1992).
- 3 Der unterschiedliche Umgang von M\u00e4nnern und Frauen mit der Angst wurde auch in Haug/Hauser beleuchtet (vgl. Haug/Hauser 1991, 250ff.)
- 4 Pohl berichtet, daß während des zweiten Golf-Krieges in Israel ein deutlicher Anstieg an Vergewaltigungen verzeichnet wurde (vgl. Pohl 1992).

90 Ruth Seifert

#### Literaturverzeichnis

Benard, Cheryl, und Edit Schlaffer (Hrsg.), 1992: Kleiner als ein Stück Dreck. In: Der Spiegel 50/7.12.

- Brownmiller, Susan, 1978: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Frankfurt/M.
- Dekker, Rudolf, und Lotte van de Pol, 1990: Frauen in Männerkleidern. Weibliche Transvestiten und ihre Geschichte. Berlin
- Dworkin, Andrea, 1990: Pornographie. Männer beherrschen Frauen. Frankfurt/M.
- Elkin, Henry, 1946: Aggressive and Erotic Tendencies in Army Life. In: American Journal of Sociology, 410f.
- Enloe, Cynthia, 1983: Does Khaki Become You? The Militarisation of Women's Lives. London
- dies., 1989: Beyond Steve Canyon and Rambo: Feminist Histories of Militarized Masculinity. In: Gillis, John R. (Hrsg.): The Militarization of the Western World. Rutgers
- dies., 1992: The Politics of Constructing the American Woman Soldier as a Professionalized »First Class Citizen«: Some Lessons from the Gulf War. In: Minerva. Quarterly Report on Women and the Military, 14-31
- Feldmann, Harry 1992: Vergewaltigung und ihre psychischen Folgen. Ein Beitrag zur post-traumatischen Belastungsreaktion. Stuttgart
- Groth, Nicholas, und William F. Hobson, 1986: Die Dynamik sexueller Gewalt. In: Heinrichs, Jürgen (Hrsg.): Vergewaltigung. Die Opfer und die Täter. Braunschweig, 87-98
- Haltiner, Karl W., 1985: Milizarmee Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Frauenfeld
- Haug, Frigga, und Kornelia Hauser (Hrsg.), 1991: Die andere Angst. Frauenformen. (Argument-Sonderband AS 184) West-Berlin
- Hilberg, Raul, 1961: Destruction of the European Jews. Chicago
- Marlowe, David H., 1983: The Manning of the Force and the Structure of Battle: Part 2 Men and Women. In: Fullinwider, Robert K., Conscripts and Volunteers. Military Requirements, Social Justice and the All-Volunteer Force. Totowa, N.J., 189-199
- Nordstrom, Carolyn, 1991: Women and War: Observations from the Field. In: Minerva. Quarterly Report on Women and the Military IX/1, 1-15
- Pohl, Rolf, 1992: Männlichkeit, Destruktivität und Kriegsbereitschaft. In: Logik der Destruktion. Der zweite Golfkrieg als erster elektronischer Krieg und die Möglichkeiten seiner Verarbeitung im Bewußtsein. Reihe des Instituts für Politische Wissenschaften Uni Hannover, 157-177
- Porter, Roy, 1986: Rape Does it have a Historical Meaning? In: Tomaselli, Sylvana, und Roy Porter (Hrsg.): Rape. London, 216-236
- Sabalic, Ines, 1992: Nirgends erwähnt doch überall geschehen. Ein Bericht aus Zagreb. Publikation der Gleichstellungstelle der Landeshauptstadt München. München
- Sanday, Peggy Reeves, 1986: Rape and the Silencing of the Feminine. In: Tomaselli, Sylvana, und Roy Porter (Hrsg.): Rape. London, 84-101
- Sander, Helke, und Barbara Johr (Hrsg.), 1992: BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigung. München
- Scarry, Elaine, 1992: Der Körper im Schmerz. Die Chiffren der Verletzlichkeit und die Erfindung der Kultur. Frankfurt/M.
- Seidler, Franz W., 1978: Frauen zu den Waffen? Marketenderinnen, Helferinnen, Soldatinnen. Koblenz
- Seifert, Ruth, 1991: Feministische Theorie und Militärsoziologie. In: Das Argument 190, 861-873 dies., 1992: Männlichkeitskonstruktionen. Die diskursive Macht des Militärs. In: Das Argument 196, 859-872
- Smith, Joan, 1992: Misogynies. Frauenhaß in der Gesellschaft. München
- Theweleit, Klaus, 1982: Männerphantasien. Bd. 1 & Bd. 2. Reinbek
- Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (42 Bde.). Nürnberg 1947, Bd. 6 & Bd. 7

# Selbstdurchkreuzte Intentionalität: Wahnsinn als Aushebelungsversuch des Subjekts aus Gesellschaftlichkeit und Geschichte

I.

Intentionalität ist ein Begriff, der in der Philosophie, in der Psychologie und in der gehobenen Alltagssprache in je verschiedenen Bedeutungsvarianten verwendet wird. Alltagssprachlich meint er einfach Zielgerichtetheit, wobei, von der französischen Wortbedeutung abgeleitet, aber auch etwas von bewußter Absichtlichkeit mitschwingt. Psychologisch wird ein (aktives) inneres Gerichtetsein auf Gegenstände oder Sachverhalte darunter verstanden, im Gegensatz zu Begriffen, die (passive) Zuständlichkeit widerspiegeln. Demgegenüber hat die phänomenologische Philosophie mit dem Begriff der Intentionalität eine apriorische Grundstruktur des Bewußtseins im Auge, sein Weltverhältnis nämlich - wobei »Bewußtsein« im phänomenologischen Sinne auch das Unbewußte der Psychoanalyse mit umfaßt. Heidegger (1927) legt Intentionalität fundamentalontologisch als »In-der-Welt-Sein« des – seinsverstehenden – »Daseins« aus. – Je nachdem, wie weit man die Bedeutung von »Weltverhältnis« (und des Bewußtseins, in dem dieses verankert ist) faßt, werden präreflexive und präprädikative Bezugnahmen zur Welt – all das, was der späte Husserl (1948) »transzendental leistendes Leben« genannt hat - vom Begriff der Intentionalität noch mit abgedeckt oder aber von ihm ausgegliedert. Im engeren Bereich der Psychiatrie führt Beringer (1924) mit der »Spannweite des intentionalen Bogens« in den Intentionalitätsbegriff schließlich eine quantifizierbare Dimension ein.

In diesem Aufsatz soll Intentionalität in ihrem weitest möglichen Sinne verstanden werden, als jedwede Form der Bezugnahme - des Ausseins - auf die Welt und die Gegenstände bzw. Sachverhalte, in welche sie gegliedert ist. Dabei folge ich insoweit der »linguistischen Wendung« der Philosophie, daß ich »Welt und ihre Gegenstände« erkenntnistheoretisch als eine in verallgemeinerbare Bedeutungen aufgegliederte Welt begreife. Das intentionale Bewußtsein selber unter Einschluß des »transzendental leistenden Lebens« - das »Dasein«, das in der Welt »ist«, sehe ich mit Heidegger (1927) als letztlich begründet in seinem Worumwillen, d.h. in seinem »Daseinssinn«. Dieser Daseinssinn gibt sowohl den ersten Antrieb als auch die letzte Begründung für das Aussein auf Welt – d.h. auf ihre verallgemeinerbaren Bedeutungen - ab. Unter Intentionalität als Akt verstehe ich also hier die Bezugnahme des Sinnes von »Dasein« - d.h. von menschlicher Existenz - auf eine »Welt« verallgemeinerbarer Bedeutungen. In einer solchen Wendung nähert sich die Heidegger entlehnte Begrifflichkeit derjenigen der Tätigkeitstheorie im Rahmen der »kulturhistorischen Schule« der sowjetischen Psychologie (Leontjew 1973), welche »persönlichen Sinn« und »verallgemeinerbare Bedeutung« als Grundmomente menschlicher Lebensbewältigung herausgearbeitet hat. Intentionalität als Struktur läßt sich dementsprechend

92 Erich Wulff

als Bezogenheit persönlichen Daseinssinnes auf verallgemeinerbare Bedeutungen begreifen.

Nun muß allerdings noch etwas genauer bestimmt werden, was mit »Daseinssinn« gemeint ist. Ich verstehe darunter nicht schon einen komplexen Lebensentwurf, und auch nicht einen angeeigneten oder übernommenen Kodex von Werten, die dem Leben des einzelnen seinen Sinn verleihen können, sondern, viel elementarer, dasjenige, worum es jemandem gerade hier und jetzt geht. – Dabei kann dieses Hier und Jetzt natürlich auch von solchen Werten, ebenso wie von verschiedenen vergangenen Erfahrungen geprägt sein. Abheben will ich aber gleichwohl auf einen Daseinssinn im Hier und Jetzt: weil der es ist, welcher sich aktuell, in jedem Moment, auf verallgemeinerbare Bedeutungen bezieht. So werde ich in der Folge auch nicht, wie die Tätigkeitstheorie, von »persönlichem Sinn« reden und auch nicht, noch globaler, von Daseins sinn, sondern von subjektiv-situativem Sinn, aus welchem heraus das Dasein seine intentionalen Akte auf eine Welt verallgemeinerbarer Bedeutungen richtet. Der Begriff des subjektiv-situativen Sinnes – dasjenige, worum es einem hier und jetzt geht – gewinnt, so verstanden, seinerseits eine gewisse Nähe zum psychoanalytischen Begriff des »Wunsches«, ebenso wie die verallgemeinerbare Bedeutung zum Lacanschen Begriff des »Namens« oder »Gesetzes« des »Vaters« (Lacan 1967). Und schließlich kann aus einer solchen Sicht Intentionalität auch als Akt libidinöser Besetzung von Objekten dargestellt werden, wie Freud (1913/1973, 307) dies in seiner Schreber-Studie auch selber getan hat – wobei er gleichzeitig allerdings auch den Begriff der Libido zu denjenigen des »Interesses überhaupt« bzw. der »Liebe zur Welt« erweiterte (ebd., 311).

Intentionalität, In-der-Welt-Sein des Daseins, libidinöses bzw. »interessiertes« Besetztsein von Objekten durch Bezogenheit des persönlichen Sinnes auf verallgemeinerbare Bedeutungen lassen sich nun schließlich samt und sonders auch als fundierende Strukturen von Intersubjektivität auslegen. Sie erscheinen zunächst nicht weiter begründungsbedürftig, sondern vielmehr als »Urdoxa« (Husserl 1948, 32), als »apriorisches Perfekt« (Heidegger 1927, 85). Selbst wo es um die phänomenologisch-daseinsanalytische Auslegung des Wahnsinns geht, spricht Binswanger (1957) dementsprechend immer noch von bloßen Abwandlungen von Daseinsentwürfen bzw. Daseinsgestalten, Blankenburg (1971, 112) von »Abwandlungen intersubjektiver Strukturen«. Beide Male wird dabei impliziert, daß der Entwurfscharakter des Daseins, seine Intentionalität, sein In-der-Welt-Sein, seine Intersubjektivität als solche dabei noch erhalten bleiben. Nur bei Beringer (1924) ist von einem »Zerbrechen« eines in seiner Spannweite reduzierten »intentionalen Bogens« die Rede, und Freud erwägt in der Schreber-Studie immerhin die Möglichkeit, daß nicht nur die Libido, sondern das »Interesse überhaupt« völlig von der Welt abgezogen werden kann. In diese Reihe der Zweifler an der apriorischen Perfektion von Intentionalität, des In-der-Welt-Sein des Daseins, der Bezogenheit von subjektiv-situativem Sinn auf verallgemeinerbare Bedeutungen reihe ich mich ein. Ich tue dies deshalb, weil ich meine, daß schizophrene »Bilder« wie diejenigen des »Weltunterganges« oder der »Daseinsvernichtung« ernst genommen werden müssen, und daß auch schizophrene Denk- und Sprachstörungen, ebenso wie Erfahrungen von katatonen Kranken (Wulff 1960), genau

den Zusammenbruch des Weltbezuges des Daseins, ja, das Gegeneinanderrichten von »Dasein« und »Welt«, von »persönlichem Sinn« und »verallgemeinerter Bedeutung« anzeigen.

II.

Betrachtet man die Erscheinungen des Wahnsinns etwas aufmerksamer, dann wird einem rasch auffallen, daß viele von ihnen nicht einfach als unsinnig, verworren, unwirklich oder gar unmöglich imponieren, sondern vielmehr immer auch so etwas wie eine – delegitimierende – Außerkraftsetzung der Grundlagen und damit auch der auf diesen aufbauenden Grundregeln signalisieren, die von allen menschlichen Kommunikationsformen vorausgesetzt werden (vgl. hierzu Tress, 1986; Tugendhat, 1979 und H.R. Fischer, 1987). Eine solche Außerkraftsetzung kann im Einzelfall, hinsichtlich der durch sie betroffenen psychischen Leistungen, mehr oder weniger folgenreich sein. Sie stellt aber immer so etwas wie ein Register dar, in welchem verrückte Kommunikation stattfindet. Auch auf den ersten Blick vernünftig anmutende Einzelkundgaben sind zumeist von einer Art »Gegensinnigkeit«, wie man die aktuelle Außerkraftsetzung der Grundlagen und Grundregeln menschlicher Kommunikation nennen könnte, getönt. Eine solche »Gegensinnigkeit« wird von »Verrückten« ständig sowohl produziert als auch erlitten. Sie findet sich wieder nicht nur im Wahn im engeren Sinne, sondern auch in schizophrenen Ambivalenzerfahrungen, in Neologismen und Agrammatizismen, aber auch in verbalen und expressiven Stereotypien; in den ausgestanzten Konkretismen isolierender, desymbolisierender Wortbedeutungen, die – wie im Wortsalat – von allen über sie selbst hinausreichenden Bedeutungsverweisungen abgeschnitten sind; aber auch in den ihnen komplementären Bedeutungsaufweichungen und -durchlässigkeiten, die von der ursprünglichen, unmittelbaren Wortbedeutung völlig abgehoben erscheinen und schrankenlos gewordene, unabschließbare Verweisungszusammenhänge eröffnen, die nirgends ein Ende finden. Diese Gleichzeitigkeit von überprägnant aufdringlichem, punktuellem Bedeutungserleben und diffuser Rat- und Orientierungslosigkeit spiegelt auf symptomatologischer Ebene strukturelle Veränderungen wider: und zwar solche der Aufspaltung der Erfahrung in durch Bedeutungen nicht mehr vermittelbare - und in diesem Sinne »bedeutungslose« - Sinnträchtigkeit und »sinnlose« - d.h. in der Sinnsuche end- und erfolglos weitervermittelnde - Bedeutungen (Wulff 1960).

Aber auch in der sinnlichen Erfahrung von Wahnsinnigen läßt sich Ähnliches wiederfinden: aufgehoben ist in ihr das Oszillieren zwischen wunsch-angstgesteuerten Imaginationen und unverrückbarer Realität, das die »normale« Wahrnehmung auszeichnet, ihr »abgeschatteter« Horizontcharakter, ihre in Abhängigkeit vom Fixierungspunkt ab- bzw. zunehmende Präzisierung usw. Auf der einen Seite wird das Gesehene und Gehörte immer aufdringlicher und zugleich schmerzhaft übergenau, so daß ein eigenes Hin- oder Wegsehen, Hinoder Weghören, Präzisieren oder Verschwimmenlassen aus dem Wahrnehmungsprozeß eliminiert wird und sogar das bislang bloß Imaginierte sich selbsttätig als brüskierende Wirklichkeit »materialisiert«. Auf der anderen Seite wirkt alles derealisiert, leer und letztlich bloß scheinhaft, was der suchende Blick, das

94 Erich Wulff

Hinsehen bzw. Hinhorchen dem Begreifen eröffnen will. Ich wage hier die These, daß es der Sinnbezug der Wahrnehmung ist, der sich auf eine solche Weise entweder in ihr totalitär durchsetzt oder aber ebenso radikal – nämlich restlos – aus ihr verschwindet. Genauer besehen geschieht das erstere eher aus einer passiven, rezeptiven, das letztere eher aus einer aktiv zugreifenden Einstellung heraus.

#### Ш.

Auf solchen Erfahrungen fußend, werde ich jetzt versuchen, den Wahnsinn aus einer ganz bestimmten Perspektive zu betrachten: daß nämlich in ihm entweder bei allen oder auch nur bei einzelnen psychischen Akten eine – noch näher zu beschreibende – Leistung nicht hervorgebracht werden kann. Diese Leistung besteht grob vereinfacht darin, bestimmten Grundkategorien der Bezugnahme zur Welt und zu anderen - so dem »In-der-Welt-Sein« und der »Intersubjektivität« - unanfechtbare Gültigkeit - im Sinne einer »natürlichen Selbstverständlichkeit« (Blankenburg 1971, 84; Wulff 1960, 44) zu verleihen. Diese Leistung hat allerdings keinen aktiven zugreifenden, auseinanderlegenden Charakter, sie ist vielmehr eher das Gegenteil dessen, was man gemeinhin unter einem »Akt«, einer Handlung, einer Tätigkeit versteht. Allenfalls könnte man sie mit Husserl (1948) als implizierenden »Akt« einer »passiven Synthesis« bezeichnen. Denn sie besteht vor allem in einem geltenlassenden Los- und Seinlassen – und insofern auch in einem Selbst-sein-Lassen von Angetroffenem und Vorgefundenem. Erst durch solche passivierenden »Akte« wird »natürliche Selbstverständlichkeit« produziert (Wulff 1992a, 1992b). Das Ausbleiben gerade dieser – unauffälligen - Leistung ist es aber, das die Grundlagen jeglicher kategorialer Ordnungsschematik - die als weitere Aufgliederung von potentieller »Verständlichkeit« und »Sinnträchtigkeit« von »etwas« begriffen werden kann – in letztlich unbegründbare bloße Konstrukte verwandelt, für deren bewußte Aufrechterhaltung dann eine ständige geistige Anstrengung nötig wird, die niemand unbeschränkt lange aufbringen kann. Hubers Verweis auf einen Verlust der »Gewohnheitshierarchien« (1986, 194) und Emrichs (1990) Vorstellungen des Versagens einer auf bedeutungsvolle Vertrautheit bezogenen »Zensurinstanz« meinen, aus einer anderen Perspektive gesehen, das gleiche Phänomen. Bei alldem geht es um die Leistung der Verleihung selbstverständlicher Gültigkeit an die fundamentalen Kategorien der kommunikativen Bezugnahme, eine Leistung, die glücken, aber auch fehlschlagen kann.

Im Rahmen einer *phänomenologischen* Analyse müßte man aber, um diese Leistung sich deutlicher sichtbar zu machen, gerade die apriorische Perfektion der Beziehung vom Dasein zur Welt, von subjektiv-situativen Sinn zu verallgemeinerter Bedeutung, ja letztlich aller fundamentalen Strukturen von *Intersubjektivität* suspendieren und sich fragen, was dann aus der subjektiven Erfahrung wird. Meine These lautet, daß durch den Vollzug einer solchen einklammernden epoché – sofern dieser gelingt – Wahnsinn »erzeugt« werden kann. Gleichzeitig müßte aber, wenn man die natürliche Selbstverständlichkeit von Intersubjektivität einklammert, die sonst verborgene Eigenart der *konstitutiven Akte, die subjektiv-situativen Sinn und verallgemeinerte Bedeutung zu einer intersubjektiven* 

Beziehung verklammern, sichtbar werden. Sofern es sich schließlich bei der Intentionalität um menschliche Intentionalität handelt, müßten Intersubjektivität und Wahnsinn dann auch als die ursprünglichste existentielle Alternative des »Daseins« als Subjekt hervortreten. »Intersubjektivität« müßte also alle meine Bewußtseinsakte begleiten können, falls diese nicht die Form von Wahnsinn annehmen sollen.

Wie wird eine solche Begleitung gewährleistet? Durch die Verknüpfung der Sinn- und der Bedeutungsdimension. Dementsprechend vertrete ich die Auffassung, daß die Verknüpfung von Sinn- und Bedeutungsdimension ein Akt ist, der vom Dasein als Subjekt als eigenständiger Akt ständig produziert werden muß, wobei das Dasein sich dabei – und nur dabei – als Subjekt selbst produziert (Wulff 1960, 29, 394; 1989, 144ff.). Letzten Endes handelt es sich hierbei also um die Konstitution von Subjektsein ebenso wie von Intersubjektivität – in dem hier zur Diskussion stehenden Zusammenhang vor allem auf der Ebene der Erkenntnis. Emrich (1990) schreibt diese Kategorie von Akten, die die subjektive und die objektivierende Erfahrungsebene verklammern, einem psychischen »Hypersystem« zu.

Was bewirkt nun eine solche Verknüpfung? Sie bewirkt, daß die Allgemeinheit, aber auch der Prozeß der Verallgemeinerung von Bedeutungen als mit subjektiv-situativen Sinn erfüllbar erfahren wird; aber auch, daß der subjektive Sinn einer Situation seinerseits auch als verallgemeinerbar gilt. Die verallgemeinerbaren Bedeutungen - dasjenige, was etwas für alle besagt - gewinnen durch eine solche Verknüpfung die Dimension eines subjektiv-situativen Sinnes und damit einen persönlichen Aufforderungscharakter. Sie fordern mich - und nicht nur einen wie mich an genau dieser Stelle – dazu auf, auf sie einzugehen, und sie versprechen dafür, daß dieses Eingehen für mich – und mich – auch zu etwas führen kann: ich kann an ihnen – als verallgemeinerbare und damit an ihrer Allgemeinheit - persönlich teilhaben. Sie werden somit immer auch - und gerade - in ihrer Allgemeinheit zu meinen eigenen Bedeutungen: allerdings immer auch nur teilweise, sie gehören nicht mir allein, ich kann sie nicht usurpieren, kann aus ihnen nicht einfach alles machen, was ich jetzt gerade will – und wenn ich es versuche, so setzen sie dem - zumindest dann, wenn sie Realität artikulieren - den Widerstand des Wirklichen entgegen. Auf der anderen Seite signalisieren sie aber auch, daß ich den subjektiv-situativen Sinn, den ich an sie herantrage, in ihre Allgemeinheit auch einbringen und daß er, dieser subjektiv-situative Sinn, Teil ihrer Allgemeinheit werden kann, daß sie also bereit und fähig sind, ihn an- und aufzunehmen, ja, daß es in ihnen - gerade in ihrer Allgemeinheit - etwas dergestalt Aufnehmendes gibt. Man kann hier von einer wechselseitigen Rezipität, einer wechselseitigen Empfänglichkeit von Bedeutungen für subjektiv-situativen Sinn sprechen, aber auch von subjektiv-situativem Sinn für verallgemeinerbare Bedeutungen (Wulff 1960, 89). Worauf es hier vor allem ankommt, ist dies: daß die Verknüpfung der Dimension von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung durch die Konstitution einer - wechselseitig empfänglichen - Teilhaftigkeitsbeziehung zwischen subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerter Bedeutung erst geleistet werden muß. Diese Teilhaftigkeitsbeziehung begründet dann auch alle anderen auf ihr aufbauenden Formen der

96 Erich Wulff

Intersubjektivität. Durch legitimierende – für gültig erklärende – Anerkennung einer Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerter Bedeutung gewinnen verallgemeinerte Bedeutungen erst einen subjektiv-situativen Sinn, hat dieser letztere aber auch erst Aussicht, sich verallgemeinernd, d.h. in allgemein verbindlichen und anerkannten Bedeutungen formulieren zu können. Anerkannt wird dabei, daß »ich«, so wie ich mich jetzt gerade befinde, in dem, was ich gerade wünsche, fühle, spüre, brauche, Teil einer Allgemeinheit bin, in dieser aber auch nicht auf- oder untergehe, sondern, indem ich mich in sie einbringe, sie – als Allgemeinheit – auch erweitern, jedenfalls aber verändern kann, wie ich durch sie aber auch selber – als jemand, der jetzt gerade das wünscht, fühlt, spürt, braucht – verändert werde.

#### IV.

Diese – Intersubjektivität konstituierende – Teilhaftigkeitsbeziehung zwischen situativ einzigartigem subjektivem Sinn und verallgemeinerbarer – für alle gültige – Bedeutung, läßt sich nun in mehrfacher Hinsicht entfalten:

- 1. besagt sie, daß verallgemeinerte Bedeutungen für den einzelnen in seiner momentanen Situation in seinem Hier und Jetzt einen Sinn eröffnen können, zumindest aber in eine solche situativ-subjektive Sinndimension hineingestellt sind. Sie sind eines solchen möglichen situativ-subjektiven Sinnes teilhaftig, auf einen solchen »Sinn« ausgelegt. Das Allgemeinste, für alle Gültige, kann etwas mit mir, wie ich hier und jetzt bin, zu tun haben, hat Valenzen, die auf subjektiv-situative Bezugnahme gerichtet sind.
- 2. kommt in ihr zum Ausdruck, daß die situative Einzigartigkeit meines Hier und Jetzt (das, was ich im Augenblick will, möchte, spüre, empfinde, begehre), mein Aussein auf etwas, auch in verallgemeinerbare Bedeutungen zu fassen und damit auch mitteil- und vermittelbar ist. Meine situative Einzigartigkeit (zugespitzt als mein aktueller »Wunsch«) läßt sich in die Dimension verallgemeinerbarer, vermittelter Bedeutungen hineinstellen und hat auf diese Weise teil an ihrer allgemeinen »Gültigkeit«.
- 3. besagt Teilhaftigkeit auch, daß Sinn und Bedeutung zwar dimensional immer aufeinander bezogen sind, aber gleichwohl nie ganz, sondern nur teilweise ineinander aufgehen. Immer nur ein Teil der verallgemeinerten Bedeutungen ist für mich im Moment in abgeschatteter Form sinnerfüllt, hat einen Aufforderungscharakter für mich, und immer nur ein Teil dessen, was ich wünsche, worauf ich aus bin, ist umgekehrt schon in verallgemeinerten Bedeutungen untergebracht. Jedenfalls ist nicht alles davon gleichzeitig in ihnen unterzubringen. Durch Konstitution von Teilhaftigkeit bin ich von einem solchen Totalitätsanspruch aber auch *entbunden*. Es handelt sich um ein dynamisches Verhältnis, in welchem Sinn und Bedeutung sich gegenseitig immer vollständiger erfüllen, aber auch entziehen und entleeren können, um ein Verhältnis von »mehr« oder »weniger«.
- 4. teile ich die verallgemeinerten Bedeutungen mit anderen, diese werden nicht nur von mir allein, sondern auch von anderen mit subjektiv-situativem Sinn erfüllt, sie werden nicht nur von mir, sondern auch von anderen erweitert und verändert bzw. durch Praxis in Wirklichkeit umgesetzt. Insofern ist die Veränderung, die

ich an ihnen vornehmen, die Verwirklichung, zu der ich im Eingehen auf ihre Botschaft, auf ihren Aufforderungscharakter schreite, immer nur ein begrenzter *Anteil* am gesamten Veränderungs- und Verwirklichungsprozeß, dem sie unterworfen sind. Damit bin ich aber auch davon *entbunden*, *dies alles selbst* tun zu müssen – oder auch nur zu können. Somit bin ich immer nur Teil eines gesellschaftlichen Ganzen, das mir als (abgeschattete) gegliederte und differenzierte Struktur »objektiver Gegebenheiten« gegenübertritt, aber gleichzeitig immer auch Resultat und Produkt der Tätigkeit vieler, auch meiner eigenen ist. So produziere ich, als sein Teil, das gesellschaftliche Ganze ständig mit, bin ihm, als sein Teil, aber immer auch unterworfen.

5. verallgemeinere ich auch ständig fremde situative Einzigartigkeiten (bzw. auch meine eigenen vergangenen), ebenso wie die meinen von anderen ständig verallgemeinert werden. Ich – in meiner situativen Einzigartigkeit – bin Teil der verallgemeinerten Bedeutungswelt der anderen, wie diese auch Teil der meinen sind. Gleichzeitig leistet etwas in mir dieser Verallgemeinerung aber auch Widerstand, ebenso wie etwas in anderen der Verallgemeinerung durch mich einen zähen, opaken Widerstand entgegensetzt – den Widerstand der Kontingenz. Diese Dialektik des Für-mich- und Für-andere-Seins hat Sartre, in Anlehnung an Hegel, am deutlichsten herausgearbeitet (Sartre 1943).

Wenn nun intersubjektive Teilhaftigkeit grundsätzlich nicht anerkannt, sondern im Gegenteil aberkannt wird, so gilt dies natürlich auch für jedes einzelne der hier aufgeführten fünf Momente.

V.

Ich habe hier einen für Psychiater sehr eigenartigen Begriff eingeführt: denienigen der legitimierenden, für gültig erklärenden Anerkennung. Nur bei Emrich (1990, 104) findet sich ein Hinweis darauf: die Frage, »welche Konstitutionsmomente dafür ausschlaggebend sind, daß das neuronale System ein Objekt als bedeutungsvoll im Sinne von Vertrautheit anerkennt« (Hervorh.d.Verf.). Meine These lautet nun, daß der Konstitutionsakt von »empfänglicher« Teilhaftigkeit – als apriorisches Perfekt von Intersubjektivität – auf seiner elementarsten Ebene ein Anerkennungsakt ist - und nichts anderes als das. Anerkennung bedeutet, etwas Angetroffenes für gültig zu erklären, es als gültig in Kraft zu setzen und in Kraft zu halten. Anerkennt werden können – und müssen – Verträge, Verfassungen, Staaten, Dynastien, Regierungen, Erbfolgen usw. In diesem Sinne verstehe ich den Begriff mehr oder weniger synonym mit demjenigen der »Konstitution«. Eine verfassungsgebende Versammlung konstituiert sich, erkennt sich selbst als verfassungsgebend an, eine Verfassung ist selber eine Konstitution, eine in Kraft gesetzte und gehaltene öffentlich rechtliche Grundregel gesellschaftlichen Zusammenlebens. Etwas bleibt aber nur so lange anerkannt, wie die Anerkennung in explizit oder implizit vollzogenen Anerkennungsakten durch diejenigen, die etwas dazu zu sagen haben, auch aufrechterhalten, in Kraft gehalten wird. Die Eigenschaft des Anerkanntseins ist somit flüchtiger als diejenige der Farbe, der Materialqualitäten, der Formen und Strukturen, aber auch als diejenigen der Charakterzüge, Fähigkeiten, Fertigkeiten von Personen usw. Anerkennung kann von einem Augenblick zum anderen entzogen

98 Erich Wulff

und wieder zugesprochen werden, während für die Entstehung und den Verlust von Charaktereigenschaften, Fertigkeiten, Fähigkeiten (ebenso wie für die Entstehung von sonstigen Produkten und Resultaten von Prozessen) andere Zeitverhältnisse gelten. Anerkennungsakten entsprechen nun auch solche der Aberkennung. Ich nenne einen solchen Akt der Aberkennung »Destitution«. Dies hat etwas mit Absetzen zu tun: wie man eine Regierung, einen Herrscher absetzt, und zwar durch Entzug der von ihm beanspruchten Legitimität. Meine These ist, daß die wechselseitig empfängliche Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektivsituativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung in dieser Weise legitimations-, anerkennungsbedürftig ist – eben weil sie durch nichts anderes, Davor-, Dahinter- oder Darunterliegendes begründet werden kann. Nichts anderes als Anerkennung kann ihr zur »Existenz« verhelfen. Anerkennung besagt hier: sie selbst sein zu lassen, so wie sie hier und jetzt gerade ist. Damit definieren sich Anerkennungsakte der Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung ihrerseits als Akte »passiver Synthesis«, als Akte des Lassens. Sie »produzieren« diese Teilhaftigkeitsbeziehung als die erste, grundlegende »natürliche Selbstverständlichkeit« menschlicher Existenz. – Die »natürliche« Selbstverständlichkeit dieser Teilhaftigkeitsbeziehung kann andererseits allerdings auch delegitimierend »destituiert«, was ihre Gültigkeit und Legitimation angeht, aberkannt werden. Vielleicht ist es nützlich, auch die wörtliche Bedeutung von »aberkennen« ernst zu nehmen: nämlich an einem bedeutungshaft artikulierten Objekt jegliche es betreffende Erkenntnis als für (alle) Subjekte ungültig zu erklären und zu fragen, wie es dann wohl »aussieht«.

Diese Art von Akten, die auf der Ebene Anerkennung-Aberkennung, Einsetzung-Absetzung ablaufen, die konstitutiven und destitutiven Akte, wie ich sie nenne, haben nun aber kein eigenes, deren Vollzug überdauerndes und von ihm unabhängig gewordenes Resultat. Ihr »Resultat« ist vielmehr an ihren Vollzug selber gebunden. Nicht aufrechterhaltene, d.h. nicht akthaft vollzogene Anerkennung ist in sich selbst schon Aberkennung, Destitution: wie nicht aufrechterhaltene Aberkennung auch schon einen ersten Ansatz von Wiederanerkennung durchschimmern läßt. Die Leidenschaft, in welcher z.B. dynastische Kämpfe geführt werden, zum Teil so, daß der neue Herrscher alle Söhne des abgesetzten umbringen muß, damit es nur ja keinen Prätendanten mehr gibt, verdeutlicht vielleicht das Gesagte: zwischen Anerkennung und Aberkennung gibt es kein Drittes, Neutrales, sondern nur ein Ja oder Nein. Eine Regierung, ein Monarch können nicht ein bißchen ein- und ein bißchen abgesetzt sein, eine Verfassung oder ein Vertrag nicht halbwegs gültig oder ungültig. Die Beziehung zwischen beiden ist also eine gegenseitig sich löschende Unterdrückungs- und Ausschließungsbeziehung. An- und Aberkennung sind entweder ganz und vollständig gegeben oder gar nicht. Dies bedeutet aber auch, daß im letzteren Fall ihr Gegenteil eben ganz und vollständig zum Zuge kommt. An- und Aberkennung haben somit einen synchronen und aktuellen Charakter, sie müssen jeden Augenblick vollständig, restlos vollzogen und aufrechterhalten werden. Anerkennung, Legitimation von Teilhaftigkeit kann so auch nicht konserviert, nicht vorrätig gehalten werden, sie »existiert« nur im aktualen Vollzug. Auf der anderen Seite ist aber durchaus denkbar, daß einige intentionale Akte von einem solchen Anerkennungsakt teilhaftiger Intersubjektivität begleitet werden, andere hingegen vom Akt ihrer Aberkennung. Eines von beiden ist aber immer der Fall.

Scharf abgegrenzt werden müssen solche Akte der Anerkennung und Aberkennung, der Konstitution und Destitution von den Akten der Konstruktion und Destruktion. Diese letzteren haben gegenständliche Resultate, die von ihrem Vollzug unabhängig werden und diesen auch überdauern können. Mit solchen relativ unabhängig gewordenen Resultaten sind die gegenständlichen Resultate von Naturvorgängen, aber auch von menschlicher Tätigkeit gemeint, jedoch auch die psychischen Strukturen und Fertigkeiten, die Bewußtseins- und Denkformen, die durch phylogenetische und später gesellschaftshistorische Prozesse zustande gekommen sind und in der ontogenetischen Entwicklung individuell aufs Neue, als stoffliche Grundlage oder als Ergebnis von Lernprozessen, hervorgebracht werden müssen. Die konstruktiven Prozesse, die dergestalt Resultate hervorbringen, haben einen diachronen Charakter. Sie sind historischer und dialektischer Natur, d.h., sie setzen immer an den von ihnen erzielten Resultaten an und bauen auf diesen - und natürlich auch auf den in diesen Resultaten enthaltenen Widersprüchen – auf. Nur auf die Resultate von Konstruktionsprozessen lassen sich aber defektologische Konzepte, die Wahnsinn als eine Destruktion der psychophysischen Grundlagen der Vernunft interpretieren, auch sinnvoll beziehen. So verschieden die Konstruktions- und Destruktionsprozesse von denen der An- und Aberkennung, der Konstitution und Destitution auch sind, haben diese beiden letzteren mit den beiden ersteren gleichwohl doch immer etwas zu tun. Konstitution und Destitution setzen die Vorgabe von Konstruktionen immer schon voraus. Konstruktionen sind das unabdingbare Objekt von Anund Aberkennungsrozessen, gleichsm ihre materielle und strukturelle Grundlage. Ohne sie gäbe es nichts, was – in seiner Gültigkeit – an- und aberkannt, akzeptiert oder verworfen werden könnte. Man kann dies auch so ausdrücken, daß erst die Anerkennungsakte die objektivierbare Wirklichkeit als die auch für mich gültige Bewußtseinswirklichkeit in meinem Kopf verwurzeln – umgekehrt aber auch die letztere erst an die erstere binden.

In unseren heutigen Überlegungen geht es nun um die An- und Aberkennung von Bewußtseins- und Beziehungsformen, und zwar um diejenige der Teilhaftigkeitsbeziehung als Verknüpfung der Dimension von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung. Diese Anerkennung hat eine aktualsynthetische Form – als bejahende Verknüpfung – ihre Aberkennung eine aktualdialytische – Verknüpfungen auflösende, verneinende. Dies besagt nichts anderes, als daß Verknüpfung und Auflösung auf dieser Ebene keine unabhängigen, aktüberdauernden – d.h. einmal produziert, von selber anhaltenden – Zustände sind, keine endgültige oder zumindest langfristige Verknüpftheit und Aufgelöstheit, sondern vielmehr der jeweilige aktuelle, vollzugsbezogene Stand eines gegenseitigen Unterdrückungs- und Ausschließungsverhältnisses von Konstitution und Destitution: eines von ihnen hat jeweils immer die Oberhand. So erklärt sich wohl auch ihre Flüchtigkeit und ihr manchmal brüsker Wechsel in vielen Krankheitsverläufen.

»Sinn« ließe sich nun grob als die Achse subjektbezogener Orientierung in einer Welt verallgemeinerbarer Bedeutungen bestimmen, als archimedischer Punkt, der gleichsam vom Ziel her den Ausgangs- und Standpunkt von Subjekten ebenso wie die von ihnen zu durchmessenden Wege definierbar macht. Bleibt, wie im Wahnsinn, die Anerkennung der Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung aus, so hat subjektiv-situativer Sinn nichts mehr mit verallgemeinerbarer Bedeutung zu tun. Damit würden verallgemeinerbare Bedeutungen aber nicht nur sinnentleert. Durch die aberkennende Abkopplung der Dimension von Sinnträchtigkeit würden sie darüber hinaus den Charakter einer Annullierung von Sinn als solchem annehmen. Analog dazu würde subjektiv-situativer Sinn seinerseits nicht einfach als in allgemeinen Begriffen nicht mehr ausdrückbar erfahren werden, sondern darüber hinaus den Charakter von Entdeutung jeglicher Bedeutungshaftigkeit gewinnen: »Sinn« würde geradezu darin (und in nichts anderem) bestehen, Bedeutungen, was ihre allgemeine Verbindlichkeit und Gültigkeit angeht, d.h. eben Bedeutungshaftigkeit und Verständlichkeit als Dimension zu annullieren. »Sinn« würde somit grundsätzlich als »allgemein« unverstehbar und entdeutend, Verständlichkeit und Kommunikabilität grundsätzlich als sinnauslöschend »konstituiert«. Jeder Akt des Verstehens würde die Sinnannullierung des Verstandenen, jeder Akt subjektiver Sinnvergegenwärtigung die Entdeutung und Unverständlichkeit der Bedeutungsträger der eigenen Sinnträchtigkeit »produzieren« - radikal zugespitzt nichts anderes als das. Im Wahnsinn wäre Sinn damit als Entdeutung, Verstehen als Sinnannullierung definiert. Dementsprechend könnte man von der »bedeutungsdialytisch« gewordenen Funktion von Sinnakten ebenso wie von der »sinndialytisch« gewordenen Funktion von Bedeutungsakten sprechen. Somit würden sich die Versuche, aus verallgemeinerbaren Bedeutungen einen subjektiv-situativen Sinn zu ziehen, ebenso wie die Versuche, einen subjektiv-situativen Sinn in Bedeutungen zu verallgemeinern, letztlich selber annullieren, wenn die anerkennende Konstitution einer Teilhaftigkeitsbeziehung zwischen subjektivsituativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung ausbleibt. Diese Durchkreuzung der eigenen Absicht, subjektiv-situativen Sinn zu verallgemeinern bzw. verallgemeinerbare Bedeutungen auf einen subjektiv-situativen Sinn zu beziehen, ist aber zugleich auch die Selbstdurchkreuzung eines intentionalen Subjekts. Im Bereich der Erkenntnis wäre sie die Durchkreuzung einer vorgängigen, apriorisch-perfekten Subjekt-Objekt-Beziehung von kognitiven Akten. Sie, diese Subjekt-Objekt-Beziehung von kognitiven Akten, hätte ihre Gültigkeit, ihre »natürliche Selbstverständlichkeit« verloren. Man könnte deshalb Beringers Zerbrechen des intentionalen Bogens auch als ein Zerbrechen des hermeneutischen Zirkels auslegen. Dies alles bewirkt, daß immer nur etwas radikal und grundsätzlich anderes und insofern das absolute Gegenteil des jeweilig Angezielten aus einer Intention »herauskommen« kann, in dem Sinne, daß das, was da herauskommt, die Intention von Anfang an widerlegt, ja, sogar nichts anderes als diese Widerlegung ist. Aber auch dies läßt sich nicht als »sicheres« Resultat formulieren, auf das man bauen kann: versucht man, sich auf eine solche »Gegenteiligkeit« einzustellen, so kehrt sie sich ihrerseits sofort um etc.,

etc. Im Bereich der Erkenntnis ist es das Verhältnis von Noesis und Noema selber, das sich aus einer Teilhaftigkeitsbeziehung in ein – annullierendes – Gegenteiligkeitsverhältnis verwandelt. Bildlich gesprochen »konstituiert« sich das Bewußtsein dabei als »Singularität«, aus der nichts für andere und einen selbst Gültiges mehr »herauskommen« kann (Hawking 1988).

Wahnsinn besteht nun, wie ich meine, gerade darin, daß intendierte verallgemeinerte Bedeutungen als Un- oder, genauer, Gegensinn, d.h. als Sinnentkleidung und -annullierung erfahren werden, der subjektiv-situative Sinn der Intention selber, als Akt, hingegen als Un-, Gegen- oder Übervernunft, jedenfalls aber als Außerkraftsetzung der Vernunft - sofern Vernunft eben die Verallgemeinerbarkeit und Vermittelbarkeit von sinnbezogener Bedeutung in Form von Teilhaftigkeit ist. Da Subjektsein gerade darin besteht, situativ einzigartigen »persönlichen« Sinn als teilhaftig vermittel- und verallgemeinerbaren und entsprechend vermittelte und verallgemeinerte Bedeutungen als (abgeschattet) subiektiv-situativ sinnvolle zu konstituieren, ist Wahnsinn, der genau das Gegenteil davon tut, eben die Selbstdurchkreuzung des Subjektes in seinen intentionalen Akten, in seiner Intentionalität selber, und zugleich auch die Selbstdurchkreuzung einer intersubjektiven Vernunft. Zugleich ist er aber auch – wie der Suizid – der letzte Selbstverwirklichungsversuch von Subjekten. Damit habe ich Subjektsein allerdings auch radikal und restlos als Vollzugsakt des menschlichen Bewußtseins definiert, genauer, als An- oder Aberkennungsakt einer wechselseitig empfänglichen Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerter Bedeutung, ihm also – grenzwertig – jeden Anschein von resultathafter Gegenständlichkeit entzogen. Oder genauer: die in subjektiven Akten produzierte Subjekthaftigkeit als Resultat hat eine an Null grenzende Halbwertszeit und imponiert deshalb im Gegensatz zu den solideren, haltbareren Resultaten von kognitiven Akten als bloße Erscheinung, wenn nicht sogar als Schein: will man ihn greifen, »objektiv« bestimmen, verflüchtigt er sich schon. Gleichwohl ist es dieser Schein, der im Bewußtsein, im Kopf, den Zusammenhang, die Vermittelbarkeit ebenso wie die »Haltbarkeit« von erfahrener Wirklichkeit überhaupt erst zuläßt. Insofern ist er notwendiger Schein, im transzendental-philosophischen Sinne eine notwendige - weil sinnbezogene Welt- und Selbsterfahrung erst ermöglichende - Fiktion. So hat Emrich durchaus recht, wenn er schizophrenes Denken als »desillusionierend« bezeichnet (1990) - weil es diesen notwendigen Schein, diese notwendige Fiktion entlarvt.

#### VII.

Als nächstes wäre die Frage zu stellen, weshalb die Konstitution einer Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektiv-situativem Sinn und allgemeiner Bedeutung für das menschliche Bewußtsein von einem so entschiedenen Belang ist, daß ihre Aberkennung als »Wahnsinn« erfahren wird. Dies ist zugleich die Frage nach dem verallgemeinerbaren Sinn einer solchen Teilhaftigkeitsbeziehung selber: Weshalb muß sie unaufhörlich in allen intentionalen Bezugnahmen aufrechterhalten werden? Wozu brauchen wir sinnbezogene Vernunft und Vernunftbezogenheit von Sinn, wozu sind sie überhaupt gut? Diese Frage läßt sich durch die phänomenologische Methode der epoché, der ich bislang gefolgt bin, nicht mehr beantworten.

102 Erich Wulff

Eine – wenn auch nicht völlig zufriedenstellende – Antwort findet sich hingegen in Klaus Holzkamps (1983) »Grundlegung der Psychologie«: Die Verallgemeinerbarkeit von Bedeutungen wird eben dort nötig, wo die Lebensgewinnung nicht mehr vorwiegend durch individuelle Handlungen, sondern kooperativ vollzogen wird. Und den Charakter der Vermitteltheit gewinnen verallgemeinerte Bedeutungen dadurch, daß spätestens mit dem Neolithikum die Lebensgewinnung in erster Linie nicht mehr nur in Form unmittelbarer Kooperation, sondern gesamtgesellschaftlich vermittelt abläuft. Zugleich damit werden aus Handlungsnotwendigkeiten Handlungsmöglichkeiten. Die gesamtgesellschaftlich vermittelte Form der Lebensgewinnung verlangt also nach der Konstruktion - aber auch nach der Konstitution - einer vermittelten Allgemeinheit als Bewußtseinsform. Erst zu dieser gehören auch die Modalitäten unmöglich/ möglich/wirklich/zufällig/notwendig. Das erste, die Konstruktion der kognitiven Bedingungen dafür, was Holzkamp verallgemeinerte Brauchbarkeit, Zweck-Mittel-Verkehrung und Möglichkeitsbeziehung nennt, ist ein historischer Prozeß, der in Jahrzehntausenden – wenn nicht -hunderttausenden – abgelaufen ist: zunächst unter der Dominanz eines phylogenetischen Selektionsvorganges, später unter Dominanz einer gesellschaftshistorischen Entwicklung. Er läuft parallel mit der Entwicklung des »Bedürfnis-Befindlichkeitsaspektes« (Holzkamp 1983) am Subjektpol. Es handelt sich hier aber beide Male um diachrone Prozesse mit gegenständlichen Resultaten - und auch das »Subjekt« wird durch Holzkamp, von seinen Bedürfnissen und seinen Befindlichkeiten her gesehen, gegenständlich gefaßt: als Konstrukt, als historisch zustandegekommenes, konservierbares Resultat; in diesem – subjektive Akte ermöglichenden – Sinne hat es tatsächlich auch eine gegenständliche resultathafte Seite. – Die Konstitution, die Inkraftsetzung und Inkrafthaltung dieser Konstrukte in ihrer Funktion – d.h. ihre Anerkennung und Gültigkeitserklärung – muß aber meiner Überzeugung nach jeden Augenblick neu geschehen: und zwar durch das Subjektsein als Akt. Dieser Akt läßt sich nun inhaltlich als sein-lassender, Passivität als »Erleidbarkeit« erst produzierender Anerkennungs- und Legitimierungsakt seiner - des Subjektes – Teilhaftigkeit an einer vermittelten Allgemeinheit bestimmen. Die unreduzierbare Subjektheit des Subjektes besteht somit lediglich im Akt, in welchem dieses sich selbst – in bezug auf eine vermittelte Allgemeinheit – als teilhaft-teilhaftiges konstituiert – oder destituiert. Es handelt sich hierbei um synchrone, aktualsynthetische bzw. -dialytische Vorgänge, die Passivität als Erleidbarkeit »synthetisieren« bzw. »dialysieren«. In diesem Sinne wäre Wahnsinn der Versuch, die psychischen Grundlagen gesamtgesellschaftlich vermittelter Lebensgewinnungsprozesse aktual außer Kraft zu setzen und damit zu destituieren: und zwar so, daß das Subjektsein als Akt sich dabei ständig selbst in allen seinen intentionalen Bezugnahmen – durch die in deren Resultaten produzierte Gegenteiligkeit von Sinn und Bedeutung - von Anfang an annulliert. Dabei muß aber wiederum betont werden, daß der Erwerb dieser Fähigkeit zu beidem: zur Selbstkonstitution ebenso wie zur »destituierenden« Selbstdurchkreuzung von Subjekten – seinerseits nur natur- und gesellschaftshistorisch, d.h. nach meiner Auffassung nur historisch-materialistisch erklärt werden kann. Daraus ergibt sich, daß das Subjektsein als Akt auch nur so lange vollziehbar

bleibt, wie seine historisch entstandenen materiellen Voraussetzungen existieren.

#### VIII.

Der nächste Schritt der Analyse, zu dem ich hier nicht mehr komme, müßte nun darin bestehen, sichtbar zu machen, wie ein Subjekt, das Erfahrungen von Wahnsinn auf einem bestimmten, zunächst meist komplexeren Entwicklungsniveau kognitiver Akte gemacht hat, nun versucht, seine Handlungsfähigkeit und damit seine Existenz als Subjekt - dadurch zu retten, daß es die wechselseitig empfängliche Teilhaftigkeitsbeziehung zwischen subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung auf einem weniger komplexen Bedeutungsniveau zu rekonstituieren sucht. Die Psychoanalyse bezeichnet diesen Vorgang der auch durch ganz andere Beweggründe als die Bedrohung durch Wahnsinn in Gang gesetzt werden kann – als Regression. Aus der Sichtweise dieser Betrachtungen müßte man ihn eher einen »vertikalen Sinntransport nach unten« nennen - weil damit klar gemacht wird, daß es sich primär gerade nicht um ein kognitives Defizit - um einen Abbau von Fähigkeiten zu komplexer Bedeutungswahrnehmung – handelt, sondern vielmehr darum, daß die Unfähigkeit, gerade dieses komplexe Bedeutungsniveau mit subjektiv-situativem Sinn zu erfüllen, zu einem tentativen Rückzug auf das nächst niedere Strukturniveau von Bedeutungen zwingt. Berücksichtigt man auch diese Dimension des vertikalen Sinntransportes, so müßte es schließlich gelingen, eine Art Landkarte - ein Koordinatensystem - zu entwerfen, innerhalb dessen alle Erscheinungsformen des Wahnsinns ihren Ort finden können.

Dies Koordinatensystem hätte eine stofflich-historische Dimension in der gattungs- und gesellschaftshistorischen, aber auch in der individualgeschichtlichen, ontogenetischen Entwicklung psychischer Fähigkeiten, in deren aufeinanderfolgenden, gleichsam »geschichteten« Strukturniveaus. Aber es hätte auch eine subjektwissenschaftliche, die den *Akt* der Sinnbesetzung bzw. des aktualen Sinnentzuges dieser verschiedenen stofflich-historischen Ebenen betrifft, einen Akt, der sich, wie wir sahen, als An- bzw. Aberkennungsakt der Teilhaftigkeitsbeziehung von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung bestimmen läßt.

Die gegenseitige Annullierung von Sinn- und Bedeutungsdimension durch Aberkennung von Intersubjektivität könnte demnach auf jeder Strukturebene psychischer Akte statthaben, psychoanalytisch gesprochen sowohl auf der Ebene der Sekundär- als auch der Primärvorgänge, in ethnologische Begriffe gebracht, auf der Ebene magisch-mythischen Denkens und Wahrnehmens ebenso wie auf der Ebene diskursiv-diskriminatorischer, zweckrationaler Prozesse. Der »vertikale Sinntransport nach unten« bewirkt nun bei manchen Kranken, daß die gegenseitige Annullierung von Sinn- und Bedeutungsdimension alle diese Ebenen nacheinander ergreift, bis sie schließlich auf der elementarsten Stufe, derjenigen der kinästhetischen Empfindung, angekommen ist, und hier die katatone Vernichtungserfahrung »produziert« (Wulff 1960) – dies wäre der »Big Crunch« des Bewußtseins (Hawking 1988). Bei anderen macht der schizophrene Prozeß auf einer höheren Ebene psychischer Fähigkeiten – etwa auf derjenigen des

104 Erich Wulff

mythischen oder magischen Denkens und Wahrnehmens – halt, bei weiteren Kranken schließlich werden nur einzelne, thematisch eingrenzbare psychische Akte – als eine Art »schwarzer Löcher« (Hawking 1988) – von der gegenseitigen Annullierung von Sinn und Bedeutung und damit von der Aberkennung von Intersubjektivität betroffen. Um aus diesem immer noch sehr abstrakten Überlegungen zur vollen Konkretheit der Erscheinungen des Wahnsinns vorzudringen, bedürfte es schließlich noch der Rekonstruktion der »wahnhaften Plombierungen« (Wulff 1987), des Versuches also, Intersubjektivität regressiv genau bei denjenigen intentionalen Akten wiederherzustellen, bei welchen sie – zum Teil punktuell, ausschnitthaft – aberkannt worden war. Weil dergleichen im Wahnsinn immer wieder geschieht, kommt es oft zu einem Nebeneinander von Rationalität, Mythos und Magie, zur Inkorporation von regressiven magisch-mythischen Fragmenten in ein rational funktionierendes System – oder auch umgekehrt –, was dann dem Außenstehenden den Eindruck von massiver Verrücktheit vermittelt.

Der zugrundeliegende Vorgang für eine solche Dynamik ist aber die Aberkennung der Intersubjektivität, die zu einer gegenseitigen Annullierung von subjektiv-situativem Sinn und verallgemeinerbarer Bedeutung führt. Es war Bleulers (1911) Genie, das diesen fundamentalen Aufspaltungsprozeß intuitiv wahrgenommen und mit dem Namen »Schizophrenie« belegt hat.

#### Literaturverzeichnis

Beringer, K., 1924: Beiträge zur Analyse schizophrener Denkstörungen. In: Z. Neurol. 93, 55-61 Binswanger, L., 1957: Schizophrenie. Pfullingen

Blankenburg, W., 1971: Der Verlust der natürlichen Selbstverständlichkeit. Stuttgart

Bleuler, E., 1911: Dementia praecox oder die Gruppe der Schizophrenen. Lepzig und Wien

Emrich, H.M., 1990: Psychiatrische Anthropologie. München

Fischer, H.R., 1987: Sprache und Lebensform. Wittgenstein über Freud und die Geistskrankheit. Frankfurt/M.

Freud, S., 1913/1973: Über einen autobiographisch beschriebenen Fall von Paranoia. In: GW VIII, 239-320

Hawking, S., 1988: A brief history of time. New York

Heidegger, M., 1927: Sein und Zeit. Halle

Holzkamp, K., 1983: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M.

Huber, G., 1986: Das Konzept substratnaher Basisstörungen und seine Bedeutung für Theorie und Therapie schizophrener Erkrankungen. In: Held, T. (Hrsg.): Deutsch-französische Psychiaterbegegnung. Symposion der Rheinischen Landesklinik Bonn, 25./26.6.1982, Köln

Husserl, E., 1948: Erfahrung und Urteil. Hrsg. v. L. Landgrebe. Hamburg

Lacan, J., 1967: Ecrits. Paris

Leontjew, A.N., 1973: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Frankfurt/M.

Sartre, J.P., 1943: L'etre el le néant. Essai d'ontologie phénomenologique. Paris, 310ff.

Tress, W., 1986: Sprache, Person, Krankheit. West-Berlin, Heidelberg, New York

Tugendhat, E., 1979: Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung. Sprachanalytische Interpretationen. Frankfurt/M.

Wulff, E., 1960: Ausdrucksphänomenologische Interpretation einer katatonen Krise. Diss. Freiburg i.Br.

ders., 1987: Der paranoische Verschwörungswahn. In: Psychiatr. Praxis 14, 14-22

ders., 1989: Überlegungen zur Produktion von Wahnsinn versus sinnbezogener Vernunft. In: Jahrb. f. Psychopath. u. Psychother. IX, 114-138

ders., 1992a: Zur Konstitution schizophrener Unverständlichkeit. Beitrag zu einer subjektkonstruktivistischen Theorie des Wahnsinns. In: Forum kritische Psychologie. Berlin

ders., 1992b: Bemerkungen zur wechselseitigen Reproduktion von Bewußtem und Unbewußtem.

ders., 1992c: Il Thesen zur Allwissenheit. Vortrag zur Tagung der DGPN in Köln am 29.9.1992.

### Gesundheit als Symptomfreiheit

Um drin zu bleiben in der erfolgreichen Gesellschaft der unaufhörlichen Verwertung von Menschen und Dingen, reicht es heute im allgemeinen schon längst nicht mehr hin, daß jeder nur ausführt, wozu er beauftragt oder genötigt wird, erwartet wird vielmehr, daß er das Geschäft, das in Wirklichkeit seines doch nicht ist, aus eigenem Antrieb und »mit gusto« ausübe. Freiheitsillusion und bedingungslose Unterordnung unter den verselbständigten Zwang der Verhältnisse, heute meist als »Integration« angepriesen, lassen sich nur dadurch zusammenbringen, daß man, wozu »der Lauf der Dinge« nötigt, dem Fuchs gleich, dem die Trauben, die zu hoch hängen, ohnehin niemals schmecken, instinktiv in seinen eigenen Wunsch oder nach dem Vorbild von C.G. Jung in einen »Auftrag von Innen her« umwandelt. So kann man in »praestabilisierter Harmonie mit den funktionalen Erfordernissen« (Parsons) des gesellschaftlichen Betriebes dem stummen Kommando der integralen Macht folgen, bedingungslos in ihrem Strome mittreiben und dennoch stets die Gewißheit haben, aus freien Stücken zu handeln und ob dieser Gewißheit um so bedenken- und hemmungsloser tun, »was nun mal getan werden muß«. Wem es gelungen ist, diese »Transformation« zu seiner »Natur« zu machen, erfährt den Zwang als solchen gar nicht mehr, so wenig wie der Fußgänger die Schwerkraft als eine ihn einengende Zwangsmaßnahme erfährt. Wo er ihn ausnahmsweise doch einmal empfindet, da setzt bei ihm prompt die Gleichschaltungstransformation ein, die den Zwang zur bloßen Projektion und die entsprechende Empfindung zum bloß »subjektiven Gefühl« erklärt.

Ginge alles so, wie es der »Systemlogik« und dem ihr innewohnenden Ideal moderner Gleichschaltung entspräche, vollzöge sich die Gleichschaltung ganz ohne spezielle Prozeduren, die der ausdrücklichen Gleichschaltung dienten und an denen die Existenz des Gleichschaltungszwanges sichtbar würde. Aber es geht nicht immer so zu, wie es dem »Ideal« entspricht. Solange die Durchorganisation des Lebens unter den herrschenden Produktionsverhältnissen noch nicht zum Zusammenschluß von Toten geworden ist, bleiben aus der Verbindung zu den anderen Spuren im Subjekt zurück, durchziehen Impulse den Leib, die anderes wollen, als »der Lauf der Dinge« oder die vermeintlichen »Aufträge von Innen her«. Deshalb bedarf es doch einiger Spezialprozeduren, deren Funktion es ist, die widerstreitenden Impulse ins Gegenteil zu verkehren, indem sie zum Instrument der Vertiefung der Gleichschaltung und der Herrschaft umfunktioniert werden. Eine dieser Prozeduren, die die Rebellion gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen bestrebt sind, eine als besonders pfiffig geltende, ist die Technik der Symptomyerschreibung, die ich im folgenden unter Zugrundelegung von Watzlawick und Wilber kurz beschreiben werde.

Ein Symptom ist eine bestimmte Art deformierter Äußerung innerer Natur, die unter bestimmten Zwangsumständen in der jeweiligen besonderen Lebensgeschichte zustande gekommen ist und die eine aus Not, nicht aus Freiheit 106 Heinz Gess

geborene Antwort auf eine unbewältigte, vielleicht unlösbare, traumatisierende Konfliktkonstellation darstellt. Verdrängtes kehrt in ihm in entstellter und mehr oder weniger unkenntlicher Weise in Form von Kompromißbildungen mit den verdrängenden Vorstellungen wieder. Äußere Ereignisse, die unbewußt an die unbewältigte Konfliktkonstellation und an das darin Verdrängte erinnern, rufen die Symptomreaktion unwillkürlich hervor. Für den Betreffenden undurchschaut geht in die Wahrnehmung des Äußeren die Projektion des Verdrängten ein; denn die blockierten Möglichkeiten und Potentiale, der Wunsch, den unaufgelösten Knoten und die dadurch hervorgerufene Blockierung und Spannung doch noch zu lösen, drängen auf immergleiche Wiederholung des Unbewältigten und zu diesem Zweck darauf, die gegenwärtige Situation nach dem traumatisierenden »Urbild« sich einzubilden. Dies freilich heißt nicht, daß schon darum, weil Projektion und Einbildung in die Wahrnehmung des Gegenwärtigen eingehen, diese von vornherein falsch sein muß. Es kann ja sein, daß der Betreffende in seinem Wahn empfindlicher als andere auf den in der Situation verborgenen Gehalt reagiert, daß er in seinen Ahnungen ausspricht, wovon andere, um ihrer (Über-) Lebenstüchtigkeit willen, gelernt haben, systematisch abzusehen, die Gesellschaft wirklich so traumatisch und zu blinden Reaktionen nötigend ist, wie er sie erfahren hat und nach dem Muster seines »Urbildes« immer wieder erfährt.

Wilber und Watzlawick sehen das anders. Sie stimmen darin überein, daß symptomatische Gefühlsreaktionen, wie z.B. das Gefühl, unter Druck zu stehen oder anderen Menschen verpflichtet zu sein, oder Schuldgefühle oder Angst, Furcht, Traurigkeit etc. ausschließlich auf Projektion eigener Regungen oder Antriebe, die man bei sich nicht wahrnimmt oder wahrnehmen will, des eigenen Schattens, auf andere beruht. Die mögliche Einrede des einzelnen, seine »negativen«, seinem Funktionieren und infolgedessen auch seiner Selbsthauptung hinderlichen unwillkürlichen Reaktionen hätten mit der Sache, mit der Objektivität zu tun, und sein Gefühl reagiere auch – vielleicht mit besonderer Sensibilität – darauf, wird von vornherein für nichtig und selber zum Bestandteil projektiven Denkens erklärt. Solcher Einrede setzt der Symptomverschreiber seine Botschaft entgegen, und die lautet: Jeder ist für all seine Emotionen, Empfindungen und Gedanken ausschließlich selbst verantwortlich (Wilber 1987, 220ff.). Zustimmend zitiert Wilber Perls: »Ich möchte, daß Sie verstehen lernen, wieviel Sie gewinnen, wenn Sie für jede Emotion, jede Bewegung, jeden Gedanken selbst die Verantwortung übernehmen und sich für niemand anderen verantwortlich fühlen« (221f.), und ergänzt an anderer Stelle: Wenn Sie die »Verantwortung für die eigenen Gefühle und ihre Geistesverfassung übernehmen«, werden Sie »allmählich erkennen, daß ... ihre Symptome nicht etwas sind, das die Umwelt ihnen antut (oder angetan hat). (...) Sie werden finden, daß die Menschen und Ereignisse Sie nicht aufregen, sondern für Sie nur Anlässe sind, sich selber aufzuregen.« (136) Nicht die Verhältnisse tun demnach dem Menschen etwas an, sondern er allein tut es sich an. Es ist sein Blick und es sind seine Empfindungen, die ihm die Welt so erscheinen lassen, daß Druck, Verpflichtungsgefühle, Angst und dergleichen die Folge sind. Gerade wo »Vorgänge in der Umwelt« das Selbst »stark berühren«, es aufregen, empören, zur Auseinandersetzung reizen, gerade da liegt laut Wilber »mit ziemlicher Sicherheit eine Projektion vor« (220), wo

aber die betreffende Person sich in der Haltung eines unbeteiligten Beobachters ohne Aufregung informieren und zur Kenntnis nehmen kann, da liegt mit ebenso großer Sicherheit keine vor. Aufregung, Empörung, der Eindruck von Ungerechtigkeit, all das hat demnach kaum etwas mit dem wirklichen Zustand der Welt zu tun, wohl aber so gut wie immer gänzlich mit der subjektiven Organisation der betreffenden Personen. Wo sie vorgeben, auf Objektives zu reagieren, drücken sie sich in Wirklichkeit nur davor, ihre eigene Verantwortung für ihre Impulse, Gefühle, Empfindungen und Gedanken anzuerkennen und bewußt zu übernehmen. Die ungerechten Verhältnisse beim Namen nennen oder einen üblen Täter übel, sei böse und ungerecht, ein Anzeichen seelischer Störung, die mittels Symptomverschreibung kuriert werden muß. Abgeklärt zur Kenntnis nehmen, auch wenn das Schrecklichste geschieht, sei die rechte Haltung. Bei Adorno, der die Kraft hatte, das Negative der falschen Versöhnung unmißverständlich auszusprechen, heißt es dazu:

»Wenn von einem Menschen ... gerühmt wird, er sei besonders abgeklärt, so ist anzunehmen, daß sein Leben eine Folge von Schandtaten darstellt. Aufregung hat er sich abgewöhnt. Das weite Gewissen installiert sich als Weitherzigkeit, die alles verzeiht, weil sie es gar zu gründlich versteht. (...) Nach einem so langen Leben weiß man schon gar nicht mehr zu unterscheiden, wer wem was angetan hat. In der abstrakten Vorstellung des universalen Unrechts geht jede konkrete Verantwortung unter. (...) Wer nicht böse ist, lebt nicht abgeklärt, sondern in einer besonderen, schamhaften Weise verhärtet und unduldsam. (...) Der Bürger aber ist tolerant. Seine Liebe zu den Leuten, wie sie sind, entspringt dem Haß gegen den richtigen Menschen.« (Adorno 1951, 20)

Die von Wilber gepredigte Gelassenheit und Toleranz ist von dieser Art. Er ist so sehr eins mit dem objektiven Geist der Welt, wie sie ist, daß er gewissermaßen als ihr Medium und Sprachrohr fungiert und genau das empfiehlt, was sie uns empfehlen würde, könnte sie selber reden. Was ist, wird durch ihn zur Norm erhoben und die flexible Angleichung ans Gegebene zur seelischen Gesundheit verklärt.

Nachdem Wilber so klar gemacht hat, welche Haltung den störungsfreien Ablauf der Dinge garantiert, und über den Grund der davon abweichenden emotionalen Reaktionen »aufgeklärt« hat, wobei er freilich, was erst von der erfolgreichen Symptomverschreibung künstlich hergestellt wird, nämlich die völlige Willkürlichkeit und Machbarkeit der emotionalen Reaktionen, ihre beliebige An- und Abstellbarkeit, die er Selbstverantwortung nennt, tautologisch schon vorausgesetzt hat, setzt er mit der Feststellung fort, Symptomreaktionen dürfe man, wennn man sich von ihnen befreien will, wegen ihres auf Abspaltung und Projektion beruhenden Charakters grundsätzlich nicht bekämpfen. Denn solange jemand ein Symmptom bekämpfe, also gegen es vorgehe, setze er es implizit als etwas voraus, das ihn unabhängig von seinem Willen beherrscht, bestätige damit unwissentlich die ihm verborgene Projektion, die diesen Eindruck erzeugt, und wiederhole und verstärke nur die Voraussetzungen, denen das bekämpfte Symptom seine Existenz verdankt. Das Symptom werde deshalb auch nicht schwinden. Weiter helfe nur, das Symptom bzw. seinen Zwangs- und Unwillkürlichkeitscharakter dadurch zu unterlaufen, daß man die undisziplinierten Regungen der Natur als Gegebenheiten akzeptiert und bewußt verstärkt, um sich selbst

108 Heinz Gess

ganz bewußt als ihren Produzenten und Macher und nicht mehr als auch Reagierenden zu erleben:

»Verstärken Sie ... bewußt jedes gerade vorhandene Symptom bis zu dem Punkt, an dem Sie sehen, daß sie selbst es erzeugen und schon immer erzeugt haben. (...) Wenn sie depressiv sind, dann versuchen sie, noch depressiver zu sein. (...) Empfinden Sie Schuldgefühle, so verstärken Sie sie. Wenn Sie sehen, daß sie ihre Symptome selbst verstärken können, liegt der Schluß nahe, daß Sie sie auch vermindern können, und sind Sie erst so weit, dann geschieht das auf ganz spontane Weise. (...) Aber kümmern Sie sich nicht darum, ob das Symptom nun verschwindet oder nicht. (...) Sie müssen absichtlich und mit ganzer Kraft die Symptome verstärken, ... ohne dabei an den beabsichtigten Effekt zu denken. « (Wilber 1987, 225f.; Hervorh. d. d. Verf.)

### Ähnlich Watzlawick, der hierzu schreibt:

»Eine andere Möglichkeit (das Symptom aufzulösen) besteht darin, dem anderen dasjenige Verhalten vorzuschreiben, das er bereits an den Tag legt. (...) Eine solche Aufforderung (läuft) auf eine 'Sei-spontan!'-Paradoxie hinaus. Wenn man nämlich aufgefordert wird, sich in einer bestimmten Weise spontan zu verhalten, dann kann man nicht mehr spontan sein, da die Aufforderung die Spontaneität unmöglich macht. Wenn also ein Therapeut seinem Patienten vorschreibt, sich symptomatisch zu verhalten, so verlangt er spontanes Benehmen und erwirkt durch diese paradoxe Aufforderung eine Verhaltensänderung des Patienten. (...) Wenn der Patient im Laufe der Befolgung dieses Verhaltensrezeptes feststellt, daß er sich damit von seinem Symptom befreien kann, so ist dies praktisch ... gleichbedeutend mit der Wirkung von Einsicht im Sinne der klassischen Psychoanalyse, obwohl keinerlei Einsicht dabei gewonnen wird. Aber selbst im wirklichen, tagtäglichen Leben begleitet Einsicht nur sehr selten den Wandel in uns ...; viel häufiger ändern wir uns und wissen nicht, wieso.« (Watzlawick 1969, 221f.)

Wer diesen Aufforderungen Folge leistet und die Symptomreaktionen in intensiv gesteigerter Form in sich hervorruft, dessen Symptome, so versichern beide, werden zur rechten Zeit spontan verschwinden. Der Grund dafür liege einfach in der spontanen Selbstregulation der Seele, der zufolge die Seele »automatisch« damit aufhören werde, sich Schmerzen zuzufügen, wenn sie auf Grund von Erfahrung die »Information« bekäme, daß sie wirklich es selber sei, die die Schmerzen sich zufüge. Die Verhaltenstherapie würde hier wohl von »Sättigung« sprechen, die das Symptomverhalten zum Verschwinden bringt.

Ist erst einmal die innere Distanzierung von den Symptomen erfolgt, fällt es nicht mehr schwer, des eigenen Schattens sich gewahr zu werden und ihn als Teil seiner selbst anzuerkennen. Dadurch kehrt sich die Richtung der ehemals projizierten Projektionen um, und, so Wilber, den ich wegen seiner ideologischen Bedeutung als Cheftheoretiker der transpersonalen Psychologie der Wendezeit hierzu noch einmal zitiere:

»Wenn Sie ... einer Emotion gewahr werden, etwa Haß, und dann merken, daß sie ihn gegen sich richten ..., so drehen Sie den Spieß einfach um: Kehren Sie ihn nach außen. Angreifen oder angegriffen werden, schauen oder angeschaut werden, ablehnen oder abgelehnt werden – Sie haben die Wahl.« (Wilber 1987, 227)

Mit dieser dem »objektiven Geist« der herrschenden Verhältnisse aus der Seele gesprochenen Feststellung, der nur noch die ebenso einleuchtende Alternative »fressen oder gefressen-werden« hinzuzufügen wäre, mit der jeder abgeklärte Bürger die Gemeinheiten, die er begeht, als Prävention zu rechtfertigen pflegt, beendet Wilber an diesem Punkt seine an den Leser gerichteten Ratschläge. Unfreiwillig freilich wird in diesem Ende die Maxime aller seiner Ratschläge

»Micht um die Konservierung der Vergangenheit, sondern um die Einlösung der vergangenen Hoffnung ist es zu tun.«

Horkheimer / Adorno

# U

### Gesellschaft für Exilforschung e.V.

c/o Dr. Barbara Lube
Eich 22
5632 Wermelskirchen

Mitgliedsbeiträge zur Zeit:

Ordentliche Mitglieder:
Studenten, Schüler, Arbeitslose:
DM 40,-Fördernde Mitglieder:
DM 100,-Institutionen:
DM 150,--

Bankverbindung: Sparkasse der Stadt Marburg Konto-Nr. 1011011876 (BLZ 533 500 00)

### Beitrittserklärung

Name				
Straße				
PLZ	Ort			•
Beruf				-
Datum		Unterschrift		

Das Jahrbuch für Exilforschung erscheint im Verlag edition text + kritik, Levelingstraße 6a, 8000 München 80. Sie können die Bände 1 bis 10 einzeln oder zusammen über Ihre Buchhandlung beziehen.

deutlich: Der »Kampf aller gegen alle«, das zum Bestehen darin notwendige reibungslose Funktionieren macht die Übernahme von »Selbstverantwortung« für die eigenen emotional-mimetischen Reaktionen zur Pflicht. Der inhumane Kampf selber aber, die falschen Alternativen, vor die sich die Menschen unter gesellschaftlichem Druck gestellt sehen, wird nicht in Frage, sondern als »kosmische Ewigkeit« hingestellt:

»Jede Handlung entspringt der Ewigkeit, der Grenzenlosigkeit, und ist wie sie ist, ein vollkommener und unbehinderter Ausdruck des Alls. Alles, was wir tun ... alles, vom Geschirrspülen bis zum Anfertigen der Einkommenssteuererklärung.« (Wilber 1984, 193)

Bei solcher Sicht der Dinge wäre es konsequent, auch den Hunger und das Elend der vielen, die kein Einkommen haben, zum »vollkommenen Ausdruck des Alls«, der »ewigen kosmischen Ordnung« zu erklären. Was ist, gilt als gut, allein schon weil es ist:

Ich sah, wie »der Kosmos ... von einer Ordnung in die andere übergeht. Welche Freude, als ich sah, daß in der Kette keine Unterbrechung war – kein Glied wurde ausgelassen –, alles geschah an seinem Platze und zu seiner Zeit. Welten, Systeme, alles vermischte sich zu einem harmonischen Ganzen.« (Ebd., 12)

Kein Gedanke daran, daß der Bruch der Kette gerade das Ersehnte ist, daß es darum gehen könnte, Verhältnisse miteinander herzustellen, in denen es mit diesem inhumanen Kampf und der Existenzangst ein Ende hat, weil der Mensch in ihnen dem anderen Menschen zum Bedürfnis geworden ist und »das Bedürfnis und der Genuß ... ihre egoistische Natur und die Natur ihre bloße Nützlichkeit verloren (haben), indem der Nutzen zum menschlichen Nutzen geworden ist« (Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW EB 1, 540). Nicht diese, mit dem Gesetz dessen, was ist, unvereinbare Einheit des Menschen mit dem Menschen und der Natur, meint Wilber, wenn er von der All-einheit spricht, sondern die »Kette ohne Unterbrechung«, die ihre Wirklichkeit hat im Strukturprinzip der Gesellschaft, die alle Menschen individuiert, einzig, um sie in ihrer Vereinzelung brechen zu können.

Nicht anders Watzlawick, wenn er zur Rechtfertigung der Symptomverschreibung den Geist »geistloser Praxis«, das bewußtlose Funktionieren ohne Einsicht, zur Richtschnur auch für die Therapie erklärt, die einmal angetreten war, der bewußtlosen Praxis zur Aufklärung über sich selbst zu verhelfen, auf daß es mit der Bewußtlosigkeit ein Ende habe und die Menschen den Ausgang nehmen aus der freilich nicht nur selbstverschuldeten Unmündigkeit. In der Tat ist es so, daß dasselbe Ich, das um im wirklichen tagtäglichen Leben sich zu behaupten, dessen Realität erkennen und darin bewußt fungieren muß, zugleich, um die ihm aufgezwungenen, vielfach unsinnigen Verzichte zuwege zu bringen, unbewußte Verbote aufrichten und um der Selbsterhaltung willen das Selbstbewußtsein sich versagen muß. Nicht zuletzt deswegen begleitet in der Tat, wie Watzlawick sagt, »Einsicht nur sehr selten den Wandel in uns«. Dieses Dilemma des Ich, das ja cigentlich über das Unbewußte hinaus will, hatte schon Freud erkannt und auf die gesellschaftlich erhaltene Lebensnot zurückgeführt, selber zweideutig schwankend zwischen »dem Willen zur hüllenlosen Emanzipation des Unterdrückten und der Apologie hüllenloser Unterdrückung« (Adorno 1951, 72). 110 Heinz Gess

Watzlawick freilich kann gar nicht schwanken. Wo er ansetzt, ist die Entscheidung schon gefallen: gegen das Unterdrückte, das sich im Symptom verhüllt äußert, und für das Verbot und für die »Hülle«, die es unbewußt hält, damit er der Irrationalität des rationalen Systems, das er so sehr bewundert, nicht ansichtig zu werden braucht. Das Ich stellt sich in den Dienst des Unbewußten und erweitert in seinem Dienste seine taktischen und technischen Fähigkeiten der Naturbeherrschung am eigenen Leibe. Die Symptomverschreibung bzw. -selbstverschreibung ist eine dieser Techniken, eine Technik, mit der man sich ganz rational selbst belügt, indem man die Symptomreaktion um ihren Sinn betrügt und den Schein der Harmonie erzeugt nach dem Motto, das wir eben zuvor bei Wilber schon kennengelernt haben, der das, was bei Watzlawick schon angelegt ist und mit der Methode der Symptomverschreibung begonnen wird, nur konsequenter zu Ende führt. In der von Wilber propagierten höchsten Bewußtseinsebene, der Ebene »transpersonaler Zeugenschaft« und schließlich der der »höchsten Identität«, des »All-eins-seins«, in dem alles Nicht-identische ausgelöscht ist, wird die abstrakte Negation der Verhältnisse durch die Menschen, die völlige Ablösung des Gefühls und Empfindens des Selbst von seiner wirklichen Realität, die eigentlich Gefühls- und Empfindungslosigkeit ist, bis ins Innerste hinein real verwirklicht. In ihnen ist wahr geworden, wovor Adorno einst als kommender Norm unter dem »späten Industrialismus« warnte:

»Unterm Apriori der Verkäuflichkeit (macht) das Lebendige als Lebendiges sich selber zum Ding ... Das Ich nimmt den ganzen Menschen als seine Apparatur bewußt in den Dienst. Bei dieser Umorganisation gibt das Ich als Betriebsleiter soviel von sich an das Ich als Betriebsmittel ab, daß es ganz abstrakt, bloßer Bezugspunkt wird: Selbsterhaltung verliert ihr Selbst. Die Eigenschaften ... werden bedienbar ... Mit ihrer Mobilisierung verändern sie sich. Sie bleiben nur noch als leichte, starre und leere Hülsen von Regungen zurück ... eigenen Zuges bar. Sie sind nicht mehr Subjekt, sondern das Subjekt richtet sich auf sie als sein inwendiges Objekt. In ihrer grenzenlosen Gefügigkeit gegens Ich sind sie diesem zugleich entfremdet: als ganz passive nähren sie es nicht länger.« (Adorno 1951, 309f.)

Symptome wiederholen am einzelnen, was mit den gesellschaftlichen Verhältnissen geschah. Weil diese Verhältnisse Verhältnisse sind, die die Menschen miteinander eingehen, und die die ihren sind in dem Sinne, daß sie selbst es sind, die sie erzeugt haben und tagtäglich neu reproduzieren, und solche Verhältnisse doch nicht sind, weil sie zu einer gegen die Menschen verselbständigten sachlichen Gewalt geworden sind, unter deren Kontrolle die Menschen stehen, so ist auch das Symptom eine vom einzelnen selbst erzeugte und immer wieder selbst reproduzierte Außerung und insofern die seine und ist es doch nicht, weil er ihrer nicht Herr ist, sondern sie Gewalt über ihn hat, nicht aus Freiheit kommt, sondern Mal der Not ist. Der Symptomverschreiber hat darum einerseits recht, wenn er darauf insistiert, alle Symptome seien selbst erzeugt und schon immer selbst erzeugt gewesen, hat aber andererseits auch, weil dies nur die halbe Wahrheit ist, ganz unrecht; denn dies übersieht den wirklichen Zwang, die wirkliche Not, die reale Blindheit des Ablaufs oder verharmlost das alles zum bloß »falschen Eindruck« oder zum »bloßen Schein«. Wenn Wilber und Watzlawick dazu auffordern, unmittelbar die Selbstverantwortung für das Symptom zu übernehmen und damit dem verfestigten falschen Eindruck des Zwanghaften den Boden zu entziehen, paktieren sie deshalb in Wirklichkeit mit den unbewältigten und vielleicht gar nicht bewältigbaren Verhältnissen, die das Symptom hervorriefen und am Leben erhalten.

Ein Symptom kann nicht einerseits eine unwillkürliche, zwanghafte Außerung innerer Natur sein, eine verfestigte Antwort auf eine unbewältigte Konfliktkonstellation, als die es »noch in der Verkrampfung klischeehafter Abwehr daran gemahnt, daß das Subjekt der Ort substantieller Verarbeitung der gesellschaftlich bedingten Zusammenhänge von Subjekt und Objekt ist« (Lippe 1975, 204f.), und zugleich andererseits eine willkürlich herbeigeführte Leistung. Macht man die Symptomreaktionen zur letzteren, löst man sie gewaltsam aus ihrem individualhistorischen Zusammenhang mit gesellschaftlich vermittelten Konfliktkonstellationen und macht sie unwillkürlich zu einem ahistorischen und überhaupt kontextlosen An-sich. Zwar läßt sich zugestandenermaßen auf diese Weise die Verfestigung und das Zwanghafte der Reaktionen lösen, aber nur auf Kosten erneuerten Zwangs gegen die innere Natur und um den Preis der Abschaffung der individuellen Lebensgeschichte und des Lebendigen an Gefühl und Empfindung. Die Verfestigung wird gelöst, aber nur dadurch, daß die verfestigte Antwort als Antwort ausgelöscht und damit dem entsprechenden Verhalten die verschlüsselte Bedeutung und sein auf die Not hinweisender Zeichencharakter genommen wird. Die Bedingungen, die das Symptom hervorriefen, werden außer Frage gestellt (vgl. Schülein 1976; Lippe 1975).

Kafka hat die gesellschaftliche Funktion dieser Symptomfreiheit, in der alle Male wirklich vorhandener Gewalt und Ausweglosigkeit gelöscht sind, in der Kurzgeschichte »Auf der Galerie« klar darzustellen gewußt. Die Geschichte handelt von einem Zirkusbesucher, der den Vorführungen der Kunstreiterin unten in der Manege von der Galerie aus zuschaut. Sie besteht aus zwei Abschnitten. Der erste spricht von der Gewalt hinter der erscheinenden glatten Fassade, und davon, wie die Menschen (die Kunstreiterin) durch sie gekennzeichnet sind:

»Wenn irgendeine hinfällige, lungensüchtige Kunstreiterin in der Manege auf schwankendem Pferd vor einem unermüdlichen Publikum vom peitschenschwingenden erbarmungslosen Chef ... ohne Unterbrechung im Kreis herum getrieben würde, auf dem Pferde schwirrend, Küsse werfend, in der Taille sich wiegend, und wenn dieses Spiel unter dem nicht aussetzenden Brausen des Orchesters und der Ventilatoren in die immerfort weiter sich öffnende graue Zukunft sich fortsetzte, begleitet vom vergehenden und neu anschwellenden Beifallsklatschen der Hände, die eigentlich Dampfhämmer sind ...« (Kafka 1989, 129)

Erschiene die Realität auch so, ein Eingriff wäre möglich.

»... vielleicht eilte dann ein junger Galeriebesucher die lange Treppe durch alle Ränge hinab, stürzte in die Manege, riefe das: Halt! durch die Fanfaren des sich immer anpassenden Orchesters.« (Ebd.)

Aber, setzt Kafka im zweiten Absatz dann fort, in Wirklichkeit sind die Spuren der Gewalt gelöscht, herrscht symptomfreie Eleganz und der Chef erscheint geradezu als Ausbund von Menschlichkeit. Sogar vom »Glück der schönen Dame« ist die Rede:

»... eine schöne Dame, weiß und rot, hereinfliegt ...; der Direktor, hingebungsvoll ihre Augen suchend, in Tierhaltung ihr entgegenatmet, vorsorglich sie auf den Apfelschimmel hebt, als wäre sie seine über alles geliebte Enkelin, die sich auf gefährliche Fahrt begibt; sich nicht

112 Heinz Gess

entschließen kann, das Peitschenzeichen zu geben; schließlich in Selbstüberwindung es knallend gibt; ... schließlich die Kleine vom zitternden Pferde hebt, auf beide Backen küßt und keine Huldigung des Publikums für genügend erachtet, während sie selbst ... ihr Glück mit dem ganzen Zirkus teilen will.« (Ebd.)

Der gesollte Effekt tritt ein: Die Ahnung der Gewalt findet an der Glätte keinen Halt, Aufschrei und Protest müssen darum verstummen. Wie unter dem Bann wird der Wille zum Eingriff gelähmt. »Da dies so ist, legt der Galeriebesucher das Gesicht auf die Brüstung und, im Schlußmarsch wie im schweren Traum versinkend, weint er, ohne es zu wissen« (ebd.). Gewalt, Zwang und Elend sind in der Manege mit Menschlichkeit, Liebe, Eleganz und Glück zu einer untrennbaren Einheit verbunden. So undurchschaubar eng ist die Verbindung, daß die negative Seite der ganzen Szene der Wahrnehmung des Galeriebesuchers bereits zu entgleiten droht, Abbild dafür, daß dieser die dunkle, negative Seite seiner Lebenswirklichkeit und -geschichte, nicht zuletzt wegen ihrer falschen Einheit mit vermeintlicher »Menschlichkeit«, »Liebe« und »Glück« nicht hat verwinden können.

In solch falscher Einheit der Gegensätze gefangen zu sein, ist kein zufälliges und in diesem Sinne nur individuelles Lebensschicksal, sondern ist, wie Marx in seiner »Kritik der politischen Ökonomie« hat enthüllen können, konstitutives Strukturmerkmal kapitalistischer Gesellschaften. Da ist einerseits die Sphäre des Warentausches, ein, wie Marx im Kapital sagt, »wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum« (MEW 23, 189). »Im Ganzen der vorhandenen bürgerlichen Gesellschaft« stellt sich dies »Eden der angeborenen Menschenrechte« jedoch andererseits nur als »der oberflächliche Prozeß« heraus, »hinter dem in der Tiefe ganz andre Prozesse vorgehen, in denen die scheinbare Gleichheit und Freiheit der Individuen verschwindet« (Marx, 159). Beide Seiten, der dunkle Untergrund von Gewalt, Ohnmacht und Ausbeutung, und die lichte Seite des Warentausches gehören zusammen. Sie bilden in Gesellschaften, deren Synthesis sich über den Tauschwert vollzieht, eine die Menschen »doppelbindende« Einheit. Was Marx die Ideologie der Freiheit und Menschlichkeit nennt, wohnt dem gesellschaftlichen Sein selbst inne, weil sie in der Abstraktion, die zum Tausch wesentlich rechnet, gründet. Ihr »Kern ist der Wert als Ding an sich«, als vermeintliche Natur (Adorno 1966, 346), der »Warenfetisch«, wie Marx im Kapital sagt. Ist sie dem gesellschaftlichen Sein eingesenkt, so sind auch Ausbeutung, Ohnmacht, reale Uberwältigung und andere »in der Tiefe« vor sich gehende Prozesse von der schönen Realität, dem »realen Schein« der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit notwendigerweise nicht zu trennen. Vielmehr vollziehen sich die negativen Prozesse gerade durch die »objektiven Gedankenformen« und durch die mit ihnen gegebene Setzung der Menschen als »gleiche« und freie« hindurch. Was in der pragmatischen Kommunikationstheorie dieser Tage »double bind« genannt und als neue Errungenschaft psychologischer Erkenntnis gefeiert wird, hat Marx somit schon längst vorher als grundlegende Struktureigenschaft tauschwertförmiger Vergesellschaftung enthüllt. Die Feier des »double bind« in der Psychologie vergißt diesen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang konsequent.

Während Marx dies, die im Gegebenen nicht aufhebbaren Widersprüche, die

negativen und zerstörenden Prozesse inmitten der positiven Realformen herausarbeitet, damit den Bann des falschen Zaubers, den Bann der der gesellschaftlichen Realität selbst innewohnenden Verkehrungen durchbricht und diesen Durchbruch voller Optimismus auch als gesellschaftliche Tat, als soziale Revolution, vor Augen hat, ist dies bei Kafka anders: Seine Figuren erkennen zwar ein paar Augenblicke lang die negative Wahrheit des Ganzen, aber die Gefangenschaft aller im Bann der realen Verkehrungen ist übermächtig. Dies ist auch beim Zirkusbesucher »auf der Galerie« nicht anders. Die untergründige Gewalt tritt zwar in den Blick, aber doch nur als eine aufblitzende Ahnung, der, als sei sie irreal, bloße Projektion nur, sogleich die reale Verzauberung, der Glanz der Vorstellung, als wahre Wirklichkeit entgegengehalten wird. Im Zauber dieser Wirklichkeit verliert sich der Galeriebesucher. In ihrem Bann vergeht der Impuls einzuschreiten. Was bleibt, ist ohnmächtige Trauer und ein leises Weinen, in das sich zugleich Rührung mischt über den abgerungenen Glanz und Mitleid. Aber gefangen im Bann des falschen Zaubers gesellschaftlicher Realität, weiß er auch davon nichts, und würde man ihn fragen, warum er weine und welche Last er denn trüge, er würde wie der Wanderer bei Baudelaire antworten, er wisse von keiner Last und weine nicht (Baudelaire 1977, 77ff.).

Adorno hat die Situation der Menschen heute als eine Situation »objektiver Verblendung« beschrieben, in der die Menschen dem Zauber der realen Verkehrungen verfallen. Je mehr menschliche Verhältnisse vom Tauschwert erfaßt und je tiefgreifender sie nach seinen Bedingungen reguliert werden, je mehr, was mit der Umwandlung der Menschen zum Eigentümer von abstrakter Arbeitskraft begann, sich auf alle menschlichen Regungen ausweitet, um so undurchdringlicher wird der Schein. Kafkas Geschichte vom Zirkusbesucher auf der Galerie ist ein Gleichnis für diese gesellschaftliche Situation. Deutlich wird an ihm, wie leicht der Bann zu brechen wäre und daß doch kaum etwas schwerer ist als das. Stürzte der Besucher in die Manege und »riefe das: Halt! durch die Fanfaren des immer sich anpassenden Orchesters«, als Narretei gälte dies den anderen, dem falschen Zauber Verfallenen, nur, als Störung des Vergnügungsbetriebes und entweder würde sich ob dieser Störung Wut gegen ihn, den »Störer«, richten, weil die Schau doch weitergehen muß, oder der Protest würde mit Lachen sogleich zum unterhaltsamen Bestandteil dessen, wogegen er protestiert, zur kostenlosen Zugabe umfunktioniert. Wo die Wirklichkeit die Menschen narrt, gilt, wer dies beim Namen nennt, selbst als Narr und hat der Gefahr gewärtig zu sein, als solcher selbst noch Bestandteil dessen zu werden, womit die Wirklichkeit die Menschen narrt. Der Symptomyerschreiber gehört, um im Bild zu bleiben, zu denen, die gelassen über die Narretei des Galeriebesuchers lächeln. Die Ohnmacht des Protestes erkennend, fordert er mit zynischer Logik den Zirkusbesucher auf, seine »Schau-einlage« doch wieder und wieder zu wiederholen und läßt den Protest dadurch ins Leere laufen. Was als Protest gegen die Verkehrung nur Sinn hat. wenn es nicht selber zur Schau verkehrt wird, wird eben dadurch, daß es zu ihrem Bestandteil umfunktioniert wird, widersinnig. Läßt aber der Zirkusbesucher auf der Galerie, dessen ansichtig, weinend vom Protest ab, wird auch das Weinen noch, als Symptom, mit der gleichen Strategie und dem gleichen, in das Bedürfnis zu helfen umgewandelten Haß verfolgt. Alles soll zur Schau werden,

114 Heinz Gess

auch das Verhältnis des einzelnen zu sich selbst. Keine Regung soll bleiben, die noch anspricht auf die wirkliche Widersprüchlichkeit des Ganzen und die darin enthaltene Negativität; alle Spuren des Objekts im Subjekt sollen gelöscht, Gefühl und Empfindung um das Beste, ihre verbindende Lebendigkeit, gebracht werden. Alle sinnlichen Verhältnisse des Menschen zur Welt sollen auf das eine reduziert werden: auf das bloße Schauen, mit der Konsequenz, daß ob dieser Reduktion tatsächlich alles zur bloßen Schau wird. Selbst das »Schauen«, das als das einzige Verhältnis zur Welt verbleibt, ist eigentlich auch schon kein sinnliches Verhältnis zur Welt mehr, sondern als transpersonales Schauen durchaus wie die Ware von übersinnlicher Natur, von mystischer Qualität. Ist aber jedes sinnliche Verhältnis zur Welt erloschen, bleibt nur noch der sinnen- und sinnlos gewordene Verstand (mit dem Leib als mitgeschlepptes Anhängsel) in reiner Identität mit sich selbst zurück, weil er in ihr, da kein lebendiges Empfinden diese Einheit noch stören könnte, nur sich selbst anschaut.

### Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W., 1951: Minima moralia. Frankfurt/M.

ders., 1966: Negative Dialektik. Frankfurt/M.

Baudelaire, Charles, 1977: Die Tänzerin Fanfarlo und Der Spleen von Paris. Heidelberg Horkheimer, Max, und Theodor W. Adorno, 1971: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M.

Kafka, Franz, 1970: Auf der Galerie. In: ders., Sämtliche Erzählungen. Frankfurt/M.

Lippe, Rudolf zur, 1975: Bürgerliche Subjektivität: Autonomie als Selbstzerstörung. Frankfurt/M. MEW = Marx-Engels Werke, Berlin/DDR 1957ff.

Marx, 1974: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf). Berlin/DDR

Schülein, J.A., 1976: Psychotechnik und Politik. Frankfurt/M.

Walsh, Roger N., und Frances Vaugham (Hrsg.), 1987: Psychologie in der Wende. Hamburg Watzlawick, Paul, u.a., 1969: Menschliche Kommunikation, Formen, Störungen, Paradoxien. Bern ders., 1983: Anleitung zum Unglücklichsein. München

Wilber, Ken, 1987: Das Spektrum des Bewußtseins. Bern, München

ders., 1984: Wege zum Selbst, östliche und westliche Ansätze zu persönlichem Wachstum. München



192 Seiten, DM 21,50

### Zur Reihe KRITISCHE MEDIZIN IM ARGUMENT:

Das Jahrbuch für Kritische Medizin ist ein Forum der Diskussion über den gesellschaftlichen Umgang mit Gesundheit und Krankheit. Die Orientierung auf eine soziale und humane Medizin führt zur Kritik am biomedizinischen Reduktionismus und zu Konzepten der Gesundheitsförderung und Prävention. Die wissenschaftliche Aufarbeitung dient der Beurteilung und Kritik von Gesundheitspolitik und Praxis im Gesundheitswesen.

Fordern Sie unseren Sonderprospekt an!



### Marxism in the New World Order

Crises and Possibilities. International Conference, University of Massachussetts, Amherst/USA, 12. bis 14. November 1992

»Ich bin stolz, daß wir diese Konferenz an unserer Universität haben, denn der Marxismus wird noch in diesem Jahrhundert wiederbelebt werden und blühen«, sagte der Dekan der Universität Amherst in seinem Grußwort vor dem vollbesetzten Auditorium. Die offizielle Ermutigung fand großen Beifall, denn dies war auch das Gefühl, das die 140 Veranstaltungen bestimmte. Die Zahl der Teilnehmenden hatte sich im Vergleich zu vor zwei Jahren verdoppelt; knapp 1500 hatten ihren Eintritt von 30 Dollar bezahlt; da es keine Kontrollen gab, kann mit weit mehr als dieser Zahl gerechnet werden, zumal sicher mehr als die Hälfte der Anwesenden sehr jung, jedenfalls unter 30 war. Euphorischer noch formulierte Richard Wolff von der gleichen Universität. Für ihn ist Marxismus einmalig als eine Quelle von Hoffnungen, Träumen, Theorien, Vorstellungen von gesellschaftlicher Veränderung, die alle Sphären durchdringt, alle Wissenschaftsdisziplinen durchquert, in allen Teilen der Welt aufgenommen wurde, wie dies in der Geschichte der Menschheit bislang nicht der Fall war. So wie Kapitalismus universell, sei Marxismus als Kritik desselben ebenso aktuell wie dieser. Wenngleich solche Beschwörung in diesem Ausmaß sicher nicht von allen geteilt wurde, war gemeinsame Grundannahme, daß Kritik und Veränderung von Kapitalismus überlebensnotwendig sei - gerade heute. Für Wolff waren wesentliche Krisenmomente der Verfall der Städte, soziale Erstarrung, persönliche Einsamkeit und Gewalt. Um dem Mythos einer ständigen Vermenschlichung und Höherentwicklung kapitalistischer Gesellschaften anschaulich zu begegnen, zitierte er aus Wallstreet Journal die Liste der Hauptprobleme, die von den Schulen im Abstand von 50 Jahren (1940 und 1990) gemeldet wurden. 1940 waren es: Schwätzen, Kaugummi kauen, Unruhe und Unterrichtsstörung, Außer-der-Reihe-stehen, unordentliche Kleidung, Unsauberkeit; bis 1990 »entwickelte« sich die USA-Gesellschaft zu folgenden Schulproblemen: Drogen, Alkohol, Schwangerschaft, Selbstmord, Vergewaltigung, Raub, Überfall.

Wie Wolff rief auch Ralph Miliband dazu auf, am sozialistischen Projekt festzuhalten, gegen die Verzweiflung, von der er annahm, daß sie zum ersten Mal seit der französischen Revolution dermaßen breit vorherrsche, auf Demokratisierung, auf Abbau von Ungleichheit, auf einer Reorganisation der Ökonomie zu bestehen. Oder, um es mit den Worten von Barbara Joseph auf einer Veranstaltung zur Geschichte des modernen Feminismus zu sagen: »Wie kann ich Sozialismus aufgeben, wenn ich ihn noch gar nicht gehabt habe?« Auf jedem der großen Plenen waren die Geschlechter paritätisch vertreten und wenigstens ein/e RednerIn kam aus einem Land der »Dritten Welt« oder gehörte zur farbigen Bevölkerung Nordamerikas. Auf diesem Plenum mit dem Titel »Reclaiming Marxism« fürchtete Sheila Rowbotham, Marx in den USA neu zu bedenken gleiche der Aufgabe, Engel zum Streik zu bewegen; im übrigen verschob sie die Diskussion in die Erinnerung an frühere vergessene radikale Traditionen und Bewegungen, in denen nicht nur die Industrie, sondern ebenso das Leben im Haushalt als revolutionsbedürftig gedacht waren. Gayatri Spivak nahm das revolutionäre Pathos des Eingangsredners (Wolff) wieder auf, beschränkte sich allerdings im wesentlichen darauf, die USA wegen ihres ungeheuren Verbrauchs an Rohstoffen anzuklagen und dies mit dem Hunger in der »Dritten Welt« zu vergleichen, denen von eben solchen Weltmächten dann Bevölkerungspolitik aufgedrängt werde.

Das Beispiel diente ihr zum Beweis, daß Reproduktion, Familienplanung, Bevölkerungspolitik etc. in den verschiedenen Welten Verschiedenes, gar Gegensätzliches bedeuten, und daß die Strategien für und gegen die »Fruchtbarkeit« der Frauen im Prinzip nur zwei Seiten der gleichen Münze seien. Marx wollte sie dieses als Nachtrag ins Werk schreiben.

Überhaupt hing die Herausforderung durch die »Postmoderne« wie ein ständiger Schatten über der Konferenz, der wie bei Peter Schlehmil zum Teil aktiv aufgesucht, dann wieder abgeworfen, bekämpft, eingenommen wurde und vor dem Rechtfertigung und Abbitte zu leisten war. Am eindrücklichsten geschah dies im Podium der Veranstalter (eines Teils des Redaktionskollektivs von Rethinking Marxism) zum Thema »Postmodernism, Late Capitalism and Marxian Political Economy«. Für sie war postmodernes Denken ein Werkzeug, welches Möglichkeiten eröffnet, Marx wirklich zu entdecken. Am Beispiel von Postfordismus und Politischer Ökonomie führten sie vor, daß die hier enthaltenen Annahmen etwa vom »rationalen einheitlichen Subjekt« (so z.B. beim Nobelpreisträger Becker), von der »Homogenität der Gesellschaft«, von Wahrheit, Fakten, Zentrum und Ordnung nicht vom traditionellen Marxismus, wohl aber von postmodernen Gedanken in einer Weise erschüttert würden, daß erst jetzt wirklich Kritik der Politischen Ökonomie geleistet werden könne. Unter der Radikalität der »Dezentrierung« allen Denkens durch die Postmoderne könne nicht nur die bürgerliche Ökonomie aus den Angeln gehoben werden, auch sehe man jetzt erst, daß Marx z.B. im Warenfetischkapitel längst das »dezentrierte Subjekt« vorausgesetzt habe. Der Weg, Sozialismus ganz neu zu denken, sei so eröffnet; empfehlenswert dazu auch Gramsci zu lesen. So gut die ReferentInnen ihre Befreiung aus dem Käfig eines offenbar sehr beklemmenden Ökonomismus vermitteln konnten, so eindrücklich gaben DiskutantInnen zu bedenken, daß das Projekt über Theoriekritik hinaus auch auf Intervention und politische Praxis gerichtet sein müsse. Heftig rief eine Studentin aus dem ersten Semester, daß sie unbedingt dafür sei, postmoderne Theorien und Erklärungen zu studieren, einfach, weil sie das Neueste auf keinen Fall verpassen wolle, daß sie aber das schreckliche Gefühl habe, zu ertrinken. Sie brauche dennoch einen umfassenden Blick auf die Welt und eine Vorstellung von sich selbst, die ihr strategisches Handeln erlaube. In diesem Aufschrei und in dieser Diskussion waren im Grunde die Hauptlinien enthalten, welche die Konferenz bestimmten. Marxens Befreiung vom Parteimarxismus hat hier nicht nur zu einer Verlebendigung, sondern auch zur Akademisierung von Marxismus geführt. Natürlich konnte ich von den 140 Veranstaltungen in drei Tagen nur zwölf besuchen - diese aber blieben bis auf eine, in der konkrete Analysen mit Gramscischen Begriffen vorgetragen wurden (Kate Crehan über organische Intellektuelle im bäuerlichen Afrika, Eloisa Gordon-Mora über passive Revolution in Puerto Rico und Renate Holub über Historischen Block, Hegemonie und Schwarzen Feminismus), alle auf der Ebene der Theoriekritik. Selbst in einer Veranstaltung, die mit dem Titel »Spaces for a Left Politics: Agents, Theory and Practice« angekündigt war, beschäftigte sich die Referentin (Carole Biewener) damit, den Klassenbegriff zu »dezentrieren«. Sie vertrat die Auffassung, daß in einem Klassenstaat im Grunde alle Kämpfe eine Dimension von Klassenkämpfen hätten, daher als solche zu bezeichnen seien. Die Aufgabe von MarxistInnen wäre es dann, in den jeweiligen Kämpfen etwa von Bürgerinitiativen, Frauen, Grünen – diese Klassendimension herauszuarbeiten und strategisch zu empfehlen.

Der Neubeginn mit einem lebendigeren Marxismus befreite sich (für europäische Ohren) zum Teil aus anderswo lange gesprengten Gehäusen. So wurde etwa in einer Veranstaltung (Considering the Side of Waged Labor) ein Konzept von Produktiv-

kräften vorgeschlagen, welches ebenfalls die Produktionsverhältnisse im Blick haben solle (Jim Devine), und Michael Lebowitz entwickelte ein Staatskonzept, welches nicht länger Staat nur als Instrument des Kapitals, sondern auch als Möglichkeit und daher Politikfeld für Arbeiter einschließen sollte. Dies angesichts einer Entwicklung, in der die Kapitale die Grenzen von Nationalstaaten nicht bloß überschreiten, sondern offenbar unabhängig von Staatsgewalten weltweit operieren, so daß marxistisches Denken sich wohl den Fragen stellen müßte, worum tatsächlich zu kämpfen ist, wenn die Macht im Staate der Ökonomie nicht Herr ist. - In der einzigen Veranstaltung, die nur einen Vortragenden vorsah (John Roemer: A Future for Socialism), und die im übrigen ebenfalls als einzige fast ausschließlich von Männern besucht war, wurde minutiös ein Modell des Wirtschaftens entwickelt, das gerade die Vergesellschaftung des ökonomischen Sektors aufgab zugunsten eines Marktsozialismus. In ihm sollten vielfältige Eigentums- und Finanzierungsformen die Hauptprobleme der Initiative der Belegschaft, des Managements und des Planens und der Verbindung und Kontrolle unter diesen, lösen und dabei Demokratie gewähren etwa nach dem inzwischen krisenhaften schwedischen Modell.

Warum stimmte mich eine Konferenz mit so vielen Problemen optimistisch? Es gab nur vier feministische Veranstaltungen (zur Geschichte des modernen Feminismus, zu Standpunkttheorien und Postmoderne; zu Feminismus und Klassenanalyse und zu Sexualität und dem Unbewußten), die im übrigen etwas unter dem Anspruch der Zuhörerinnen litten, es mögen dies vollkommene Sitzungen sein, in denen z.B. die Interessen einer alleinstehenden Mutter jeweils ebenso und unmittelbar vertreten sein sollten, wie die Plenen eine angemessenere Mischung von Farbigen und Weißen aufweisen sollten; aber so gut wie in allen übrigen Plenen sprachen Frauen mit eigenen Referaten, sie traten in den Diskussionen auf, sie hatten ihre Stimme gefunden, die sie auch laut werden ließen. Dies alles vermittelte den starken Eindruck, daß hier Feminismus die »Hälfte der Welt« erobert hatte. Im übrigen war es angenehm, so viele sonst nur in Literaturhinweisen vorkommende Namen plötzlich als lebendige Menschen treffen und sprechen zu können, denn sie waren alle da, die Klassikerinnen des Feminismus ebenso wie die bekannten Namen aus dem internationalen männlichen Marxismus. Besonders ermutigend war zudem das heftige Gefühl, an einem gemeinsamen Projekt mitzuwirken. Dies kam nicht zuletzt dadurch, daß so gut wie alle ReferentInnen keineswegs nach ihren eigenen Veranstaltungen wieder abflogen, sondern an allen Tagen diskutierend und zuhörend überall anzutreffen waren. Alle Veranstaltungen waren übervoll. Zudem gab es ein Gefühl des Aufbruchs. Dies kam zum einen wohl daher, daß der Versuch, postmoderne Gedanken zu integrieren, diese weniger bedrohlich machte und unvermittelt das befreiende Gefühl gab, es sei dennoch möglich, Sinnvolles zu tun; zum anderen war da dieser neue Eindruck von Geschichte nach vorn, weil so viele junge StudentInnen sich auf den Weg gemacht hatten, Marx für sich zu entdecken.

Die Universität von Amherst liegt in bergigem Gelände idyllisch und riesig. Eine vollständige kleine Stadt ist hier zur Aneignung und Produktion von Wissen gebaut. Obwohl diese Architektur von universitärem Lernen der Illusion, es genüge, Veränderung bloß zu denken, sicher Vorschub leistete, hatte es auch den Vorteil, daß die Presse von Amherst und Umgebung ganz selbstverständlich und freudig auf den Titelseiten vom Aufstieg des Marxismus berichtete. Frigga Haug (z.Zt. Toronto)

## Functions and Structures of Power in the Transition from Totalitarianism to Democracy

Internationale Konferenz der Gorbatschow-Stiftung, Moskau, 27. bis 28. November 1992

Es läßt sich kaum ein größerer Gegensatz denken als der zwischen den Zusammenkünften marxistischer Intellektueller auf dem nordamerikanischen Kontinent (vgl. Frigga Haugs Berichte in diesem Heft und in *Argument* 196, 9llf.) und dem Moskauer Treffen. Umgeben von gesellschaftlicher Not und Perspektivlosigkeit versuchten knapp dreißig Intellektuelle – vier aus dem Westen, fünf aus dem ehemaligen Jugoslawien, je einer aus Ungarn und Rumänien, die übrigen 20 aus Rußland –, die postkommunistischen Situationen zu analysieren. Da der russische Präsident Jelzin kurz zuvor der gastgebenden Stiftung die Gebäude (der vormaligen Parteihochschule) hatte wegnehmen lassen, tagte man außerhalb von Moskau in einem ehemaligen Komsomolzentrum.

Inhaltlich vorbereitet und organisiert war die Tagung von Miloš Nikolić, ehemals Leiter der Parteischule des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der seit 1976 die jährlichen internationalen Kongresse »Socialism in the World« in Cavtat organisiert und die gleichnamige Zeitschrift mitherausgegeben hatte. (Im Argument sind über die Jahre immer wieder Tagungsberichte und Übersetzungen von Tagungsbeiträgen erschienen.) Bei der Auflösung des BKJ war der Serbe Nikolić aus der Partei ausgetreten, weil er ihre »Nationalisierung« für verhängnisvoll hielt. Seither betreibt er ein Nachfolgeprojekt, »Transitions to Democracy in a World Perspective«, organisiert unermüdlich kleinere Konferenzen und gibt auch wieder eine Art kleiner Zeitschrift in Gestalt eines Rundbriefs heraus. Alte Loyalitäten sprachen dafür, seine Einladung anzunehmen. – Die Gorbatschow-Stiftung war u.a. durch Yuri Krasin vertreten, bis zur Auflösung Rektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU. Er hatte mit Gorbatschow die »Sozialdemokratisierung« der KPdSU betrieben und an dem entsprechenden Parteiprogramm mitgearbeitet, dessen Annahme wie die des neuen Unionsvertrags dann durch den »Putsch« vom August 1991 und den Gegenputsch, der das Ende der Sowjetunion und das Verbot der KPdSU brachte, verhindert wurde. Jetzt ist er Leiter einer der Forschungsgruppen der Stiftung. In der Breschnew-Zeit hatte ich ihn in Cavtat kennengelernt und im Umbruchsjahr 1990 in Moskau aufgesucht. So war es eine Wiederbegegnung unter zum zweitenmal radikal veränderten Umständen.

Krasin hielt von russischer Seite das Eingangsreferat (»Probleme der Macht in der sich wandelnden Gesellschaft Rußlands« – das Argument wird Auszüge im nächsten Heft bringen). Das Scheitern der »Schocktherapie«, in Rußland noch schlimmer als anderswo, bildete den Erfahrungshintergrund seiner Beschreibungen und Analysen, die von den meisten russischen Rednern geteilt wurden: noch immer ist die Zivilgesellschaft embryonal, sind Atomisierung und politische Gleichgültigkeit Grundbestimmungen, sind die vorhandenen Formen der Assoziation eher korporatistischklientelistisch, stecken also noch in der alten Struktur des Staatspaternalismus. Allmählich zeichnet sich immer schneidender ab, daß bloße Deregulierung und Privatisierung so wenig den Übergang zu einem regulären Markt bringen, wie Markt als solcher Demokratie bringt. Beides verlangt Formen staatlicher Regulation, wenn nicht Monopol und Diktat der Mächtigen herausspringen sollen, bei Stagnation im Ganzen. (Hier widersprach allerdings Alexander Wolkow, für den ein regulierter Markt keiner ist, während Slawin, einer der Gründer der neuen KP, darauf hinwies, daß Totalitarismus auch als staatlicher Überbau von Kapitalismus denkbar ist.) Die Staatlichkeit ist im Zerfallen, während sie doch als entscheidende Bedingung für die

Entwicklung sozial produktiver Marktbeziehungen, Zivilgesellschaft und demokratischer Institutionen erscheint, die sie zugleich aber auch bedrohen kann. Darin, daß fast alle politischen Gruppierungen jetzt eine Stärkung der Staatsmacht und den Einsatz notfalls autoritärer Mittel wollen, sieht Krasin die Gefahr, daß wieder einmal die Ansätze zur Zivilgesellschaft niedergedrückt werden. Deshalb hält er Gewaltenteilung und Funktionsdifferenzierungen für notwendig, während er die Ausschaltung des Parlaments als Medium der Konsenssuche und Kontrollinstanz gegenüber der Exekutive als verhängnisvoll einschätzt. In den westlichen Medien werden solche differenzierten Demokratiebestrebungen unterschlagen bzw. als altstalinistische Überbleibsel angeprangert; man versteht im Westen nicht, daß die autoritäre Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle und die absolutistische Verselbständigung des Machtzentrums, erfolge sie auch im Namen von Markt und Privatisierung, unter den Bedingungen Rußlands doppelt verhängnisvoll und trügerisch wäre. Auch bei einer vorsichtigeren, an den vorhandenen Strukturen ansetzenden und sozial abgefederten Reformpolitik sieht Krasin Rußland verdammt »zur Perspektive 'pulsierender Entwicklung': als Wechsel von Auf und Ab, Ausbrüchen von Energie und Zurückfallen in Apathie, Durchbrüchen zu Freiheit und Rückzügen zu autoritärer Ordnung«. - Alexander Galkin erinnerte an den Versuch der Perestrojka, die als Schattenreich entfremdete Zivilgesellschaft, die sich unter Breschnew herausgebildet hatte, mit dem Staat zu verbinden. Jetzt sieht er die Möglichkeit einer Zerstörung des politischen Systems. »Der Prozeß muß verlangsamt werden, sonst führt er zur Explosion.« Anatoli Butenko, der zu den Vordenkern der Perestrojka gehört hat, diagnostizierte bitter die Zerstörung des »Entwicklungsmechanismus«, den jede Gesellschaftsform in der einen oder andern Weise braucht. »Die Ökonomie ist nicht in der Krise, sondern schachmatt«, sagte er, »Ganz andere Ärzte und Arzneien wären nötig.« Von den »Demokraten« ist nicht viel Demokratie zu erwarten. Zum ersten Jahrestag der Demokratie hat Migranjan in der Literaturnaja Gazeta eine autoritäre Politik der eisernen Hand gefordert und dies mit der »objektiven Notwendigkeit der Machtakkumulation zur Konsolidierung« begründet. Warum aber sollte der Autoritarismus stärker sein als der Totalitarismus? Das verkennt die doppelte Übergangsaufgabe. – Von liberaler Seite analysierte der jüngere Politologe Boris Kapustin die Schwäche der Zivilgesellschaft und die Entpolitisierung, die zu einem Rückgang der Parteibildungsansätze im vergangenen Jahr geführt habe. Busgalin, der Initiator einer sozialdemokratischen Partei, den die Konferenzteilnehmer tags darauf im russischen Parlamentsgebäude als Versammlungsleiter der »1. Konferenz linksdemokratischer Kräfte« wiedertreffen werden, weist darauf hin, daß das, was Clinton in den USA gesagt hat, in Rußland nur ein Linker sagen könnte: daß es sozialer Regulation bedarf. Die jetzige Wirtschaftspolitik schildert er als ineffektiv und undemokratisch.

Luciana Castellina erklärte es für erstaunlich, wie wenig sich an sozialer Unruhe manifestiert, die doch eine wesentliche Voraussetzung für die allseits gewünschte Parteienbildung wäre. Angesichts der von fast allen russischen Rednern beschriebenen Atomisierung fragte sie nach den Betriebskollektiven, die wohl kaum »amorph« sein dürften. – Auf solche Strukturen setzte auch der kroatische Ökonom Branko Horvath, der jetzt Vorsitzender einer kleinen antinationalistischen Linkspartei ist; er erklärte die jetzige Politik als klassische Restauration, auf die eine Stabilisierungsphase folgen werde. Entstaatlichung sei geboten, Privatisierung aber destruktiv: Selbstverwaltung in Marktbeziehungen sei die demokratische Perspektive in der Ökonomie, und die jugoslawische Geschichte habe die Effizienz dieser Form bewiesen, die über die Einparteiherrschaft und deren Hineinregieren gestürzt sei. Das fand wenig Widerhall; vielleicht weil es spontan paradox erschien, daß das im

120 Ankündigung

Brudermord verblutende Jugoslawien irgendeinen Vorbildwert gehabt haben könnte. Perry Anderson von der *New Left Review* hielt dagegen, selbstverwaltete Unternehmen könnten die Konkurrenz nicht bestehen, weil ihre Manager Sicherheit dem Risiko vorzögen und damit kurzfristigen Investitionen den Vorzug gäben. Im übrigen hält Anderson trotz des Desasters eine Restauration in Rußland für unwahrscheinlich. Dazu wäre ein soziales Gedächtnis nötig, in welchem das zu Restaurierende festgehalten wäre. Vielleicht gerät es Rußland langfristig zum Vorteil, daß keine Erinnerung an den Status quo ante mehr lebendig ist.

Der Rumäne Nikolae Dumitru, einer der Front-Mitglieder der ersten Stunde, sieht in den Umbrüchen nur den ersten Akt einer geopolitischen planetarischen Revolution. Die Erschöpfung des totalitären Potentials ist nur eines der Momente. Der Wegfall des Disziplinierungseffekts des bipolaren Systems hat eine globale Krisenhaftigkeit fundamentaleren Typs freigesetzt. Hierauf verwies auch Iwan Vitanyi, Soziologe von der Sozialistischen Partei Ungarns (die als Neugründung aus der Ungarischen Arbeiterpartei hervorgegangen und inzwischen Mitglied der SI ist). Er hat sieben Systeme und die entsprechenden Wenden erlebt: immer hatten ausländische Truppen sie ermöglicht, sei es durch ihr Kommen, sei es durch ihr Gehen. Die Unvollständigkeit von Zivilgesellschaft und Demokratie, der Mangel an Pluralismus und Machtrotation war all diesen Systemen gemeinsam. Immer gab es eine feudalistische Staatsschicht mit spätfeudalen Klientenverhältnissen. Die Legitimation war immer messianisch: sei es im Namen des Christentums, des Marktes oder Marxens. Statt sich auf Regulation zu beschränken, kommandierte der Staat. Die Mauer zwang den Westen zur Demokratie, während sie für den Osten Dikatur bedeutete, aber beide antagonistischen Systeme waren Teil des Weltkapitalismus, der nun unmittelbar mit seiner eigenen Wirklichkeit konfrontiert ist, daß 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Reichtümer besitzen.

Insgesamt wurden alle Titelbegriffe der Konferenz nacheinander in Frage gestellt: der Ȇbergang« findet nicht statt, und es etabliert sich weder ein regulärer Markt noch eine Demokratie. Auch ist es zu schematisch, das »alte Regime« Breschnewschen Typs mit seinen korporatistisch verhandelten Kompromissen und seiner porösen und informell-pluralen Machtstruktur als Totalitarismus zu fassen. In Rußland kombinieren sich, wie Bogdan Denić sagte, wildester Kapitalismus und altes Staatsmonopol auf undurchsichtige Weise. Daß eine klare Analyse fehlt, ist vielleicht nur ein anderer Ausdruck für das Fehlen einer tragfähigen Perspektive.

Die »Konferenz linksdemokratischer Kräfte«, der die Konferenzteilnehmer einen kurzen Besuch abstatteten, versammelte unter der Losung »Friede – Gerechtigkeit – Aufbau« vielleicht eineinhalbtausend zumeist angegraute Teilnehmer. Nostalgisches fand ziemlich viel Beifall, was angesichts der Misere verständlich, aber politisch perspektivlos scheint.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

### Ankündigung

### Feminist Perspectives on Technology, Work and Ecology

2. European Feminist Research Conference 1994 in Graz. Veranstaltet u.a. vom Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt und Wien, 5. bis 7. Juli 1994

Informationen: Ulrike Höbel, Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung, Kaiser-Josef-Platz 8, A-8010 Graz, Telefon: (9316) 813909-22

### Appell von Angehörigen der Universidade Agostinho Neto, Angola, an die Weltöffentlichkeit

Die wissenschaftliche Gemeinschaft Angolas ist tief erschüttert über die Morde an Intellektuellen aus Huambo, in einer Region, über die die UNITA die Kontrolle beansprucht. Im Oktober letzten Jahres wurden Fernando Marcelino, Professor der Fakultät für Agrarwissenschaften in Huambo, seine Frau, Miete Marcelino, Mitarbeiterin der Universität, Leiterin der Bibliothek von Huambo und aktives Mitglied im Angolanischen Frauenbund, seine Schwester, Dilar Marcelino, eine Nonne der katholischen Kirche, sowie ein enger Freund und Verwandter, der Arzt Prof. David Bernardino, in der Stadt brutal ermordet. Prof. Marcelino hat mit seinem Werk einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen den Hunger in Angola geleistet. Miete Marcelino forschte über die Geschichte Huambos. David Bernardino baute in der Stadt nach der Unabhängigkeit ein Erste-Hilfe-Zentrum mit freier medizinischer Versorgung für die Armen auf und war Kandidat der MPLA für die Parlamentswahlen im September 1992.

Dies ist nicht das erste Mal, daß Mitglieder der Universität Opfer politisch motivierter Morde wurden. Im April 1992 wurde der Portugiese Pinto Ribeiro, ehemals Dozent an der juristischen Fakultät, umgebracht. 1984 starb Dr. Jeanette Schon, Dozentin am Institut für Erziehungswissenschaften in Lubango, eine Südafrikanerin mit Beziehungen zum ANC, bei der Explosion einer Briefbombe. Schon 1975, als die UNITA die Provinzen Huambo und Bie kontrollierte, kam es zu zahlreichen Morden.

Der gegenwärtige Terror der UNITA-Todesschwadronen, der mit Entführungen, Folter, Bombenanschlägen, Einschüchterung von Bevölkerung und Polizei, Zerstörung von Infrastruktur, Fabriken, Krankenhäusern und Schulen einhergeht, verletzt nicht nur die Menschenrechte von angolanischen Bürgern und Repatriierten, die sich im Lande aufhalten. Er schafft auch ein ungünstiges Klima für die Zukunft des demokratischen Projekts, nachdem das angolanische Volk, die Vereinten Nationen und die internationale Öffentlichkeit die letzten Wahlen als frei und fair anerkannt haben. Die Straflosigkeit, die die Anstifter und Ausführenden dieser Verbrechen genießen, steht im Widerspruch zu den Friedensverträgen und der Verfassung. Dieser Zustand ist absolut untragbar und muß unverzüglich beendet werden.

Wir, Lehrer und Forscher an der Universität Agostinho Neto, appelieren an alle Intellektuellen, die folgenden Forderungen tatkräftig zu unterstützen.

- 1. Verurteilt Terrorismus und Faschismus.
- Fordert von der angolanischen Regierung, wenn nötig, mit internationaler Hilfe, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Hintergründe der Verbrechen aufzudecken und die Mitglieder und Führer der Todesschwadronen zu verhaften.
- Appelliert an die internationale Gemeinschaft, die Regierung bei den erwähnten Maßnahmen zu unterstützen.
- Fordert von der Regierung, Demokratie und Recht wiederherzustellen und deren systematische Verletzung, besonders im Bereich der Menschenrechte, zu verhindern.
- Appelliert an die Vereinten Nationen und die Internationale Gemeinschaft, ihre Verantwortung für die Verwirklichung der Friedensverträge für Angola und die Respektierung der Menschenrechte in diesem Land zu übernehmen, was die schleunige und vollständige Entwaffnung der UNITA und ihrer terroristischen Gruppen einschließt.
- 6. Appelliert an die Solidarität aller Universitäten, Forschungseinrichtungen und Berufsverbände von Intellektuellen auf der Welt, auf ihre Regierungen Druck auszuüben, damit sie gegen die willkürtichen Morde an angolanischen Intellektuellen durch Todesschwadronen und gegen die systematische Verletzung von Menschenrechten in Angola Stellung nehmen.

### PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Sonderheft 3:

### MALCOLM X



Themen: Wer war Malcolm? \* Ist er veraltet? \* Malcolm im Hip-Hop \* Die heutige Rezeption \* Die Black Panthers u.a.

Beiträge von: Malcolm X (erstmals in deutsch), Diedrich Diederichsen, Linda Burnham, Claus-Christian Malzahn, Albert Scharenberg, Carl Wechselberg u.a.

Noch erhältlich: Nr. 9: Rassismus -Sexismus; Nr. 8: Gewendete Rechte; Nr. 4: Marxismus und Feminismus

ca. 72 Seiten, 6,- DM + 1,- Porto. Bestellungen an: **PERSPEKTIVEN**, c/o Volker Finthammer, Methfesselstr. 5, W-1000 Berlin 61.

### Anti-Rassismus Methodendiskussion



Dieses Sonderheft widmet sich den drängenden Fragen einer Problematik, die mit dem Wort» Ausländerfeindlichkeit« eher wolkig umschrieben als präzise auf den Begriff gebracht wird.

Georg Auernheimer: Universelle Rechtsansprüche und kulturelle Differenz; Wilhelm Heitmeyer: Die Gefahren eines »schwärmerischen Antirassismus«; Margret Jäger/Siegfried Jäger: Rassistische Alltagsdiskurse; Wolfgang Kowalsky: Moralisierender Antirassismus; Rudolf Leiprecht: Auf der Suche nach Begriffen für antirassistische Arbeit; Ute Osterkamp: Weitere Fallstricke und Problematisierungen; Nora Räthzel: Zivilgesellschaft und Einwanderung; Erich Wulff: Notiz zur Konstruktion von »Rassismus«; W.F. Haug: Sechs vorläufige Nachsätze.



Auch in Ländern, die bisher eine eher liberale Einwanderungspolitik betrieben haben, wächst die Abschottung gegen Migranten und Flüchtlinge. Um diesen Prozeß zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln, fand im September 1990 in Hamburg der Kongreß »Migration und Rassismus in Europa« statt. Der vorliegende Band dokumentiert



die Kongreß-Vorträge von G. Auernheimer, F. Anthias, E. Balibar, Ph. Cohen, C. Guillaumin, W.F. Haug, J. Link, R. Miles, T. van Dijk und anderen.

Argument Sonderband - Neue Folge Band 201, 560 S., DM 38.-



### Philosophie

**Derrida, Jacques: Du droit à la philosophie.** Éditions Galilée, Paris 1990 (663 S., br., 290,- FF)

Derridas Engagement für das »Recht zur Philosophie«, so eine Übersetzung des Buchtitels, wurde in der deutschen Rezeption kaum wahrgenommen. Der Großteil der seit 1975 verstreut publizierten bildungs- und philosophiepolitischen Aufsätze findet sich nun in einem Band versammelt. Der erste Teil enthält Resultate institutioneller Analyse und Intervention; der zweite behandelt mit Kommentaren zu Descartes und Schelling den Themenkomplex der Übersetzung und den Zusammenhang von Sprache und philosophischen Institutionen; der dritte ist den Möglichkeitsbedingungen der autonomen Institution Universität und der Disziplin Philosophie gewidmet - zentraler Bezugspunkt ist hier Kant, wobei der nicht neue, aber nachgerade aufdringlich erscheinende Rekurs auf Kants »Autonomie« für die deutsche (Nicht-) Rezeption überraschend sein dürfte. Abgerundet wird der Band durch ein ausführliches Vorwort und einen dokumentarischen Anhang. Es fehlen lediglich kleinere Texte wie Derridas Eingriff in die »affaire Boutang« (anläßlich der Berufung eines erklärten Antisemiten und Vichy-Anhängers zum Nachfolger von Emmanuel Levinas an die Sorbonne). Zu kurz kommen auch die hauptsächlich im US-amerikanischen Kontext vorgebrachten Reflexionsansätze zur Institutionalisierung von Frauen- und feministischer Forschung (vgl. 320-324, 599).

Philosophiepolitik ist für Derrida die logische Konsequenz der Dekonstruktion des Phallogozentrismus, die sich gegen die »ontologische oder transzendentale Unterordnung des signifizierenden Körpers in bezug auf die Idealität des transzendentalen Signifikats und gegen die Logik des Zeichens und die transzendentale Autorität des Signifikats wie des Signifikanten richtete, also gegen das, was das Wesen des Philosophischen ausmacht. So ist es seit langem nötig (kohärent und vorprogrammiert), daß die Dekonstruktion ... sich der philosophischen Szene, all ihrer institutionellen Normen und Formen wie auch all dessen, was sie ermöglicht, widmet« (117; vgl. 88, 424). Wie dieses Praktischwerden theoretischer Arbeit werk- und lebensgeschichtlich im politischen Kontext vonstatten ging, ist im Habilitationsvortrag »Ponctuations: Le temps de la thèse« in kondensierter Form nachzulesen. Auch die hochschulpolitischen Umstände der verspäteten kumulativen Habilitation Derridas 1980 werden hier deutlich.

Derrida gehörte 1975 zu den Initiatoren des *Greph* (Groupe de la recherche sur l'enseignement philosophique), einer Gruppe aus dem philosophischen »Mittelbau« (heute fast durchweg PhilosophInnen von internationalem Renommee wie Jean-Luc Nancy, Philippe Lacoue-Labarthe, Sarah Kofman), die sich der philosophischen Lehrpraxis im soziopolitischen Kontext widmete (vgl. *Qui a peur de la philosophie?* Paris 1977). Sie unternahm eine Relektüre des universitäts- und bildungsphilosophischen Kanons und führte schulische Experimente in solchen Altersklassen durch, die der Philosophie und der kritischen Reflexion in den Curricula nicht für würdig empfunden werden (vgl. 181-227). In kritischer, auch widersprechender Kooperation mit den Linksparteien (vgl. 239-251, 50lff.) bemühte sich der *Greph* um einen Terrainwechsel (vgl. 246) und verfolgte dabei eine »Doppelstrategie« (vgl. 120f.): die Ausweitung philosophischer Lehre in Schule und Universität *und* die kritische Transformation des philosophischen Kanons nebst Öffnung zu den kritischen Sozial-

und Humanwissenschaften. Dies war die Antwort auf das bildungspolitische Projekt Giscard-Haby, das dem schulischen Philosophieunterricht den Garaus gemacht hätte. In seiner 1979 gehaltenen Eröffnungsrede zu den - im historischen Vergleich zu den »Generalständen« der Französischen Revolution etwas großspurig so genannten - ȃtats généraux de la philosophie« streitet Derrida heftig gegen die Austrocknung von kritischer Wissenschaft und den gleichzeitigen Medien-Boom der »Neuen Philosophen« (vgl. 253-279); er nähert sich hier den »mediologischen« Untersuchungen von Régis Debray an. Nach dem Wahlsieg der Sozialisten wurde das Engagement des Greph teilweise honoriert: so durch die Gründung des Collège International de Philosophie, einer gewissermaßen 'unmöglichen', »exorbitanten« Institution (30f.; vgl. 551-618), die u.a. die akademischen Legitimationskriterien (Titel, konventionelle Formen wie »thèse« und »dissertation«) unterlaufen und solchen Arbeiten Raum geben soll, die in der universitären Arbeitsteilung keinen Platz finden. Gerade ihre Nicht-Legitimation (oder -Legitimierbarkeit) in der tradierten akademischen Architektur soll hier zu einem Legitimationskriterium werden (526). Die Collège-Konzeption basiert auf der Gleichsetzung von (ideal gelesener) Demokratie und philosophischer Debatte – zuweilen klingt das wie Apel oder Habermas ohne transzendental- bzw. universalpragmatischen Tiefgang.

»Akademische Legitimation« ist ein Stichwort, das fast selbstverständlich die Arbeiten von Pierre Bourdieu auf den Plan ruft, und so findet sich im Vorwort auch eine erste Skizze der Auseinandersetzung Derrida-Bourdieu. Nach dem kleineren Scharmützel, das beide sich im Zuge der »affaire Heidegger« lieferten (vgl. den Briefwechsel in *Libération* 19./20.3.1988, 36) und nach den polemischen Vorgaben, die Bourdieu in seinen früheren Schriften gemacht hatte, wurde diese Auseinandersetzung lange erwartet. Sie fällt unspektakulär aus. Derrida schließt sich dem philosophie- und wissenschaftssoziologischen Programm Bourdieus an (vgl. 104), erhebt aber sogleich den Anspruch, noch hinter Bourdieus Fundierungsanspruch (Objektivierung des Ortes der Objektivierung, ihres blinden Flecks) zurückzugehen und ihn zu »supplementieren« (vgl. 105-107). Eine ausführlichere Diskussion wäre nötig, aber Derrida verschiebt dies auf eine spätere Publikation (vgl. 103). Auch wäre der Debatte zu wünschen, daß sie sich deutlicher als bisher (vgl. 106) selbstreflexiv in den Kampf zweier Disziplinen um Hegemonie in der Universität einordnet.

Derridas Dekonstruktionen sind also prinzipiell offen für die Problematisierung der Philosophieverhältnisse. Einige ihrer Aspekte werden explizit thematisiert, vor allem das Verhältnis von Philosophie und Nationalsprachen und der Beitrag der Philosophie zur Institutionalisierung des Französischen, die spezifische Rolle des Mittelbaus im französischen Hochschulwesen (122ff., 138ff.), die Rolle des Staates (17) usw. Entsprechend beschränkt er auch seine einschlägigen Arbeiten zu Heidegger, die den Konnex von Philosophie und nationalen Idiomen stärker markieren und jetzt gleichfalls gesammelt wiederveröffentlicht wurden (Heidegger et la question. De l'esprit et autres essais; Paris 1991; dt. als Vom Geist, Frankfurt/M. 1988, und Geschlecht, München 1988), keineswegs auf die eminent philosophischen Texte. Auch trennt er durchaus nicht, wie ihm stereotyp vorgeworfen wird und wie es für jede Apologie Heideggers in der Tat charakteristisch ist, politische und historische Fakten von der darüber erhabenen Philosophie des Meisters aus Deutschland. Derrida geht aber bei der historischen Kontextualisierung wiederum nicht so weit, daß seine verzweigten mikrologischen Analysen den Eindruck beseitigen können, er sperre sich – bei aller gewitzten Respektlosigkeit gegenüber den geheiligten Texten - letzten Endes in die Philologie, die »interne Lektüre« (Bourdieu), doch ein.

Alfred Schobert (Aachen)

Philosophie 125

**Derrida, Jacques: Gesetzeskraft.** Der »mystische Grund der Autorität«. Aus dem Französischen von Alexander García Düttmann. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1991 (125 S., br., 10.- DM)

»Deconstruction and the possibility of Justice«, so lautet der Titel eines der beiden Vorträge, die diesem Text zugrundeliegen. Neben dem Bedenken der Gerechtigkeit und ihres Verhältnisses zur Gewalt (force de loi) geht es somit auch um eine Selbstreflexion der mit dem Namen Derrida aufs engste verknüpften philosophischen Praktik. Die Dekonstruktivisten - also vor allem der Autor und amerikanische Gruppen, die sich auf ihn berufen, mit deren Arbeit er allerdings nach eigenem Eingeständnis nicht vertraut ist (18) – sollen überraschenderweise nie etwas anderes getan haben als sich, wenn auch auf vermittelte Weise, mit dem Problem der Gerechtigkeit zu befassen (21). Tatsächlich versucht Derrida zu zeigen, daß sich nicht unmittelbar über und von Gerechtigkeit sprechen läßt. Die somit erforderte Mittelbarkeit gründet in einer Ambivalenz des Verhältnisses von Gerechtigkeit und Gewalt: Einerseits gibt es die rechterhaltende Gewalt der existenten Gerechtigkeit und andererseits die stiftende Gewalt verheißender Gerechtigkeit, die sich nicht voneinander trennen lassen, so daß eine Rede, die einseitigen Bezug auf das Präsens oder auf eine transzendentale Geschichtlichkeit der Gerechtigkeit nimmt, in ihrer Unmittelbarkeit der »Gerechtigkeit« nicht gerecht wird. Diese Auffassung muß bei der behaupteten Identität von Dekonstruktion und Gerechtigkeit (vgl. 31) auch die Bestimmung des Stils, der Methodik der erstgenannten berühren: »Der eine Stil ist von begründender und dem Anschein nach ungeschichtlicher Art; vorgetragen werden logisch-formale Paradoxien. Der andere, geschichtlicher und anamnestischer, scheint der eines Lesens von Texten zu sein, einer sorgfältigen Interpretation und eines genealogischen Verfahrens.« (44) Diese methodische Selbstbestimmung steht in enger Verbindung mit den zwei Arten von Verantwortung, die der Dekonstruktivist zu beherzigen hat: Zuerst die »unberechenbare Verantwortung gegenüber dem Gedächtnis« (40) und zweitens die »Verantwortung gegenüber dem Begriff Verantwortung« (41). Erstens will sagen, daß die Gerechtigkeit und die unendliche Forderung nach ihr im historisch-sprachlichen Kontext bedacht werden muß, womit theoretische Grenzen angezeigt und konkrete Unangemessenheiten/Ungerechtigkeiten aufgezeigt werden. Zweitens meint die Verantwortlichkeit gegenüber der Suspension der Gerechtigkeit im Verfahren ihrer fundamentalen Kritik, das der Ungerechtigkeit den Raum öffnet, was zu bedenken ist und dazu führt, daß die Dekonstruktion mit der Forderung nach einem Gerechtigkeitszuwachs, respektive -Supplement, einhergehen muß.

Unter dem Zeichen der letztgenannten Verantwortung steht denn auch der zweite Teil. Nachdem zunächst die logisch-formalen Paradoxien bedacht wurden, wird nun der eher interpretative und genealogische Stil des dekonstruktiven Verfahrens exemplifiziert, und zwar an Hand der Lektüre von Walter Benjamins 1921 entstandenem Aufsatz »Zur Kritik der Gewalt«. Benjamins Text wird zunächst geschichtlich verortet: im Kontext jener »Krise, in der sich das europäische Modell der bürgerlichen, liberalen und parlamentarischen Demokratie – und folglich der davon untrennbare Rechtsbegriff – befindet« (66); des weiteren werden diskursive Anschlüsse in Richtung Heidegger und Schmitt angedeutet (vgl. 67). Der Text konzentriert sich, Derrida zufolge, um das Problem des Generalstreiks, da dieser die einzige Situation erzeugt, "die es uns erlaubt, die Gleichartigkeit von Recht und Gewalt zu denken: Die Gleichartigkeit der Gewalt als Ausübung des Rechts und des Rechts als Gewaltausübung« (75). Diese revolutionäre Situation steht am Anfang jedes Staates und ist in ihrer Undeutbarkeit der »mystische« Grund der Gesetzeskraft (78); dieser verleiht

dem Gesetz den Charakter der Verheißung: »das Gesetz ist nämlich in dem Maße transzendent, in dem der Mensch selbst es unter Gewaltanwendung begründen muß, und zwar als kommendes« (78f.).

Daß Benjamin auf diesem Wege des »proletarischen Generalstreiks« fortgedacht hat, gerät nach einer komplizierten Dekonstruktion, die über die Differenz von mythischer und göttlicher Gewalt, die Sühne und das Opfer schließlich ihren Kernpunkt im Akt des Blutvergießens findet (vgl. 102-107), zu dem starken Vorwurf, Benjamin habe sich in diesem Aufsatz zu einem Vordenker der »Entsühnung« (124) des Holocaust gemacht. Indem Derrida genau an dieser Stelle seiner Interpretation gewalttätig – unangemessen und ungerecht – verfährt, zeigt sich, was für den Text insgesamt gilt: daß es jenseits der dekonstruktiven Praktik eine ethische Position gibt, die diese Lektüre verzerrt. Im Bezug auf sie verweist das dekonstruktive Denken der »Gesetzeskraft« auf einen ethischen Gradualismus, der sich in der politischen Praxis wohl nur als ein sozialdemokratischer Reformismus äußern kann.

Christian Jäger (Berlin)

Höffe, Otfried: Kategorische Rechtsprinzipien. Ein Kontrapunkt der Moderne. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (431 S., Ln., 58,- DM)

Der Fribourger Krings-Schüler Höffe ist der gegenwärtig wohl produktivste Vertreter eines konservativ-katholischen »Aggiornamento« auf dem Felde der politischen Philosophie. Sein bisher wichtigstes Buch, *Politische Gerechtigkeit* (1987; vgl. *Argument* 175, 450f.), hatte das – nur formal zeitgenössische – Argumentationsziel verfolgt, die von Platon und Aristoteles (und nicht zuletzt von Thomas von Aquin) umrissene prinzipielle Rechtfertigung einer Herrschaft von Menschen über Menschen zu aktualisieren – und zwar als einzige Alternative zur Anarchie, worunter Höffe einfach ein strukturloses gesellschaftliches Chaos atomisierter, kooperationsunfähiger Individuen versteht. Ausgerechnet in Auseinandersetzung mit Kant soll nun in diesem Buch die Gegenwärtigkeit von Höffes philosophischem Unterfangen dargetan werden: Ein strukturkonservativ interpretierter, ausdrücklich als heteronomielegitimierend behaupteter Kant wird zum Garanten der eigenen Modernität konstruiert.

Der Ausgangspunkt bildet ein oberflächlich konstatierter Fast-Widerspruch des Zeitgeistes (II): Die »moderne Rechtskultur« stehe in einem Spannungsverhältnis zwischen einem »empirischen, überdies pragmatischen Denken« und der Anerkennung von »moralische(n) Prinzipien«, die »wie die Menschenrechte sich durch eine kategorische Verbindlichkeit auszeichnen und sich gerade deshalb dem empirischpragmatischen Denken nicht beugen« (ebd.). Eine vergleichbare Grenze für »herrschaftsfreie Strategien« sieht Höffe im »Umweltschutz« (304): Indem sie »künftige Generationen« und »Nachbarstaaten« schützen, eröffnen »Zwangsbefugnisse neue Dimensionen einer wechselseitig vorteilhaften Zusammenarbeit« (304f.). Analog argumentiert er auch in der Friedenspolitik (305, 277ff.): Der herrschaftsfreie kantische Völkerbund ist nur ein »sinnvolles Surrogat« für die »Weltrepublik«, den gegenüber seinen Angehörigen zwangsbefugten Weltstaat (278f.).

Von diesem »Kontrapunkt der Moderne« aus warnt Höffe ausdrücklich vor einer übertriebenen Öffnung des Rechtsdiskurses zu den Sozialwissenschaften (ebd.). Diese Gefahr konkretisiert sich für ihn in der verbreiteten Ablehnung des »Schuldgedankens« (ebd.), der »Vergeltungstheorie« (12) oder gar jeder »normativen Betrachtung« (ebd.). Ebenso fordert Höffe, in antipluralistischer Abgrenzung zu einer postmodernen Übertragung von Feyerabends »anything goes« auf die »Gesellschaftstheorie« (12f.), eine Orientierung auf diejenigen normativen »Vor- und Rahmen-

Philosophie 127

bedingungen« jeder »Pluralisierung« der Lebensweisen, deren elementarste »ohne Alternative« seien und insgesamt erst eine »legitime Vielfalt ermöglichen« sollen (13). »Unbedingte Gültigkeit« und »das hohe Maß der Formalität« von »kategorischen Rechtsprinzipien« (ebd.) werden damit als Ausgangspunkte für ein mit großer Prätention auftretendes neokonservatives Theorieprogramm behauptet, »in dem Ethik, Rechtstheorie und Sozialphilosophie einen Zusammenhang bilden« (14), der zugleich Gesellschaftstheorie und damit Theorie der Moderne ist (15), d.h. »transzendentale Sozialwissenschaft« (149).

Im Rückgriff auf Kant wird zunächst (gestützt auf die in der neueren Kant-Philologie diskutierte Unterscheidung zwischen dem kategorischen Imperativ im Singular, dem »oberste(n) Moralprinzip«, und einem Plural kategorischer Imperative, den »substantiellen Prinzipien der Moral«, 16, vgl. 97f.) die These vertreten, daß die traditionelle Lesart des kategorischen Imperativs als »Maßstab der Moral« insofern unterkomplex ist, als sie nicht nur die Unterschiedlichkeit der Ebenen eines (metaethischen) »Begriffs der Moral« und eines (normativ ethischen) »Maßstabs der Moral« vernachlässigt und die normative Spezifik der »Anwendung« derartiger Prinzipien in einer »allgemeinen Ethik« übergeht, sondern auch noch Kants rechtsphilosophische Applikation des kategorischen Imperativs als eigenständige Problematik übersieht (17ff.), an die Höffe eine »behutsame Rehabilitierung« der Metaphysik (21) anknüpfen zu können glaubt.

Im zweiten Kapitel wird – mit polemischem Impetus gegen einen angeblich »inkriminatorische(n) oder kompromittierende(n)« Kritikbegriff der Frankfurter Schule (19) – die kantische Kritik als ein Drittes zwischen affirmatorischer und negativer Kritik (34ff.) behauptet, das Höffe für sein philosophisches Unternehmen als judikative Kritik beansprucht. Von hier aus wird der »Idee der Herrschaftsfreiheit« das Versprechen entgegengehalten, mit Hilfe des »kategorischen Rechtsimperativs« zu zeigen, »daß es unter Menschen überhaupt Zwang geben darf« (47). Durch diesen Nachweis will Höffe zugleich der »Rechtswelt ein neues Gewicht« verleihen – nicht mehr nur als »Ausschnitt aus der Sozialwelt«, sondern als »Grundgestalt und Universalform der menschlichen Koexistenz« (48), was es schließlich ermöglicht, ein »Fach« zu identifizieren, »das zu objektiven Urteilen« im historischen Streit fähig ist (49). Er setzt also ausdrücklich die Philosophie, seine Philosophie, als »spekulatives Gericht« (50) ein – mit allen darin angelegten politischen Konsequenzen.

Im Gestus des freiheitsliebenden Kritikers der »dominierenden Metaphysikkritik« (90) macht sich Höffe an die »Rehabilitierung« der Metaphysik: Er postuliert ein objektives Wissen über grundlegende Normen als Voraussetzung einer »Legitimation der Menschenrechte« (ebd.). Gegen die »gesammelte Skepsis« des gegenwärtigen »'nachmetaphysischen Denkens'» erfolgt zunächst eine »Vorprüfung« der Frage, »ob durch eine Metaphysik die kategorischen Rechtsprinzipien so eindeutig disqualifiziert werden, daß man sich die Hauptprüfung besser erspart« (91). Für Höffe gibt es legitimerweise eine praktische Metaphysik (116) zunächst als »moralische Anthropologie« (100), die gegen Habermas' »Selbstbescheidung der Philosophie« (109) und gegen Marquards Skepsis (117f.) auf Aristoteles' Ethik als Modell einer »Integration der Erfahrung« in die Anwendungsproblematik einer ordoliberal reinterpretierten kantischen Pflichtenethik zurückgreift. In der »Hauptprüfung«, die den beanspruchten »Nachweis« erbringen soll, fungiert dann Höffes hobbesianische (vgl. 95) Interpretation von Kants Begründung der Rechtsphilosophie, der gegen den kantischen Wortlaut konstruierte (vgl. 127) »kategorische Rechtsimperativ im Singular«, als Schlußstein der hier vorgelegten prinzipiellen Legitimation von Herrschaft (126ff.).

Erstaunlicherweis wird auch in diesem Kernstück des Buches der locker knappe

Behauptungsstil beibehalten, in dem Höffe seine philosophischen Meinungen vorträgt. Insbesondere überrascht, daß er zwar einige Mühe auf das philologische Problem verwendet, daß Kant den Ausdruck »kategorischer Rechtsimperativ« für den »moralischen Rechtsbegriff« (127) nicht kennt (126f.) und ausdrücklich keine »materiale« Ethik zu entwickeln beansprucht (127ff.), aber seine philosophische Argumentation - abgesehen von einer »wohlfahrtsstaatlichen« Komplizierung der liberalistischen Konsequenzen der kantischen Argumentation (133f.) - eher schlicht aufbaut: Als »anthropologische Grundlage« (127) identifiziert Höffe die »praktische Koexistenz zurechnungsfähiger Subjekte« (130), die »wechselseitige Beeinflussung« handlungsfreier Subjekte in derselben »Außenwelt« (131ff.) – »Wechselverhältnis der Willkür« (134), sowie die bewußte Freiwilligkeit ihres von alten sittlichen Verpflichtungen befreiten (133) und dennoch unvermeidlichen sozialen Wechselverhältnisses, wie sie das Beispiel des Warentauschs verdeutlichen soll (134). Kants Inbegriff des Rechts wird auf dieser Grundlage zu einer rechtskonstituierenden Kategorie (um-) gedeutet, d.h. als die Behauptung, »es sei moralisch legitim, das menschliche Zusammenleben überhaupt rechtsförmig zu gestalten« (135). »Freiheitseinschränkung« wird in der von Höffe reproduzierten Perspektive des possessiven Individualismus (Macpherson), sofern sie »streng gleich erfolgt«, »als solche eine Freiheitssicherung« (137). Damit hat Höffe sein Nachweisprinzip gewonnen: Wenn Rechtsförmigkeit legitim ist, das ist das Kernstück seines Beweisganges, dann gilt auch: »Zwang darf sein« (143). Zwar ist dieser durch seine Legitimation zugleich limitiert, aber gegen einen »strengen Rechtspositivismus«, der jeden Zwang seitens der Rechtsordnung für legitim hält (140) und gegen einen »strengen Anarchismus«, für den »jeder Zwang verwerflich ist« (ebd.), als »ein Apriori« behauptet.

Im zweiten Teil des Buches werden – nach einer Erörterung des im deutschen Sprachraum unterschätzten Utilitarismus als »Kontrapunkt zum Kontrapunkt« (153ff.) – das »Verbot falschen Versprechens« (179ff.), der »Vergeltungsbegriff« des Strafrechts (215ff.) und die »Republik freier verbündeter Völker« (249ff.) als »Beispiele kategorischer Rechtsprinzipien« analysiert. Der dritte Teil setzt sich mit exemplarischen Gegenpositionen auseinander: mit Axelrods spieltheoretischer Begründung einer herrschaftsfreien Friedensordnung, Rawls' individualistischem Kontraktualismus, Apels prozeduraler Diskursethik und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns, die alle des anti-hobbesianischen Irrglaubens überführt werden, es gebe tragfähige »Strategien der Herrschaftsfreiheit« (303). Als Anhang liefert Höffe eine wiederum an der Konzeption einer herrschaftsfreien Komunikation ansetzende Kritik der neueren Sprachphilosophie (Apel und Tugendhat), sofern diese die affirmative Seite der »transzendentale(n) Vernunftkritik« (416) hinter sich und dadurch für Höffes Art von Aufweis der »Möglichkeit strenger Objektivität« (418) keinen Raum mehr läßt.

Höffes Technik der »systematischen Vereinfachung« (130) gelingt es immer wieder *nicht*, »die Argumentation auf ihren Kern zu führen« (131) – statt dessen führt sie immer wieder, in durchaus trügerischer Eleganz, am Kernproblem vorbei: Wie sich ein Zusammenhandeln materiell konstituierter Subjekte, deren Interessenhorizont über die Grenzen ihres Privateigentums hinausreicht, denken und realisieren läßt, indem diese ihren eigenen Zusammenhang selbst, ohne Herren und »höhere Wesen«, immer wieder von Neuem produzieren. Ein Kernproblem, das allerdings weder durch seine fortdauernde Nichtbeachtung noch durch schlichte idealistische Postulate zu lösen sein wird. Indem Höffe es aussparend gleichsam »umschreibt«, hilft er vielleicht, eine kritische Antwort auszulösen. Das wäre ein nicht geringes philosophisches Verdienst.

Philosophie 129

Castoriadis, Cornelius, Agnes Heller, Bernhard Waldenfels u.a.: Die Institution des Imaginären. Zur Philosophie von Cornelius Castoriadis. Hrsg. von Alice Pechriggl und Karl Reitter. Turia & Kant, Wien, Berlin 1991 (192 S., br., 34,- DM)

Der Band versucht, Castoriadis in unterschiedlichen Hinsichten fruchtbar zu machen, ohne an Kritik zu sparen. Einzelne Beiträge (Waldenfels, Heller) sind einem 1989 in Genf erschienenen Sammelband entnommen und werden erstmals im deutschsprachigen Raum publiziert, der Rest wurde neu verfaßt. Vorangestellt ist ein Text von Castoriadis selbst aus dem Jahre 1986. »L'état du sujet aujourd'hui« ist ein Ouerschläger im damals modischen Gemurmel vom Tod des Subiekts, der erstmals in der Zeitschrift Topique erschienen war. Castoriadis versucht zu zeigen, daß es trotz der Unmöglichkeit eines einheitlichen Subjektbegriffs Sinn macht, an der Subjektivität festzuhalten. Sein Vorschlag basiert auf einem Stufenmodell von nicht voneinander ableitbaren, aber ineinander verzahnten Instanzen, das vom nur Lebendigen über die Psyche bis zur Ebene der Gesellschaft reicht. Menschliche Subiektivität ist nach Castoriadis mehr als die reine Selbstbezüglichkeit des Bewußtseins; sie ist Reflexivität und die Fähigkeit zu »beschlußfassendem Tun«, eine relativ junge, in der griechischen Antike entstandene »Schöpfung« (50). »Indem sich das menschliche Wesen zur Subjektivität macht, kann es sich in Frage stellen und sich als - wenngleich partiellen - Ursprung seiner vergangenen Geschichte betrachten wie auch eine kommende Geschichte wollen, deren Co-Autor es sein will.« (50f.)

Karl Reitter versucht in einer Auseinandersetzung mit Freud zu zeigen, daß Castoriadis' Modell der »psychischen Monade« einen möglichen Ausweg aus den Aporien der Triebtheorie ermöglichen könnte. Erfolgversprechender als die mechanistische, an naturwissenschaftlicher Objektivität orientierte Trieblehre Freuds (117) erscheint ihm die Konzeption der »Anlehnung« des Vorstellungsstroms und der Körperempfindungen an die Instanz des Unbewußten (120). Völlig unkritisch leider der Beitrag von Konrad Thomas, für den der unhinterfragt übernommene Autonomiegedanke die scheinbar einzige Alternative zu einer lediglich als Eingedenken in den repressiven Charakter des Wissen verstandenen Dialektik der Aufklärung (132) einerseits und einem angeblichen Modernisierungswahn kommunikativer Rationalität (34) andererseits ist. Gerade den Autonomiebegriff von Castoriadis zieht aber Agnes Heller in Zweifel, indem sie zeigt, daß die darin enthaltenen normativen Defizite (175) durch eine heimlich wieder eingeführte, aber theoretisch ungestützte ethische Dezision wettgemacht werden (180). Erst damit gelänge Castoriadis die Unterscheidung von heteronomen und autonomen Gesellschaften. Für seine radikaldemokratische Option vermutet Heller antiliberale politische Konsequenzen (184ff.). Auch für Bernhard Waldenfels birgt die »primäre Grundlosigkeit« der Rationalität (72) bei Castoriadis eine Dezisionismusgefahr (71). Ursache hierfür sei eine Unterbelichtung der intersubjektiven Dimension des Gesellschaftlichen (77). Erst durch diese werde es möglich, die schöpferische Einbildungskraft des Individuums als relationale und nicht mehr absolute Kreation (79) im sozialen Kontext zu denken.

Für bisher zu wenig ausgearbeitet, aber prinzipiell ausbaufähig hält Johann P. Arnason den Versuch, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft über die Institutionen zu deuten. Auch er relativiert den Glauben an eine »creatio ex nihilo« (163) und rückt sie, in hermeneutischer Absicht (171), in den Zusammenhang von Tradition, kulturellen Deutungsmustern der Macht und interpretativen Horizonten einer Gesellschaft (163). Das Problem, wie diese creatio, soll sie nicht die ewige Wiederkehr des Gleichen repräsentieren, immer noch als Schöpfung des radikal Neuen gedacht werden kann, stellt Alice Pechriggl. Die Schöpfung des Novum durch das radikal Imaginäre muß unter diesen Voraussetzungen jenseits der Dichotomie

von Kontingenz und Determination verstehbar sein. Obwohl wesentliche Unbestimmbarkeit, kann es aber einerseits nicht aus dem puren Nichts auftauchen, andererseits auch nicht aus dem Vorherigen erschöpfend ableitbar sein (86): »Das Neue aber ist bei all seiner Bedingtheit durch das seiende Sein das Ins-Sein-Treten radikaler Unbestimmbarkeit, die als solche auch nicht über das Noch des Noch-Nicht mit einem unbedingten telos kommuniziert. Es ist Anderes als alles bisher Gewesene und in diesem auch nicht dynamisch angelegt, so daß es im Nachhinein erschöpfend auf diese Anlage rückführbar wäre. « (88; Hervorh. i. O.) Der Versuch, den Einbruch des radikal Neuen in die Struktur des Seins als Kairos (91) aufzufassen, bleibt aber unbefriedigend, die Vermittlung des Identischen mit dem Anderen kann nur erahnt werden. Das schmälert nicht das Verdienst der Mitherausgeberin, diese Vermittlung im historisch-institutionalisierten Kontext der Institution der Geschlechterdifferenz zu thematisieren (93ff.).

Schade, daß diese anregende Publikation in einem Verlag erscheinen mußte, der es weder für nötig hält, wenigstens die unbekannteren AutorInnen vorzustellen, noch die Erstveröffentlichung derjenigen Texte anzugeben, die nicht eigens für diesen Band geschrieben wurden.

Mathias Richter (Tübingen)

Hans, James, F.: The Origin of the Gods. State University of New York Press, Albany/N.Y. 1991 (227 S., Ln., 44,50 \$, br., 14,95 \$)

Der Titel ist nicht religionsgeschichtlich zu verstehen, sondern »philosophisch«. Hans greift Nietzsches Projekt einer postreligiösen Ideologie auf. Dabei lassen sich Metastasen und Verschlingungen von Motiven des »New Age« und des »Postmodernismus« studieren. Im Eifer, der »Macht der Vernunft über das Spiel der Differenzen« abzuschwören (68), setzt er die Asthetik in die Stelle einer Ersten Philosophie ein. Aber dies führt umgekehrt zu ihrer metaphysischen Aufblähung. Die Welt ist »von Grund auf ein ästhetisches Wesen« (29), und das Ästhetische ist »das, wovon alle Gesellschaften abhängen« (35). Die Kritiken von Kant und Marx sind abgetan. (Kants Ziel einer »Behauptung der Mächte der Vernunft über die geringeren Kräfte der natürlichen Welt« sei schon von Sokrates als närrisch durchschaut worden. »so daß dies nicht einmal eine ernsthafte Diskussion verdient«, 51.) »Scham« (»ein innerer Aspekt des Menschseins«, »self-awareness ... by another name«) ist einer der Grundbegriffe dieses neuen Mystoästhetizismus, aber ohne jede Scham wird das Talmi des neuesten Letzten und Ersten angeboten. Begrifflicher Platzhalter für das Erleben des Ureinen ist der »flow« (Fluß, Fließen, Strom, vielleicht sogar Schwingung), "the flows of the fields of natural play" (148), ergänzt durch "pattern" (Muster), ein »pattern, flow, a rhythm to things«, in dem Maße erfahrbar, in dem »wir willens sind, uns diesen flows hinzugeben und unsere Bewegung in ihnen zu erfahren« (30). »Kosten« bzw. zu zahlender »Preis« hierfür ist die Wahrnehmung, daß wir der Welt egal sind (30), was nur heroisch aushaltbar, daher zumeist verdrängt ist. Diese Verdrängung bestimmt die Genese der Religion, denn diese entspringt »der menschlichen Manie für persönliche Bedeutungen« (29) in einer Welt der totalen Irrelevanz. Nietzsche steht dafür, diese Religion der Verdrängung abzuwerfen. Das Konzept des Ȇbermenschen« (»overman« – die Comic-strip-Sprache hat der ursprünglichen Übersetzung als »superman« den Garaus gemacht) empfiehlt Hans, alles Antidemokratische und Kriegsverliebte beiseitelassend, als Entwurf einer Menschheit, die es gelernt hat, ohne anthropomorphe Illusionen und Tröstungen zu leben, die dem »Verlangen nach Schutz vor der kalten Gleichgültigkeit der Welt« entspringen (27). Im Gegensatz zu den rigorosen Zensurmaßnahmen (vor allem die bösen Taten der Götter betreffend), die Plato in der Politeia entwirft, steht Nietzsche

Philosophie 131

dafür, die von Plato gewaltsam verdrängten Wahrheiten anzunehmen. Hans glaubt, der Demokratie mit der Demokratisierung Nietzsches einen unentbehrlichen Dienst zu erweisen, weil es ein Widerspruch sei, daß »wir demokratische Sozialsysteme befürworten, während wir insgeheim repressive psychologische Praxen in unserem eigenen Leben und im Leben anderer aufrechterhalten« (23). Wenn Demokratie darin besteht, »menschliche Bevölkerungen zu kohärenten, gleichwohl mehr oder weniger freien Systemen zu organisieren«, dann sei der »Übermensch« das Äqivalent der Demokratie auf individueller Ebene (ebd.). »Entweder *alle* Menschen sind fähig, Übermensch zu werden, oder *kein* Mensch ist dazu fähig.« (22) Dies sei eine der wenigen Tatsachen, die Nietzsche nicht zu akzeptieren vermochte (23). Er übersieht, daß Nietzsche dieses Konzept ausdrücklich gegen die »Vielen« entworfen hat, denen bestimmt ist, den Besten als eine Art arbeitender Dünger zu dienen. Das ist, als erklärte man in der Ökonomie, daß entweder alle Waren Geld sind oder keine.

Ausgehend vom Ästhetischen »den wirklichen oder vorgestellten Blick des andern« auf uns richtend, »fühlen wir Scham inmitten unserer *Differenz* von dieser Welt«; der Blick »freezes us out of the flow of the fields«, und wir finden, daß wir Abirrungen sind, nackt vor unsrer awareness (148). Ästhetik operiert hier natürlich mit Schönheit: »If we construe our activity as taking place within the flows of the fields of natural play, we see the beauty in terms of which the patterns make themselves known to us because we situate ourselves within them.« (Ebd.) Aber angesichts der Wirklichkeit muß sich die Schönheit aufspalten in eine eigentliche, als Wahrnehmung »of the flows of the world«, und eine uneigentliche, wobei diese »basiert auf dem falschen Paradies einer gefrorenen Welt ohne flows« (149). Schönheit bemißt sich am *Vergessen* (oblivion), daher stehen wir ständig in Gefahr, sie zum *Mittel* des Vergessens zu machen und so Vergessen tout pur zu kriegen (150). In unserer verfallenen Kultur ist Schönheit reduziert auf bloßes Vergessen der Scham.

Zur Selbstanpreisung dieser Heilsästhetik gehören Versprechungen nach allen Seiten. Die Krise der Liberalen in den USA läßt sich beheben, sobald sie »ihre Politik mit einer allgemeinen Ästhetik verschmelzen« (146). Sie tun es nicht, weil sie ihre Politik auf eine Vermischung des Politischen und des Religiösen gründen. Anstelle der Ursünde haben sie die Urscham, die von ihnen aber verdrängt und kompensatorisch im Ziel der Gleichheit (Beseitigung der Armut) ebenso verfolgt wie verfehlt wird. Ihr Gleichheitsstreben ist in Ordnung, nur nicht, daß sie darin ihre Schamverdrängung verschieben auf die Beseitigung von Armut (143). Dies streift die unfreiwillige Dialektik von Stellvertreterpolitik, bei Kommunisten wie bei Liberalen oder Sozialisten, für andere zu sprechen und zu sorgen, hierdurch Staatskontrolle und Unfreiheit bringend: »the process of desauthorization has yet to be imagined« (139).

Selbst eine Übervölkerungsthese schließt hier an: weder nahrungstechnisch noch ökologisch ist auszumachen, wieviele Menschen auf dem Planeten leben können, sondern innegehalten werden muß, »before its flows have become overwhelmed by their presence within them« (57). Entsprechend werden Ökologie und Artenschutz reartikuliert: Der ästhetische Standpunkt ist zwar ein interessierter, »aber seine Interessen sind nicht provinziell und ökonomisch. They are based on an assessment of the flows of life around us and our sense of how those flows ought to be allowed to continue, irrespective of our pragmatic needs and wants.« (54) Daraus folgt die Verteidigung der Diversität der Lebensformen. Die ästhetische Primärkompetenz für solche Begründungen wird (gegen das in den USA noch immer weithin tonangebende sprachphilosophische Paradigma) damit begründet, daß der Planet und die Tiere keine Stimme und self-awareness haben (53).

Camus und Sartre entgehen nicht mit ihrem Absurdismus »dem Abgrund des Nihilismus, einfach auf Grund ihres Insistierens auf derselben alten Art von Bedeutung, deren Abwesenheit ihr Werk aufzeigt«; ihnen geht es um »Bedeutung, nicht Muster« (»meaning, not pattern«, 30). Der Kult der Schönheit antwortet auf die »Gleichgültigkeit der Welt« mit gleichgültigem Schönfinden. Schönheit »draws us out of ourselves, provides us with the pleasure of being at home in the midst of whatever is aesthetically perceived«, was uns wenigstens »zeitweilig« erlaubt, »gleichgültig in bezug auf uns selbst zu werden«, Voraussetzung dafür, »in the larger flows of which one is a part« einzugehen (32). Die »flows« scheinen die Nachfolge von Nietzsches Dionysischem angetreten zu haben. Wie die Religion wird auch das Recht verworfen. Politische Moral, Bürger- und Menschenrechte haben in dieser Vision, die auch allerlei »linke« Ideen zu reartikulieren verspricht, keinen Sinn. Moral leitet sich aus Verdrängung ab: »Morality comes in this way out of the smell of the other's shit« (163).

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Volz, Pia Daniela: Nietzsche im Labyrinth seiner Krankheit. Eine medizinischbiographische Untersuchung. Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 1990 (577 S., br., 68,- DM)

In seiner Spätschrift »Ecce homo« aus dem Jahre 1888 ist zu lesen: »Niemand hat je an mir Fieber konstatieren können.« Nietzsche litt mehrfach an fiebrigen Erkrankungen, z.B. nach seinem Reitunfall beim Militärdienst (März 1868) oder nach seiner Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Nähme man derartige Aussagen wörtlich, würde man auf viele Selbststilisierungen und formgewandte Verdrehungen von Tatsachen stoßen.

Die mühsame Kleinarbeit, die 1988 der medizinischen Fakultät der Universität Tübingen eingereicht wurde, gibt einen umfassenden Überblick über das Leben eines Dauerpatienten: Der Dokumententeil umfaßt 200 Seiten, es wird reiches Material ausgebreitet (auch Faksimiles und Fotografien). Dabei veröffentlicht die Autorin erstmals zahlreiche Briefe, Postkarten, Notizbucheintragungen, Rezepte (auch solche, die Nietzsche während seiner Italienaufenthalte selbst ausgestellt und in Apotheken eingelöst hat), schließlich eine Fülle von Zeugnissen Dritter.

So fällt auch neues Licht auf den Konflikt mit Wagner: Nietzsche hatte 1877 wiederholt einen Frankfurter Arzt aufgesucht. Diesem teilte Wagner brieflich mit, daß das Sexualleben Nietzsches gestört sei (Onanie, versteckte Homosexualität) und daß dies der Grund für dessen ständige organische Leiden sei (59f.). Nietzsche hat später von Wagners Einmischung erfahren, wie ein Brief an Peter Gast vom 21. April 1883 zeigt.

Genau zu bestimmen, was den geistigen Zusammenbruch Nietzsches im Januar 1889 in Turin verursachte, erlaubt das überlieferte Material nicht. Das Krankheitsbild spricht für eine syphilitische Infektion. Die Gründe, andere Krankheitsursachen anzunehmen, wie fortwährenden Mißbrauch von Medikamenten (von Schlaf- und Schmerzmitteln), manisches Irresein, Schlaganfall, Epilepsie, Schizophrenie oder ein Zusammenkommen mehrerer dieser Krankheiten, erscheinen weniger triftig. Im »Krankenjournal« der Irrenanstalt von Jena, wo Nietzsche vom 18. Januar 1889 bis zum 24. März 1890 untergebracht war, ist für den 28. Februar 1889 verzeichnet: »28. Februar. Bittet den Arzt lächelnd: 'Geben Sie mir etwas Gesundheit'.«

Rainer Noske (Euskirchen)

### Sprach- und Literaturwissenschaft

Ammon, Ulrich: Die internationale Stellung der deutschen Sprache. de Gruyter Verlag, Berlin, New York 1991 (653 S., 88 Tab., 12 Abb., 2 Karten, Ln., 128,- DM) Von den 2500 bis 5000 Sprachen, die es auf der Welt geben soll, tragen nur wenige zur internationalen Kommunikation bei. Nur wenige kann man als internationale Sprachen bezeichnen. Welche Kriterien verwendet man dabei?

Entscheidet die Zahl der Sprecher einer Sprache? Dannn gehörte Hindi-Urdu zu den führenden internationalen Sprachen. Liegt es an der Häufigkeit der Verwendung einer Sprache als staatlicher Amtssprache? Dann wäre nach der Vereinigung Deutschlands der internationale Status des Deutschen gesunken. Fällt die Zahl der Länder, in der eine Sprache die einer Minderheit ist, ins Gewicht? Wie bedeutsam ist die Verwendung einer Sprache in internationalen politischen Verhandlungen, in wirtschaftlichen Transaktionen, in diplomatischen Kreisen, in EG und UNO, in wissenschaftlichen Publikationen, auf Kongressen, im Tourismus für ihre internationale Stellung? Muß man die Zahl der Sendungen, die weltweit in einer Sprache im Hörfunk ausgestrahlt werden, der Zeitschriften, die außerhalb des Sprachgebiets erscheinen, der Bücher aus dieser Sprache, die übersetzt werden, heranziehen? Was leisten Politiker zur Verbreitung der Sprache, was missionarische Aktivitäten? Und was trägt die Zahl derjenigen, die eine Sprache als Fremdsprache lernen, bei?

Es gibt, so zeigen die aufgeworfenen Fragen, kein alleiniges Kriterium für die internationale Bedeutung einer Sprache, sondern ein Bündel von Kriterien auf unterschiedlichen Ebenen, so daß Vergleichbarkeit kaum möglich ist. All diesen Kriterien ist der Duisburger Soziolinguist Ulrich Ammon auf der Spur. In einer »Materialschlacht« ohnegleichen trägt er aus den verschiedensten Bereichen Fakten und Impressionen zusammen, ohne dabei die Distanz zu den Zahlen und ihren zum Teil problematischen Entstehungsgeschichten zu verlieren. Verglichen mit allem, was bisher zu diesem Thema geschrieben worden ist, ist dies eine erste wissenschaftliche Grundlegung.

Natürlich gibt es Längen und Ungereimtheiten. Das Kapitel »Volksmusik« verselbständigt sich. Bei der Diskussion des Statusverlustes von Deutsch als Wissenschaftssprache gerät Ammon an einigen wenigen Stellen in Gefahr, von der distanzierteren Beschreibung des Wissenschaftlers ins Gejammere des Sprachpolitikers zu wechseln (vgl. 273f. und bes. 279f. zum mangelnden Sprachausbau). Die Vielfalt an Material und die Heranziehung auch problematischer Quellen wie »spotlight« kann zu einer oberflächlichen Betrachtungsweise führen, die falsche Schlüsse nahelegt, wie z.B. beim Mißverstehen des Einsatzes von Stereotypen und der deutschen Sprache in der Audi-Werbung in England (vgl. 211). Der Schluß, die Internationalsprachforschung könne zu mehr Fairneß und Interessenausgleich in der Sprachverbreitungspolitik führen (vgl. 574), ist reichlich naiv; und auch die Zurückweisung des Verdachts, »auf der nationalen Woge daherzuschwimmen« (V), mit dem Argument, der Plan des Buches reiche weit vor den Zeitpunkt der Vereinigung zurück, ist eher oberflächlich – das wiedererwachte nationale Interesse an der Stellung der deutschen Sprache ist schließlich spätestens seit der Ankündigung in Kohls Regierungserklärung 1983, die deutsche Sprache im Ausland mehr zu verbreiten, wieder auf der Tagesordnung von Feuilleton und Wissenschaft.

Trotz dieser Einwände: dieses Buch ist eine Bereicherung des akademischen Diskurses. Nicht unbedingt wegen des Ergebnisses, das wenig überrascht: »Deutsch gehört jedoch nach jedem dieser Kriterien mindestens zu den 10, in vielen Fällen sogar zu den 5 international bedeutsamsten Sprachen. (...) Der verhältnismäßig

hohe Rangplatz von Deutsch als internationaler Sprache sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Intervallabstand zur internationalsten aller Sprachen, nämlich Englisch, enorm ist. Englisch übertrifft Deutsch nach seiner internationalen Stellung in jeder Hinsicht, und zwar ... jeweils um ein Mehrfaches. Englisch ist die derzeitige Weltsprache, die einzige von allen Sprachen, die diese Bezeichnung verdient.« (567) Aber die souveräne Diskussion der Kriterien und die Wissenschaftlichkeit der Vorgehensweise und vor allem die unglaubliche Materialfülle und Heranziehung verschiedenster Quellen werden dieses Buch für lange Zeit zu einem Standardwerk werden lassen, faszinierend auch für viele, die sich nicht als »Internationalsprachforscher« verstehen.

# Bechert, Johannes, und Wolfgang Wildgen: Einführung in die Sprachkontaktforschung. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991 (178 S., br., 36,- DM)

Sprachkontaktforschung untersucht die zwei- oder mehrsprachige Kommunikation und Sprachmischungen in ihren Auswirkungen auf die beteiligten Sprachen. Sie hat offensichtlich eine diachrone und eine synchrone Dimension, und man hat es hier erfreulicherweise mit einer Einführung in einen linguistischen Teilbereich zu tun, der nicht an dieser »Demarkationslinie« halt macht. In einer anderen Beziehung ist sie leider eher »beschränkt«: Eine solche Einführung zu schreiben, ohne auf die Arbeiten Mario Wandruszkas einzugehen, ist wohl nur möglich, wenn man als Wissenschaft nur das ansieht, was den eigenen engen Vorstellungen von Theorie und Empirie entspricht. Abgesehen davon, handelt es sich jedoch um eine Einführung, die im Gegensatz zu den meisten neuen linguistischen Einführungen tatsächlich notwendig ist und dem Leser einen gut lesbaren, nicht-trivialisierenden Überblick verschafft.

Das erste Kapitel bringt Beispiele, Fragen der Terminologie und eine harte, aber für die Sprachkontaktforschung wichtige Auseinandersetzung mit der Vorstellung von Sprache als etwas Einheitlichem, Dauerhaftem und Geschlossenem, der die des sprachlichen Kontinuums und die der Entstehung von Sprachen »aus dem Miteinander-Sprechen der Menschen, also aus dem 'Sprachkontakt' « (19) entgegengesetzt wird. - Es schließen sich Überblicke über verschiedene Methoden der Sprachkontaktforschung an, u.a. sprachgeographische, makrosoziologische, ethnographische und soziolinguistische. In diesem Kapitel werden verschiedene, als klassisch angesehene Forschungsprojekte angesprochen; durch die Beschränkung auf methodische Aspekte und die Vernachlässigung der Ergebnisse wird dies für jemanden, der zum ersten Mal an das Thema herantritt, mit einigem Lesefrust verbunden sein. - Kapitel 3 beschäftigt sich mit den Ergebnissen der traditionellen Sprachkontaktforschung, der Erfassung der »am Sprachgebrauch, am Sprachsystem und an der Sprachentwicklung ablesbaren Folgen des Sprachkontakts« (57); in Kapitel 4 sollen neue Ansätze vorgestellt werden. Wer wirklich eine erste Einführung in die Sprachkontaktforschung braucht, ist mit Kapitel 3 bestens bedient. Ausländerregister, Codeswitching, Entlehnungen, Sprachwandel - plötzlich geht man von soziolinguistischen Fragestellungen in eine Einführung in die Sprachgeschichte über und verliert doch den Sprachkontakt als leitende Fragestellung nie aus den Augen. -Kapitel 4 hat es vergleichsweise schwer, muß es sich doch durch die Modelle kämpfen, die als Reaktion auf das simple geschlossene traditionelle Modell von Sprache immer komplizierter, multifaktorieller, varietäten- und variantenreicher werden. Dabei wird dem Leser nicht klargemacht, welchen Verallgemeinerungsgewinn er durch diese Differenzierungen erzielen kann. Auch fällt eine leichte Tendenz zur Selbstbeweihräucherung unangenehm auf, die in einer Einführung nichts zu suchen haben sollte: »Ein solches Forschungsprogramm ... existiert noch nicht, die Methoden der differentiellen Analyse (vgl. Wildgen, 1977a) weisen aber den Weg.« (127) Erst am Ende dieses Kapitels (144-156), bei der Beschreibung des Verhältnisses von Sprachkontakt und ethnischer Identität und bei der Skizzierung eines dynamischen Modells des Sprachkontakts, bekommen die Autoren die Komplexität des Gegenstandes wieder in den Griff. Dennoch: eine Einführung, die in keinem linguistischen Grundkurs fehlen sollte.

**Buch, Hans Christoph: Die Nähe und die Ferne**. Bausteine zu einer Poetik des kolonialen Blicks. Frankfurter Vorlesungen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1991 (142 S., br., 10, DM)

Kolumbus, der am 12. Oktober 1492 erstmalig amerikanischen Boden betrat, Armstrong, der am 20. Juli 1969 auf dem Mond landete, und die Karnickel, die 28 Jahre lang durch den Mauerstreifen der deutsch-deutschen Grenze hoppelten – sie verband ein Spruch aus uralten Zeiten, in dem am Ende des Weges der Heimatort lauert: »'Ik bün alldo!'«. Das Märchen vom Hasen und Igel wird Hans Christoph Buch zum Gleichnis für eine »Dialektik von Nähe und Ferne« (12), die er in seinen Frankfurter Poetik-Vorlesungen auszuloten sucht. In der literarisch gestalteten Fremde trifft er oftmals auf Vertrautes, in den heimischen Idyllen dagegen auf einen fremdartigen, »kolonialen Blick«, der Nähe und Ferne derselben Wahrnehmungsweise unterwirft.

Zwischen Aufklärung und Idealismus bildete sich bei Reisenden wie Forster. Humboldt oder Chamisso in der Verschmelzung von naturwissenschaftlichem Interesse und literarischer Darstellung »der spezifisch deutsche Beitrag zur ästhetischen Erschließung neuer Welten« (14) heraus. Als Schriftsteller betrachtet, erweist jeder der Forscher sich beeinflußt durch ästhetische Konventionen seiner Zeit - der aufgeklärte Georg Forster etwa entwirft die gesellschaftliche und sexuelle Utopie des Goldenen Zeitalters. Am Beginn einer neuen Epoche stehend, projiziert sein Reisebericht im Topos des antiken Arkadien ein Ideal in die Südsee, dem sich auch die heimischen Idyllen Salomon Geßners verdanken. Bei der Konstruktion eines »heroischen Weltzustands« (25) stören ökonomische Interessen die poetische Autarkie. Zu Zeiten, als der »Konsum von Kolonialwaren Privileg des Feudaladels« war, blieb die »exotische Flora ... aus der Idylle verbannt«: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gehörten Zucker und Kaffee zwar »zur Grundausstattung jedes bürgerlichen Haushalts, aber noch Hegel nimmt an ihrer Erwähnung ästhetischen Anstoß, weil sie die poetische Illusion zerstören und statt dessen 'auf eine fremdartige Welt und deren mannigfache Vermittlungen des Handels, der Fabriken, überhaupt der modernen Industrie hinweisen'« (26). »Im Zeichen industrieller Arbeitsteilung« (42) hält der Reisebegleiter Forsters und »zweite Entdecker Amerikas«, Alexander v. Humboldt, an dem Ideal umfassender Erkenntnis fest; er verbindet ein an Winckelmann und der Weimarer Klassik geschultes, erhabenes Naturerlebnis mit einer »der rassistischen Borniertheit« seiner Zeitgenossen widersprechenden Kritik der Sklaverei (45). Buch blendet allerdings aus, daß deren Abschaffung in den politisch unabhängigen Staaten ebenso wie die »wissenschaftliche Pioniertat« (47) Humboldts die kapitalistische Exploration der Neuen Welt erst ermöglichte.

In greifbare Nähe gerückt, werden die fremden Kulturen auch literarisch vermessen und die Exotik verinnerlicht; es dominiert, so Buch, der »Blick aufs isolierte Detail« (53). Der Weltreisende Chamisso findet in Hebels Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes sein historisches wie ästhetisches Pendant: Dessen

Kalendergeschichten sind »ein Logbuch durch die Zeit, so wie Chamissos Reisejournal die Chronik einer Bewegung durch den Raum« (65). Nach dieser »perspektivische(n) Engführung« (56) ist »eine Gesamtschau nicht mehr möglich ...: die fortschreitende Spezialisierung der Wissenschaften geht mit der Trivialisierung der Literatur Hand in Hand« (72). Regionalisierung im Heimatroman und Differenzierung der Exotik in »Wüstengedicht und Amerikaroman« (71) künden von einer geographischen Zuordnung der utopischen Projektionen, die dabei zunehmend instrumentalisiert werden. Während Immermann die mit der Industrialisierung fremd gewordene Heimat idyllisiert, entsteht eine »populäre Gebrauchsliteratur«, welche die Fremde heimisch zu machen versucht: Ihr Informationsgehalt richtete sich - etwa in Sealsfields Romanen - an »deutsche Auswanderer« (»wir würden heute von Wirtschaftsflüchtlingen sprechen«; 85). Zwischen Biedermeier und Gründerzeit änderten sich mit den Lesegewohnheiten auch die Schreibweisen, wie zwei Reiseberichte exemplarisch belegen: Trat in Fürst Pückler-Muskau dem Leser noch ein »exotischen Reizen aufgeschlossener Genießer« (105) entgegen, um »im orientalischen Kostüm den Zeitgeist der Restauration« (96) zu entlarven, so befriedigt Ida Pfeiffer, die im Reisen gegen ihre Rolle als »bürgerliche Hausfrau« (100) aufbegehrte, mit kulturhistorischen Informationen und praktischen Tips »die Bedürfnisse eines aus der Mittel- und Unterschicht stammenden Publikums« (96). Mit der massenhaft verbreiteten Literatur, mit Sport und Technik werden auch »die letzten Rückzugsgebiete unberührter Natur« bezwungen (113), während bildende wie literarisch gestaltende Kunst in japanischem Pinselstrich oder afrikanischer Plastik neue Gestaltungsprinzipien »entdecken«. Max Dauthendey hatte seine erste Reise zu einem in Mexiko spielenden, naturalistischen Roman verarbeitet, aus späteren Weltreisen gewann er – für die exotistische Literatur der Weimarer Republik folgenreich - die »kalligraphischen Symbole« japanischer Novellen. Eine ästhetische Fremderfahrung, die seinen Rück-Blick auf die Heimatstadt prägte: »Die weise Heiterkeit Griechenlands, die zierliche und erdkräftige Schönheit Japans ... finde ich hier in Würzburg vereinigt.« (Zit. 120)

Zunehmende Politisierung und erzwungenes Exil der Autoren führen zu einem vorläufigen Endpunkt – Döblin und Zweig projizieren »das Trauma von Terror und Vertreibung von der alten auf die neue Welt, die dem einen als Hölle, dem anderen als Paradies erscheint« (128). Auf den »Kahlschlag« der Nachkriegsliteratur folgten neue Reisewellen, deren Literatur von einer medialen Auflösung des Gegensatzes von Nähe und Ferne geprägt ist. Buchs zitatreicher Essay stellt ihn in der Konfrontation weltläufiger und regionalistischer Literatur wieder her.

**Herlinghaus, Hermann: Alejo Carpentier.** Persönliche Geschichte eines literarischen Moderneprojektes. Edition Text + Kritik, München 1991 (188 S., br., 26,50 DM)

Alejo Carpentier (1904-1980) ist der »große alte Mann« der kubanischen Literatur, eine Symbolgestalt der (weißen) lateinamerikanischen Kulturen: ein großbürgerlicher Romancier mit Sympathien für die Revolution Castros, deren Kulturattaché in Paris er ab 1966 war; europäisch erzogen, aber in Lateinamerika verwurzelt; in der Jugend den Avantgardebewegungen zugehörig, im Alter mit ästhetisch deutlich konservativen Zügen – ein »Repräsentant« im Thomas Mannschen Sinne, diplomatisch wie literarisch.

Herlinghaus (der Untertitel der Studie deutet es an) versteht Carpentiers Werk als typisches Produkt einer lateinamerikanischen Moderne, für die sich in den ästhetischen Debatten des letzten Jahrzehnts der Begriff der »peripheren Modernität«

(Beatriz Sarlo) eingebürgert hat, die gerade durch das »Springen« zwischen den Positionen europäischer und lateinamerikanischer Kultur gekennzeichnet ist. Insofern ist aufschlußreich, daß Carpentiers literarisches Werk erst spät einsetzt. Ursprünglich ist er vielmehr als Journalist »kulturvermittelnd« tätig, wird als Neunzehnjähriger Redaktionschef der größten kubanischen Wochenzeitschrift und verfaßt mit sicherem Instinkt für zukunftsträchtige kulturelle Ausdrucksformen nicht etwa Besprechungen modernistischer Lyrik wie die meisten seiner Kollegen, sondern Analysen europäischer Filme und lateinamerikanischer Avantgardemusik (Roldán, Villa Lobos). Das kann nicht unpolitisch abgehen; 1927 gehört er zu den Gründern der »minoristischen« (Avantgarde-)Bewegung Kubas, 1928 wird er, nach ersten politischen Schwierigkeiten in Kuba, von Robert Desnos ins surrealistische Paris geschmuggelt.

In der Nachzeichnung dieser Entwicklung besitzt Herlinghaus' Studie ihre größte Dichte; zugrunde liegt die – zwar nur einmal im größeren Kontext diskutierte, doch überall durchscheinende – These, es seien »zunächst nichtliterarische Künste« gewesen (Musik, Wandmalerei, Film; bei Carpentier gebrochen im Journalismus), die »zur Schaffung demokratischer öffentlicher Räume« (48) beigetragen hätten. Im Rahmen der derzeit in Lateinamerika verbreiteten Neubestimmung des historischen Stellenwerts von Literatur im Kontext anderer kultureller Ausdrucksformen ist dies eine diskutierenswerte Überlegung. Auch der Surrealismus und seine ästhetischen Positionen (Carpentier gehört zum »nicht-orthodoxen« Flügel) werden in diesem Sinne immer wieder auf Lateinamerika rückbezogen.

Der Spanische Bürgerkrieg bedeutet für Carpentier wie für viele andere Lateinamerikaner einen tiefen politischen Einschnitt. Erst danach (wenn man von einzelnen Musiklibretti und dem frühen, aber im Kontext der Aufwertung schwarzer Kulturformen wichtigen, afro-kubanischen Roman *Ecue-Yamba-O* absieht, den auch Herlinghaus ausführlich kommentiert; 29-39) beginnt das literarisch-fiktionale Schaffen Carpentiers: *Das Reich von dieser Welt* (1943/49), inhaltlich die revolutionäre Emanzipation der schwarzen Sklaven Haitis von der französischen Kolonialmacht thematisierend, versucht, Prinzipien des europäischen Surrealismus mit denen lateinamerikanischer Wirklichkeit und Geschichtserfahrung zu vermitteln (das von der Kritik immer wieder zitierte »Wunderbar-Wirkliche«).

Herlinghaus analysiert jeden einzelnen der Romane und stellt ihn in den Kontext der historischen (kubanische Revolution von 1959) wie individuellen Entwicklung (u.a. der Tätigkeit Carpentiers als Verlagsdirektor der Revolution mit ausgeprägt ästhetisch-didaktischem Konzept). Im Vergleich zum ersten Teil fällt die Studie hier allerdings häufig auf einen unmittelbar werkbezogenen Informationswert zurück. Zutreffend arbeitet Herlinghaus heraus, wie Carpentier in den literarischen Texten nach 1949 die Diskontinuitäten von Geschichte behandelt, und zwar aus der sonst kaum thematisierten Perspektive der kolonialen statt der eurozentrierten »Gewinner«-Erfahrung, doch bleibt die Diskussion der Form der Darstellung eher undeutlich: Anders als etwa Cortázar oder Roa Bastos bleibt Carpentier befangen in der geschlossenen Form des letztlich traditionell erzählten historischen Romans; sein »literarisches Moderneprojekt« realisiert sich, wo es fiktional wird, im aufklärerischen Anspruch fast ausschließlich des Inhalts. Merkwürdig, daß der Übergang des Mittvierzigers Carpentier von Journalismus, Radioarbeit, Zusammenwirken mit anderen Künsten hin zum Roman eher einen Schritt zu konventionellen Ausdrucksformen bedeutet, als daß er bisherige Erfahrungen (etwa im Sinne von Montage, als offenes Strukturprinzip) hätte fruchtbar machen können.

Diesen Zwiespalt stärker zu diskutieren, hätte Herlinghaus' Studie eine deutlichere ästhetische Tiefenschärfe verliehen. Auch so bleibt es ein materialreiches,

gerade für die kubanische Kulturgeschichte der frühen Moderne hochinformatives und in seinem Interesse für den Zusammenhang von Literatur und Medienentwicklung stellenweise aufregendes Buch.

Thomas Bremer (Gießen)

Heller, Arno: Gewaltphantasien. Untersuchungen zu einem Phänomen des amerikanischen Gegenwartsromans. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1990 (331 S., br., 68,- DM)

Nicht unbedingt ein Tabu-Thema, wie der Autor in der Einleitung schreibt, wohl aber werden literarische Gewaltphantasien weit weniger diskutiert als die Gewaltdarstellungen in Filmen, Videos oder Comics. Bebilderte Gewalt scheint uns eben näher zu gehen als beschriebene Gewalt, auch wenn letztere der bildlichen Vorstellungskraft den größeren Freiraum bietet.

Der statistisch belegte »Trend zur Gewalt in den USA« (7) in den sechziger und siebziger Jahren scheint einer Reihe von AutorInnen wortwörtlich die Sprache verschlagen zu haben. Arno Heller konstatiert für diese Zeit eine außerordentlich häufige Thematisierung von Gewalt, die »mit großer ästhetischer Intensität gestaltet« (1) wurde. Insgesamt schien bei vielen erfolgreichen Romanen – auf solche beschränkt sich Heller – »Gewalt in ihren verschiedenen Erscheinungsformen zumindest vorübergehend in den Mittelpunkt schriftstellerischen Interesses zu rücken« (ebd.). Bei der Auswahl richtete Heller sein Augenmerk vor allem auf »destruktive physische Aggressionshandlungen gegenüber Personen in Form von Schädigung, Verletzung, Vergewaltigung oder Tötung«, d.h. »interpersonale Gewalt«, sowie »imaginierte Gewalt in Form von Tag-, Wunsch- oder Angstträumen« (3). Strukturelle Gewalt findet sich in besprochenen Werken nur selten oder indirekt.

Aus der Geschichte der USA vor dem Vietnamkrieg hebt Heller zwei gewaltträchtige Aspekte hervor: den Unabhängigkeitskrieg und die mit dem Genozid an der Urbevölkerung verbundene Expansion nach Westen. Ihre aktuelle Fortschreibung erfährt diese Gewalthistorie in Comics, Film und Fernsehen. Es entsteht eine »apokalyptische und nihilistische Trivialkultur« (35), in der sich Gewaltphantasien und sadistische Sexualität zu einer »ideology of rape« (Susan Brownmiller, zit. n. 242) verdichten. Heller zitiert hierzu Molly Haskell, die diese Entwicklung als » 'männliche' Gegenstrategie« (35) zur aufkommenden Frauenbewegung interpretiert.

In den Einzelinterpretationen, die den Hauptteil des Buches einnehmen (84-238), zeigt er die durchgängig misogyne Tendenz der Mehrzahl der Romane männlicher Autoren. An Hellers eigenem Text fällt auf, daß eine einzige Autorin (Joyce Carol Oates) nicht im dritten Kapitel »Der Protest der Frauen«, sondern in der Männergesellschaft des zweiten behandelt wird, wodurch ihr das gestalterische Privileg eines eigenen Abschnitts zuteil wird, während die anderen Autorinnen gruppenweise nach Themenschwerpunkten zusammengefaßt werden. Schreibt Oates etwa männlich oder nicht feministisch-eindeutig genug, damit ihre literarische Verarbeitung der Funktionsweise psychischer und seelischer Deformation bei Männern wie Frauen durch die körper- und sexualitätsfeindliche katholisch-südstaatliche Familienideologie in den Kreis der »protestierenden« Frauen aufgenommen werden könnte? Bei aller guten Absicht des Autors erscheint diese Aufteilung als unfreiwilliges Zeugnis einer literaturwissenschaftlichen Methode, die unter der Prämisse der Inkompatibilität von »Frauen-« und »Männer«-Romanen erstere für die Abweichung, letztere für die Norm hält. Eine Erklärung für den Wechsel zwischen autorenbezogener - und damit den männlichen Schöpfer in den Mittelpunkt stellender - Interpretation im zweiten und themenbezogener Interpretation im dritten Kapitel wird jedenfalls von Heller nicht gegeben.

Überliest frau diese subtilen Signale der äußeren Form, bieten Hellers Analysen jedoch anregende Beobachtungen zur literarischen Funktion von Gewalt. Die zum Klischee gewordene Initiation des Helden durch Gewalterfahrung gelingt in der Anonymität der Industriegesellschaft nur noch in Ausnahmefällen. Den Protagonisten in James Dickeys Deliverance (1970) verhilft nur die Flucht aus der städtischen Zivilisation in die mit Gewalt zu bezwingende Wildnis zu einer erfolgreichen Identitätserneuerung. Häufig scheint aber Gewalt nicht mehr der Weg, sondern das eigentliche Ziel zu sein. Der »Existenzialismus der Gewalt« (84) bei Norman Mailer oder die grausigen Szenarien Hubert Selbys (Lust Exit to Brooklyn, 1964) lassen Gewaltdarstellung in der Literatur zum »verzweifelten Werkzeug existenzieller Selbstbehauptung« (76) werden. Unverändert kommt Gewalt ins literarische Spiel, wenn verdrängte »Neurosen, Triebwünsche und Selbstverwirklichungsphantasien« (90) umgesetzt und auf die sich historisch, politisch oder gesellschaftlich jeweils anbietende Gruppe projiziert werden: Indianer, Kommunisten, Vietnamesen, Schwarze, Frauen. Im Falle der letzteren scheinen Hellers Analysen Molly Haskells »Gegenstrategiethese« zu bestätigen. Während andere Gruppen eher eine »Aufwertung« erfahren (z.B. der Schwarze, der bei Norman Mailer als »schöpferischer Outsider« [88] gezeichnet wird), finden Frauen sich vermehrt in der Sündenbockrolle wieder. Mit variierender Intensität und Ausrichtung verkörpert bei Mailer, Kesey, Dickey und Percy das Weibliche die Morbidität der Zivilisationsgesellschaft. Der weibliche Körper wird zum »Opfer männlich besetzter Identitäts- und Realitätskonzepte« (232). Die männliche Romanfigur definiert sich über die physische und/oder psychische Leiche der Frau. Diese »Gewalt- und Sexualphantasien sind im Grunde Ausdruck eines zutiefst gestörten Verhältnisses zwischen den Geschlechtern und damit auch eines gestörten und infantilen Verhältnisses des Mannes zu sich selbst und zu seiner Rolle in der Gesellschaft« (101), befindet Heller zu Mailers An American Dream (1965).

Aus der Sicht des Opfers integrieren die Schriftstellerinnen Gewalt in ihre Werke. Allerdings immer weniger über eine eindimensionale Viktimisierung der Frau. Vielmehr wird die Gewalt gegen die einzelne Frau in den Kontext einer Gesellschaftskritik auf literarischer Ebene gestellt. Aktuelle Romanheldinnen sind nicht mehr »introvertiert-masochistisch« oder »paranoid-passiv«, sondern sie schlagen mit, morden mit und vergewaltigen sogar mit. So z.B. Jessie Kilroy in Lois Goulds Roman A Sea Change (1976), die einen Mann »vergewaltigt« (265) und so die »männliche Gewaltposition usurpiert« (267). Leider werden die Romane der Autorinnen nicht halb so ausführlich besprochen wie die der Autoren. Nichtsdestoweniger läßt die Durchgängigkeit, mit der Heller auf die Gewaltträchtigkeit der Geschlechterverhältnisse hinweist, eben diese als den (unbeabsichtigten) roten Faden der Untersuchung erkennen. Leider geht dieser Ansatz in der »Zusammenfassenden Schlußbetrachtung« verloren: Ein gezielterer Vergleich zwischen Männer- und Frauen-Romanen fehlt.

### Gauß, Karl-Markus: Die Vernichtung Mitteleuropas. Wieser Verlag, Klagenfurt 1991 (215 S., br., 29,80 DM)

Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse in Politik und Wirtschaft befürchtet der Salzburger Publizist und Literaturkritiker Karl-Markus Gauß, daß es mit Mitteleuropa so enden wird, wie mit vielen Entdeckungen der Europäer: »auch hier wird etwas entdeckt worden sein, damit es vernichtet werde« (32). Gerade nach der »Heimholung« der osteuropäischen Gebiete wird allerorts regionale Autonomie und multikulturelle Koexistenz gepriesen; denn mit den Grenzen des Warenverkehrs

sollen in einem vereinten Europa auch die Unterschiede zwischen den Völkern und Kulturen fallen. Freilich zeigt sich bereits jetzt, daß die »Vereinigten Staaten von Europa« den Kampf um Hegemonie keinesfalls aufgeben, sondern ihn mit neuen Mitteln und auf höherer Ebene fortsetzen – was Macht war, soll Super-Macht werden. Selbstbestimmung und Widersprüchlichkeit werden zum Verschwinden gebracht, Geschichte wird verleugnet, Verantwortung abgestritten. Ist ein solchermaßen enthistorisiertes Europa erst den Verdacht los, die Wiege von Rassenwahn und Diktatur zu sein, steht der Seligsprechung des ganzen Kontinents nichts mehr entgegen. »Europa ist der schöne, der wahre, der gute Rest, der übrigbleibt, wenn alle Verbrechen und Verirrungen des Kontinentes abgezogen und aus dessen Bilanz genommen wurden.« (12) Jahrhunderte gemeinsamen Lebens werden aus dem Gedächtnis der Völker gelöscht, die europäische Geschichte auf idealistische Weise entsorgt, der europäische Humanismus wiedergeboren. Großeuropa wird zum innigen Weihebild der Freiheit und Toleranz, ein »Traum des Vergessens, in dem die Verbrechen von gestern begraben und die von morgen verborgen liegen« (13).

Nachdem Gauß im ersten Teil seines Buches die Herrschaftszusammenhänge innerhalb der »Kooperative Vereinigter Staaten Europas« (17) kritisiert, geht er im zweiten Teil einigen konkreten Spuren des Kultur-Untergangs nach: Leben und Werk von zwölf Dichtern werden rekonstruiert und damit zugleich die spezifischen Verhältnisse von Unterdrückung und Selbstbehauptung, kultureller Vielfalt und politischer Gleichschaltung. Die Werke der von Gauß porträtierten Autoren sind mit der Geschichte europäischer Minderheiten und mit der Geschichte verdrängter Regionen unmittelbar verknüpft: Der »zwischen Wein und Gurken« im mährischen Provinznest Schaffa geborene Ludwig Winder, der pannonische Erzähler Johannes Weidenheim, der »Rumäniendeutsche« Richard Wagner oder der Albaner Ismail Kadaré sind Schriftsteller einer sterbenden und gestorbenen Kultur, der Gauß wieder Aufmerksamkeit zukommen läßt und damit ein Fortleben sichert.

Die tragischen Schicksale des »Sudetenjuden« Ernst Sommer, des serbisch-jüdischen Dichters Danilo Kiš oder des ins Exil vertriebenen Ottakringer Lyrikers Ernst Waldinger stellen nicht nur Mahnmale der Vernichtung dar; vielmehr bezeugen diese Schriftsteller persönlich wie auch literarisch einen Widerstandsgeist, der sich dem allgemeinen Totschweigen, der ideologischen Instrumentalisierung und der allgemeinen Gleichschaltung gleichermaßen entgegenstellt. Wenn der Lyriker und Übersetzer Miklós Radnóti auch im KZ fortfuhr, seine formenstrengen Gedichte zu schreiben, bezog er inmitten eines von Mord, Hunger und Entwürdigung bestimmten Alltags eine ebensolch unbeugsame Gegenposition wie Ernst Sommer, der noch in der größten existentiellen Not des englischen Exils entgegen aller Geringschätzung und gegen seine eigene Geschichtsverzweiflung Romane schrieb, in denen sich die jüdische Kulturtradition reflektiert. Folgt man/frau Gauß, so sind Dichter wie Radnóti, Winder, Waldinger oder Kurt Sonnenfeld einerseits ohnmächtig Klagende und Einsame, wie jener Sommersche »Geisterheiler« Mesmer, der »eine Botschaft an die Menschen hat und sie nicht verkünden darf« (78); andererseits ist die unbeirrbare Zuversicht eines Radnóti, der sich noch in einem seiner letzten Gedichte Gewaltmarsch »erhebt« und für sich einen anderen »Tod, sinnvoller und würdiger als dieser« (50) bestimmt, beispielhaft für die unbeugsame Haltung dieser Dichter eines heterogenen Europas.

So klar diese Unterdrückungs- und Widerstandsschicksale auf die allgemeine Kontinutität der Verachtung und Geringschätzung insbesonderer jüdischer und bäuerlicher Kulturen verweisen, so sehr verlangen es die unverwechselbaren Besonderheiten jedes einzelnen Lebens und Werks, als singuläre »Fälle« betrachtet zu werden.

Gauß versucht, dieser Dialektik gerecht zu werden, indem er sowohl dem individuellen lebensgeschichtlichen Kontext als auch den gesellschaftspolitischen Machtverhältnissen und deren spezifischer Widerspiegelung in den einzelnen Werken Aufmerksamkeit zukommen läßt. So wird die Bedeutung der faschistischen Kindheitserfahrungen des Slowenen Florjan Lipuš in dessen – avantgardistische Sprachkunst und sozialkritisches Empfinden verbindenden - Werken ebenso reflektiert, wie der Zusammenhang zwischen der regionalen Geschichte und iener damit untrennbar verbundenen »istrianischen Tragödie« (154) als zentrales Thema Fulvio Tomizzas. Gauß spürt der Präsenz des Todes in Werken wie Beseitigung meines Dorfes, Die Verweigerung der Wehmut oder Der Zögling Tjaz von Lipus ebenso nach wie dem bizarren Humor in Tomizzas Der umgestürzte Turm oder seiner in Die bessere Welt meisterhaft entfaltete Haltung als Chronist einer kleinen Region. Gleich Lipuš oder Tomizza ist der Albaner Ismail Kadaré ein »Beobachter am Rande seiner Welt und doch fest in ihr verwurzelt« (165), zugleich kritischer und patriotischer Autor. Kadarés literarisches Werk ist von der ungebrochenen Intention getragen, die Wirklichkeit einer Nation in ihrer Geschichte und Gegenwart zu erfassen. Romane wie Der zerrissene April, Die Festung, Chronik in Stein, Der große Winter oder Konzert am Ende eines Winters sind an bedeutenden Wegmarken der albanischen Geschichte angesiedelt und versuchen als Deuter und Stifter von Identität auf das (Lese-)Kollektiv zurückzuwirken.

Indem Kadaré, Kiš, Lipuš, Sommer oder Winder die Wirklichkeit ihres Landes aufnehmen und sie künstlerisch gestalten, sind sie Zeugen ihrer Zeit und freie Weltenschöpfer zugleich. Ihr doppelter, liebevoll-kritischer Blick für Realität und Fiktion, Tatsächliches und Künstliches, Politisches und Ästhetisches richtet sich gegen jene grauenhaft perfekte Mechanik der Vernichtung derer, »deren Kämpfe verraten, deren Leiden vergessen, deren Todesurteile nie geschrieben wurden und deren Asche irgendwo verstreut ist« (133). Ob Gauß nun dem gegen politische Bedrohung und wirtschaftliche Isolation gerichteten »nationalen Entwurf« Kadarés nachspürt oder den Übergang von der Kampagne gegen den »kommunistischen Verräter« und »Modernisten« Danilo Kiš zu dessen Instrumentalisierung als serbischer Nationalschriftsteller ergründet – in der umsichtigen Reflexion von politischen und ästhetischen Bewegungen vermag Gauß nicht nur neue Erkenntnisse gegen das Vergessen zu eröffnen, sondern auch die Systematik der Ausgrenzung aus dem literarischen Gedächtnis und der Vernichtung kultureller Autonomien zu erhellen.

Um so unverständlicher, daß keine einzige Dichterin Eingang in Gauß' Künstlergalerie gefunden hat, perpetuiert er mit der traditionellen Unsichtbarkeit der Kunst von Frauen und ihrer Lebenswege doch auch ein wesentliches Moment jener Gewaltverhältnisse, gegen die er anschreibt. Daß Gauß die Dichter zuweilen zu Helden stilisiert, steht der Sensibilität entgegen, mit der sein Buch der vergessenen Opfer zu gedenken versucht. Dennoch liest sich *Die Vernichtung Mitteleuropas* über weite Strecken als umsichtiges, engagiertes Pendant zu der *Enzyklopädie der Toten* Danilo Kiš', die die Existenz der Vergessenen und Namenlosen rettet und aufbewahrt.

Ebeling, Susanne, Hans-Otto Hügel und Ralf Lubow (Hrsg.): Literarische Ausstellungen von 1949 bis 1985. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik. Diskussion, Dokumentation, Bibliographie. K.G. Saur Verlag, München u.a. 1991 (484 S., Ln., 148,- DM)

Wenn Literatur zum Ausstellungsobjekt gemacht wird, entsteht das Problem, daß der Gegenstand selbst nicht ausstellbar ist, weil er fiktional und damit immaterieller

Natur ist. Handschriften, Drucke, Autorenporträts und Dokumente, also Zeugnisse, die präsentierbar sind, treffen nicht das Wesen des literarischen Textes. Die Kunst der Ausstellung besteht deshalb darin, das Material so zu arrangieren, daß seine literarische Dimension für den Betrachter wahrnehmbar wird.

Der vorliegende Sammelband ist die erste größere Publikation zum Thema. Er enthält 18 Beiträge zur Idee der literarischen Ausstellung, zu verschiedenen Institutionen, konkreten Ausstellungen und einzelnen Präsentationsformen. Alle Mitarbeiter des Bandes haben Erfahrungen in der Präsentation und Betreuung von Ausstellungen. Daß die Erbetheorie für mehrere Mitarbeiter aus der ehemaligen DDR den Leitfaden abgibt, läßt ihre Darstellungen nicht unbedingt anachronistisch werden, da viele Sachprobleme unabhängig von ihrer ideologischen Zuordnung sind. Doch stehen solche Ausstellungen, die ihre Leitgedanken aus dem Material selbst ableiten müssen, vor größeren Schwierigkeiten. In der Einleitung von Hans-Otto Hügel werden alle wesentlichen Probleme der Vorbereitung und Gestaltung einer litearischen Ausstellung bereits behandelt: Vermittlungsziele, Auswahl der Exponate, Präsentationsformen, Besucherbezug. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Literaturmuseum »als Anreger«, der »Veranschaulichung von Geschichte« im Museum, der Ausstellung »als bibliothekarischer Aufgabe«, der »Konzeption und Gestaltung biographischer Museen«, »Inszenierungsstilen«, »Problemen der visuellen Gestaltung« und dem Verhältnis von »Literaturmuseum und Publikum«.

Neben den theoretischen Beiträgen und Erfahrungsberichten enthält der Band eine Bibliographie und eine Dokumentation der Literaturausstellungen in Deutschland zwischen 1949 und 1985 (mit Angaben zu Veranstalter, Ort und Katalog). Die Zahl der knapp 2 200 nachgewiesenen Ausstellungen, die sich nach 1985 noch erheblich erhöht haben dürfte, zeigt, daß der Gegenstand im Literaturbetrieb eine wichtige Rolle spielt. Der Band wird für Fachleute und Ausstellungskritiker als Handbuch und Nachschlagewerk unentbehrlich sein.

Detlev Schöttker (Stuttgart)

### Erziehungswissenschaft

Miller-Kipp, Gisela: Wie ist Bildung möglich? Die Biologie des Geistes unter pädagogischem Aspekt. Studien zur Philosophie und Theorie der Bildung, Bd.13. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1992 (210 S., br., 39,- DM)

Dem Bildungsbegriff, der zunehmend an Trennschärfe verliere (II), dadurch wieder zu Stringenz und praktischer Bedeutung zu verhelfen, daß man die empirischen Bedingungen seiner innersubjektiven Möglichkeit im Anschluß an Ergebnisse neuerer biologischer Forschungen zum Thema »Geist« rezipiert – das ist die Perspektive des vorliegenden Buches.

Dabei weiß die Autorin um das historische, aber auch systematische Spannungsverhältnis von Biologie und Bildungsphilosophie. Dennoch wird der Austausch beider Disziplinen gefordert – mit der typischen Bescheidenheit des Pädagogen, aber dann doch vorgestellt als einseitige Wissensrezeption (41). Deren angedeuteter Blockade-Wahrscheinlichkeit begegnet die Autorin mit zwei Strategien. Die erste würde ich als implizit bleibende Reduktion der bildungstheoretischen Problematik bezeichnen; die zweite findet sich explizit im Aufbau des Buches, in dem, was die Biologie des Geistes angeht, getrennt wird nach dem empirisch-analytischen Wissensbestand (Kap. 2) und metaphysischen Folgerungen (Kap. 3).

Zur ersten Strategie: Konsensfähig sei der Bildungsbegriff als »Aufbau geistiger Ordnung im Subjekt« (18) im Rahmen einer (letztlich auf Humboldt zurückgehenden)

Auseinandersetzung mit Welt, an deren Ende die Identität des Subjekts als eines vollständig entwickelten steht. Der Bezug auf den so verstandenen Humboldt bleibt durchgängig: der Perspektive, »daß Bildung im Weltbezug sei«, wird auch noch die der »natürlichen Erkenntnisrichtung resp. des ihm eigenen Strebens des menschlichen Geistes« (als Ersatz des Entelechieprinzips bei Humboldt) zur Seite gestellt (163). Alles aber, was den Bildungsbegriff als Bestimmung einer qualifizierten Erfahrung und eines qualitativen Subjektverständnisses traditionell auszeichnete, bleibt ausgespart: die Abgrenzung von einfachem Lernen oder sozial-funktionaler Vergesellschaftung, die selbst noch einmal im Bewußtsein der Dialektik der Aufklärung gebrochene Option für Identitätsbildung in Einheit mit Vernunft usw. Ebensowenig wird die gegenwärtige Krise dieses Denkens berücksichtigt: die Problematisierung der Einheit von Selbst- und Weltpräsenz im subjektiven Bewußtsein und damit dessen Dezentrierung, die Auflösung der Vorstellbarkeit einer vernunftgegründeten Prinzipien-Identität als Kern des Subjekts, die (genealogische) Problematisierung des Wissens und damit jeder rein-kognitiven Option, die Ablehnung jedes kumulativen Entwicklungsmodells von Bildung usw. Gerade aber durch eine empirisch abgestützte Entwicklungslogik hofft Miller-Kipp, die Vorstellung von Bildung fundieren zu können. Von den Frontstellungen innerhalb der gegenwärtigen Bildungsphilosophie her gesehen, handelt es sich dabei argumentationsstrategisch um die (leicht revidierte) Abstützung des traditionellen neuhumanistischen Bildungsmodells.

Zur Rezeptionsstrategie: In der Darstellung neuerer biologischer Forschungen über den »Geist« rekurriert die Autorin auf die Neurobiologie, die Erkenntnisbiologie sowie auf Evolutionsbiologie und systemtheoretische Biologie. Die Neurobiologie rekonstruiert die Funktionsweise des Gehirns mit Hilfe kybernetischer und evolutionstheoretischer Annahmen so, daß verschiedene Funktionsstufen angenommen werden können: Die Neurobiologie »beschreibt auf ihre Weise Geistesbildung als Bildung zur geistigen Autonomie« (63). Der Erkenntnisbiologie geht es um eine evolutionstheoretische Rekonstruktion von natürlich und gattungsgeschichtlich entwickelten kognitiven Strukturen (von der dreidimensionalen Wahrnehmung bis hin zu für verschiedene Denkweisen vorausgesetzten Hypothesen: etwa der der Ursache für kausales Denken oder der des Zwecks für finales Denken; 70). Daß es sich dabei um Rekonstruktionen auf der Basis einer logischen Abstraktion von Denkweisen handelt und nicht etwa um biologisch-empirisch ausweisbare Realitäten, verringert allerdings den Wert solcher Theoreme für die angestrebte empirische Fundierung von Bildung.

Evolutionsbiologie (Lorenz, Lumsden/Wilson) und systemtheoretische Biologie (Bateson, Maturana/Varela) werden als komplexe (ich würde hinzufügen: spekulative) Formen des Zugriffs auf Geist vorgestellt. Daß dabei analog zu Humboldt eine »innere Kraft« in Form eines Ordnungsimpulses angenommen wird (108f.), macht noch einmal das Anknüpfen an die entproblematisierte traditionelle Bildungstheorie deutlich.

Pädagogisch besonders anschlußfähig erscheint ihr die Öko-Logik Batesons – sowohl auf der Ebene eines Erklärungsmusters innersubjektiver Geistentwicklung wie auch der davon abgehobenen (Kap. 3) normativen Weichenstellung für diese. Anschlußfähig wohl deshalb, weil im (auch so verstandenen) Glaubensbekenntnis Batesons das zusammengedacht wird, was alle Probleme der traditionellen Bildungstheorie stillzustellen erlauben würde: die Erkenntnis des Seins nicht etwa fragmentarisch, durch Subjekt-Objekt-Spaltung problematisch und in verschiedene Sichtweisen zerfallend, sondern als kosmische, natürliche, geistige und kulturelle

Einheit auf der Basis gleicher Funktionsweisen, als Einheit, in der der einzelne in seiner Autonomie als funktionales Moment (ohne jedes Spannungsverhältnis zu Universum und Gesellschaft?) existiert – und die er nur noch normativ sich als Bezugspunkt zueignen muß: »der subjektive Geist ist Teil eines universellen, in sich gestuften 'öko-geistigen Systems' (Bateson); für das Subjekt kommt alles darauf an, sich als ein Teil dieses Systems zu sehen und zu verstehen« (III).

Versäumt wird so die Chance, das Theorieangebot der konstruktivistischen Biologie des Geistes mit den selbstreflexiven Problematisierungen des gegenwärtigen bildungsphilosophischen Denkens zu konfrontieren und damit die Komplexität von dessen Differenzerfahrung zu steigern – was nach kybernetischer Voraussicht dann doch so etwas wie Lernen auslösen dürfte.

Alfred Schäfer (Köln)

Georg, Walter, und Ulrike Sattel (Hrsg): Von Japan lernen. Aspekte von Bildung und Beschäftigung in Japan. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1992 (186 S., br., 38,- DM)

Angesichts der aktuellen ökonomischen Schwierigkeiten einer sich stark abschwächenden Konjunktur und der Redimensionierung des Finanzmarktes (Preisverfall von Aktien und Immobilien), d.h. einer Redimensionierung der spekulativen Prozesse der »bubble-economy« japanischen Zuschnitts, stellt sich die Frage, ob Japan noch eine Herausforderung bezüglich der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bleibt. Die intensive Auseinandersetzung mit der MIT-Studie über die Dimensionen japanischer Organisation von Produktions- und Dienstleistungsstrukturen auch im deutschen Management, hatte vor allem bei den Gewerkschaften die Befürchtung hervorgerufen, die negativen Seiten dieser Organisation einer gesellschaftlichen Betriebsweise, wie starke Segmentierung des Arbeitsmarktes, überaus großer Streß am Arbeitsplatz (hier sei auf das Stichwort karoshi verwiesen), qualitativ unzureichende Ausgestaltung des Privatlebens (Wohnen, Erholung, Bildung etc.) sollten auf unsere Verhältnisse übertragen werden. Kommt nun eine Verschnaufpause in der Aufholjagd um Produktivitätsfortschritt und Konkurrenzfähigkeit, da der »Marktführer« Japan in vielen Wirtschaftsbereichen Schwächetendenzen zeigt?

Es wird auch aus längerfristiger Perspektive lohnend sein, sich mit dem japanischen Gesellschaftssystem auseinanderzusetzen. Folgt man der These, »daß Bildung zunehmend eine hohe Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert haben wird« (Teichler, 38), und Japan allein durch eine Quote von über 95 % Oberschulabgänger (bezogen auf einen Altersjahrgang) rein quantitativ einen hohen Bildungsstandard hat, kommt dem vorliegenden Sammelband große Aktualität zu.

Themenstellungen sind Berufsausbildung (Georg), betriebliche Qualifizierungsstrategien (Demes), Arbeitslosigkeit (Ernst), Frauenerwerbstätigkeit (Auslitz-Blesch, Weber-Deutschmann) sowie Hypothesen zur Beziehung zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum (Teichler) und eine Einschätzung der historischen Quellen der Grundwerte der japanischen Gesellschaft (Meid).

Für das besondere Verhältnis von Individuum und Gesellschaft liefert Meid eine Reihe von interessanten historischen Erklärungen: Topografie und Wirtschaftsweise haben dazu geführt, daß schon in der Agrargesellschaft »alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden [mußten; Anm.d.Verf.), und es ist evident, daß Erfahrung dabei eine große Rolle spielte« (181). Noch in der hochentwickelten Industriegesellschaft herrscht nach Meid die Auffassung vor, daß sich jeder unterordnen und loyal zur Gruppe verhalten muß, um die Zielerreichung der Gemeinschaft nicht zu gefährden. Offensichtlich gibt es einen überwiegenden Konsens in der japanischen

Gesellschaft über die gemeinsamen Ziele. Am Beispiel der Entwicklungen im Rechtssystem (Personal, Straftaten, Prozesse) zeigt Meid die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland größere Bereitschaft, Konflikte zu vermeiden oder konsensuell zu lösen. Wenngleich sich auch die japanische Gesellschaft zunehmend mit den vorhandenen Widersprüchen von individuellen Bedürfnissen, Ansprüchen und Egoismen und den gesellschaftlichen Erfordernissen einer unter langfristigen Perspektiven für alle sich qualitativ verbessernden Reproduktion auseinandersetzen muß, scheint sie auf Grund ihres historischen Erbes besser gerüstet zu sein.

Bei den Ausführungen zum japanischen Bildungssystem wird von vielen Autoren der Sozialisationseffekt (Übernahme traditioneller Werte) besonders hervorgehoben (vgl. Teichler, 26f.; Georg, 54, 57) und auf die fehlende Förderung von Kreativität und Individualität – Anforderungen »der neueren technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung« (Teichler, 27) – hingewiesen. Ich hätte mir allerdings mehr Erläuterungen gewünscht, warum trotzdem »das japanische Schulsystem sehr gut und breit ausgebildete Absolventen hervorbringt« (Demes, 73) und die »Bildungsergebnisse des Schul- und Hochschulsystems den Erwartungen und Ansprüchen des Beschäftigungssystems durchaus zu entsprechen« (Georg, 57) scheinen.

Berufsausbildung in Japan heißt überwiegend »training on the job«; der zu Qualifizierende bringt in der Regel den Abschluß der zwölfjährigen Oberschule mit. Großbetriebe ergänzen dies um ein »Off-the-Job Training« innerhalb des Betriebes. Wenn nun die »These von der allgemein hohen beruflichen Qualifikation japanischer Arbeitnehmer fraglich (ist) und dringend einer empirischen Überprüfung« (Demes, 73) bedarf, stellt sich sofort die Frage, wie es möglich ist, daß Japan im Vergleich mit Deutschland mit geringer beruflich Qualfizierten ein in vielen Wirtschaftsbereichen effizienteres Ergebnis zu erzielen vermag. Hochkomplexe Technologie und Gruppenarbeit mit größerem Aufgabenzuschnitt (z.B. integrierte Qualitätskontrolle) müßten doch ebenfalls eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft voraussetzen? Deshalb muß Georg zugestimmt werden, der bei seinem Vergleich der »Berufsbildungsmuster« von Japan und Deutschland zu dem Schluß kommt, daß man von einer funktionalen Äquivalenz unterschiedlicher Berufsbildungs- und Arbeitsorganisationssysteme ausgehen kann, »auch wenn diese für die Beschäftigten immer auch unterschiedliche Chancen und Risiken zur Folge haben« (Georg, 65).

Aus den meisten Beiträgen erfährt man interessante und auch neue Aspekte des japanischen Gesellschaftsmodells. Mit den notwendig offen bleibenden Widersprüchen wird zugleich aber auch das Interesse an einer intensiveren Beschäftigung mit dem Geheimnis des japanischen Erfolges (zumindest in ökonomischer Hinsicht) geweckt.

Margit Frackmann (Hannover)

Lemke, Dietrich (Hrsg.): Bildungspolitik in Europa – Perspektiven für das Jahr 2000. Eine Analyse europäischer Bildungssysteme. Hamburger Buchwerkstatt, Hamburg 1992 (219 S., br., 24,80 DM)

Fragen des Bildungswesens und der Bildungspolitik in der EG sind zunehmend diskutierte Themen. Die EG wird hierbei als Allokationsprojekt verstanden, also als Projekt zur Steigerung der Effizienz der Ressourcennutzung. Entsprechend werden Bildungsfragen – trotz des Doppelcharakters von Bildung als Teil der Wirtschafts- wie auch der Sozial- bzw. Gesellschaftspolitik – meist »ökonomistisch« verkürzt rezipiert. Es geht um die bildungspolitische Flankierung der Freizügigkeit des Faktors Arbeit im Raum sowie um die Humankapitalausstattung der Regionen als Standortfaktor.

Entsprechend dieser Diskussionskonstellation wird auch in der vorliegenden Publikation zunächst der europäische Kontext skizziert. Die Frage des Harmonisierungs-

bzw. Konvergenzbedarfs im Bildungssektor vor dem Hintergrund des ordnungspolitischen Prinzips der Subsidiarität wird gestellt (wenn auch nicht hinreichend geklärt). Es wird nur kurz eingegangen auf das Problem der Freizügigkeit in Verbindung mit der Notwendigkeit der Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen. Die Kohärenzproblematik innerhalb der EG (Problem der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse) wird im Zusammenhang gesehen mit dem Bedarf an Qualifizierung (eine stärkere Berücksichtigung der diesbezüglichen Politik des Sozialfonds der EG hätte zweckdienlich sein können).

Knapp wird auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung (nationaler bzw. regionaler) kultureller Identitäten hinsichtlich der Diskussion über die notwendigen Wandlungen des Bildungssektors in der EG eingegangen. Ein vertiefender Hinweis zur augenblicklichen Regionalismus-Diskussion fehlt. Auch auf geschlechtsspezifische Aspekte des Themas wird kurz verwiesen. Eine Auswertung der direkt oder indirekt frauenspezifischen EG-Politik wäre an dieser Stelle interessant gewesen.

Im Hauptteil wird eine informative Darstellung der Bildungssysteme in Europa (Belgien, alte und neue Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien) gegeben. Es fehlt freilich ein eigenes, vergleichendes Kapitel. Dennoch werden einige zentrale Aspekte der Problematik deutlich. Im Rahmen berufsbildungspolitischer Debatten bildet die Diskussion um die Vor- und Nachteile des dualen Systems (im Vergleich zur staatlichen schulischen Berufsausbildung) das Zentrum. Im Fall von Portugal wird der erhebliche bildungspolitische Handlungsbedarf angesichts des strukturellen ökonomischen Anpassungsdrucks in der EG deutlich. Das Bildungswesen in Spanien wird dagegen angesichts seiner expansiven Entwicklung als »spektakulär« eingeschätzt. Abschließend werden einige Aspekte einer »modernen« Bildungspolitik in der Bundesrepublik erörtert. Auch auf Handlungsbedarf in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik wird eingegangen, allerdings fehlt ein Blick auf die Neuerungen des EG-Vertrages nach Maastricht. Dennoch ist der Band – dies muß bei aller kritischer Erörterung betont werden – eine Orientierungshilfe im komplizierten Themenfeld europäischer Bildungssysteme.

Frank Schulz-Nieswandt (Regensburg)

Tietgens, Hans (Hrsg.): Gesellschaftliche Voraussetzungen der Erwachsenenbildung. Studienbibliothek für Erwachsenenbildung, Bd.1. Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt/M. 1992 (173 S., br., 12,20 DM)

Erwachsenenbildung stellt die vierte Säule des Bildungssystems dar. Weil sie jedoch noch immer nicht als selbstverständlich gilt, hat sie einen außerordentlichen Legitimationsbedarf. Daher bemüht sie sich besonders um die Reflexion der eigenen Arbeit und ihrer Bedingungen. Im Rahmen der einschlägigen Publikationsflut hat die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes eine »Studienbibliothek für Erwachsenenbildung« ins Leben gerufen und diese mit dem von Hans Tietgens zusammengestellten Band »Gesellschaftliche Voraussetzungen der Erwachsenenbildung« begonnen. Weitere Bände werden folgen (s. die folgenden Besprechungen). Ziel ist es, Basismaterial für den Studiengang Erwachsenenbildung, insbesondere in den neuen Bundesländern zu bieten.

Der erste Band enthält eine Sammlung von Beiträgen, die zwischen 1975 und 1988 veröffentlicht wurden. Er ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich – im Positiven wie im Negativen. Er macht das hohe theoretische Niveau der deutschen Erwachsenenbildung im allgemeinen und der Volkshochschulen im besonderen deutlich.

Ebenso zeigt er, daß sich die Erwachsenenbildung von der konservativen Wende der achtziger Jahre auch theoretisch hat infizieren lassen. Die ausgewählten Beiträge setzen sich zwar mit Aspekten gesellschaftlicher Voraussetzungen von Erwachsenenbildung sehr differenziert auseinander, thematisierten jedoch kaum die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse, ohne deren Analyse sich aufgezeigte Entwicklungen, Phänomene, Deutungen und Positionen nicht hinreichend erklären lassen. Dies wäre u.a. auch deswegen erforderlich, da Tietgens in seinem Beitrag über »institutionelle Strukturen der Erwachsenenbildung« zutreffend konstatiert, daß durch den Bedeutungszuwachs der Erwachsenenbildung auch unterschiedliche Fremdinteressen angezogen werden (156f.), die es konkret aufzuzeigen gälte, um sich mit ihnen auf den verschiedensten internen und externen Ebenen der Erwachsenenbildung auseinanderzusetzen.

Das Dilemma der Erwachsenenbildung bringt Wilke Thomssen auf einen einprägsamen Nenner, wenn er feststellt, »daß sie Widersprüche nicht zudecken kann, weil sie sonst nicht angenommen wird; das Vorantreiben von Widersprüchen und Austragen von Konflikten stößt jedoch auf institutionelle Widerstände« (63).

Trotz der grundsätzlichen Einwände vermittelt der Band eine Fülle von Einsichten in einen Bildungssektor, der an gesellschaftlicher Bedeutung in Zukunft nur gewinnen kann.

Wilhelm Filla (Wien)

Tietgens, Hans (Hrsg.): Didaktische Dimensionen der Erwachsenenbildung. Studienbibliothek für Erwachsenenbildung, Bd.2. Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt/M. 1992 (175 S., br., 12,20 DM)

Der vorliegende Band soll »Lehrenden und Studierenden der Erwachsenenbildung in den neuen Bundesländern die Chance eines ersten Überblicks bieten, wie in den letzten beiden Jahrzehnten Grundprobleme der Erwachsenenbildung in den alten Bundesländern diskutiert worden sind« (7). Tietgens hat zehn Beiträge zusammengestellt, die zwischen 1975 und 1989 erschienen sind. Die Auswahl ist repräsentativ. Mit Beiträgen von W. Mader, H. Siebert, J. Weinberg u.a. wird zuverlässig der Stand der Didaktik-Diskussion in der westdeutschen Erwachsenenbildung dokumentiert.

Die Intention des Bandes und der Reihe spiegelt das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Ost- und West-Deutschland: Ostdeutschen – hier: Lehrende und Studierende – soll die »Chance« geboten werden, von Westdeutschen zu lernen. Die »Studienbibliothek« sucht nicht die Diskussion, den Dialog. Sie zielt nicht auf Aufklärung über die Erwachsenenbildungs-Didaktik in der ehemaligen DDR; Konzept ist vielmehr das bei vielen Lehrenden beliebte Motto: »Jetzt vergeßt erstmal alles, was ihr bisher gelernt (gemacht) habt.« Auch in der Erziehungswissenschaft findet eine »Landnahme« statt (Otto Köhler, *Die Zeit* v. 3.4.92).

Die Zielgruppe dieses Bandes wird die »Ort- und Zeitlosigkeit« der erörterten »didaktischen Dimensionen der Erwachsenenbildung« irritieren. Sie haben nach der Lektüre zwar einen guten Überblick über den Diskussionsstand in der Erwachsenenbildungs-Didaktik der alten Bundesrepublik. Aber was Didaktik in von wirtschaftlichen Krisen erzwungener Fort- und Weiterbildung oder (Schnell-)Umschulung heißen bzw. leisten, wie ein Diskussionsstand rezipiert werden kann, dessen Entstehungsbedingungen nicht im eigenen Erfahrungshorizont verankert sind – darüber erhalten die Adressatinnen und Adressaten dieses Bandes keine Auskunft.

Neun von zehn Beiträgen stammen von Männern. Es verwundert daher nicht, daß die Kategorie Geschlecht in den »didaktischen Dimensionen der Erwachsenenbildung« keine Rolle spielt. Zwar ist einiges – z.B. im Beitrag von Manfred Bönsch – über »adressatenorientierte Didaktik« oder – im Beitrag von Jochen Kaltschmid –

über »Einflüsse auf die lebenszeitliche Entwicklung« zu erfahren, doch die Adressaten von Erwachsenenbildung haben offenkundig kein Geschlecht bzw. das Geschlecht hat keinen Einfluß auf die Entwicklung. Die Erwachsenenbildungs-Didaktik bleibt von der Tatsache, daß z.B. »der« typische Volkshochschul-Besucher eine Frau ist, ebenso unberührt wie von der Diskussion über geschlechtsspezifische Erziehung und den Kontroversen über Koedukation. Insofern dokumentiert der Band, daß an der Erwachsenenbildungs-Diskussion relevante Debatten vorbeigegangen sind. Ich habe darauf bereits an anderer Stelle hingewiesen (vgl. Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung, H.18, 44ff.).

Ich empfehle das Buch Studierenden, die für Prüfungen einen raschen Überblick brauchen über die westdeutsche Erwachsenenbildungs-Didaktik und ihre Leerstellen.

Norbert Franck (Bonn)

Tietgens, Hans (Hrsg.): Kommunikation in Lehr-Lern-Prozessen mit Erwachsenen. Studienbibliothek für Erwachsenenbildung, Bd.3. Pädagogische Arbeitsstelle des deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt/M. 1992 (162 S., br., 12.20 DM)

Die Auswahl der hier zusammengestellten Beiträge kann – dem Anliegen einer »Studienbibliothek« entsprechend – als zweckgerecht und informativ bezeichnet werden, da wichtige andragogische Diskussionsfelder der Erziehungswissenschaft der letzten Jahre thematisch, methodisch und personell in exemplarischer Weise vertreten sind. Wer nach Praxisnutzen sucht, kommt auf seine Kosten, weil die meisten Artikel explizit auf die Konsequenzen der theoretischen Ausführungen für das Lehrverhalten und das Rollenverständnis des Kursleiters eingehen.

In einer gelungenen Verbindung aus theoretischer Reflexion und praxisanleitenden Hinweisen setzt sich z.B. Schlutz mit Sprachhandlungen und Sprachbarrieren in der Erwachsenenbildung auseinander, während Gerl sich mit den Symbolisierungschancen des Ich in Lernsituationen beschäftigt. Nuissl geht in seinen gedrängt vorgetragenen Gedanken der Frage nach, wie das vieldiskutierte Thema der »Deutungsmuster« zu thematisieren wäre, damit es allererst in seinen pädagogischen Dimensionen sichtbar wird und anders als nur analytisch-interpretativ von Bedeutung werden kann. Aspektreich, aber theoretisch riskant, scheint mir das Vorhaben von Schmitz zu sein, das begriffstheoretische Problem einer schlüssigen Unterscheidung zwischen therapeutischen, beratenden und erwachsenenpädagogischen Handlungen durch einen erklärenden Rekurs an »typische« Handlungssituationen rückzubinden, damit aber gleichzeitig zu unterlaufen. Die Rolle der Gruppendynamik untersucht Schäffter in einem bildungssoziologischen Beitrag, der das Instrumentarium der Systemtheorie variantenreich zu entfalten versteht. Überzeugend wird die These von der Reflexionsfunktion der Gruppendynamik in kollektiven Lernprozessen expliziert und werden Konsequenzen für das Rollenverständnis der Mitarbeiter abgeleitet. Gleichfalls der Reflexion des Lehrverhaltens widmet sich Thiel, der sich bei der Analyse des Selbstkonzepts von Erwachsenenbildnern an Hunts Differenz zwischen »reading« und »flexing« anlehnt. Er stellt in rudimentärer Form ein Analysemodell vor, das auf spezifische Kurzzeit-Interventionen hin zugeschnitten ist.

Zwei der Beiträge sind methodisch akzentuiert: Anleihen bei der Objektiven Hermeneutik finden sich in J. Kades Rekonstruktion einer unabgeschlossenen Bildungsbiographie. Er interpretiert ein biographisches Interview mit einer Kursteilnehmerin als die Bewegung »diffuser Zielgerichtetheit«. S. Kade und Djafari stellen die »dokumentarische Methode in Forschung und Fortbildung« dar. Der Versuch Dohmens, zur Klärung des Verhältnisses von »natürlichem« und »organisiertem

Geschichte 149

Lernen« beizutragen, führt einerseits die einleitenden Begriffsdifferenzierungen nicht konsequent weiter, unterschlägt andererseits sowohl die ambivalenten Bestimmungen der eigenen Analyse wie auch die Hilfestellung, die die Sekundärliteratur gerade zu diesem Thema angeboten hätte. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Affirmation eines »relativ natürlichen« Lernens. Freilich: gerade Dohmens Beitrag, 1982 erstmals publiziert, demonstriert die Schnellebigkeit der Diskussion auf manchen Feldern der Erziehungswissenschaft eindringlich. Hier hätte sich die Sammlung z.B. mit einem Beitrag zur Bedeutung des Lebensweltkonzepts mehr thematische Aktualität sichern können.

### Geschichte

Honegger, Claudia: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750-1850. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1991 (300 S., Ln., 38,- DM)

Als »der Mensch«, Erkenntnisobjekt der Humanwissenschaften, in der Mitte des 18. Jahrhunderts die »Thematisierungsbühnen von moderner Kultur, Politik und Wissenschaft« (1) betritt, folgt ihm kurz darauf »das Weib«. Mit dem »Triumphzug einer auf vergleichender Physiologie beruhenden allgemeinen Anthropologie sowie (der) Ausdifferenzierung einer weiblichen Sonderanthropologie« (98) werden die Differenzen zwischen den Geschlechtern, wie Honegger zeigt, erneut naturalisiert. Die aufklärerische Frage nach der »Legitimität der jeweiligen geschlechtstypischen Differenzbestimmungen« (4) gerät zunehmend ins Hintertreffen. Honegger geht es in ihrer 1990 als Habilitationsschrift vorgelegten Arbeit darum, den Aufstieg jener verwissenschaftlichten Naturalisierung der Geschlechtscharaktere zu rekonstruieren. Gegen Modernisierungstheorien, die mit einem unreflektierten Universalismus arbeiten, gilt ihr die »scheinbar direkt der Natur abglauschte partikularistische Ordnung der Geschlechter« als »konstitutiv für die Moderne insgesamt« (X).

Die Arbeit teilt sich in zwei Hauptstücke. Im ersten Teil soll Einblick in die »Phase des kulturellen Umbruchs« (14) in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegeben werden. Honegger stellt von Frauen konzipierte »Strategie(n) weiblicher Bürgerlichkeit« (38) vor, welche auch - wo sie die Macht der Männer anerkennen - die eigene Unterordnung nicht naturalisieren und bei aller Verschiedenheit der Argumentationen vom Diktum des »cartesischen Feminismus« »L'ésprit n'a point de sexe« (Poullain de la Barre) geprägt scheinen. In der hauptsächlich von Männern ausgetragenen »Querelle des femmes« erfahren erste Ansätze der psycho-physiologischen Festschreibung von Geschlechtscharakteren wie die des Göttinger Universitätsreferenten Ernst Brandes noch Widerspruch. Auch Kants »Anthropologie in pragmatischer Hinsicht« von 1798 argumentiert noch nicht physiologisch, obwohl die von ihm »inthronisierte 'weibliche Natur' alle Züge einer dogmatischen Setzung« trägt (84). Sein Freund Theodor Gottlieb von Hippel entwickelte sich gar zu einem Verfechter eines »egalitär-subjektivistischen« Feminismus (79), der die Kantsche Programmatik des Ausgangs aus »selbstverschuldeter Unmündigkeit« radikalisiert und auf Frauen bezieht (83).

Das zweite Hauptstück der Arbeit zeichnet den Aufschwung des »physiologischen Sexismus ... zum alles dominierenden kulturellen Muster der Regelung der Geschlechterverhältnisse« (163) nach. Vehement fordern die Verfechter der sich etablierenden Anthropologie eine Überwindung des Dualismus von Körper und Geist sowie der Arbeitsteilung zwischen Philosophie und Medizin (117). Das Pathos des »ganzen

Menschen«, die Betonung der »Harmonie« von Körper und Geist führt dabei eine theoretische Resexualisierung des »Geistes« mit. Obwohl die Anthropologie zunächst auf den »Menschen« bzw. Mann zugesschnitten war, betraf das erste moralphysiologische System die Frau. Pierre Roussel kam in seinem »Système physique et moral de la femme« zu dem Ergebnis, bei Frauen überwögen auf Grund des »Knochenbaus »die Empfindungen vor Ideen und körperlichen Bewegungen« (149). Honegger vermutet, daß in bezug auf den Mann die theoretische Begrenztheit des »moral-physiologischen Monismus ... sehr bald erhebliche« Probleme aufgeworfen habe, da dem »modernen, handlungsfähigen, mit sich selbst identischen Subjekt und seinen langfristigen Aktionsprojekten« gewisse »Spielräume« zugestanden werden mußten (150). Die zunächst in Frankreich erfolgte »paradigmatische Kodifizierung« (165) einer weiblichen Sonderanthropologie wurde in Deutschland »bis zum Exzeß wiederholt und 'idealistisch' überhöht« (167). Honegger läßt die Prominenz des deutschen Idealismus Revue passieren: Herder, Wilhelm von Humboldt, dessen Weiblichkeitstheorie Schiller begeisterte, Fichte, Schelling, schließlich Hegel. War für diese Philosophen Weiblichkeit ein spannendes Thema, so konstatiert Honegger um 1850 ein Verschwinden der Frau aus »dem Kosmos der Anthropologie wie aus demienigen der sich ausdifferenzierenden Geistes- und Humanwissenschaften« (200). Zum einen werde in dieser Zeit die Anthropologie vom Evolutionismus abgelöst (201), zum anderen beginne sich ab den zwanziger Jahren die Gynäkologie zu formieren.

Obwohl für Honegger die »lärmende Verwissenschaftlichung der Differenzdebatte sowohl als Ausdruck der neuen Unordnung in den sozial approbierten Geschlechterverhältnissen wie als Ausdruck der Strukturverwerfungen einer allgemeinen Krisenzeit« (2) gilt, bleiben in ihrer Studie die gesellschaftlichen Bedingungen jenes Prozesses sowie von diesem gestützte neue Praxisformen weitestgehend im Hintergrund. Bedauerlich ist zudem, daß Honegger der Verbindung von patriarchalem und rassistischem Diskurs nicht nachgeht. So findet zwar Erwähnung, daß den Humanwissenschaften nicht nur der Vergleich zwischen Frau und Mann ein zentrales Anliegen war, sondern ebenso der Vergleich des »Mohren« mit dem Europäer, der »primitiven« mit der »modernen« Welt (18). In ihre Textanalysen geht dies allerdings nicht ein. Das Buch bietet eine Reihe von knapp gehaltenen, eloquent dargebotenen Textanalysen, die durch eine stärkere Fokussierung des Materials hätten gewinnen können.

Laqueur, Thomas: Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. Aus dem Englischen übersetzt von H. Jochen Bußmann. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1992 (348 S., Ln., 48,- DM)

Laqueur erzählt eine Geschichte, die Geschichte über die Interpretation(en) des männlichen und weiblichen Körpers. Die Sicht des sexuellen Unterschieds wird an Hand historischer Zeugnisse – medizinische und juristische Schriften, literarische Texte –, ausgehend von der klassischen Antike (Aristoteles, Galen) über das Mittelalter (Paracelsus), die Renaissance und die folgenden Jahrhunderte bis Freud (Abhandlungen über die Sexualtheorie) dargestellt. Es geht dem Autor dabei um die Entstehung des Geschlechts (sex) und nicht um die der Geschlechter (gender). Er will zu zeigen, daß »so ziemlich alles, was man über das Geschlecht des Leibes (sex) aussagen möchte, ... immer schon etwas aussagt über das Geschlecht im sozio-kulturellen Raum (gender)« (24f.). Das Verhältnis des Leibes zur Kultur wird also beschrieben, wobei die Bestimmung der Frau als sexuelles Wesen im Vordergrund steht. Die »Frau« scheint eine leere Kategorie zu sein, es ist immer die weibliche

Geschichte 151

Sexualität, die konstruiert wird. So war beispielsweise im 19. Jahrhundert die Auffassung vorherrschend, die Frau sei nur das, was sie ist, auf Grund ihrer Eierstöcke.

Strukturiert wird die Untersuchung vornehmlich durch die Entwicklung vom »Ein-Geschlecht-« zum »Zwei-Geschlechter-Modell«. Erst im späten 17. Jahrhundert erfuhr der weibliche Körper eine Umdeutung. Seit der Antike hatte man ihn als eine hierarchisch niedrigere Version des männlichen betrachtet. Die weiblichen Geschlechtsorgane (Vagina, Eierstöcke, Gebärmutter) wurden als den männlichen (Penis, Hoden, Hodensack) identische betrachtet, die nur mangels Hitze im Inneren des Leibes verblieben waren. Konsequenterweise gab es auch nur jeweils ein Wort für die entsprechenden Strukturen. Um 1700 sah man das männliche und weibliche Geschlecht als voneinander völlig verschieden und inkommensurabel an, was nicht (nur) das Ergebnis wissenschaftlich-technischen Fortschritts war, sondern eher im Zusammenhang eines epistemologischen und politischen Wandels gesehen werden muß. Zum einen hatte sich die ganze Weltsicht geändert: Die Körper galten nicht mehr als Mikrokosmen innerhalb eines Makrokosmos, in dem alles seine Bedeutung nur auf Grund eines hierarchisch geordneten Zusammenhangs erhielt. Zum anderen geriet seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts die Gesellschaftsordnung mehr und mehr ins Wanken: der Aufstieg des Protestantismus, die politische Theorie der Aufklärung, französische Revolution, postrevolutionärer Feminismus, Entstehung einer freien Marktwirtschaft seien nur als Stichworte genannt. Wobei die neue Geschlechterdifferenz, so der Autor, nicht durch diese Entwicklungen verursacht wurde, sondern ihnen inhärent war.

Laqueur distanziert sich einerseits von Sichtweisen, in denen das soziale Geschlecht mit der Argumentation, die kulturellen Unterschiede seien eigentlich natürliche, negiert wird. Andererseits grenzt er sich aber von der im Feminismus vertretenen Auffassung ab, »natürliche« Unterschiede seien in Wahrheit kulturelle (vgl. 25). Er versucht, den Unterschied zwischen dem Leib und dem im Diskurs konstruierten Körper beizubehalten, indem er immer wieder darauf verweist und den Raum, die Spannung zwischen diesen beiden Polen, ihre Vernetzung und Verstrickung, sichtbar zu machen sucht. Der diesbezüglichen Schwierigkeit ist er sich durchaus bewußt: »Es bleibt dabei, daß wir eingezwängt sind zwischen dem Leib als jener außerordentlich fragilen, empfindsamen und vergänglichen Masse Fleisch, mit der wir alle vertraut sind - allzu vertraut -, und dem Leib, der so hoffnungslos an seine kulturellen Bedeutungen gebunden ist, daß er sich dem unvermittelten Zugang entzieht. « (Ebd.) Das vorliegende Buch ist eine detaillierte und informative Diskursanalyse, die nicht zuletzt auch gut lesbar ist, wozu u.a. zahleiche in den Text integrierte Abbildungen, Anekdoten und »medizinische« Skurrilitäten und die leise Ironie des Autors beitragen. Maria Schlüter (Berlin)

Bitterli, Urs: Die Entdeckung Amerikas. Von Kolumbus bis Alexander von Humboldt. C.H. Beck Verlag, München 1991 (544 S., 48 Karten, Ln., 58,- DM)

**Sale, Kirkpatrick: Das Verlorene Paradies**. Christoph Kolumbus und die Folgen. Paul List Verlag, München 1991 (496 S., Ln., 48,- DM)

Rozos, Alberto Prieto: Als die Lanzenreiter kamen. Die präkolumbianischen Zivilisationen und die Conquista. Dipa Verlag, Frankfurt/M. 1992 (106 S., br., 19,80 DM)

Aus der Flut der Veröffentlichungen zum »Kolumbusjahr« sollen hier drei Gesamtdarstellungen ausgewählt werden, deren Unterschiede auf das breite Spektrum der Debatte um die »Entdeckung«/Eroberung Amerikas verweisen. Bitterlis sehr sorgfältiger Überblick über europäische koloniale Entdeckungsreisen in Amerika schlägt

einen weiten geographischen und zeitlichen Bogen: Beschrieben werden See- und Landerkundungen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. Er geht bewußt synthetisch und populärwissenschaftlich vor; sein Buch soll dem Leser sowohl als Nachschlagewerk als auch zur Unterhaltung dienen (9f.). So bietet sich ihm ein Panorama von Entdeckerpersönlichkeiten und deren Taten, das von Kolumbus und den spanischen Konquistadoren bis zu den Exkursionen französischer Missionare und englischer Siedler in Nordamerika reicht und in den »rein wissenschaftlichen« Forschungsreisen Alexander von Humboldts gipfelt. Die ausführliche und als Überblick gelungene Darstellung weist jedoch nur Ansätze einer Analyse auf, und diese sind zumeist problematisch. Zum Beispiel versucht Bitterli die Berichte und Ereignisse einer Typologie von »Entdecken«, »Erobern« und »Erkunden« zuzuordnen, deren Unzulänglichkeit er selbst bereits erkannt hat. So entstehen stilistische Absonderlichkeiten: »die 'Entdeckung' (rückt) in unmittelbare Nähe zur 'Eroberung', ... wenn sich die ansässige heidnische Bevölkerung der mit einer Entdeckung selbstredend verbundenen Inbesitznahme widersetzt« (15) oder »Die Idvlle der ersten Kulturbegegnung war brüsk in die Katastrophe des militanten Kulturzusammenstoßes umgeschlagen« (70). Die Legalität der Inbesitznahme war so selbstredend nicht; sowohl Spanier als auch Engländer vollzogen zum Teil abenteuerliche ideologische Verrenkungen, um die Eroberung als gottgewollt oder im Einklang mit dem gängigen Völkerrecht stehend zu deklarieren. Bitterlis Trennung zwischen Entdecken und Erobern suggeriert, ähnlich der analogen Einteilung kolonialer Prozesse in »Kulturbegegnung« und »Kulturzusammenstoß«, daß das eine ohne das andere ginge und verstellt den Blick auf die der imperialistischen Expansion Europas eigene Dynamik und Logik. Wie wir spätestens seit Edward Saids bahnbrechender Studie Orientalism (1978) wissen, kann auch die wissenschaftliche Erkundung überseeischer Kulturen kaum als harmloses Nebenprodukt ökonomischer und politischer Untaten betrachtet werden.

Bitterlis historische Analyse ist auch in anderer Hinsicht verwirrend: Neben zutreffenden Bemerkungen über den historischen Schwellencharakter der Conquista, also deren Funktion als Ort der Ausdifferenzierung von mittelalterlicher Kreuzzugsideologie und eines modernen Menschen-, Natur- und Geschichtsbegriffs (77, 86ff.), finden sich naive Passagen über das »Staunen« der Eroberer und den »Schock« der Eroberten (20, 157, 159, 225). Diese Sichtweise macht offenbar Schule: Stephen Greenblatt bezeichnete das 16. Jahrhundert unlängst als ein »century of intense wonder« mit eingebautem »startle reflex« in Europa (Marvelous Possessions, 1991, 14). Das Bild des staunenden Eroberers überlebt auch Bitterlis Einsicht, daß seine Quellen zumeist in »propagandistischer Absicht« entstanden sind (18, 170). Selbst ein höchst selektiver Text wie der Virginia-Bericht von Thomas Hariot wird wegen seiner »Zuverlässigkeit« gelobt und dient Bitterli als empirische Grundlage (170f.). Auf Grund unkritischer Textlektüre reproduziert Bitterli viele koloniale Mythen zur Rechtfertigung der Eroberung. Glaubt man ihm, so besteht (trotz gewichtiger Gegenargumente innerhalb der nicht-deutschsprachigen Amerikaforschung) kein Zweifel am Kannibalismus der Kariben (68), am ausgeprägten Menschenopferkult der Azteken (226) oder daran, daß die Indianer ihre »Entdecker« für Götter hielten (60, 71, 212). Wieder einmal hören wir die gute alte Mär von Moctezumas Verwechslung von Cortés mit dem heimkehrenden Gott Quetzalcoatl (216).

Während Bitterlis Buch am allzu großen Vertrauen in die Objektivität kolonialistischer Texte krankt, macht sich Kirkpatrick Sale mit ikonoklastischer Wucht an die Zerstörung kolonialer Mythen (und nicht, wie der deutsche Titel vermuten läßt, an eine neue Milton-Exegese). Im Gegensatz zu Bitterli liefert Sale eine kritische Lektüre vieler – auch unbekannter – Originaltexte von Kolumbus bis Samuel Purchas

Geschichte 153

und demaskiert so z.B. die omnipräsente Aufteilung der Indianer in sanfte Lämmer und gewalttätige Kannibalen als eine rhetorische Strategie zur Rechtfertigung eigener Gewalttaten (161ff.). In der Tat wurde das Etikett des Menschenfressers jedem Indianer aufgedrückt, der sich gegen seine Versklavung wehrte, und entwickelte sich dann zu einem Mythos, dessen Siegeszug durch die Forschungsliteratur noch nicht beendet ist. Auch widerspricht Sale der weitläufigen Behauptung, Kolumbus habe bis zu seinem Tod geglaubt, Asien entdeckt zu haben. Eng an den Texten arbeitend entwickelt er ein Psychogramm des »Entdeckers«, das er zugleich als Psychogramm seiner Kultur liest: Großes Gewicht legt Sale, Mitglied der New Yorker Grünen, hierbei auf die menschen- und naturfeindliche Mentalität des frühneuzeitlichen (männlichen) Europäers und ergänzt seine Darstellung durch kurze Anekdoten über zeitgenössische Ereignisse wie die Bartolomäusnacht, die Vertreibung der Juden und Machiavellis Staatstheorie. Trotz dieser Kontextualisierung der »Entdeckung« ist Sale jedoch zuweilen ahistorisch und unnötig moralisierend und neigt, in Übereinstimmung mit der Forschungstradition, gegen die er polemisiert, zu einer Überbetonung der Persönlichkeit des Kolumbus – nur daß er diesen nicht als Held feiert, sondern als megalomanischen Psychopath präsentiert. Wie Sales eigener Rückblick auf die judeo-christliche Tradition des Mittelalters zeigt, ist die Zerstörung der Umwelt jedoch weder das »Erbe« eines einzelnen noch dasjenige der Eroberung Amerikas, sondern hat weiter zurückreichende Wurzeln. Sales mitunter pauschalisierende Verurteilung historischer Charaktere geht einher mit einer recht fragwürdigen Idealisierung des präkolumbianischen Zustandes in Amerika, ein Thema, das kürzlich neuen Zündstoff erhielt durch Werner Rügemers provozierende Thesen zum angeblichen Kannibalismus der Azteken (Frankfurter Rundschau, 2.7.92) sowie durch Peter Hasslers entgegengesetzten Versuch, Darstellungen von aztekischen Menschenopfern samt und sonders der kolonialen Propaganda zuzuschreiben (Die Zeit, 11.9.92). Zwar pflegt Sale mit Sicherheit einen »linken Mythos« (Rügemer), wenn er behauptet, Amerikas Ureinwohner hätten die Natur in einem paradiesischen Zustand belassen, und er vermeidet es denn auch, zu den ökologischen Praktiken der Hochkulturen Stellung zu nehmen. Andererseits ist die These des aztekischen Kannibalismus aus Proteinmangel ein alter Hut und seit Jahrzehnten widerlegt. Der Grund des Übels scheint in einem entweder zu skeptischen oder zu gutgläubigen Umgang mit kolonialen Texten zu liegen, deren Komplexität und Widersprüchlichkeit von keinem der Autoren ausreichend zur Kenntnis genommen wird (leider immer noch nicht übersetzt: Peter Hulme, Colonial Encounters, 1986). Was außerdem sowohl von Bitterlis historischem Determinismus (»die Vernichtung der Urbevölkerung nahm ihren Lauf« [71]) als auch von Sales präkolumbianischer Utopie vernachlässigt wird, ist eine sachliche Beurteilung der »Entdeckung« aus der Sicht der Ureinwohner.

Diese liefert, pace Rügemers Polemik gegen »linkes« Gedankengut, der einzige »Linke« im Bunde, der Kubaner Alberto Prieto Rozos. Zwar mag seine recht schematische Darstellung spröde und die marxistische Terminologie überholt wirken, dennoch gelingt es Rozos als einzigem, die relativ schnelle Eroberung der amerikanischen Hochkulturen glaubhaft zu erklären. Rozos huldigt nicht wie Sale dem Dualismus von unschuldigen Inselbewohnern und goldgierigen Konquistadoren. Für ihn gibt es Ausbeuter und Ausgebeutete auf beiden Seiten des Atlantik – und die Herrschaftsstrukturen beider Systeme, so zeigt er am Beispiel Mexikos, waren einander oft so ähnlich, daß Cortés nicht durch besonderes empathisches Geschick zum Ziel gelangte, sondern durch ein leichtes Abwandeln konventioneller Handlungsmuster. In der Tat befanden sich sowohl Mexiko als auch das spätere Spanien auf der

Schwelle zu einer zentralistischen Staatsmacht, und die Spanier wußten offenbar auf Grund ihrer »siebenhundertjährige(n) Erfahrung aus der Reconquista« genau, wie die miteinander um die Vormacht konkurrierenden Stadtstaaten gegeneinander auszuspielen waren (95). Gegen weniger weit entwickelte Völker wie z.B. die Mapuche im heutigen Chile oder die in Kleinstaaten zerfallenen Mayas waren die Eroberer mit ihren Methoden hingegen weniger erfolgreich (86, 92). Rozos' politisch-ökonomisches Argument erteilt auf unspektakuläre und überzeugende Weise »kulturalistischen« Vorstellungen von der technologischen und intellektuellen Überlegenheit Europas (z.B. Todorov) eine Absage. Zwar folgt sein Essay selbst einer letztlich eurozentrischen Logik von der Genese von Kulturen (faktisch lebten Inkas, Mayas und Azteken in der Jungsteinzeit, aber sind diese Kategorien angesichts der kulturellen Differenz noch zutreffend?). Dennoch gelangt er auf Grund seiner konzeptionellen Klarheit und seiner Abstinenz gegenüber Personenkult und Naturromantik zu Erkenntnissen, die sowohl Bitterli als auch Sale verschlossen bleiben.

Gesa Mackenthun (Frankfurt/M.)

Möller, Joachim (Hrsg.): Das Ei des Kolumbus? Lateinamerika und Europa im Unterricht: Perspektiven auf das Jahr 1992. Eine Dokumentation der Tagung vom 10.-13. November 1991. Ambos Verlag, Bielefeld 1992 (154 S., br., 16,- DM)

Der Geschichtsunterricht behandelt Lateinamerika wie ehemals Kartographen die *terra incognita*: Der zugestandene Raum ist gering (2,5 %) und Thema sind meist die europäischen Eroberungsfahrten (vgl. Michael Riekenberg, 127-129). Dem begegnete die Tagung des Bielefelder Oberstufenkollegs bereits im Vorfeld des Kolumbusjahres, indem sie nach didaktischen Modellen und Unterrichtsmaterialien zur Bewältigung dieses Medienereignisses suchte (die Materialien sind als Einzelhefte beziehbar).

Den methodischen Rahmen stecken zwei Vorträge ab: Armando Córdova zeichnet »den langen Zyklus« (33) von »der Ausbreitung Europas über den Rest der Welt« bis zur »Abschottung der Gesellschaften Europas innerhalb ihrer eigenen Grenzen« (34) in seinen sozioökonomischen Auswirkungen auf Lateinamerika nach; Mario Erdheim fragt nach der Herausbildung neuer kultureller Identitäten in den Kolonialgesellschaften und analysiert am Beispiel des holländischen Malers Frans Post die idealisierende Darstellung der brasilianischen Landschaft als Verarbeitung kolonialer Gewaltherrschaft im 17. Jahrhundert (56-67).

Die Bedrohung eigenständiger kultureller Identität durch Abhängigkeit und Gewalteinwirkung ist Thema auch der weiteren Beiträge, die sich der gegenwärtigen Situation Lateinamerikas zuwenden. Christine Merz untersucht die schweren gesundheitlichen und psychosozialen Folgen von Terror und Folter für die Opfer der chilenischen und argentinischen Diktaturen (113-126). Die Frauen in der mexikanischen Stadt Juchitán sind dagegen ein Beispiel für den gelungenen Widerstand gegen innere und äußere Kolonisierung: Veronika Bennholdt-Thomsen erklärt das hohe Sozialprestige und die Unabhängigkeit der Marktfrauen aus ihrer subsistenzorientierten gesellschaftlichen Reproduktion (88-100); Cornelia Giebeler zeichnet die geschlechtsspezifischen Besonderheiten der indigenen Identität dieser Region psychohistorisch als Formen von Integration und Abgrenzung einer traditionsbewußten Widerstandskultur nach (101-112). Der Streit um die in Wien ausgestellte Federkrone Moctezumas veranschaulicht kulturelle Vereinnahmung am konkreten Objekt (68-87). Während der aztekische Tänzer Xokonoschtletl Gomora die Rückgabe des Kultgegenstands an die indianischen Eigentümer forderte, deren Kultur auch im eigenen Land minorisiert werde, verteidigte Peter Bolz vom Berliner Völkerkundemuseum den kulturbewahrenden Auftrag, dem sich Museumsgründungen des 19. Jahrhunderts verpflichteten. Heinz Dieterich klagte dagegen die Verstrickungen der deutschen Völkerkunde in die kolonialen Expansionsbestrebungen an und plädierte für eine umfassende Rehabilitierung der Völker der »Dritten Welt«. Die kontroverse und zum Teil polemische Diskussion zeigt, daß über die kulturellen Austauschbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa auch nach 1992 noch zu verhandeln ist. Nana Badenberg (Berlin)

### Soziale Bewegungen und Politik

Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990 (301 S., Ln., 39.– DM)

Daß das Buch bereits ein Jahr nach seinem ersten Erscheinen (1989) eine zweite, aktualisierte Auflage erfahren hat, deutet auf dreierlei: auf die Brisanz der darin angesprochenen Problemlagen, auf die Sachkompetenz des Autors, mittlerweile Präsident des neugegründeten Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie. und auf die realpolitische Phantasie seiner Lösungsvorschläge. Im ersten Teil faßt Weizsäcker die Diskussion zusammen und bezieht sie auf die Entwicklung der deutschen und internationalen Umweltpolitik. Deren Defizite werden vor dem Hintergrund konkreter Krisenfelder deutlich, die im zweiten Teil dargestellt werden (Energie und Stoffe, Verkehr, Landwirtschaft, Dritte Welt, Biologische Vielfalt und Gentechnik). Von Weizsäcker kann plausibel machen, daß die Instrumentarien herkömmlicher Umweltpolitik angesichts des speziellen Querschnitts-Charakters der sozial-ökologischen Problemlagen und der Drastik, mit der sie sich in relativ kurzer Zeit krisenhaft zuspitzen können, nicht (mehr) greifen. An die Stelle einer Umweltpolitik vom Typus nachsorgender Ressortpolitik hat eine vorsorgeorientierte Querschnittspolitik zu treten. Die umweltpolitischen Auseinandersetzungen um den 3. Klimabericht der Bundesregierung von 1990 oder im Vorfeld der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 zeigen, wie weit der Weg zu einer wirklichen »Erdpolitik« noch ist.

Die eigentliche Stärke des Buches besteht darin, daß von Weizsäcker seine Forderung nicht nur problembezogen motivieren kann, sondern auch detaillierte Vorschläge zu ihrer Realisierung macht, die sich allesamt an den Grundprinzipien der bundesdeutschen und der EG-Umweltpolitik orientieren (Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip, Kooperationsprinzip), aber auf deren radikale Reformierung hinauslaufen. Die erste Forderung: »Die Preise müssen die Wahrheit sagen«. »Die heutigen Kosten und damit die heutigen Preise geben erst etwa ein Fünftel oder ein Zehntel der ökologischen Wahrheit wieder. Umgekehrt: Wenn die Kosten für den Umweltgebrauch rund um einen Faktor fünf oder zehn nach oben getrieben würden, dann lägen die Preise näher als heute an der ökologischen Wahrheit, und damit wäre der Markt ein ausgezeichneter ökologischer Zuchtmeister.« (147f.) Die Internalisierung externer ökologischer (und sozialer) Kosten ist für ihn die angemessene und marktkonforme Realisierung des Verursacherprinzips. Zweiter, damit verknüpfter Stützpfeiler seiner ökologischen Realpolitik ist eine ökologische Steuerreform, die die Arbeit ent- und den Naturverbrauch deutlich belastet. Schadensvermeidung soll sich auszahlen. Sofern die Staatsquote durch eine solche grundlegende Umorientierung der Besteuerung nicht erhöht wird, keine neuen Bürokratien entstehen und es zu sozial gerechten Lösungen kommt, erhofft sich von Weizsäcker einen erheblichen Selbstbegrenzungs- und Innovationsschub bei der Reduzierung des gesellschaftlichen

Naturverbrauchs. Denn eine ökologische »Erdpolitik« braucht zuletzt ein neues Wohlstandsmodell gerade vor dem Hintergrund der krassen Diskrepanzen zwischen Nord und Süd. Obwohl der Autor dezidiert Abstand nimmt von ideologischen Zuspitzungen des Umweltproblems und obwohl er großen Wert auf konsensuelle und marktkonforme Lösungsansätze legt, sieht er in dem durch starke ökonomische Kräfte angetriebenen westlichen Wohlstandsmodell die Hauptgefahr für die global-ökologische Zukunft. Daran läßt er auch angesichts des Zusammenbruchs des »real existierenden Sozialismus« und des von ihm hinterlassenen ökologischen Desasters keinen Zweifel: »Spätestens in zehn Jahren ist die Euphorie über die siegreich gebliebene Marktwirtschaft wieder verflogen, und man wird die Marktwirtschaft an ihrer Umweltverträglichkeit messen.« (186) Neben die Veränderungen von Markt und Staat hat eine ökologisch orientierte neue Kultur zu treten, die Technologieentwicklung, Wissenschaft, Arbeits-, Tätigkeits- und Lebensformen einbezieht.

Kritische Anmerkung: Von Weizsäcker hat einen »institutionellen Überhang« zur offiziellen Politik; dadurch gerät ihm die Seite gesellschaftlicher Prozesse und sozialer Bewegungen etwas aus dem Blick. Dennoch ist sein Buch auf Grund seines Spannungsbogens von ökologischer Umorientierung und Realpolitik ein unverzichtbarer Diskussionsbeitrag für alle, die sich in der Ökologiefrage kompetent informieren wollen und denen es um Bewegung in der Umweltpolitik geht.

Fritz Reusswig (Frankfurt/M.)

Mertens, Heide: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991 (249 S., br., 38,- DM)

Vor der Folie der die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnenden dualen Konstruktion von Natur versus Vernunft bzw. Kultur (Kap. II) geht Mertens den vielfältigen und widersprüchlichen Bedingungen menschlicher Reproduktion nach und diskutiert Politikansätze und Argumente, die Kinderwünsche beeinflussen. In drei Kapiteln über Theorien der Organisation menschlicher Reproduktion (Kap. III), über verschiedene Konzeptionen von Bevölkerungspolitiken (Kap. IV) und die von ihr unter dem Titel der »Geplanten Elternschaft« diskutierten »Rationalisierung des Fortpflanzungsverhaltens« (Kap. V) zeigt sie das Ungenügen dieser Vorstellung und betont demgegenüber die »grundsätzliche Offenheit des Verhältnisses der Menschen zur Natur, sowohl was ihre innere wie die äußere Natur betrifft«, die einer kategorischen Festlegung entgegenwirke (197). Das abschließende Kapitel diskutiert die Möglichkeiten einer Ethik der Fortpflanzung (Kap. VI).

»Der Mensch muß in die Natur eingreifen, sie bearbeiten und konsumieren, und er überformt auch seine eigene Natur, seinen Körper und seine Sexualität durch Lebensweise, Riten und medizinische Eingriffe. Beide Seiten dieses Naturverhältnisses sind das Ergebnis politischer Prozesse, der Körperpolitik und der politischen Ökologie.« (18, Hervorh. d.V.) »Körperpolitik« umschreibt Strategien, wodurch physiologische Vorgaben gemäß den kulturellen Vorstellungen von Sexualität und Fortpflanzung überformt werden (85). Die Fruchtbarkeit dieses Begriffs erweist sich an unterschiedlicher Stelle. Er kann dabei helfen, die unproduktive Scheinalternative der feministischen Debatte, die die Gebärfähigkeit der Frau entweder als Befreiungsoder als Zwangsmechanismus begreift, aufzubrechen und dadurch einen neuen Blick auf das Geschlechterverhältnis zu eröffnen. Eine nichtschematische. »Reproduktionsweise« und Produktionsweise in ihrer je eigenen Entwicklungsdynamik in Beziehung setzende Theorie legt, wie die Autorin zeigt, auch die Grundlagen für die Erklärung der gegenläufigen Bevölkerungsentwicklung in den Industrie- und Entwicklungsländern. Schließlich wirft Mertens ein Licht auf das prinzipielle Scheitern

herkömmlicher Bevölkerungspolitiken, indem sie verschiedenen Ansätzen (dem Versuch osteuropäischer Länder, die Bevölkerungsentwicklung planmäßig zu steuern, der pronatalistischen Familienpolitik in den westeuropäischen Industrieländern und den Familienplanungsstrategien in Entwicklungsländern) die »wirklichen Reproduktionsverhältnisse« entgegenstellt. In den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas etwa, in denen Familienplanung als Entwicklungsstrategie betrieben wird, wird »bisher wenig dafür getan, bestehende Umgangsweisen mit Körper, Sexualität und Fortpflanzung zu thematisieren und zur Grundlage der Entscheidung der Frauen für eine bestimmte Verhütungsmethode (zu machen) ... Die methodenfixierten Konzepte der Bevölkerungspolitiker ermöglichen die Verbreitung eines öffentlichen Bewußtseins über Familienplanung, ohne daß gleichzeitig über Sexualität gesprochen werden muß. Eine Förderung der Selbstbestimmung, vor allem für Frauen, ist so nicht möglich.« (165)

Die gerade durch Humangenetik und Pränataldiagnose dem Menschen zugewachsenen Möglichkeiten der Verfügung über menschliches Leben, die den Prozeß der Rationalisierung des Fortpflanzungsverhaltens radikal forcieren, sowie ihre Folgen für Politik wie Ethik stehen im Mittelpunkt der abschließenden Überlegungen. Die Kritik am Begriff der »Selbstbestimmung« und Mertens' These von der »Nähe der zu Ende gedachten rationalen Fortpflanzungspolitik zum Rassismus« (20) bleiben dabei allerdings zu unbestimmt. Wenig überzeugend ist auch ihre Behauptung vom tendenziellen Zusammenfallen der (fundamentalistischen) Position etwa der katholischen Kirche in Fragen der Sexualität und Fortpflanzung einerseits und der unter dem Titel »Bioethik« geführten aktuellen moralphilosophischen Diskussion. – Das trotz dieser Einwände lesenswerte Buch zeichnet sich durch seinen Materialreichtum und die Weite seiner Perspektive aus.

Greß, Franz, Hans-Gerd Jaschke und Klaus Schönekäs: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. Westdeutscher Verlag, Opladen 1990 (361 S., br., 56,- DM)

Die Autoren untersuchen die Neue Rechte (nicht, wie der Titel nahelegt, den Rechtsextremismus allgemein) im wesentlichen bis Mitte der achtziger Jahre. Die Neue Rechte ist nach ihrer Definition eine Folge aus der Niederlage der traditionellen extremen Rechten und ein Versuch, durch neue diskursive Strategien aus der politischen Isolation herauszukommen. Die Aktiven gehören einer Generation an, die sich, geprägt durch die Auseinandersetzung mit den 68er Bewegungen, sowohl in ihren Diskursen als auch in ihrer Politik gegen die traditionelle extreme Rechte richtet.

Der Aufbau der Untersuchungen von Jaschke zu Frankreich, Greß zu Großbritannien und Schönekäs zur Bundesrepublik ist identisch. Sie stellen jeweils Grundzüge der Nachkriegsgeschichte, die Binnenentwicklung des Rechtsextremismus insgesamt, die Organisation und Ideologie der Neuen Rechten sowie deren Position im politisch-gesellschaftlichen Kräftefeld dar. Das ursprüngliche Vorhaben eines systematischen Vergleichs konnte nicht eingelöst werden.

Der Gegenstand in Frankreich ist die bewußt vorpolitische, kulturrevolutionäre Organisation GRECE, die zwar als Abspaltung von der traditionellen extremen Rechten entstand, sich jedoch eher auf die 68er Bewegung bezieht. Der Erfolg dieser »gramscianischen« Strategie ist imponierend: Traditionen, die wegen ihrer Verbindung mit der durch Vichy diskreditierten Rechten im etablierten politischen Diskurs »tabuisiert« (351) waren, wurden rehabilitiert. GRECE beeinflußt, als »naturwüchsiger Teil der publizistischen Strategie von rechts« (90), nicht nur die französische

Diskussion wesentlich, sondern dient auch als Stichwortgeber für die deutsche und britische Rechte. Anregend ist Jaschkes Skizze des inneren Aufbaus der Diskurse der Nouvelle Droite. Obwohl deren Theoretiker, der rechten Tradition gemäß, jeden systematisierenden Anspruch ablehnen, analysiert Jaschke ihren theoretisch-politischen Diskurs als Entfaltung einiger vorbegrifflicher Grundannahmen und darauf basierender Begriffe (59ff.). Als wesentliches Kennzeichen der französischen Neuen Rechten sieht er themenzentrierte Diskurse, die in Richtung einer konsistenten Theorie weisen (71).

Greß' Analyse der Entwicklung in Großbritannien legt Gewicht auf die Darstellung der altrechten National Front (und ihrer Absplitterungen nach der Wahlniederlage 1979), weil die Neue Rechte, orientiert zunächst an den französischen, dann eher an den deutschen Tendenzen, nur von marginaler Bedeutung ist. Es wird deutlich, daß die extreme Rechte insgesamt im Bereich der politischen Eliten keine relevante Kraft bildet, jedoch rassistischer als in Frankreich und Deutschland und stärker an das weiße, jugendliche Gewaltmilieu gebunden ist. Diese Bindung fördert ein »Politik-Verständnis, das weniger ideologische Aspekte als kämpferische Bewährung in den Vordergrund stellt« (133).

Schönekäs geht für die deutsche Entwicklung mit Dudek/Jaschke davon aus, daß die extreme Rechte als »hochstigmatisiertes« (350) politisches »Lager« gesehen werden muß, das bis in die achtziger Jahre unter dem »Schatten von Auschwitz« von allen etablierten Kräften aus dem politischen Diskurs ausgegrenzt war. Daraus resultiert eine organisatorische Zersplitterung, die andererseits von einem dichten kommunikativen Netzwerk überlagert ist (224). Die Neue Rechte, ebenfalls aufgespalten in unterschiedliche Strömungen, hatte in diesem Lager eine Avantgardefunktion, sowohl gegenüber der Generation alter Nazis, weil sie Themenstellungen und Politikstile der 68er Bewegung aufgriff, als auch gegenüber den jungen Militanten, weil sie, ohne je eine geschlossene Ideologie wie in Frankreich zu erreichen, doch an kulturrevolutionären Zielen orientiert war. So trug sie zu der Aufweichung der Grenzen des rechten Lagers bei. Bemerkenswert ist, daß nicht nur die Grenze zu (neo-)konservativen Strömungen aufgelöst wird, sondern auch, daß es zu Überschneidungen mit einer linken Diskussion der nationalen Frage kommt (eine Art Knotenpunkt ist dabei das 1981 erschienene Buch von P. Brandt und H. Ammon: Die Linke und die nationale Frage), und daß Fragestellungen und Denkfiguren der Neuen Sozialen Bewegungen den neurechten Diskursen entgegenkommen, weswegen z.B. die Mitgründung der »Grünen« durch neurechte Aktivisten nicht überraschend ist (265ff.).

Durch die Fülle der Details, z.B. die zahlreichen biographischen Angaben, wird diese Arbeit zu einem nützlichen und anregenden Handbuch. Die notwendige Beschränkung auf eine einzelne politische Tendenz läßt natürlich Fragen nach dem Zusammenhang mit der Parteienentwicklung offen. Kann man behaupten, daß die Neue Rechte in einer Phase der sozialdemokratischen Hegemonie (keynesianischer Wohlfahrtsstaat) entsteht? Welche Rolle spielte die Neue Rechte bei den Wahlerfolgen der eher »populistischen« rechten Parteien in Frankreich (LePen) und Deutschland (Schönhuber bzw. Frey)? Und grundsätzlich stellt sich die Frage: Wie soll man sich angesichts der »neue(n) Unübersichtlichkeit« (so die Kapitelüberschrift bei Schönekäs, 291) den Raum der politischen Strömungen noch vorstellen, wenn die Neue Rechte »näher« an der 68er Neuen Linken als an der traditionellen Rechten ist? Ist die Neue Rechte nicht mehr »rechts«? Oder ist die in der Politikwissenschaft wie im Alltagsdenken verbreitete Vorstellung der politischen Strömungen als Kontinuum von links nach rechts abfolgender, unterscheidbarer Abschnitte untauglich? Wenn die Neue Rechte nicht nur als »rechts« im Gegensatz zu »links«, sondern auch als

»außerhalb« im Verhältnis zum etablierten Machtspiel gesehen wird, genauer: im Feld der politisch-strategischen Diskurse, aber gegen den hegemonialen Status quo gerichtet, dann würden die »Suchbewegungen« der Neuen Rechten im Bereich der politischen Strömungen »außerhalb« erklärbar. Auch die Handlungsperspektiven wären anders. Auf eine »Umarmung nach rechts«, also auf die Integration in die CDU/CSU und damit in die Normalität des Machtspiels könnte man dann wenig Hoffnung setzen. Schließlich wäre zu bedenken, daß eine »Linke«, die die »Rechte« ausgrenzt, statt darüber zu reden, welche Ziele und wie sie erreicht werden sollen, sich selbst lähmt.

Jörg-Michael Vogl (Marl)

### **Bermbach, Udo: Demokratietheorie und politische Institutionen**. Westdeutscher Verlag, Opladen 1991 (335 S., br., 58,- DM)

Die hier versammelten Aufsätze, deren ältester bereits 1971 erschien, vereinigen Analysen politischer Institutionentheorien seit der frühen Neuzeit mit Beiträgen zur Diskussion über politische Institutionenkonfigurationen, die angemessen politische Ansprüche auf demokratische Partizipation ermöglichen, aufnehmen und verarbeiten könnten. Bermbach plädiert für eine sozialstrukturell orientierte Theoriengeschichte, die Theorienformulierung als eine praktische Reaktionsform auf historische Problem- und Konfliktkonstellationen begreift (285, 289). Damit steht Bermbach den Intentionen der »Frankfurter Schule« und Iring Fetschers nahe, die kritische Analyse von politischem Denken mit politisch-theoretischer Aufklärung zu verbinden such (t)en (vgl. die beiden Aufsätze zur politischen Theoriengeschichte aus den Jahren 1981 und 1986; 279-333).

Bermbach wendet seinen Ansatz der Rekonstruktion historischer Politik-Konzepte beispielhaft in zwei Aufsätzen zum »Institutionenverständnis im politischen Denken der Neuzeit« aus den Jahren 1989 und 1990 an. Er zeigt, wie etwa durch das Zerbrechen des religiösen Interpretationsmonopols im Kontext der Krisenerfahrungen des 16. und 17. Jahrhunderts die Frage der Genese politischer Institutionen sowie die Neubegründung politisch-institutioneller Konzepte ins Zentrum der theoretischen Anstrengungen rückte (195). Angesichts der seit der frühen Neuzeit einsetzenden »Ausdifferenzierung etwa von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilbereichen und der Gefahr ihrer über sektorale Teilautonomie angestrebten Verselbständigung und wechselweisen Entkoppelung«, versucht das neuzeitliche Politikverständnis, »den Gesichtspunkt der Einheit und der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen« (241). Das Zerbrechen von Einheit verbürgenden Weltdeutungen und die damit einhergehende Rechtfertigung individueller Interessenorientierungen rufen eine theoretische Reaktion hervor, die im Anspruch auf Herstellung und Bewahrung der Einheit des Ganzen das eigentlich Politische sieht (219). Bermbach argumentiert. daß die Entwicklungen gesellschaftlicher Ausdifferenzierung nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten und deshalb die Vorstellung der Integration einer sich sonst dissoziierenden Gesellschaft durch politische Institutionen durchaus angemessen ist. In »Defizite marxistischer Politik-Theorie« aus dem Jahre 1983 und in seinem 1987 erschienenen Aufsatz »Die Aufhebung der Politik durch revolutionäre Philosophie« wirft Bermbach der marxistischen Politik-Theorie vor, mit der Vorstellung, daß die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zur Rücknahme des Staates in die Gesellschaft führen werde, der Idee einer möglichen institutionellen Entdifferenzierung nachzuhängen, die es nicht erlaube, »eine Theorie der Politik und der politischen Institutionen auch nur zu denken, weil in einer nachrevolutionären Situation Politik und Alltagshandeln ineinanderfallen« (255; s. auch 212-232).

In seinen Anfang der siebziger Jahre veröffentlichten Analysen der Diskussionen

um Formen der direkten Demokratie und im besonderen des Rätesystems als einer denkbaren Alternative zur liberal-parlamentarischen Demokratie verfolgt Bermbach ein zweifaches Ziel: Zum einen argumentiert er, daß die Vertreter des Rätegedankens ȟber eine historisch wie systematisch zulängliche Vorstellung von Institutionalisierungsprozessen wie der Eigenlogik institutioneller Tradition und Selbstbehauptung kaum verfügten« (9). Fraktionierung, Hierarchisierung, Bürokratisierung, Ausbildung informeller Kommunikationsstrukturen, Instrumentalisierung von Verfahren zu gänzlich anderen Zwecken seien organisationsstrukturelle Entwicklungen, die sich in Räten ebenso ergäben wie in Parlamenten und komplexen (politischen) Großorganisationen (249). Die unzureichende Analyse der Organisationsprobleme direkter Demokratie durch ihre Verfechter rühre von der defizitären (marxistischen) Theorie politischer Institutionen her und verhindere die Erkenntnis des »systembedingten« praktischen Versagens aller bisherigen Rätesysteme. Dies bedeute, daß »die generelle Brauchbarkeit von repräsentativ strukturierten, parlamentarischen Regierungssystemen in hochkomplexen, industriellen Gesellschaften« zu unterstellen ist (45). Die Akzeptanz des parlamentarischen Repräsentativsystems als globales Organisations- und Steuerungsmodell moderner Industriegesellschaften bedeute jedoch nicht, die partielle Tauglichkeit rätedemokratischer Mechanismen für Teilbereiche einer demokratisch ausgerichteten Gesellschaft von vornherein zu leugnen (44).

Wenn die demokratische Linke heute nach Alternativen zur elitären Parlamentsdemokratie sucht, die ein höheres Maß autonomer Gestaltung und unmittelbarer politischer Partizipation ermöglichen, sollten diese Einsichten in die dynamische Eigenlogik institutioneller Ordnungen kritisch reflektiert werden.

Roland Axtmann (Aberdeen)

Bugiel, Karsten: Volkswille und repräsentative Entscheidung. Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit von Volksabstimmungen nach dem Grundgesetz. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1991 (532 S., Ln., 98,- DM)

Bugiels Kieler Dissertation bietet eine eingehende Untersuchung der bundesverfassungsrechtlichen Zulässigkeit plebiszitärer Sachentscheidungen nach allen Regeln der juristischen Methodenlehre: subtile Prüfung der systematischen Argumente (GG Art. 20, Abs. 2) und eine einfühlsame genetische Interpretation der Entscheidungsprozesse im Parlamentarischen Rat. Dazu ein vollständiger Aufweis des juristischen Meinungsstandes, ein zeitgeschichtlicher Rückblick auf die Bewährung plebiszitärer Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte; zum Abschluß ein knapper verfassungspolitischer Ausblick auf die Zweckmäßigkeit einer Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene. Ergebnis: Konsultative Volksbefragungen könnten durch einfaches Gesetz angeordnet werden; die Volksgesetzgebung nach dem Muster von Weimar bzw. der Landesverfassungen bedürfte einer Grundgesetzänderung, die aber nicht zu empfehlen sei.

Doch Bugiels Untersuchung ist dreifach überholt. Erstens hat Claus-Henning Obst 1986 in seiner Dissertation »Chancen direkter Demokratie ...« diese juristische Arbeit bereits vorweggenommen (allerdings ist das Buch von Bugiel umfassender und leichter zu handhaben). Zweitens wurden inzwischen die Weimarer Erfahrungen mit Volksbegehren und Volksentscheid einer tiefgreifenden Revision unterzogen, so etwa, daß Hitler 1929 Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Young-Plan gerade nicht umfassend nutzte, weder finanziell noch propagandistisch (vgl. Jung 1989). Ebenso wurde inzwischen auch die angeblich auf die Weimarer Erfahrungen gestützte sogenannte antiplebiszitäre Entscheidung des Parlamentarischen Rates

hinterfragt: Bugiel registriert zwar dessen Anspielungen auf die damaligen »aufgeregten Zeiten« und die »soziologische Situation« (150f.), ohne aber weiterzugehen zum Kalten Krieg, zum Konflikt um die Separatstaatsgründung am Rhein und zum 1948 entwickelten Konzept einer plebiszitären Quarantäne für die junge Bundesrepublik. Drittens konnte Bugiels Mitte 1990 abgeschlossene Arbeit natürlich den verfassungspolitischen Schub, den die Verfassungsgebung in den fünf neuen Bundesländern, die Verfassungsrevision in Niedersachsen und die Diskussion um eine zeitgemäße Ergänzung des Grundgesetzes gerade im Blick auf direkte Demokratie entfalten würden, nicht voraussehen. Sein verfassungspolitischer Ausblick war damit schon überholt, als er noch im Druck war. – Gleichwohl ist das Buch grundlegend: als Summe der einschlägigen westdeutschen Staatsrechtslehre aus den ersten vier Jahrzehnten nach dem Krieg.

Michalski, Krzysztof (Hrsg.): Osteuropa – Übergänge zur Demokratie? (Transit. Europäische Revue, Heft 1) Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1990 (239 S., br., 20,– DM)

Berglund, Sten, und Jan Ake Dellenbrant (Hrsg.): The New Democracies in Eastern Europe. Party Systems and Political Cleavages. Edward Elgar, Aldershot 1991 (XII + 237 S., Ln., 39,95 £)

Heft 1 der Zeitschrift *Transit* versammelt Beiträge einer internationalen Konferenz über »Zentraleuropa auf dem Weg zur Demokratie«, die im Juli 1990 in Wien abgehalten wurde. Eine durchgängige Problemstellung ist die Analyse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen und Kosten der (gleichzeitigen) Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, eines liberal-demokratischen parlamentarischen Systems auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems und des (Wieder-)Aufbaus zivilgesellschaftlicher Strukturen. Es spricht für das durchweg hohe Niveau der Beiträge, daß die 1990 identifizierten Probleme sich heute noch in aller Deutlichkeit stellen.

Ein identifizierter Problemkomplex läßt sich mit den Begriffen Xenophobie, Ethnizität/Nationalismus, »Balkanisierung« benennen. Ein zweiter Problembereich ist enger mit den unmittelbaren Transformationsprozessen verknüpft. In einem brillanten Aufsatz schlägt Aleksander Smolar vor, den Umbau in Ostmitteleuropa als Vertrag zu beschreiben, »welcher der Bevölkerung von den neuen Eliten angeboten wird: Bürgerrechte, volle persönliche und politische Freiheit sofort und eine funktionierende Wirtschaft in absehbarer Zukunft im Tausch gegen Toleranz für die Anfangskosten und -risiken der ökonomischen Umstellung sowie den Verzicht auf das - illusorische - Recht auf Gleichheit des ökonomischen Status bzw. gewisser vom alten System garantierter gesellschaftlicher Rechte« (74). Aber besteht nicht die Gefahr, daß dieser Vertrag ausgeschlagen wird, wenn Arbeitslosigkeit, Inflation, wachsende Diskrepanz der Einkommen, sinkender Lebensstandard nicht mehr akzeptiert und Appelle zur aufgeschobenen Bedürfnisbefriedigung nicht mehr befolgt werden? Ist dies dann der Moment für die Rückkehr der alten Machthaber oder die Machtübernahme nationalpopulistischer oder gar faschistischer Führer (Ralf Dahrendorf, 40-44)?

Andrew Arato verweist in seinem Beitrag auf das Spannungsverhältnis zwischen politischer Gesellschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaftsgesellschaft. Die strukturelle Logik der elitären Parteiendemokratie, deren Errichtung ein Projekt des Übergangs von 1989 war, erzwinge den Versuch der Demobilisierung der Bürger, die sich in autonomen zivilgesellschaftlichen Organisationen vergesellschaftet hatten: Die elitäre Demokratie der politischen Gesellschaft unterminiert das radikal-demokratische

Potential der Zivilgesellschaft. Die Logik eines zweiten Projektes von 1989 – die Errichtung einer liberalen Marktwirtschaft – reduziert andererseits die Zivilgesellschaft auf eine reine Wirtschaftsgesellschaft: »eine organisierte, aktive und einflußreiche *civil society* (kann) langfristig kein Interesse an einer Wirtschaftspolitik haben, die u.a. die Auflösung der sozialen Solidarität, die Kommerzialisierung der Öffentlichkeit und eine Bürokratisierung oder Eliminierung eines Großteils ihres Gemeinschaftslebens zur Folge hätte. Es besteht eine Konvergenz in den Zielen der Elitendemokratie und des Wirtschaftsliberalismus, und als deren gemeinsamer Gegner wird die organisierte *civil society* sichtbar.« (122) Diese antagonistischen Logiken würden auch im parteiendominierten Wohlfahrtsstaat nicht kompatibel.

Folgte man dieser Argumentation, dann bedeutete die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie, einer liberalen Marktwirtschaft und eines Sozialstaats den notwendigen Verzicht auf eine radikaldemokratische Selbstorganisation der Bürger in der Zivilgesellschaft. Es wäre jedoch zu fragen, ob es zu den von neokonservativen und neoliberalen Kräften beschworenen Finanzkrise des bürokratischen Sozialstaates und ihren Versuchen seines Um- und Abbaus nicht eine politische Alternative gäbe. Wenn es gelänge, die Formierung subsidiärer Selbstorganisationen ehemaliger Wohlfahrtsstaatsklienten und nicht die marktmäßige Deregulierung und Privatisierung von Wohlfahrtsgütern, durchzusetzen, dann bedeutete dies die Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Es erhöbe sich somit die Frage, ob denn die von Arato diagnostizierten Logiken in der Tat so inkompatibel, ja antagonistisch sind, wie er unterstellt.

Die Beiträge bei Berglund/Dellenbrant geben einen Aufriß der Entwicklung und Struktur der Parteiensysteme in den baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei seit der Zwischenkriegszeit sowie in der DDR seit Kriegsende bis kurz nach den Umwälzungen im Jahre 1989. Die Autoren behaupten, daß die neuformierten Mehrparteiensysteme ein Mischgemenge aus alten Parteien mit ideologischen Wurzeln in den dreißiger und vierziger Jahren und neuen, sozialdemokratischen, christlichen, »alternativen« sowie rechtsradikalen Parteien sind. Gleichwohl sehen sie die neuen Demokratien weniger durch die politischen Konsequenzen eines fragmentierten und polarisierten Parteiensystems, sondern durch wirtschaftliche, ethnische und nationalistische Krisen gefährdet.

Die Kurzdarstellungen der Parteiengeschichte und -systeme in den behandelten Ländern sind nützlich, obgleich es bedauerlich ist, daß die soziopolitischen Krisen in den Jahren 1953 (DDR), 1956 (Polen, Ungarn), 1968 (Tschechoslowakei), 1970 und 1980/81 (Polen) in ihrer Bedeutung für die politischen (Parteien-)Systeme nicht hinreichend analysiert werden. Ferner ist der Verzicht auf begriffliche Schärfe zu kritisieren: Begriffe wie Autokratie, Autoritarismus, Totalitarismus, totalitäre/kommunistische Diktatur werden ohne klare Definition in die Analyse eingeführt und synonym verwendet. Der Zusammenbruch der »autoritären« Regime wird wesentlich auf eine diesem Regimetyp inhärente »Legitimationskrise« zurückgeführt, ohne daß dieses analytische Konzept entwickelt würde. Letztlich gelingt es den Autoren weder die Gründe des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Länder aus den systemimmanenten Spannungen, die die Parteiensysteme nur ungenügend kanalisieren konnten, abzuleiten noch diese Spannungen in ihrem Bezug auf weltwirtschaftliche und geopolitische Machtstrukturen zu analysieren.

Roland Axtmann (Aberdeen)

Schewardnadse, Eduard, Andrej Gurkow, Wolfgang Eichwede u.a.: Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion, Rowohlt-Verlag, Reinbek 1991 (313 S., br., 12,80 DM)

Die vorherrschende Erklärung des Putsches folgt diesem Muster: Die von Gorbatschow in seiner konservativen Phase bis zum Frühjahr 1991 in die Ämter beförderten späteren Putschisten mußten erkennen, daß ihr Mentor sich in den Verhandlungen über den Unionsvertrag wieder auf die Reformer um Jelzin und die Vertreter der Republiken zubewegte. Den Parteikonservativen, die zuvor – wie Uwe Halbach in seinem Beitrag zur Nationalitätenproblematik anmerkt – den Unionsvertrag als ein Mittel für ihre Interessen einsetzten, glitt die Entwicklung aus den Händen (176).

Die Rolle der KPdSU-Führung steht im Zentrum der Debatte. In ihrem Beitrag zum »Niedergang der Kommunistischen Partei« beleuchtet Michaela Riese die Beteiligung leitender Parteikader, ohne allerdings neues stichhaltiges Material für Schewardnadses im selben Band wiederholte rhetorische Frage nach einer Mitwisserschaft oder Beteiligung Gorbatschows liefern zu können. Sie vertritt die These, daß Gorbatschow auf Grund seiner Parteisozialisation außerstande gewesen sei, die Kluft zwischen den Beschlüssen der Parteigremien und der sowjetischen Realität wahrzunehmen: »Für Gorbatschow blieb die Partei bis zum Putsch das eigentliche Zentrum der Reform. Als im Apparat geschulter Funktionär dachte er Partei und Staat in der klassischen kommunistischen Ideologie in eins« (136). Mit Gorbatschows (gescheiterter) Strategie einer sukzessiven Machtverlagerung von der Partei in die Gesellschaft setzt Riese sich nicht auseinander.

Die Beiträge machen deutlich, daß eine gründliche Erforschung der sozialen Funktionen der Partei in der ehemaligen Sowjetgesellschaft noch aussteht; ebenso eine über Geheimdienstromantik hinausgehende Einschätzung des KGB. Unter dem vollmundigen Titel »Der entzauberte Mythos« liefert Friedhelm Wachs mit einem historischen Abriß und einigen biographischen Daten der Führungskader wenig Erhellendes und nährt ansonsten die These von der angeblichen Allmacht des KGB (143). Dagegen zeigte für Hans-Henning Schröder, der über das Militär und die »Sicherheitsorgane« schreibt, vor allem die Formierung nationaler Bewegungen in den Republiken, daß es dem KGB keineswegs gelang, die gesamte, multinationale Gesellschaft nachrichtendienstlich zu durchdringen. Schröder zeichnet auch das Eindringen der Reformideen in die Ränge der Armee und die daraus resultierende Spaltung des Militärs nach, ohne in eine kurzschlüssige Parteinahme zugunsten der Jelzin-loyalen Truppen zu verfallen: »Nationalismus und demokratisches Bewußtsein sind hier kaum auseinanderzuhalten.« (172)

Die Beiträge der sowjetischen Autoren eröffnen einen aufschlußreichen Blick auf die intellektuelle Debatte zwischen Slawophilie und Westlertum, euphorischem Siegestaumel nach dem Zusammenbruch des Putsches und Klagen über den neuen russischen Kolonialismus. So bastelt der Ukrainer Iwan Dsjuba mit einer Apologie der »vorsichtigen« Haltung des nationalen Führers Leonid Krawtschuk während des Putsches und der These, die Moskauer Junta hätte aus Angst vor der starken Nationalbewegung in Kiew keine scharfen Maßnahmen ergriffen, an einem Mythos der nationalen Befreiung. Der Psychologe Leonid Gosman wertet die Verteidigung des »weißen Hauses« als psychisches Schlüsselerlebnis der nationalen Selbstfindung, durch den der aggressive russische Nationalismus in eine positive nationale Identität transformiert worden sei. Im anschließenden Beitrag vertritt Gassan Gussejnow, Sprachwissenschaftler in Moskau, die Gegenthese, daß der Zerfall der Sowjetunion neue hegemoniale Ansprüche der Russen nahelege.

Ausgehend von einer Bilanz der Perestrojka und in Anlehnung an modernisierungstheoretische Argumentationen setzt sich Otto Lacis, früherer stellvertretender Chefredakteur des KP-Theorieorgans Kommunist, kritisch mit Positionen auseinander, die der UdSSR jegliche zivilisatorische Leistung absprechen. Allerdings habe es sich bei dem sowjetischen Gesellschaftsystem nicht um »Sozialismus« gehandelt, sondern um eine »Industriegesellschaft mit einem repressiven totalitären Staat, der die sozialistischen Bestrebungen und Illusionen eines großen Teils der Bevölkerung ausnutzte und einige Elemente der sozialistischen Organisation der Produktion und der sozialen Politik anwandte« (127). Deshalb könne man beim derzeitigen Systemwechsel nicht von einem Ȇbergang 'vom Sozialismus'...«, aber auch nicht vom Ȇbergang ... zum Kapitalismus« sprechen, da »die westliche postindustrielle Gesellschaft bereits kein klassischer Kapitalismus mehr« sei. »Vereinfacht kann man sagen, daß uns ein Übergang ... von der quasisozialistischen Variante der Industriegesellschaft zu einer bislang noch unbekannten Variante der postindustriellen Gesellschaft bevorsteht. (...) Es muß eine gesunde Marktwirtschaft geschaffen werden, ein stabiler demokratischer Rechtsstaat und eine Gesellschaft von Staatsbürgern. Wenn das erreicht ist, wird man sehen, was für ein 'Ismus' dabei herausgekommen ist. « (127) Ob sich hinter diesen Thesen eine Position verbirgt, die – jenseits der Begrifflichkeit - zur kritischen Betrachtung der westlichen Industriestaaten bereit und fähig ist, bleibt zweifelhaft. Jens Gieseke (Hannover)

# PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

#### PERIPHERIE

- diskutiert gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse
- nimmt Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt und in den Metropolen auf (Ökologie-,
- Frauenbewegung, Rassismusproblematik u.a.)
- vernetzt regionalspezifische Debatten
- setzt sich auseinander mit Befreiungsbewegungen an der Macht, mit Inhalten und Bedingungen von Solidarität
- nimmt an der Sozialismus-Debatte teil
- untersucht Differenzierungsprozesse in der kapitalistischen Peripherie (»Schwellenländer«, »Ölländer«, »Vierte Welt«)
- bringt Beiträge kritischer Wissenschaftler aus der Dritten Welt
- analysiert unter interdisziplinären Gesichtspunkten

#### Bezug:

LN-Vertrieb Gneisenaustraße 2 D-1000 Berlin 61

#### Vierteljahreszeitschrift (112 S.)

Einzelheft DM 11,- / Doppelheft DM 20,-Abo Einzelperson DM 38,-

Abo Institutionen DM 75,-

Überseeabo (Luftpost) DM 55,- (DM 90,-)

### Verfasser/innen

#### A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften V: Veröffentlichungen

Ach, Johann S., 1961; M.A., Wiss. Hilfskraft am Phil. Seminar der Univ. Münster. A: Praktische Philosophie

Andresen, Sünne, 1958; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarbeiterin am FB Politische Wiss. der FU Berlin, Mitglied der Argument-Frauenredaktion. V: Subjekt Frau, AS 117 (Mitautorin, 1985); Der Widerspenstigen Lähmung, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Feministische Kritik polit. Ökonomie, Zukunft der Arbeit

Axtmann, Roland, 1956; Ph.D., M.A., Lecturer in Politics, Univ. of Aberdeen. A: Politische Soziologie, Politische und soziologische Theorie

Badenberg, Nana, 1964; Studium der Lateinamerikanistik, Kunstgeschichte, Germanistik an der FU Berlin. A: Lateinamerikanische Kunstgeschichte, Visuelle Kommunikationsformen in Mexiko

Bommer Eleutério, Lydia, Studium der Lateinamerikanistik an der FU Berlin und in Buenos Aires Bremer, Thomas, 1954, Dr.phil., Lehrbeauftragter für Neuere Romanische Literaturwissenschaft an der Univ. Giessen. V: Hacia una historia social de las literaturas latinoamericanas (Hrsg., 4 Bände, 1985-1991)

Brüggen, Willi, 1957; Dr. med., Arzt in der Psychiatrie. M: Die Grünen, ÖTV

Filla, Wilhelm, 1947; Dr., Soziologe, Generalsekretär des Verb. der Österreichischen Volkshochschulen. V: Zwischen Integration und Klassenkampf (1981). A: Erwachsenenbildung, Nationale Minderheiten in Österreich, Geschichte der Arbeiterbewegung

Frackmann, Margit, 1944, Dr., Prof. an der Univ. Hannover. V: Fachkräftebedarf und Berufsausbildung (1992); Mitten drin und voll daneben. Jugend heute (1985); Ein Schritt vorwärts. Frauen in Ausbildung und Beruf (Hrsg., 1990). A: Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Franck, Norbert, 1950; Dr.phil. V: Schulperspektiven, AS 148 (Mithrsg., 1987); Schreiben wie ein Profi (1990). A: Bildungstheorie und -geschichte. M: IG Medien

Gess, Heinz, 1945; Dr.phil., Prof. für Soziologie an der Univ. Bielefeld. A: Soziologie sozialer Bewegungen, Soziologie abweichenden Verhaltens und sozialer Kontrolle

Gieseke, Jens, 1964; M.A., Doktorand, Mitarb. der Grünen im Niedersächsischen Landtag. A: DDR, UdSSR und GUS, Internationales System

Haug, Frigga, 1937; Dr.phil.habil., Dozentin an der HWP Hamburg. Hrsg. des Argument. V: Widersprüche der Automationsarbeit (Mitautorin/Mithrsg., 1987); Die andere Angst, AS 184 (Mithrsg., 1991); Erinnerungsarbeit (1990). A: Demokratisierung von Arbeit und Leben; Frauenforschung – Erkenntnistheorie und Methoden empirischer Forschung

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr.phil., Prof. für Philosophie an der FU Berlin. Hrsg. des Argument. V: Kritik der Warenästhetik (1971, 101990); Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital« (1974, 41987); Pluraler Marxismus (1985/87); Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts AS 80 (1986); Von hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt (1987); Gorbatschow – Versuch über den Zusamenhang seiner Gedanken (1989); Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen: Das Perestrojka-Journal (1990)

Hoffmann, Jürgen, 1944; Dr. rer. pol., Prof. für Polit. Soziologie an der HWP, Hamburg. V: Jenseits der Beschlußlage – Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt (Mithrsg./Mitautor, 1990). A: Ökonomie, Ökologie, Gewerkschaften, Staatstheorie. M: ÖTV

Jacobs, Kurt, 1956; Philosoph, Mitarbeiter der Berliner Volksuni. A: Ökologie; Marxismus; EDV Jäger, Christian, 1964; M.A., Wiss. Mitarbeiter am DFG-Projekt »Berlin, Wien, Feuilleton«. A: Neuere französische Philosophie, Geschichtsphilosophie

Jung, Otmar, 1947, Dr.jur., Priv.Doz. an der FU Berlin. V: Volksgesetzgebung (1990); Direkte Demokratie in der Weimarer Republik (1989). A: Demokratieforschung, historische Friedensforschung, Weimarer Justizgeschichte

Kaltenecker, Siegfried, 1965; M.A., Studium der Theater- und Filmwiss. an der Univ. Wien und Frankfurt/M. V: Das Ensemble der Verhältnisse (1991); Wir sind alle funktionale Elemente dcs Kanals (1991); Männerzeitung (Mithrsg./Mitautor, 1991). A: Filmtheorie, Kultur- und Medienpolitik, Wissenschaftskritik. M: Gesellschaft für Kultur-Wissenschaft

Kirsch, Renate, 1966; Studium der Pädagogik und Soziologie an der Univ. Bielefeld

Lettow, Susanne, 1965, M.A., Studium an der FU Berlin. A: Feministische Philosophiekritik

Mackenthun, Gesa, 1959; M.A., Wiss. Mitarbeiterin am Inst. für England- und Amerikastudien der Johann-Wolfgang-Goethe-Univ. Frankfurt/M. A: Kolonialismus und Literatur, Ethnographie, Reiseberichte (Schwerpunkt Amerika 16.-18. Jh., England 16./17. Jh.)

Noske, Rainer, 1965; M.A., Promovend an der Univ. Bonn. A: Sprachphilosophie und Erkenntnistheorie

Reusswig, Fritz, 1958; Dipl.-Soz., Dr.phil., Wiss. Mitarbeiter am Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/M. V: »Technik und Ökologie im Diskurs des Neokonservatismus und seine Kritiker«, Argument 171 (1988)

Richter, Mathias, 1960; M.A., Maître en Philosophie, freier Journalist. A: Gesellschaftstheorie, Französische Nachkriegsphilosophie. M: IG Medien

Rösler, Dietmar, 1951; Dr.phil., Hochschullehrer am King's College London. A: Deutsch als Fremdsprache, Interkulturelle Kommunikation

Ruder, Georg, 1953; Dr.phil., Dipl.-Päd., Fachbereichsleiter im Bildungszentrum des Bayr. Handels, München. A: Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung, Bildungsmanagement

Ruf, Urs Peter, 1965; Studium der Soziologie an der Univ. Bielefeld

Sandmann, Klaus, 1957; Studium der Pädagogik an der Univ. Bielefeld

Schäfer, Alfred, 1951; PD, Dr.päd., Bildungsreferent/Priv.Doz. an der Hochschule Lüneburg. V: Systemtheorie und Pädagogik (1983); Aufklärung und Verdinglichung (1988); Zur Kritik pädagogischer Wirklichkeitsentwürfe (1989). A: Allgemeine Pädagogik, Bildungstheorie, Sozialisationstheorie, Erziehungsphilosophie

Schlüter, Maria, 1963; Studium der Germanistik und und klass. Philologie an der FU Berlin. A: Geschlechterdifferenz

Schobert, Alfred, 1963; Mitarb. am DFG-Projekt »Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen II« an der RWTH Aachen. V: Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen (Mitautor, 1993). A: Neuere französische Philosophie und Sozialtheorie, Kultursoziologie. M: IASR

Schöttker, Detlev, 1954; Dr., Wiss. Mitarbeiter am Inst. für Literaturwiss. der Univ. Stuttgart. V: Bertolt Brechts Ästhetik des Naiven (1989); Walter Benjamin (1993). A: Literaturgeschichte und -theorie

Schulze-Nieswandt, Frank, 1958; Dr., Verwalter einer Professur für Sozialpolitik an der Univ. Göttingen. V: Bedarfsorientierte Gesundheitspolitik (1992). A: Deutsche und europäische Sozialpolitik; Räumliche Strukturpolitik

Seifert, Ruth, 1951; M.S., B.A., Wiss. Rätin am Sozialwiss. Institut der Bundeswehr. V: Entwicklungslinien und Probleme feministischer Theoriebildung (1992); »Männlichkeitskonstruktionen«, Argument 196 (1992). A: Militärsoziologie, Arbeitssoziologie, Feministische Theorie

Sölle, Dorothee, 1929; Schriftstellerin, Prof. am Union Theological Seminary, New York. V: »Anfragen feministischer Theologie«, Argument 129 (1981); Aufrüstung tötet auch ohne Krieg (1982); »Christentum und Postmarxismus«, Argument 156 (1986); »Frauen in Nicaragua«, Argument 159 (1986); Das Fenster der Verwundbarkeit (1987); Zivil und Ungehorsam. Gedichte (1990)

Thomasberger, Claus, 1952; Dr., Leiter und Mitarbeiter von Forschungsprojekten am Inst. für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin. V: Marktwirtschaft und politische Regulierung (1991); Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise (Mithrsg./Autor, 1991). A: Umweltökonomie, monetäre Theorie, Weltwirtschaft

Vogl, Jörg-Michael, 1954; Gesamtschullehrer. A: Parteientheorie

Wolf, Frieder Otto, 1943: Dr.phil., Priv.Doz. an der FU Berlin. V: Die neue Wissenschaft des Thomas Hobbes (1969); Umwege (1983); Für eine Grüne Alternative in Europa (Mitautor, 1990). A: Politische Philosophie, Grüne Politik. M: Die Grünen

Wulff, Erich, 1926; Dr.med., Prof., Leiter der Abt. Sozialpsychiatrie der Medizin. Hochschule Hannover. V: Vietnamesische Lehrjahre (1968/72); Psychiatrie und Klassengesellschaft (1972); Eine Reise nach Vietnam (1979); Psychiatrie im Wandel (Mitautor, 1990). A: Sozialpsychiatrie, Ethnopsychiatrie

Zusätzlich aufgeführt sind die Verfasser/innen der Rezension in Argument 194, Seite 633 – Fülberth, Georg: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen (R. Kirsch, U.P. Ruf, K. Sandmann) –, bei denen wir uns an dieser Stelle für die nicht abgesprochenen Kürzungen zu entschuldigen haben.

Zeitschriftenschau III



# konkret Konkret: Politik & Kultur

### 186

H.Küppers: Der schwere Weg Angolas zum

M.Zimmermann: Eritreas Lasten und Chancen am Vorabend der Unabhängigkeit

Kurdistan - Spielball der türkischen Elite

M.Meier: Das veränderte Gesicht der Tuareg-Rebellion im Niger

R.Werning: Die Wiedervereinigungsproblematik Koreas

Israel in den neunziger Jahren

K.Toama: Die arabischen Staatsbürger Israels

S.Smooha: Aschkenasim und Sephardim J.Böhme: Israels Friedenskräfte nach der Wahl

M.Warschawski: Religiöse Parteien und

M.Morgenstern: Kampf der Religiösen ums Schulwesen

D.Izraeli/Y.Azmon: Die Frau in Israel

Interview mit der nigerianischen Schriftstellerin Zaynab Alkali

### 2'93

Politik

H.L.Gremliza: Letzte Ausfahrt Mogadischu Ch.Schmidt: Versuch, die Wendung des SPD-Politikers Klose zu begreifen

O.Tolmein: Das Bild, das Politiker und Presse von den Neonazis entwerfen

»Jeder ist uns der Nächste« XIII G.Hommel: Deutsche Lager

W.Pohrt: Kommunismus oder Barbarei. Die Anpassungsleistungen linker Intellektueller B.Gröndahl: Living next door to Alice G.Fülberth: Das Besondere am deutschen

Rassismus

R.Kühnl: Vor 60 Jahren

J.Goldberg: Die Krise der deutschen Wirt-

schaft

M.Schilling: Return to Sender Gleiwitz

R.Schröder: Exempel Namibia

Kultur

G.Anders: Erlaubte Revolutionen

E.Geisel: Judensternstunden der deutschen

Presse

O.Köhler: Der Judenreferent

D.Diederichsen: Das schwierige Verhältnis

von Ästhetik und Gewalt

37. Jg. 1993

Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 6 DM, Jahresabo 48 DM (erm. 38 DM). Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg i. Br.

Herausgeber: Hermann L. Gremliza. Redaktion: W.Schneider. B.Gröndahl, J.Schäfer. – Erscheint monatlich. Einzelheft 8 DM, Jahresabo 90 DM. – Verlagsadresse: Gremliza Verlags GmbH. Postfach 306139, 2000 Hamburg 36



### Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

### 12 '92 / 1 '93

L.Lodovico: Kriegsmänner, Männerkriege,

Kriege gegen Frauen J.Hirsch: Deutscher Herbst Ch.Görg: Das Neue Deutschland

G.Herbert: Jugoslawien

P.Bonavita-Lindloff: Die alles umfassende

Krise Italiens

B.Causemann: Südafrikanische Wirren

A.Behrokhi: Kurdistan

#### Deutschland im Herbst

S.Klarsfeld: Was ich in Rostock sah O.Diederichs: Die Bundesregierung im

Kampf gegen Rechts

D.Schimang: Nicht rassistisch zu sein, er-

scheint als das Wunder ...

F.Schneider: Zum SPD-Sonderparteitag C.-W.Macke: Die Radikalisierung der CSU B.Röttger: Der Sog des Sumpfes. Wirtschaftskrise. Neorassismus ...

H.-D.Köhler: Lean-production und Standortpoker. Ein Gespräch mit Wolfgang Schaumberg

Über die Opposition in Kroatien

Ch.Görg/M.Loncar: Interview mit Milorad

Pupovac

Ch.Görg/M.Loncar: Interview mit Zarko

Puhovski

Ch.Görg/M.Loncar: Demokratische Oppo-

sition in Kroatien

23. Jg. 1993

### 1 '93

Aktuelles

M.E.Süskind: Kommentar zum SPD-Partei-

tag

M.Kempe: Wozu ein Solidarpakt?

Wird die Rechte in Europa salonfähig?

I.Bubis: Versäumte Aufklärung - Trägheit

der Gesellschaft

G.Aly: Über den deutschen Einklang von

Pogrom und Revolution

A.Dal Lago: Rechtswende in Italien M.M.Šimeška: Rückkehr der Utopie F.Miszlivetz: Die Radikalisierung der Rech-

ten in Ungarn

Gespräch mit Maurice Olender

A.Pfahl-Traughber: Die »Junge Freiheit«

Kultur

P.Glotz: Der Norden der Stadt (IV)

K. Harpprecht: Ein erdachter Brief an Willy

Brandt

E.Witte: Die Verantwortung der Intellektuel-

len

J.Spurk: Gaukler oder Intellektuelle? R.Dannemann: Entertainment, Metaphysik

und die Ursprünge der Rockmusik
H.Lohmann: Zeitschriften-Forum

40. Jg. 1993

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindloff, U.Braud, C.Görg, H.Grün, J.Hirsch, P.-E.Jansen, P.Kern, H.-D.Köhler, E.-M.Krampe, T.Kunz, L.Lodovico, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, - AG Sozialistisches Büro, PF 10062, 6050 Offenbach I. - Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahresabo 64 DM, incl. Verand. - Verlag 2000 GmbH, Pf 102062, 6050 Offenbach I

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von H.Börner, G.Grass, J.Rau, C.Stern, H.-J.Vogel, Redaktion: P.Glotz (Chefredakteur), U.Ackermann, N.Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatt. Einzelheft 14.80 DM frei Haus; Jahresabo 99 DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1



# TEXT+KRITIK

### 89

Osteuropäische Metamorphosen

M.Burawoy/P.Krotov: Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus in der früheren Sowjetunion

K.Hübner: Wege nach Nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation

A.Wittkowsky: Alternativen zu Schocktherapie und Verschuldung. Zur Transformation der früheren Sowjetunion

J.Tittenbrun: Der polnische Weg zum Kapitalismus

H.Ganßmann: Der nationale Sozialstaat und die deutsch-deutsche Solidarität

#### Kontroversen

A.Bergmann: Fruchtbarkeit als Todeskult im Patriarchat. Historisch-philosophische Hintergründe des modernen Menschenopfers

M.Herrmann: Der Fötus von Erlangen. Ein Streitfall medizinischer Ethik

22. Jg. 1992

### 117

Elfriede Jelinek

E.Jelinek: Präsident Abendwind. Ein Dra-

molett, sehr frei nach J. Nestroy

U.Hass: Zu den Theaterstücken Elfriede Jelineks

R.Rigendinger: Eigentor

M.Janz: Mythendestruktion und »Wissen«

E.Wright: Eine Ästhetik des Ekels. Elfriede Jelineks Roman »Die Klavierspielerin«

M.Luserke: Elfriede Jelineks »Lust« als Protokoll einer Mikroskopie des Patriarchats

Ch.Spiess: Die Hörspiele der Elfriede Jelinek

I.Heidelberger-Leonard: War es Doppelmord? Zu Elfriede Jelineks Bachmann-Rezeption

Ch.Dormagen: Bemerkungen zur Feuille-

G.Riedle: Zu Jelineks Verfahren der dekorativen Wortvermehrung

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie c.V. – Redaktion: E.Altvater. H.Ganßman, M.Heinrich, K.Hübner, B.Mahnkopf, M.Mayer, D.Messner, K.Müller, S.Neckel. – Erscheint vierteljahrlich. Einzelheft 18 DM. Jahresabo 58 DM zzgl. Porto, Redaktionsadresse: PROKLA, Postfach 10 06 209, 1000 Berlin 10 Herausgeber: H.L.Arnold. Redaktion: Frauke Meyer-Gosau, Michael Scheffel, Ulrich Schmidt und Michael Töreberg. Redaktionssekretariat: Axel Ruckaberle. – Erscheint viermal jährlich. Abopreis 63 DM zzgl. Versand, Einzelheft 19 DM – Redaktionsanschrift: Tuckermannweg 10, 3400 Göttingen – Verlag: edition text + kritik. Postfach 80 05 29, 8000 München 80

# PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK

### 63/64

G.Hellerich/D.White: Psychologie und Postmoderne

H.Keupp: Das Subjekt und die Psychologie in der Krise der Moderne: Die Chancen postmoderner Provokationen

T.T.Heinze: Simulo ergo sum. Paradoxa psychologischer Praxis in der Postmoderne

J.Flax: Postmoderne und Geschlechter-Beziehungen in der feministischen Theorie

T.Krauß: Das obskure Objekt der Psychologie

T.Musfeld: ... ich lebe, also bin ich ... Postmoderne und weibliche Identität

S.Grubitzsch: Chaos-Theorie und nomothetische Psychologie – zwei sich ausschließende Zugangsweisen zum menschlichen Verhalten?

U.Dickenberger: Über Kirchenlieder

16. Jg. 1992

## psychosozial

Zeitschrift für Analyse, Prävention und Therapie psychosozialer Konflikte und Krankheiten

### 51

Opfer und Täter nach dem »Dritten Reich«

D.Bar-On/N.Gilad: Auswirkungen des Holocausts auf drei Generationen

G.Rosenthal: Kollektives Schweigen zu den Nazi-Verbrechen

I.Brandhauer-Schöffmann/E.Hornung: Wiener G'schichten. Nationalsozialistische Ideologien in zwei Frauenbiographien

G.Hardtmann: Begegnung mit dem Tod. Die Kinder der Täter

L.Inowlocki: Zum Mitgliedschaftsprozeß Jugendlicher in rechtsextremistischen Gruppen

M.Schiebel: Biographische Selbstdarstellungen rechtsextremer Jugendlicher

A.Maria Jokl: Vergebung und Heilung

E.Reinke: Psychoanalyse und »Vergangenheitsbewältigung«

H.E.Richter: Wege zu einer neuen Kultur des Zusammenlebens

C.Hühn: Schlecht beraten durch Zwangsberatung

P.Möhring: Das psychoanalytisch orientierte Familiengespräch

15. Jg. 1992

Herausgeber: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen e.V. – Redaktion: Ruth Großmaß, Siegfried Grubitzsch, Peter Mattes, Frank Nestmann, Christiane Schmerl. – Erscheint mit 4 Heften im Jahr. Einzelheft 14 DM, Doppelheft 22 DM, Jahresaho 48 DM (Studenten etc. 40 DM) – Redaktion: Bürgerbuschweg 47, 2900 Oldenburg. – Verlag und Abonnements: Mabuse-Verlag, Postfach 90 06 47, 66000 Frankfurt/M, 90

Hrsg. von H.Becker. D.Beckmann. I.Fetscher. H.Friedrich, A.Köhl, A.Overbeck. H.-E.Richter, H.Strotzka. A.Uchtenhagen. E.Ulich, J.Willi. H.-J.Wirth. — Erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 32 DM, Jahresabo 98 DM zzgl. Versand. Studentenabo 49 DM. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940 Weinhein. — Redaktionsanschrift: Friedrichstraße 35, 6300 Gießen

# vorgänge

### Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik



TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

### 120

Europa: Traum oder Trauma?

S. Papcke: Mittel- oder Paneuropa?

H.Busch: Kleine »Freiheit« durch große »Si-

cherheit«

H.-J.Axt: Die Erweiterung der Europäischen

Gemeinschaft nach Süden

W.de Haar/K.Tudyka: De- und Remilitari-

sierung Europas

A.-A.Guha: Ceterum censeo, linguom lati-

nam esse reanimandam

Th.Meyer: Europa - mit oder ohne Demo-

kratie?

J.Seifert: Bürgerrechtliche Forderungen an

Europa

Essay

E.Hennig: Rechter Extremismus. Ein Pro-

test vom Rand der Mitte

Zeitfragen, Kommentare

A.Scherr: Wer wäre nicht gegen Rassismus? W.-D.Narr: Der Extremismus der Mitte

M.Mohr: Abgesang auf den Rechtsstaat M.Th.Greven: Scham und Empathie. Zum 9.

November 1992

T.Debiel/1.Zander: Die Friedensdividende

in der Bundesrepublik

A.Gross: Die französische Referendumsab-

stimmung

L. Renck: Verfassungsprobleme des Ethikun-

terrichts

31. Jg. 1992

**59** 

Zukunft - Zufall oder Ziel

K.Burmeister/W.Canzler: Zukunft in Unter-

nehmen - Unternehmen der Zukunft

J.Welsch: Ist Zukunft planbar?

R.Kothe: Forschungsgelder für die Zukunft

K.Steinmüller: Von der berechenbaren zur

wünschensbaren Zukunft R.Lutz: Zukunftsmodelle

Naturwissenschaft & Technik

E.Geissler: Impfen statt kämpfen

E.Wußing: Müllverbrennung: Dank neuer

Technik ökologisch sinnvoll?

Gesellschaft & Politik

V.Bayer: Beratung ist der neue Schlüssel

zum »Leben«

A.Kremer/L.Sträudel: Das Scheitern des naturwissenschaftlichen Schulunterrichts

Frauen

E.Hickel: Eine neue »naturwissenschaftli-

che Revolution«?

15. Jg. 1993

Hrsg.: Vorgånge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustavheinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: M.Th Greven, A.-A.Guha, D.Hoffmann, J.Seifert. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 14 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 65 DM zuzgl. Versand. — Verlag: Leske+Budrich. Gerhard-Hauptmann-Str.27, 5090 Leverkusen 3 Redaktion: Suzanne Wagner, Carsten Freiberg, Rudy Kothe. – Errscheintzweimonatlich. – Einzelheft 8 DM, Jahresabo 48 DM. – Verlag und Redaktion: remember e.G., Mariabrunnstraße 48, 5100 Aachen

### WIDERSPRUCH

### Beiträge zur sozialistischen Politik



Zeitschrift für marxistische Erneuerung

### 24

Demokratie radikal

S. Amin: Demokratie-Konzepte aus der Sicht der Dritten Welt

H.Schäppi/W.Schöni: Fragen der Demokratie in der Gewerkschaftspolitik

K.Dörre: Partizipatives Management – eine Chance für Produzentendemokratie?

J.Hirsch: Das Ende der »Zivilgesellschaft« H.Kleger: Die Rückkehr der Bürgergesell-

H.Kleger: Die Rückkehr der Bürgergesel schaft

A.Demirović: Ökologische Krise und Demokratie

G.Schiesser: Zu »Hegemonie und radikale Demokratie« von E. Laclau und Ch. Mouffe H.Braunschweig: Erfahrungen nach dreizehn Jahren Parlamentsarbeit in Bern

H.Kriesi: Bürgerkompetenz und Direkte Demokratie

M.Spescha: Basisdemokratie ohne Volks-Mythos

R.Epple-Gass: Volkssouveränität statt Systemlegitimierung

M.Roselli: AusländerInnenstimmrecht in der Schweiz

D.Claussen: Deutschland wird wieder deutscher

N.Räthzel: Multikulturelle Gesellschaft. Ideologie und Realität

M. Madörin: Hätten Sie Mutter EWR beitreten wollen? Politik mit Männeridentität und Frauenambivalenz?

G.Husi/M.Meier: Lebenslagen – und die soziale Frage

12. Jg. 1992

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv »Widerspruch»: M. Bondeli, P. Franen, G. Schiesser, W. Schöni, U. Sekinger, T. Tanner, R. Rognina. – Erscheint zweimal jährlich. – Einzelheft 15 Fr., im Abo 2 Hefte pro Jahr: 26 Fr. – Redaktion und Bestelladresse: »Widerspruch», Postfach 652, CH-8026 Zürich

### 12

Annäherung an die Ursachen des Zusamenbruchs und des Untergangs des Realsozialismus in Europa (I)

M.Kossok: Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie?

E.Hahn: Zu Ursachen des Scheitern des Realsozialismus

M.Schneider: Das Ende eines Jahrhundertmythos

G.Fülberth: Spätsozialismus

U.-J. Heuer: Die ungelöste Staatsfrage des Realsozialismus

G.Meyer: Regionale Disparitäten in der UdSSR

S.Kebir: Überforderung des subjektiven Faktors?

Stalinismus – Entstalinisierung – Zusammenbruch: J.Kczynski: Entstalinisierung? / G.Judick: Ohne Überwindung des Stalinismus kein Neubeginn der Linken / F.Krause: Perestroika und Stalinismus

H.Conert: Ursachen der Effizienzschwäche der Sowjetökonomie

H.Luft: Effizienzschwächen des Staatssozialismus in der DDR und systemimmanente Alternativen

Ch.Pauli: Osteuropa: Krise statt Aufschwung?

J.Heidrich: Die Linken und marxistisches sozialpolitisches Denken in Indien

V.Oittinen: Die marxistische Linke in Finnland

F.Kahlenberg: Mein Neffe war ein »Terrorist«

3.Jg. 1992

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden). Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heseler, Heinz Jung. — Erscheint viermal jährlich. Einzelheft 15 DM, Jahresabo 45 DM, Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Kölner Straße 66, 6000 Frankfurt/M. 1

### Summaries

### Willi Brüggen: New Ways to Social Alternatives: Starting Points for an Ecological Compromise

Capitalist economies primarily aim at saving work; this one-dimensional goal neglects ecological considerations. In this light, the conditions and starting points of an ecological and anticapitalist reform strategy are discussed and concrete recommendations for a new socio-ecological compromise are presented.

### Kurt Jacobs: Fragments of Socialism and Ecology

At a national level, environmental politics limits ecological politics, which sets unsolvable problems. The slogan \*ecological revolution\* means freeing a potentially ecologically rational economy from conditions in which saving is too expensive.

### Claus Thomasberger: Eco-taxes as a Means of Ecological Restructuring?

Several different theoretical approaches – Pigou, Coase, New Institutionalism, Neoclassical Pragmatism, Classical (Ricardo, Marx) and Monetary Theory (Keynes) – provide the basis for a discussion of economic instruments, such as charges, or »green taxes«. Despite the growing interest in such instruments during the eighties, their application has been quite limited.

### Jürgen Hoffmann: Ecological Production - Economical Distribution? - Unions and the Dilemma of Modernization

The requirements of ecological production produce a fundamental dilemma of union politics: on the one hand, the interests of members force unions to accept environmentally harmful production and growth projections; on the other, they must insist on an environmentally responsible restructuring of the economy which will protect the welfare of employees and ensure the survival of mankind. An analysis of the social and political framework of environmentally safe production lays the foundation for a future politics of prevention.

### Ruth Seifert: War and Rape

In wars, rape and sexual torture are mass phenomena, yet historiography and politics have not recognized them as such. The historical and political meaning of rape emerges from a discussion of the function of rape in wars and the silence that has characterized war crimes against women.

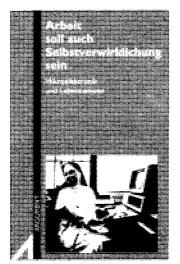
### Erich Wulff: Madness as the Intentional Erasure of Intentionality

Madness appears as the intentional erasure of intentionality. By removing himself from his relationship to and participation in a world of generalizable meanings, the subject separates himself from society and from history. The necessary act of recognizing this participatory relationship to the world then acts as the constitutive act of intersubjectivity.

### Heinz Gess: Health as Freedom from Symptoms

The symptom is a compromise formation, containing and distorting the involuntary protest of nature against the violent irrationality of rational systems. The prescription of symptoms erases this process by cheating feelings and emotions of their spontaneity, following a particular definition of health: the healthy ego, serving subconscious social obligations, consciously makes use of man as a whole.

Sale, Kirkpatrick: Das verlorene Paradies. Christoph Kolumbus und die Folgen	
(G.Mackenthun)	15
Rozos, Alberto Prieto: Als die Lanzenreiter kamen. Die präkolumbianischen	
Zivilisationen und die Conquista (G. Mackenthun)	15
Möller, Joachim (Hrsg.): Das Ei des Kolumbus? Lateinamerika und Europa im	
Unterricht (N. Badenberg)  Soziale Bewegungen und Politik	154
Gore, Al: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde (F.O.Wolf)	7:
Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle	
zum Jahrhundert der Umwelt (F.Reusswig)	15:
Mertens, Heide: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik (J.S.Ach)	150
Greβ, Franz, Hans-Gerd Jaschke und Klaus Schönekäs: Neue Rechte und Rechts-	
extremismus in Europa (JM.Vogl)	15
Bermbach, Udo: Demokratietheorie und politische Institutionen (R.Axtmann)	15
Bugiel, Karsten: Volkswille und repräsentative Entscheidung (O.Jung)	16
Michalski, Krzysztof (Hrsg.): Osteuropa – Übergänge zur Demokratie?	
(R.Axtmann)	16
Berglund, Sten, und Jan Ake Dellenbrant (Hrsg.): The New Democracies in	
Eastern Europe (R.Axtmann)	16
Schewardnadse, Eduard, Andrej Gurkow, Wolfgang Eichwede u.a.: Revolution in	
Moskau Der Putsch und das Ende der Sowietunion (IGieseke)	16



Argument-Sonderband Neue Folge Band 204 144 S., br., DM 15,50

Auch wenn im Zuge der Entwicklung der mikroelektronischen Produktionsweise alte Gewohnheiten, Vorstellungen, Lebensweisen zerbrechen, kann es keine erfolgversprechende politische Aufgabe sein, sich gegen die Entwicklung selbst zu stemmen.

Untersucht wird der Zusammenhang zwischen Neuen Technologien und den dadurch sich verändernden Lebens- und Arbeitsweisen der Menschen. Dabei geht es vor allem um die Wünsche und Anforderungen, die von den Arbeitenden an ihre Arbeit, an deren Sinn und Gestaltung gestellt werden.

Aus der Perspektive dieser Untersuchung kann die kulturelle Dimension der Arbeit für politisch relevante Fragestellungen genutzt werden.

### Inhalt der letzten Hefte

### 196: Begriffskarrieren: Subjekt und Geschlecht

Ph.Rothfield: Subjektivität, Erfahrung, Körperlichkeit / E.Showalter: Frauen – Männer – Texte / R.Seifert: Männlichkeitskonstruktionen / F.E.Ferguson: Politischer Feminismus und Dekonstruktionstheorien / H.-H.Nolte: Innere Peripherien im modernen Weltsystem und die Zukunft Ostdeutschlands / V.Külow: David Rjasanow – mit Marx gegen Stalin / B.Hoffmann: Kuba: Nicht Modell, Tragödie / Besprechungen: DDR-Philosophie; Epistemologie; Benjamin; Kafka; Pädagogische Argumente; Schule und Geschlecht; Faschismus; Regulationstheorie; Automobilindustrie

### 195: Anti-Rassismus Methodendiskussion

G.Auernheimer: Universelle Rechtsansprüche und kulturelle Differenz / W.Heitmeyer: »Schwärmerischer Antirassismus« / M. u. S.Jäger: Rassistische Alltagsdiskurse / W.Kowalsky: Moralisierender Anti-Rassismus / R.Leiprecht: Auf der Suche nach Begriffen / J.Link: Normalismus und Neorassismus / J.Müller: Nationalismus der »Neuen Rechten« / U.Osterkamp: Weitere Fallstricke / N.Räthzel: Zivilgesellschaft und Einwanderung / E.Wulff: Zur Konstruktion von »Rassismus« / Besprechungen: Politische Philosophie; Arbeiterliteratur; Film und Fernsehen; Frauenarbeit; Antirassistische Erziehung; Geschichtsschreibung; Frauen unter EG-Binnenmarkt und deutscher Vereinigung; Marx

### 194: Was ist tot, was lebendig im Denken von Marx?

H.Fleischer: Lebendiges und Totes im Denken von Marx / F.Jameson: Spätkapitalismus als Problematik des real existierenden Marxismus / Th.Laugstien: Sandkühlers Enzyklopädie / P.Jehle: Was wird aus dem DDR-Projekt eines Wörterbuchs ästhetischer Grundbegriffe? / M.Löwy: Benjamins Marxismus / R.Wahsner: Was bleibt von Engels' Konzept einer Dialektik der Natur? / E.Tugendhat: Heidegger und Bergson über die Zeit / S.Willis: Körperarbeit / Besprechungen: Ethik und Moral; Diskurstheorie; Weibliche Identität; Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft; Staatstheorie; Gewerkschaften; Rassismus

### 193: Literarische Frauen-Ratschläge

F.Haug: Feministische Literatur als Arbeit mit weiblichen Erfahrungen / K.Hauser: Das Patriarchat muß verlernt werden – auch im Sexuellen / U.Püschel: Über Nawal el Saadawi / J.Gohrisch: Lyrik schwarzer Frauen in Großbritannien / B.Baume: DDR-Autorinnen / A.Honold: Lesespuren in Peter Weiss' Ästhetik / A.Schwarz: Gramscis Zivilgesellschaft und die Umbruchprozesse in der DDR / A.Catone: Zivilgesellschaft in der Literatur der Perestrojka / L.Nikititsch: Gramsci und die Kritik des Stalinismus / Besprechungen: Foucault; Derrida; Erich Fried; Literatur im Zeitalter der Revolution; Bildungsarbeit von/für Frauen; Weltsystem und Weltordnung; Transformation der Wirtschaftssysteme in Ost-Europa; Arbeitskultur

### 192: Erinnerungsarbeit: Peter Weiss und Uwe Johnson

K.R.Scherpe: Peter Weiss' Schreckbilder politischer Gewalt / J.-F.Dwars: Zu Welschs postmoderner Lesart der Ȁsthetik des Widerstands« / A.Bernhard: Die ÄdW als Bildungsgeschichte der Arbeiterbewegung / K.Briegleb: Widerstand als tätige Erinnerung / N.Mecklenburg: U.Johnson und der Sozialismus / P.González Casanova: An Kuba denken / K.Hauser: DDR-Wirklichkeit als Arbeit am Gedächtnis / N.Schmacke: Die Beschwörung von Lasten im Gesundheits- und Sozialwesen / U.Mehlem: Der ausgeblendete Krieg / Besprechungen: Antike Philosophie; Sprache und Ideologie; Tagesschau; Peter Weiss; Anglistik; Gramsci; Medien; Frauen und Film; Sozialistische Perspektiven; Gewerkschaftspolitik

### 191: Europa, Postkommunismus und Rassismus

E.Balibar: Europa nach dem Kommunismus / W.F. Haug: Zur Dialektik des Anti-Rassismus / U. Apitzsch: Gramsci und die Diskussion um Multikulturalismus / S. Rushdie: Attenboroughs Gandhi / C. Gallini: Symbolisch praktizierter Rassismus in der Alltagskultur / A. Soares do Bem: Kreuzberger Jugendliche zwischen Revolte und Autoritarismus / N. Räthzel: Anmerkungen zur Migrationspolitik / K. Hauser: Castor – die Lebensgeschichte eines feministischen Bibers / W. Grode: Deutsche Okkupationspolitik in der Sowjetunion / H. Behrend: Zum Feldzug gegen Heinrich Fink. Besprechungen: Marx heute; Früher Deutscher Idealismus; Frauenliteratur; Ideologie-Theorie; Multikulturelle Gesellschaft; Rechtsextremismus; Politik als Ritual

### Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

»probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/57 91 73 Augsburg Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/313'40 17 Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/341 74 32 Buchhandlung Tell, Thielallee 32; Tel. 030/832 40 51 Berlin 12 Berlin 19 Berlin 33 Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/831 50 89 Berlin 36 Argument-Buchladen, Reichenberger Str. 150; Tel. 030/611 39 83 Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851 15 09 Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/7 20 73 Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel. 0201/23 19 23 Berlin 41 Bremen 1 Essen Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 069/77 50 82 Frankfurt/M. Wiss, Buchhandlung Theo Hector, Gräfestr. 77; Tel. 069/77 73 03 Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr. 11, Tel. 069/77 88 07 Freibura Jos Fritz, Politische Buchhandlung, Wilhelmstr. 15; Tel. 0761/2 68 77 Fulda Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/7 49 34 Gießen Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9; Tel. 0641/7 18 50 Göttingen Rote Straße-Buchladen, Rote Str. 10 ARGUMENTE, Rentzeistr. 1; Tel. 040/45 36 80 Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/44 97 78 Hamburg Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 64
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/7 77 04
Der andere Buchladen, Wahlenstr. 1, Tel. 0221/52 05 79
Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/41 63 25 Heidelberg Kassel Köln 30 Köln 41 Zur Schwarzen Geiß, Obermarkt 14; Tel. 07531/1 54 33 Konstanz Marburg Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/2 47 87 BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/280 95 22 München 40 ROSTA-Buchladen, Aegidiistr. 12; Tel. 0251/4 49 26 Münster Bücherkiste, Jakobstr. 26 Nürnberg Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/1 39 49 Oldenburg Dieter zur Heide, Osterberger Reihe 2-8; Tel. 0541/2 10 51 und 2 64 05 Osnabrück Regensburg Ulrich Dombrowsky, Wollwirkergasse 4; Tel. 0941/56 04 22 Der Buchladen GmbH, Försterstr. 14; Tel. 0681/3 11 71 Saarbrücken Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/22 32 87 Stuttgart Die Gruppe, Älternativer Buchladen GmbH, Münzgasse 15; Tel. 0707/2 33 58 Werner Beyer, Sanderstr. 33/35; Tel. 0931/5 99 43 Tübingen Würzburg Bern, Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel. 031/22 82 18 Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel. 01/251 26 74 Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/43 32 21 Schweiz Österreich

Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel. 0222/42 12 34

### Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Berlin 12 Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02 Berlin 62 Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00 bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61 Bielefeld Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12 Bochum Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67 Bonn Braunschweig Frauenbuchladen im Magniviertel, Magnikirchstr. 4; Tel. 053/4 07 44 Bremen Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40 Dortmund frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61 Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05 frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/70 52 95 Düsseldorf Frankfurt 90 Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3 Göttingen Hamburg 20 Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48 Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24 Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01 Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10 Hannover Heidelbera Kassel Cardabela Buchladen GmbH, Frauenlobstr. 40; Tel. 06131/61 41 74 Mainz Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/2 16 63 Mannheim München 40 Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05 Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/2 65 90 Tübingen Bern, Frauenbuchladen, Münstergasse 41; Tel. 031/21 12 85 Schweiz Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74 Österreich Innsbruck, Parnasse, Müllerstr. 6; Tel. 05222/2 39 80 Wien, Frauenzimmer, Langegasse 11; Tel. 0222/43 86 78

Sprachlae Radetzkyetr 6: Tol 02221752 42 45